ifo SCHNELLDIENST

24
2019

19. Dezember 2019
72. Jahrgang

DATEN UND PROGNOSEN

Veranstaltungen in der Messe Dortmund und den Westfalenhallen: Starke wirtschaftliche Impulse
Horst Penzkofer

ifo Konjunkturprognose Winter 2019: Deutsche Konjunktur stabilisiert sich
Timo Wollmershäuser, Florian Eckert, Marcell Göttert, Christian Grimme, Carla Krolage, Stefan Lautenbacher, Robert Lehmann, Sebastian Link, Heiner Mikosch, Stefan Neuwirth, Wolfgang Nierhaus, Ann-Christin Rathje, Magnus Reif, Radek Šauer, Marc Stöckli, Klaus Wohlrabe und Anna Wolf

Ausmaß und Auswirkungen der Schattenwirtschaft
Ergebnisse der Sonderfragen des ifo World Economic Survey
Dorine Boumans und Friedrich Schneider

ZUR DISKUSSION GESTELLT

Vom Hoffnungsträger zum Problemfall: Lateinamerika verliert den Anschluss – was sind die Ursachen?

Carsten Hefeker, Tobias Boos und Ulrich Brand, Martin T. Braml, Barbara Fritz, Ingrid Wehr, Angelica Dominguez-Cardoza und Christoph Trebesch

ifo INSTITUT
Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung
an der Universität München e.V.

ifo Schnelldienst
ISSN 0018-974 X (Druckversion)
ISSN 2199-4455 (elektronische Version)

Herausgeber: ifo Institut, Poschingerstraße 5, 81679 München, Postfach 86 04 60, 81631 München,
Telefon (089) 92 24-0, Telefax (089) 98 53 69, E-Mail: ifo@ifo.de.
Redaktion: Dr. Marga Jennewein.
Redaktionskomitee: Prof. Dr. Dr. h.c. Clemens Fuest, Annette Marquardt, Prof. Dr. Chang Woon Nam.
Vertrieb: ifo Institut.
Erscheinungsweise: zweimal monatlich.
Bezugspreis jährlich:
Institutionen EUR 225,–
Einzelpersonen EUR 96,–
Studenten EUR 48,–
Preis des Einzelheftes: EUR 10,–
jeweils zuzüglich Versandkosten.
Layout: Kochan & Partner GmbH.
Satz: ifo Institut.
Druck: Majer & Finckh, Stockdorf.
Nachdruck und sonstige Verbreitung (auch auszugsweise):
nur mit Quellenangabe und gegen Einsendung eines Belegexemplars.

im Internet:
http://www.ifo.de

ifo
SCHNELLDIENST 24/2019

ZUR DISKUSSION GESTELLT

Vom Hoffnungsträger zum Problemfall: Lateinamerika verliert den Anschluss – was sind die Ursachen? 3

Lateinamerikas Wirtschaft stagniert. Die politische Unsicherheit in den wichtigsten Ökonomien, der schwächere Welthandel und die Handelsstreitigkeiten drücken die Wachstumsprognosen. Die Länder verlieren weiter den Anschluss im weltweiten Vergleich. Entwickelt sich Südamerika vom Hoffnungsträger zum Risikofaktor für die Weltwirtschaft?

Carsten Hefeker, Universität Siegen, sieht Südamerika in einer tiefen demokratischen und wirtschaftlichen Krise. Die Ursachen seien in jedem Land etwas anders gelagert, aber es zeigten sich auch Gemeinsamkeiten. Neben dem massiven Verfall der Rohstoff- und Agrarproduktpreise seien die Gründe in vielen Ländern in einem Hang zu populistischer Wirtschaftspolitik einerseits und unterlassenen Reformen andererseits zu sehen, die die Stabilität untergraben und zu politischen und ökonomischen Krisen führen.

Nach Ansicht von *Tobias Boos* und *Ulrich Brand,* Universität Wien, verliert Lateinamerika erneut den Anschluss. In der ersten Dekade der 2000er Jahre hatte es danach ausgesehen, als habe die Region einen dauerhaften Wachstumspfad eingeschlagen. Aber die Regierungen konnten sich nicht aus dem Teufelskreis der Ressourcenabhängigkeit befreien. Und nach dem Ende des Ressourcenbooms wurde ein neuer Zyklus der Auslandsverschuldung in Gang gesetzt.

Martin T. Braml, ifo Institut, zeigt auf, dass gerade die großen lateinamerikanischen Länder Argentinien, Brasilien und Mexiko in den vergangenen drei Dekaden nicht im relativen Entwicklungsstand aufholen konnten. Hingegen sei ein wirtschaftlicher Konvergenzprozess für Chile und Uruguay, die eine starke Integration im Welthandel suchten, zu erkennen. Dies scheine Argentinien und Brasilien, den tonangebenden Staaten innerhalb des MERCOSUR, nur langsam zu gelingen. Auch deshalb biete der Abschluss des EU-MERCOSUR-Freihandelsabkommens eine einmalige Chance für die lateinamerikanischen Länder.

Barbara Fritz, FU Berlin, stellt fest, dass bis vor einigen Jahren Südamerika die einzige Region war, der es gelang, Wachstum mit Umverteilung zu verbinden. Davon sei heute wenig übriggeblieben. Seit Jahren stagniere das Wachstum, die Verteilung habe sich in Ländern wie Brasilien sogar wieder verschlechtert. Mit ein Grund für diese Entwicklung sei die Verschlechterung der globalen Rahmenbedingungen seit dem Ende des »sogenannten Superbooms der Rohstoffpreise«. Zudem sei die Region massiv von den großen Handelskonflikten betroffen. Die globale Staatengemeinschaft, ebenso wie die EU, sollten hier unterstützen.

Nach Ansicht von *Ingrid Wehr,* Heinrich-Böll-Stiftung, Santiago de Chile, sind die hohe Abhängigkeit lateinamerikanischer Volkswirtschaften von Rohstoffexporten und die wachsende Reprimarisierung des Exports ein massives Problem der Länder, die somit eher Rentenökonomien als Marktwirtschaften seien.

Angelica Dominguez-Cardoza und *Christoph Trebesch*, Institut für Weltwirtschaft, Kiel, sehen Argentinien erneut vor einem hohen Schuldenschnitt stehen. Dieser sei nur eine Frage der Zeit. Übermäßige Staatsausgaben und eine exzessive Verschuldung in Fremdwährungen hätten die Krise herbeigeführt, gekoppelt mit hoher Inflation und einer schwachen Währung.

DATEN UND PROGNOSEN

Veranstaltungen in der Messe Dortmund und den Westfalenhallen generieren starke wirtschaftliche Impulse 24
Horst Penzkofer

Im Auftrag der Westfalenhallen Unternehmensgruppe Dortmund hat das ifo Institut nach 2009 zum zweiten Mal eine Untersuchung zu den wirtschaftlichen Effekten durchgeführt, die in einem durchschnittlichen Veranstaltungsjahr – u.a. Messen, Kongresse, Tagungen, Konzerte – durch die Unternehmensgruppe ausgelöst werden. Auf Basis empirischer Erhebungen ausgewählter Veranstaltungen wurden die Gesamtausgaben und, darauf aufbauend, die Kaufkraft-, Beschäftigungs- und Steuereffekte eines durchschnittlichen Veranstaltungsjahres berechnet. Danach bewirken Veranstaltungen in den Westfalenhallen in Deutschland einen Kaufkraftzufluss von 493 Mio. Euro. Deutschlandweit werden über 4 200 Arbeitsplätze durch Veranstaltungen in den Westfalenhallen gesichert.

ifo Konjunkturprognose Winter 2019: Deutsche Konjunktur stabilisiert sich 27
Timo Wollmershäuser, Florian Eckert, Marcell Göttert, Christian Grimme, Carla Krolage, Stefan Lautenbacher, Robert Lehmann, Sebastian Link, Heiner Mikosch, Stefan Neuwirth, Wolfgang Nierhaus, Ann-Christin Rathje, Magnus Reif, Radek Šauer, Marc Stöckli, Klaus Wohlrabe und Anna Wolf

Am 12. Dezember 2019 stellte das ifo Institut seine Prognose für die Jahre 2019, 2020 und 2021 vor. Die deutsche Wirtschaft hat sich im dritten Quartal 2019 stabilisiert, nachdem das Bruttoinlandsprodukt im Quartal zuvor noch um 0,2% gesunken ist. Zu dem Anstieg hat vor allem eine kräftige Konsum- und Baukonjunktur beigetragen. Zwar hat sich der Beschäftigungsaufbau im Jahresverlauf verlangsamt, die Einkommenszuwächse der privaten Haushalte sind aber nach wie vor hoch. Neben spürbar steigenden Tariflöhnen haben auch Abgabenentlastungen und eine Ausweitung staatlicher Transferzahlungen, wie etwa Renten und Kindergeld, die Kaufkraft gestärkt. Zudem hat ein reges Konsum- und Investitionsgebaren der öffentlichen Hand die inländische Nachfrage gestützt. Schließlich sind die Hypothekenzinsen noch einmal kräftig gefallen, und die Vergabe von Wohnungsbaukrediten hat sich beschleunigt. Insgesamt wird die Wirtschaftsleistung im Jahresdurchschnitt 2019 um 0,5% expandieren; kalenderbereinigt ergibt sich ein Zuwachs von 0,6%. Im kommenden Jahr wird das Bruttoinlandsprodukt mit 1,1% wieder kräftiger steigen, wenngleich der Kalendereffekt von 0,4 Prozentpunkten die eher verhaltene konjunkturelle Grunddynamik überzeichnet. Die deutsche Industrie wird voraussichtlich erneut einen negativen Wachstumsbeitrag zum Bruttoinlandsprodukt liefern, wenngleich dieser deutlich geringer ausfallen dürfte als im laufenden Jahr. Im Jahr 2021 dürfte das Bruttoinlandsprodukt mit einer Rate von 1,5% expandieren, und damit kräftiger als das Produktionspotenzial. Der Auslastungsgrad der deutschen Wirtschaft dürfte am Ende des Prognosezeitraums wieder zunehmen und leicht positiv ausfallen.

Ausmaß und Auswirkungen der Schattenwirtschaft
Ergebnisse der Sonderfragen des ifo World Economic Survey 90
Dorine Boumans und Friedrich Schneider

Die WES-Sonderfragen für das vierte Quartal 2019 befassen sich mit dem Ausmaß und den Wirkungen der Schattenwirtschaft. Die Teilnehmer wurden gebeten, Fragen zum Ausmaß der Schattenwirtschaft in den einzelnen Ländern, zu den Gründen für Schattenwirtschaft und zu den Sektoren, die hauptsächlich von Schattenwirtschaft betroffen sind, zu beantworten. Der Anteil der Schattenwirtschaft unterscheidet sich weltweit zwischen den Ländern und den einzelnen Wirtschaftssektoren. Die geschätzte Schattenwirtschaft in der EU ist beträchtlich größer als die geschätzte Schattenwirtschaft in den USA und anderen fortgeschrittenen Ländern, wobei in allen Ländern der Haushaltssektor als derjenige Sektor genannt wird, in dem der Anteil der Schattenwirtschaft am größten ist.

Vom Hoffnungsträger zum Problemfall: Lateinamerika verliert den Anschluss – was sind die Ursachen?

Lateinamerikas Wirtschaft stagniert. Die politische Unsicherheit in den wichtigsten Ökonomien, der schwächere Welthandel und die Handelsstreitigkeiten drücken die Wachstumsprognosen. Die Länder verlieren weiter den Anschluss im weltweiten Vergleich. Entwickelt sich Südamerika vom Hoffnungsträger zum Risikofaktor für die Weltwirtschaft?

*Carsten Hefeker**

Lateinamerika zwischen Populismus und Washington Consensus

Carsten Hefeker

Die achtziger Jahre des letzten Jahrhunderts gelten als das »verlorene Jahrzehnt« Lateinamerikas, und einige Beobachter sagen voraus, dass die Region vor einem zweiten verlorenen Jahrzehnt stehe (vgl. *Financial Times*, 16. November 2019). Momentan gibt es Proteste, Aufstände und gewalttätige Konflikte in Bolivien, Chile, Ecuador und Kolumbien, diktatorische Regierungen in Kuba, Nicaragua und Venezuela und rechts- bzw. linkspopulistische Regierungen in Brasilien und Mexiko. In Argentinien kehren die Peronisten an die Macht zurück, die das Land massiv heruntergewirtschaftet hatten, bevor es 2015 zum Machtwechsel kam. Das Land, das 2018 mit 57 Mrd. US-Dollar den größten Kredit der Geschichte des Internationalen Währungsfonds erhalten hat, hat angekündigt, einen Teil der Zahlungen auszusetzen. Zudem ist die Inflation hoch, hat der Peso massiv abgewertet und sind die Kapitalverkehrskontrollen und Währungsschwarzmärkte zurück, die es unter Cristina Kirchner gab (vgl. Sturzenegger 2019). Und Venezuela, das mit seinem Ölreichtum eines der reichsten Länder der Welt sein könnte, hat in den letzten Jahren einen rasanten ökonomischen Verfall erlebt: Das Volkseinkommen ist seit 2013 um mehr als die Hälfte gesunken, und die Inflationsrate liegt nach Schätzungen des Währungsfonds bei 200 000%. Rund 4,5 Millionen Menschen haben bereits das Land verlassen, was auch in den Nachbarstaaten zu einer humanitären Krise führt.

Für die Region insgesamt sagt der Internationale Währungsfonds in seinem aktuellen Regionalreport für das laufende Jahr nur 0,2% Wachstum voraus, nach mageren 0,8% in den letzten sechs Jahren (vgl. IMF 2019). Die Region liegt damit deutlich hinter Asien oder Afrika in der Wachstumsentwicklung, und das Forschungsinstitut »Latinobarómetro« berichtet, dass nur noch 48% der Lateinamerikaner die Demokratie für die beste Regierungsform halten, während es vor zehn Jahren noch über 60% waren. Der Kontinent steckt ganz offenbar in einer tiefen demokratischen und wirtschaftlichen Krise, die sich in den Protesten manifestiert. Die Ursachen sind in jedem Land etwas anders gelagert, aber es zeigen sich auch Gemeinsamkeiten.

Zum einen ist ein massiver Verfall der Rohstoff- und Agrarproduktpreise zu konstatieren, der die Region negativ getroffen hat. Die Preise für Öl, Kupfer und Soja sind um rund 35–40% niedriger als 2011 und für Eisenerz sogar um die Hälfte (vgl. IMF 2019). Zum anderen spürt die Region die Auswirkung des globalen Finanzzyklus. Waren in den Jahren der ultraexpansiven Geldpolitik massiv Mittel in die Region geflossen, scheint sich nun die Risikoeinschätzung der Anleger zu wandeln. Generell warnt der IWF davor, dass die Bedingungen auf den globalen Kapitalmärkten die Anfälligkeit der Märkte erhöhen, und befürchtet explizit die Gefahr von *sudden stops*, also einem abrupten Abfluss ausländischen Kapitals. Tatsächlich sind die Portfoliozuflüsse seit Beginn des Jahres in den meisten Ländern negativ, was durch die Proteste vermutlich weiter angefacht wird. Die Verschuldung der Staaten der Region liegt im Schnitt oberhalb anderer Entwicklungs- und Schwellenländer und ist besonders anfällig, da ein großer Teil in ausländischer Währung denominiert ist und unter dem anhaltend starken US-Dollar leidet (vgl. Tab. 1). Vor allem die Abhängigkeit von Rohstoffpreisen und volatilen Kapitalströmen führt immer

* Prof. Dr. Carsten Hefeker ist Inhaber des Lehrstuhls for European Economic Policy an der Universität Siegen; Carsten.Hefeker@uni-siegen.de.

Tab. 1
Ökonomische Kennzahlen

	Wachstum des BIP (%)	Inflation (%)	Fiskaldefizit (% des BIP)	Staatsschuld (% des BIP)	Auslandsverschuldung (% des BNE)	Leistungsbilanzüberschuss (% des BIP)	Offenheit (Ex- und Importe in % des BIP)
Argentinien	– 3,1	57,3	– 5,5	93,3	56,1	– 1,2	14,4
Bolivien	3,9	2,3	1,2	57,7	33,8	– 5	26
Brasilien	0,9	3,6	– 7,5	91,6	30,3	– 1,2	14,8
Chile	2,5	2,6	– 2,5	27,5		– 3,5	28,8
Ecuador	– 0,5	0,5		49,1	42,6	0,1	22,8
Kolumbien	3,4	3,9	0,2	51	42,3	– 4,2	15,9
Mexiko	0,4	3,2	– 0,9	53,8	38	– 1,2	39,3
Nicaragua	– 5	7	– 0,6	39		2,3	42
Peru	2,6	1,9	– 4,5	26,9	31,3	– 1,9	25,2
Uruguay	0,4	7,5	– 3	64,1		– 1,7	21
Venezuela	– 35	200 000			33,9	7	16,7

Quelle: IWF: World Economic Outlook Database; Weltbank: World Development Indicators Database.

wieder zu *boom-bust cycles*, die die Region zwischen Wachstumseuphorie und Krise schwanken lässt (vgl. Rodrik 2018). Ein weiterer Faktor schließlich ist die gestiegene Unsicherheit über die Entwicklung des Außenhandels, wofür die Androhung von Handelskriegen durch den amerikanischen Präsidenten verantwortlich ist, aber auch die Abschwächung des Wachstums in China und Europa (vgl. IMF 2019).

Neben diesen exogenen Einflüssen aber sind die Gründe in vielen Ländern in einem Hang zu populistischer Wirtschaftspolitik einerseits und unterlassenen Reformen andererseits zu sehen, die die Stabilität untergraben und zu politischen und ökonomischen Krisen führen.

POPULISTISCHE WIRTSCHAFTSPOLITIK

Den klassischen populistischen Zyklus in Lateinamerika haben Dornbusch und Edwards (1991) beschrieben: Die Bevölkerung ist zunehmend unzufrieden mit der wirtschaftlichen Lage und einer kontraktiven Fiskalpolitik, die oft auf Auflagen des IWF zurückgeführt wird. Das Fass zum Überlaufen bringt oft eine Erhöhung der Preise für Treibstoff und öffentlichen Transport, die zu gewalttätigen Demonstrationen führt, wie jetzt in Chile und Ecuador. Ein neuer charismatischer Kandidat von außerhalb der traditionellen Politik tritt auf, der angeblich das »echte« Volk statt der korrupten Eliten vertritt. Nach seiner Wahl werden Geld- und Fiskalpolitik deutlich expansiver, und die Austeritätspolitik wird beendet, was vor allem durch Rückgriff auf Währungsreserven und Auslandskredite finanziert wird.

Das Land erlebt einen Aufschwung, aber die Hochkonjunktur führt irgendwann zu Engpässen, da Kapazitäten ausgelastet sind und expansive Geld- und Fiskalpolitik zu steigenden Preisen führen. Die zunehmende Knappheit wird mit Preiskontrollen bekämpft, Investitionen gehen zurück, Kapital verlässt das Land, und Kreditzahlungen an das Ausland werden ausgesetzt. Eine Konsequenz der Kapitalflucht ist, dass sie die Ungleichheit weiter verschärft. Inflation und Arbeitslosigkeit treffen vor allem die ärmeren Bevölkerungsschichten und die Mittelschicht, da die oberen Einkommensgruppen ihr Kapital ins Ausland geschafft haben und von Preissteigerungen und anderen Folgen der Krise nur wenig betroffen sind.

Produktion und Beschäftigung gehen weiter zurück, die Bevölkerung rebelliert und die Regierung bricht schließlich zusammen. Eine neue Regierung bittet den IWF um Hilfe, die Wirtschaftspolitik schwenkt auf Sparkurs um. Das Einkommen der Bevölkerung ist geringer als zuvor, und die Unzufriedenheit ruft mit der Zeit einen neuen Kandidaten auf den Plan, der verspricht, die Situation durch einen Politikwechsel grundsätzlich zu ändern.

Erstaunlicherweise beschreibt dieser stilisierte Ablauf politisch immer noch recht gut die Situation in vielen Ländern Lateinamerikas. Politiker wie Maduro, Morales, Bolsonaro oder Lopez Obrador kommen von außerhalb der klassischen Politik, scheren sich wenig um die üblichen Regeln und Mechanismen und leiten ihre Autorität dadurch ab, dass sie das »wahre« Volk vertreten. Diese gilt dann zugleich als Rechtfertigung dafür, dass parlamentarische Mechanismen und Kontrolle mit der Zeit ausgesetzt werden, wie in Nicaragua oder Venezuela. Der Versuch, das politische System zum eigenen Nutzen zu manipulieren, kann aber nur erfolgreich sein, wenn wichtige Gruppen wie Gewerkschaften oder das Militär auf die eigene Seite gebracht werden. Es wird massiv umverteilt, und Chancenungleichheit und Korruption verschärfen sich.

Geändert hat sich allerdings der makroökonomische Teil der populistischen Politik in den letzten Jahrzehnten. Edwards (2019) beschreibt einen neuen Populismus, der im Gegensatz zur klassischen Variante weniger auf expansive Geldpolitik setzt, sondern vielmehr durch mikroökonomische Eingriffe wie Regulierung der Industrie, Verstaatlichungen, Mindestlöhne und Preiskontrollen bestimmte Interessengruppen bevorzugt. Zudem lehnen die neuen Populisten in der Regel die Globalisierung ab, stattdessen setzen sie auf die nationale Wirtschaft und Protektionismus und wehren sich gegen internationalen Einfluss, wie beispielsweise Morales in Boli-

vien, Bolsonaro in Brasilien oder die Peronisten in Argentinien.

Bisweilen gehen dabei alter und neuer Populismus ineinander über. So war am Ende der Regierungen des Ehepaars Kirchner (2002–2015) in Argentinien die Zentralbank ihrer Unabhängigkeit beraubt, wurde die offizielle Inflationsrate manipuliert und lag der Schwarzmarktkurs des Peso deutlich über dem offiziellen Kurs. Auch ihr Nachfolger Macri schwenkte nach anfänglichen Bemühungen der makroökonomischen Stabilisierung auf expansivere Geld- und Fiskalpolitik um und führte Kapitalverkehrskontrollen ein (vgl. Sturzenegger 2019).

DER WASHINGTON CONSENSUS ALS URSACHE?

Verantwortlich gemacht für die Krisen wird häufig der Einfluss von außen. Vor allem die Weltbank und der IWF werden oft als die Verursacher von Sparpolitik und sozialen Spannungen gesehen. Sie, und im Allgemeinen die sogenannte neoliberale Ideologie, werden nicht nur von der Bevölkerung für die sozialen Folgen von Wirtschaftskrisen, Ungleichheit und Armut haftbar gemacht. Der sogenannte Washington Consensus mit seinem Fokus auf makroökonomischer Stabilisierung, Deregulierung und Öffnung von Märkten nach innen und außen hat auch nach Meinung vieler Ökonomen einen erheblichen Anteil an Instabilität und Wiederaufleben des Populismus (vgl. Rodrik 2018).

Bei näherem Hinsehen aber ist diese Kritik wenig überzeugend. Wie Edwards (2010) darlegt, wurde der Washington Consensus längst nicht so umgesetzt, wie man es erwarten würde. Reformen konzentrierten sich vor allem auf Änderungen der Geld- und Fiskalpolitik und waren dort auch einigermaßen erfolgreich. So zeigt Easterly (2019) in seiner Untersuchung der langfristigen Folgen des Washington Consensus, dass im Vergleich zu den 1980er Jahren die Inflationsraten, Zinsen und Defizite deutlich zurückgegangen sind, ebenso wie die Schwarzmarktprämien für Währungen und ihre Überbewertung.

Was aber unterlassen wurde, sind weitergehende mikroökonomische und institutionelle Reformen. Noch heute bestehen in vielen Ländern der Region staatliche und private Monopole, zudem ist die Steuerbelastung hoch und ungleich bei mangelhaften Leistungen des Staates. Dies führt zu geringer Produktivität, fördert die Korruption und verschlechtert das Investitionsklima. So zeigt der Ease-of-Doing-Business-Index der Weltbank, der die Länder nach der Güte des Investitionsklimas klassifiziert, dass die Region deutlich abgehängt ist gegenüber anderen Regionen, vor allem Asien. Als besonders hinderlich für Investitionen gelten dabei die strikten Regulierungen der Arbeitsmärkte (vgl. IMF 2019). Auch ist der Offenheitsgrad der Region relativ gering, was sich negativ auf das Wachstum auswirkt (vgl. Estevadeordal und Taylor 2013). Obwohl diese, und vor allem Reformen der »zweiten Generation«, die auf eine Verbesserung der institutionellen Qualität und den Ausbau von Rechts- und Sozialstaat abheben, seit langer Zeit angemahnt werden (vgl. Navia und Velasco 2003), ist der Fortschritt in diesen Bereich bislang gering (vgl. Tab. 2).

Der Mangel an weitergehenden Reformen auch in der Steuer- und Sozialpolitik ist nicht zuletzt ursächlich für die im internationalen Vergleich hohe Ungleichheit. So weist Brasilien einen Gini-Koeffizient von über 50 auf, und auch andere Länder der Region liegen nur wenig darunter. Zwar ist vor allem in Chile die gemessene Ungleichheit in den letzten Jahrzehnten zurückgegangen, aber noch immer ist die Armut in einigen Ländern, wie beispielsweise in Mexiko, hoch und kann von einer breiten Mittelschicht in vielen Ländern nicht die Rede sein (vgl. Tab. 2).

Ein weiteres Problem ist die wenig erfolgreiche Bildungspolitik, die dazu beiträgt, dass die Ungleichheit nicht stärker und schneller reduziert wird. Zwar geben die Länder in Lateinamerika in den meisten Fällen ähnlich viel Geld für Bildung aus wie die meisten OECD-Staaten, aber die Erfolge sind deutlich schlechter. Vergleichstests über die Fähigkeiten der Schüler, wie sie die OECD in ihren Pisa-Studien durch-

Tab. 2

Institutionelle und sozioökonomische Kennzahlen

	Korruptions-index (– 2,5 bis 2,5)	Ease of Doing Business Rank (1–190)	Anteil der Bevölkerung unter der Armutsgrenze (%)	Gini-Koeffizient (in %)	Anteil Mittelschicht (%)	Pisa-Index (Alle Schüler)
Argentinien	– 0,08	126	32	41,2	53,13	422
Bolivien	– 0,63	150	34,6	44	33,1	
Brasilien	– 0,42	124		53,3	39,1	395
Chile	1,01	59	8,6	46,6	51,16	441
Ecuador	– 0,59	129	23,2	44,7	28,76	
Kolumbien	– 0,3	67	27	49,7	28,45	410
Mexiko	– 0,86	60	41,9	48,3	25,14	416
Nicaragua	– 1,06	142	24,9	46,2	12,83	
Peru	– 0,54	76	20,5	43,3	33,56	394
Uruguay	1,27	101	7,9	39,5	62,57	430
Venezuela	– 1,47	188	33,1	46,9	8,47	

Pisaindex: Durchschnitt der Ergebnisse für Naturwissenschaft, Lesen und Mathematik. Durchschnitt aller Länder ist 492.

Quelle: World Economic Outlook Database; World Economic Indicators Database; IADB Database; OECD Pisa Report.

führt, zeigen die Region deutlich unter dem Durchschnitt der betrachteten Länder, während viele asiatische Länder deutlich darüber liegen.

Ähnlich wie in Westeuropa und den USA scheint das Problem des wiederauflebenden Populismus aber auch eines der Wahrnehmung zu sein. Wenn ein großer Teil der Bevölkerung das Problem hat, in der Entwicklung abgehängt zu werden, dann hilft es wenig, dass die Ungleichheit in Lateinamerika in den letzten Jahrzehnten zurückgegangen ist. Vielmehr scheint der sogenannte Tunneleffekt zu dominieren, in dem die Fahrer aggressiv werden, wenn sie das Gefühl haben, die anderen Fahrspuren kämen nach langem Stillstand plötzlich schneller voran, während man selber noch im Stau gefangen ist (vgl. Hirschman und Rothschild 1973).

Dieser Effekt zeigt sich in einer abnehmenden Toleranz der Bevölkerung mit den Regierenden und der Bereitschaft, unorthodoxe und populistische Politiker zu wählen. Die eingangs erwähnte abnehmende Zustimmung für die Demokratie kann durchaus als Alarmsignal gelten, dass ohne tiefgreifende Reformen der Institutionen der Kontinent nicht dauerhaft aus der Krise kommen wird. Vielmehr steht zu befürchten, das selbst Länder wie Brasilien, Argentinien, Mexiko und sogar Chile, das bislang als Musterland mit politischer Stabilität und guter ökonomischer Entwicklung galt, weiter zurückfallen werden.

LITERATUR

Dornbusch, R. und S. Edwards (1990), »Macroeconomic Populism«, *Journal of Development Economics* 32, 247–277.

Easterly, W. (2019), »In Search of Reforms for Growth: New Stylized Facts on Policy and Growth Outcomes«, NBER Working Paper 26318.

Edwards, S. (2010), *Left Behind: Latin America and the False Promise of Populism*, University of Chicago Press, Chicago.

Edwards, S. (2019), »On Latin American Populism, and Its Echoes around the World«, *Journal of Economic Perspectives* 33(4), 76–99.

Estevadeordal, A. und A. Taylor (2013), »Is the Washington Consensus Dead? Growth, Openness, and the Great Liberalization, 1970s–2000s«, *Review of Economics and Statistics* 95, 1669–1690.

Hirschman, A. und M. Rothschild (1973), »The Changing Tolerance for Income Inequality in the Course of Economic Development«, *Quarterly Journal of Economics* 87, 544–566.

IMF – International Monetary Fund (2019), *Regional Economic Outlook: Western Hemisphere,* IMF, Washington.

Navia, P. und A. Velasco (2003), »The Politics of Second-Generation Reforms«, in P. Kuczynski und J. Williamson (Hrsg.), *After the Washington Consensus: Restarting Growth and Reform in Latin America,* Institute for International Economics, Washington, 265–303.

Rodrik, D. (2018), »Populism and the Economics of Globalization«, *Journal of International Business Policy* 1, 12–33.

Sturzenegger, F. (2019), »Macri's Macro: The Meandering Road to Stability and Growth«, Universidad de San Andres, mimeo.

Tobias Boos und Ulrich Brand***

Lateinamerika: Nach dem Ressourcenboom und progressiven Politiken zurück auf Los?

Lateinamerika verliert erneut den Anschluss. In der ersten Dekade der 2000er Jahre hatte es danach ausgesehen, dass die Region auf dem richtigen Weg wäre, einen dauerhaften Wachstumspfad einzuschlagen sowie über steigende Beschäftigung und Primäreinkommen, aber auch über einen Ausbau von Sozialstaatlichkeit die über Jahrhunderte bestehenden enormen sozialen Ungleichheit zu überwinden. In Zeiten stark steigender Rohstoffpreise ab 2003/2004 und der Erwartung, dass diese auch hoch bleiben würden, gab es Einschätzungen, dass die Zeit der säkularen Verschlechterung der *terms of trade* (Prebisch-Singer-These)[1], also der realen Austauschverhältnisse zwischen Primär- und Sekundärgütern zulasten Ersterer, für Rohstoffexportländer vorüber sei. Vor knapp zehn Jahren diskutierte die UN-Wirtschaftskommission für Lateinamerika und die Karibik (ECLAC) sogar die Reprimarisierung (die Rückkehr der Region zur Primärgüterproduktion) als Option für eine erfolgreiche Entwicklungsstrategie in Lateinamerika (vgl. ECLAC 2011, S. 21).

Die eingeschlagenen Entwicklungsstrategien brachten zu Beginn teilweise spektakuläre Ergebnisse hervor. Die Armutsrate in Lateinamerika (Karibik ausgenommen) konnte zwischen 2002 und 2014 von 45,4% auf 27,8%, die absolute Armut von 12,2% auf 7,8% reduziert werden (vgl. ECLAC 2019). Der Gini-Koffizient für jene Jahre zeigt eine Reduktion von 0,538 auf 0,477. Alphabetisierungsraten stiegen stark an, während etwa die Kindersterblichkeit deutlich zurückging. Grund hierfür war ein erhöhter Anteil an Staatsausgaben in Bereichen wie Bildungs- und Gesundheitspolitik. Viele der staatlichen Interventionen verliefen dabei über *conditional cash transfers,* die schnell sichtbare Ergebnisse zutage förderten. Das alles fand in dem erwähnten überaus favorablen internationalen Kontext statt (siehe unten).

Die Politiken führten zur Ausweitung einer Bevölkerungsschicht, die ökonomisch der Mittelklasse zugerechnet werden kann. Für viel Aufsehen sorgte eine Weltbankstudie aus dem Jahr 2013, die den Auf-

* Dr. Tobias Boos ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Politikwissenschaft an der Universität Wien.
** Prof. Dr. Ulrich Brand ist Professor am Institut für Politikwissenschaft an der Universität Wien.

[1] Raúl Prebisch und Hans W. Singer argumentierten im Jahr 1950 in zwei unabhängigen Publikationen, dass Länder mit großer Abhängigkeit vom Export nur weniger Primärgüter den internationalen Preis- und Mengenschwankungen stark unterworfen sind und dies immer wieder zu Instabilität führt. Zudem führt höhere Produktivität bei Primärgütern tendenziell zu sinkenden Preisen, bei Industriegütern bzw. in Industrieländern äußern sie sich auch in steigenden Löhnen (vgl. Prebisch 1950; Singer 1950).

stieg einer lateinamerikanischen Mittelklasse diagnostizierte. Zwischen 2003 und 2009 war diese auf von ca. 100 über 152 Millionen Menschen angewachsen (vgl. Ferreira et al. 2013). Ein veritabler Zuwachs um 50%. 2008 lag der Anteil der Angehörigen der Mittelklasse beinahe gleichauf mit jenem der Armen (158 Mio.) in der Region. Für 2030 prognostizierte die Studie, dass 42% der Lateinamerikaner*innen dieser Mittelklasse angehören würden, während es 2009 nur 29% waren. In vielen Ländern, vor allem in jenen mit progressiven Regierungen, konnte eine soziale Aufwärtsmobilität in Gang gesetzt werden, und das Konsumniveau der Mittelklassen verbesserte sich merklich (vgl. Boos 2017). Die spektakulären Ergebnisse verleiteten den damaligen Präsidenten der Weltbank zur Aussage, dass der Großteil der lateinamerikanischen Länder endlich auf dem Weg seien, sich in Mittelschichtsgesellschaften zu wandeln (vgl. Yukhananov 2012).

Laut zahlreicher Studien waren entsprechende staatlichen Politiken für die großen sozial- und verteilungspolitischen Erfolge maßgeblich (vgl. Lustig, Lopez-Calva und Ortiz-Juarez 2011). Viele der Maßnahmen lassen sich innerhalb einer wirtschaftspolitischen Umorientierung weg von den marktliberalen Politiken seit den 1970er Jahren verorten. Die Entwicklungsstrategie des *New Developmentalism* (vgl. Bresser-Pereira 2010) lässt sich als Mittelweg zwischen Ideen und Strategien des historischen *Developmentalism* der 1950er und 1960er Jahre in der Region und der konventionellen neoklassischen Orthodoxie beschreiben. In diesem Paradigma spielt der Staat wieder eine entscheidende Rolle in der Entwicklungsstrategie. Gleichzeitig setzte man, anders als in vorangegangenen Perioden der staatlichen Entwicklungsstrategien, beispielsweise nicht mehr auf direkte protektionistische Maßnahmen, sondern auf einen kompetitiven Wechselkurs und einen möglichst ausgeglichenen Staatshaushalt. Letzterer garantierte in Ländern wie Argentinien und Brasilien einen gewissen Schutz für die einheimische Industrie, während man gleichzeitig versuchte, auf die Produktion und den Export von Industriegütern mittlerer und Primärgütern hoher Wertschöpfung zu setzen. Der Staat sollte dabei zwar die strategische Ausrichtung und notwendigen Rahmenbedingungen vorgeben, in Bezug auf notwendige Investitionen setzte man jedoch auf den Privatsektor.

Ein weiterer Aspekt sicherte einigen südamerikanischen Ländern die internationale Aufmerksamkeit und regte intensive entwicklungspolitische Diskussionen an: Vor allem in Ländern wie Bolivien und Ecuador, in denen verfassungsgebende Versammlungen einberufen wurden, standen nicht nur ökonomische Ungleichheiten zur Debatte, sondern auch Fragen von kulturellen und ethnischen Ungleichheiten sowie des rechtlichen Rangs der Natur (die meist als auszubeutende Ressourcen gesehen wird).

DIE JÜNGSTE KRISE DES ENTWICKLUNGSMODELLS UND PROBLEME DER REGIERUNGEN

Die Probleme, die sich ab Mitte der 2010er Jahre in der Region einstellen sollten, haben sowohl konjunkturelle als auch strukturelle Ursachen. Zunächst schien es so, dass man die globale Wirtschaftskrise ab 2008 gut hatte umschiffen können. Schließlich kam sie jedoch mit zeitlicher Verspätung auch in der Region an. Der Einbruch der globalen Rohstoffpreise – nicht so sehr der Nachfrage – ab 2013 war die offensichtlichste Folge (vgl. ECLAC 2018, S. 9).

Damit rächten sich die Unzulänglichkeiten der Regierungen aus den Vorjahren. Mit dem Einbruch der Preise konnten viele der Sozial- und Infrastrukturpolitiken nicht mehr finanziert werden. Neben den genannten Industrialisierungsversuchen in Argentinien und Brasilien gab es auch in anderen Ländern Versuche, sich aus der einseitigen wirtschaftlichen Abhängigkeit des Rohstoffexports zu befreien. Ein prominentes Beispiel ist die Strategie der ecuadorianischen Regierung, ab 2012 im Norden der Hauptstadt Quito auf 280 Hektar den Hightech-Park »Yachay« aufzubauen (vgl. Macías Vázquez und Alonso González 2016), was bisher nicht gelungen ist. Neben dem wegbrechenden finanziellen Spielraum durch den Einbruch der Rohstoffpreise und übertriebenen Erwartungshaltungen, zeigt das Beispiel der genannten »Stadt des Wissens«, dass der Aufbau von Know-how und Kapazitäten zu Technologieentwicklung ein langwieriger Prozess ist. Eine ähnliche Erfahrung lässt sich für die Bemühungen seit 2008 der bolivianischen Regierung im Lithiumsektor beobachten. Trotz einer nationalen Strategie, der die industrielle Weiterverarbeitung durch systematische Aneignung von Technologie und Know-how vorsieht, ist diese bis heute nicht über die Politphase hinausgekommen.

KOMMENDE HERAUSFORDERUNGEN

Wie aufgezeigt, war Teil der Erfolgsgeschichte der anfänglichen 2000er Jahre die heterodoxe Herangehensweise der Regierungen in der Region. Entgegen der wirtschaftspolitischen Ausrichtung der 1990er Jahre setzten sie auf gezielte staatliche Interventionen und antizyklische Politiken. Mit dem sich verkleinernden wirtschaftlichen Spielraum traten auch die schwelenden Konflikte immer mehr zutage.

Erstens haben es die Regierungen der letzten zwei Dekaden nicht geschafft, sich aus dem Teufelskreis der Ressourcenabhängigkeit zu befreien. Wie oben beschrieben, gab es zwar Versuche, sich von dieser zu lösen, die Erfolge waren jedoch sehr beschränkt. Neben dem notwendigen politischen Willen spielen hier auch strukturelle Faktoren eine entscheidende Rolle. Etwa im Falle Argentiniens hat der neue Präsident Alberto Fernández angekündigt, eine Entwicklungsstrategie, die auf den (Wieder-)Aufbau

Tobias Boos

Ulrich Brand

einer nationalen Industrie setzt, verfolgen zu wollen. Die nationalen Ökonomien haben allerdings Probleme, die notwendigen Auslandsreserven zu erwirtschaften, was wiederum die entwicklungspolitischen Optionen einschränkt. Auch er scheint keine andere Wahl zu haben, als auf den Export von Primärgütern zu setzen, um einerseits die von der Regierung Mauricio Macri angehäuften Auslandsverschuldung von 337 Mrd. US-Dollar (80,7% des BIP) zu bedienen und andererseits notwendige Importe zu finanzieren (vgl. Finanzministerium der Republik Argentinien 2019). Hier zeigen sich strukturelle Hindernisse für abhängige Ökonomien in der Weltwirtschaft, die eigenen neo-extraktivistischen Entwicklungsmodelle trotz wachsender Kritik an ihren negativen wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Implikationen infrage zu stellen (vgl. Gudynas 2018; Svampa 2019; Brand, Dietz und Lang 2016).

Zweitens, wurde nach dem Ende des Ressourcenbooms ein neuer Zyklus der Auslandsschuldung in Gange gesetzt. Im Zuge dessen lässt sich ein Wiedererstarken derjenigen Stimmen vernehmen, die vor allem eine Rückkehr zu den Rezepten der 1990er Jahre als Lösung anpreisen. Durch die negativen Erfahrungen mit den Strukturanpassungsplänen in der Region galten diese lange Zeit als delegitimiert. Anders als einige internationale Finanzinstitutionen öffentlich beteuern, scheinen die gezogenen Lehren aus dem Scheitern der Strategie jener Jahre allerdings gering. Etwa die vom IWF auferlegten Konditionalitäten sind in den letzten Jahren nicht zurückgegangen, sondern in Ausmaß und Reichweite weiter angestiegen und adressieren weiterhin vor allem Fragen der Haushaltskonsolidierung (vgl. Stubbs und Kentikelenis 2018). Das Paradigma einer »expansiven Austerität« d.h. die Idee, dass das Reduzieren der Staatsausgaben trotz ihrer negativen Auswirkungen auf die Nachfrage, mittelfristig zu Wirtschaftswachstum führen würde, ist unter Ökonomen hoch umstritten (vgl. Krugman 2015). Stattdessen zeigen entsprechende Studien mittlerweile deren negative Effekte auf. Etwa der unabhängige Experte der Vereinten Nationen für Auslandsverschuldung argumentiert, dass diese Ungleichheit weiter verstärken und sich negativ die Einhaltung der Menschrechte auswirken können (vgl. Bohoslavsky 2016).

Auch politisch verweisen die aktuellen Proteste in Ecuador und Chile darauf, dass die Bevölkerung nicht bereit ist, die Fortdauer oder die erneute Implementierung von Austeritätspolitik hinzunehmen. In Argentinien wiederum wurde die Regierung Mauricio Macris für diesen Kurs jüngst abgewählt. Seit September 2018 steckt das Land in einer Rezession. Die prognostizierte Inflation für 2019 liegt bei 60%. Je nach Messung summiert sie sich für die gesamte Amtszeit Macris auf 100 bis 130%. Statt wirtschaftlichen Aufschwung lebten im ersten Halbjahr 2019 mit über 15 Mio. Argentinier*innen gut 35% der Bevölkerung in Armut. Die Wirtschaftspolitik der Regierung Macri ist gescheitert. Gleichzeitig war es auch den mittelinks Regierungen im Kontext des globalen Ressourcenbooms nicht möglich, die Ungleichheit dauerhaft zu verringern: Verteilungspolitik in Zeiten voller Staatskassen bedeutet noch lange nicht die nachhaltige Umverteilung von Einkommen und Vermögen von oben nach unten.

Drittens werden die Folgen waren der wachsenden Zerstörung der ökologischen Lebensgrundlagen immer deutlicher und offensichtlich von Teilen der Bevölkerung weniger hingenommen (vgl. Bebbington 2015; Gudynas 2011). Eine Ursache der Proteste in Chile ist auch die zunehmende Wasserknappheit unter Bedingungen einer weitgehenden Privatisierung der Wasserversorgung. Während den Bergbauunternehmen der Wasserzugang erhalten bleibt, wird das Trinkwasser für die Bevölkerung teilweise rationiert bzw. teurer. Aber auch vielfältige Konflikte um und Widerstände gegen Bergbauprojekte stellen die Regierungen vor enorme Herausforderungen.

Und schließlich stellen sich für die internationale und damit auch europäische Politik Herausforderungen. Denn der »Problemfall« Lateinamerika leidet ja weiterhin unter großen Nachfrage- und Preisschwankungen für Primärgüter auf dem Weltmarkt. Zwei Fragen stellen sich hierbei: Wie könnten die Preise innerhalb bestimmter Korridore stabilisiert und die Bedingungen für sozial-ökologische Industrialisierungsprozesse verbessert werden?

Und auch die internationale Klima- und Umweltpolitik kann sich nicht darauf beschränken, ambitionierte Ziele zu formulieren, ohne grundlegende ressourcen- und emissionsintensive Produktions- und Konsummuster grundlegend umzubauen (vgl. Brand und Wissen 2017). Die Ressourcennachfrage wird sich laut OECD und anderer Studien im Laufe der nächsten Dekaden mit erheblichen ökologischen Implikationen deutlich erhöhen (vgl. OECD 2018). Der starke Fokus auf technologische Innovationen ist dabei unzulänglich. Es bedarf auch sozialer Innovationen und eines deutlichen Rückbaus industrieller Kapazitäten wie der Automobilindustrie oder der industriellen Landwirtschaft.

Neure Debatten über »inklusive Entwicklung« (vgl. Pouw und Gupta 2017; Brand, Boos und Brad 2017) oder »sozial-ökologische Industriepolitik« (vgl. Wigger 2019; Eder und Schneider 2018) deuten in diese Richtung und sollten nicht auf Entwicklungen innerhalb der jeweiligen Länder beschränkt bleiben, sondern bedürfen auch einer Reorganisation weltwirtschaftlicher Verhältnisse und der entsprechenden Politiken.

LITERATUR

Bebbington, A. (2015), »Political Ecologies of Resource Extraction: Agendas Pendientes«, *European Review of Latin American and Caribbean Studies* 100, 85–98.

Bohoslavsky, J. P. (2016), »Economic Inequality, Debt Crises and Human Rights«, *The yale journal of international law* 41(23), 177–199.

Boos, T. (2017), »Pact of Consumption – Kirchnerism and the Argentinian Middle Class«, *Austrian Journal of Development* 33(4), 37–62.

Brand, U., K. Dietz und M. Lang (2016), »Neo-Extractivism in Latin America – one side of a new phase of global capitalist dynamics«, *Revista de Ciencia Política* (Bogotá) 11(21), 125–159.

Brand, U., T. Boos und A. Brad (2017), »Degrowth and Post-Extractivism: Two Debates with Suggestions for the Inclusive Development Framework«, *Current Opinion in Environmental Sustainability* 24, Februar, 36–41.

Brand, U. und M. Wissen (2017), »Imperiale Lebensweise. Zur Ausbeutung von Mensch und Natur im globalen Kapitalismus«, *oekom*, München.

Bresser-Pereira, L. C. (2010), *Globalization and Competition. Why Some Emergent Countries Succeed While Others Fall Behind*, Cambridge Univ. Press, Cambridge.

ECLAC – Economic Commission for Latin America and the Caribbean (2011), *Latin America and the Caribbean in the World Economy: A crisis generated in the centre and a recovery driven by the emerging economies,* United Nations, Santiago de Chile.

ECLAC – Economic Commission for Latin America and the Caribbean (2018), *The European Union and Latin America and the Caribbean: convergent and sustainable strategies in the current global environment,* United Nations, Santiago de Chile.

ECLAC – Economic Commission for Latin America and the Caribbean (2019), *Social Panorama of Latin America*, ECLAC, Santiago de Chile.

Eder, J. und E. Schneider (2018), »Progressive Industrial Policy – A Remedy for Europe!?«, *Journal für Entwicklungspolitik* 34, 108–142.

Ferreira, F. H. G., J. Messina, J. Rigolini, L.-F. López-Calva, M. A. Lugo und R. Vakis (2013), *Economic Mobility and the Rise of the Latin American Middle Class,* The World Bank, Washington D.C.

Finanzministerium der Republik Argentinien (2019), »Presentación gráfica de la deuda«, *www.Argentina.gob.ar,* verfügbar unter: https://www.argentina.gob.ar/hacienda/finanzas/presentaciongraficadeudapublica.

Gudynas, E. (2011), »Neo-Extraktivismus und Ausgleichsmechanismen der progressiven südamerikanischen Regierungen«, *Kurswechsel* (3), 69–80.

Gudynas, E. (2018), *Extractivisms Tendencies and consequences,* Reframing Latin American Development, Routledge.

Krugman, P. (2015), »The Expansionary Austerity Zombie«, New York Times, 20. November, verfügbar unter: https://krugman.blogs.nytimes.com/2015/11/20/the-expansionary-austerity-zombie.

Lustig, N. C., L. F. Lopez-Calva und E. Ortiz-Juarez (2011), »The Decline in Inequality in Latin America: How Much, Since When and Why«, *SSRN Electronic Journal*.

Macías Vázquez, A. und P. Alonso González (2016), »Between 'neodevelopmentalism' and 'postdevelopmentalism': Towards a theory of a dispersed knowledge economy in Ecuador«, *Canadian Journal of Development Studies* 37, 47–65.

OECD (2018), *Global Material Ressources Outlook to 2060. Economic drivers and environmental consequences,* OECD Publishing, Paris.

Pouw, N. und J. Gupta (2017), »Inclusive development: a multi-disciplinary approach«, *Current Opinion in Environmental Sustainability* 24, Februar, 58–62.

Prebisch, R. (1950), *The Economic Developmet of Latin America and its Principal Problems,* United Nations, New York.

Singer, H. W. (1950), »Gains and Losses from Trade and Investment in Under- Developed Countries«, *American Economic Review* 40(2), 473–485.

Stubbs, T. und A: Kentikelenis (2018), »Conditionality and Sovereign Debt. An Overview of Human Rights Implications«, in: I. Bantekas und C. Lumina (Hrsg.), *Sovereign Debt and Human Rights,* 1. Aufl., Oxford University Press, Oxford, New York, 359–380.

Svampa, M. (2019), *Development in Latin America. Toward a New Future,* Practical Action Publisher, Halifax & Winnipeg.

Wigger, A. (2019), »The new EU industrial policy: Authoritarian neoliberal structural adjustment and the case for alternatives«, *Globalizations* 16, 353–369.

Yukhananov, A. (2012), »Middle class now rivals poor in Latin America: World Bank«, Reuters, 13. November, verfügbar unter: https://www.reuters.com/article/us-worldbank-latam-middle-class/middle-class-now-rivals-poor-in-latin-america-world-bank-idUSBRE8A-C0UH20121113.

*Martin T. Braml**

Chancen, Potenziale, Protektionismus – ein Blick nach Lateinamerika

Martin T. Braml

IN KÜRZE

Während Ostasien in die ökonomische erste Liga aufsteigt, die Vereinigten Staaten damit ringen und Europa nach seinem Platz dazwischen sucht, scheint Lateinamerika in das wirtschaftliche Hintertreffen zu gelangen. In den großen Ländern der Region – Argentinien, Brasilien und Mexiko – macht sich eine Stagnation breit. Entwicklungspolitische Aufsteiger sind hingegen Chile und Uruguay. Sie suchen eine starke Integration im Welthandel. Gleiches scheint den traditionell protektionistischen Ländern Argentinien und Brasilien, den tonangebenden Staaten innerhalb des MERCOSUR, nur zaghaft zu gelingen. Der Abschluss des EU-MERCOSUR-Freihandelsabkommens bietet eine einmalige Chance für die lateinamerikanischen Länder. Sie sollte ergriffen werden und nicht am Widerstand der französischen Agrarlobby scheitern.

ZWISCHEN STAGNATION UND KONVERGENZ

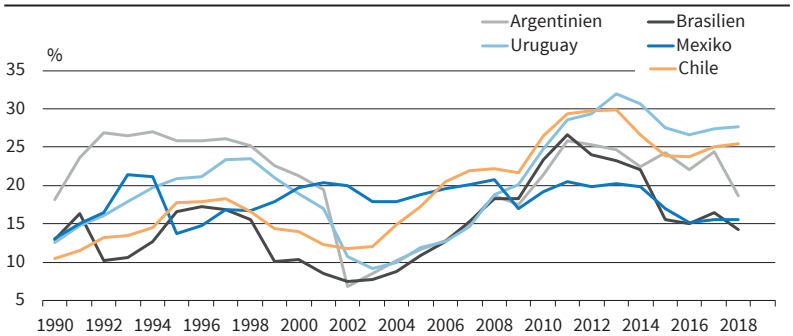
Er folgte »dem Licht der Sonne«, sagte Christoph Kolumbus nach seiner Wiederentdeckung Amerikas im Jahre 1492. Dieses Licht diente auch als Metapher und kündigte Botschaft davon, für wie wertvoll er seine Entdeckung erachtete. Zwei Jahre später sah sich Papst Alexander VI. dazu veranlasst, mit dem Vertrag von Tordesillas den Kontinent in eine spanische und eine portugiesische Hälfte zu teilen, um einen Konflikt der beiden katholischen Mächte zu verhindern. Dass sich der Papst als die damals unbestreitbar höchste Autorität des Abendlandes zu einem derartigen Schritt gezwungen sah, veranschaulicht auch die ökonomische Bedeutung, die man der »Neuen Welt« damals beimaß.

Gut ein halbes Jahrtausend später ist von dieser Euphorie wenig geblieben. Zwar bietet Lateinamerika mit seinen 650 Millionen Bewohnern ein enormes wirtschaftliche Potenzial; gleichzeitig hat man das Gefühl, dass Lateinamerika hinter seinen Möglichkeiten bleibt, und das nicht erst seit gestern. Dabei ist der Subkontinent verglichen mit anderen Weltregionen vergleichsweise friedlich und bietet reichlich natürliche Ressourcen. Nach den Merkmalen Sprache, Kultur und Religion steht Lateinamerika Europa und Nordamerika unter den drei großen Entwicklungsregionen (Afrika, Asien, Lateinamerika) am nächsten, und doch richten sich alle Augen gen Osten. Dieser Beitrag widmet

* Martin T. Braml ist Doktorand am ifo Zentrum für Außenwirtschaft.

Abb. 1

BIP pro Kopf relativ zu den USA, 1990–2018 [a]



[a] Die Abbildung zeigt das BIP pro Kopf (in laufenden US-Dollar) ausgewählter Länder relativ zu den USA von 1990–2018. Dynamiken können auch wechselkursbedingte Ursachen haben. Aktuelle Daten für Venezuela sind nicht verfügbar.
Quelle: Weltbank (2019).

© ifo Institut

sich einer kurzen Bestandsanalyse der wirtschaftlichen Entwicklung der nun nicht mehr ganz so neuen Welt.

Zunächst soll ein kurzer Überblick der Wachstumsdynamiken der großen lateinamerikanischen Volkswirtschaften einen Aufschluss darüber geben, ob sich diese Länder in einem wirtschaftlichen Aufholprozess gegenüber den Industrienationen befinden. Wirtschaftliche Konvergenz bedeutet, dass ärmere Länder schneller als reichere wachsen und sich damit deren Lebensstandard annähern. Abbildung 1 zeigt das BIP pro Kopf ausgewählter lateinamerikanischer Länder relativ zum US-Level im Zeitablauf.[1] Es zeigt sich ein zweigeteiltes Bild: Argentinien, Brasilien und Mexiko konnten sich den USA seit 1990 nicht oder allenfalls nur marginal annähern. Während Argentinien nach 2001 und Brasilien nach 2011 um 15 bzw. 10 Prozentpunkte zurückfielen, ist das mexikanische BIP pro Kopf relativ zu den USA weit weniger volatil. Dies mag auch Folge der engen volkswirtschaftlichen Verflechtung zwischen Mexiko und den USA seit Inkrafttreten des NAFTA-Handelsabkommens seit 1994 sein. Nach dessen Abschluss erlebte Mexiko eine temporäre Konvergenz, die aber ebenfalls während der letzten fünf Jahre abschmolz. Ein grundsätzlich anderes Bild ergibt sich für Uruguay und Chile, die beiden ärmsten Länder der Vergleichsgruppe im Ausgangsjahr 1990. Sie konnten ihren durchschnittlichen Lebensstandard gegenüber den USA um jeweils etwa 15 Prozentpunkte angleichen und stehen damit mittlerweile an der Spitze Lateinamerikas. Der große relative Entwicklungssprung geschah für diese beiden Länder jeweils innerhalb nur einer Dekade, etwa von 2003 bis 2013.

Die schwache ökonomische Dynamik Argentiniens, Brasiliens und Mexikos ist entwicklungspolitisch allerdings umso folgenschwerer, als dass ihre Bevölkerungen von 382 Millionen etwa 60% der gesamten Bevölkerung Lateinamerikas ausmachen. Chile (18 Mio.) und Uruguay (3,5 Mio.) sind hingegen vergleichsweise kleine Länder.[2] Beispiellos ist jedoch die wirtschaftliche Malaise, die das sozialistisch-autokratisch regierte Venezuela erlebt: Das Land mit den größten Erdölvorkommen der Welt, noch in den 1980er Jahren das reichste Land der Region, verarmt auf dramatische Art und Weise und befindet sich in einer gewaltigen humanitären Krise. Allein seit 2015 ist mehr als jeder Achte seiner 32 Millionen Einwohner, also mehr als 4 Millionen Menschen, auf der Flucht. Laut den Vereinten Nationen (2019) ist dies der größte Bevölkerungsexodus, den je ein südamerikanisches Land erlebte.

Obwohl sich der Lebensstandard in allen Ländern der Vergleichsgruppe (ohne Venezuela) seit 1990, in absoluten Zahlen betrachtet, erhöhte, konnten nur wenige Länder einen Prozess in Gang setzen, der als ökonomische Konvergenz angesehen werden darf. Die Gründe dafür mögen vielfältig sein und reichen von länderspezifischen Unterschieden über die Abhängigkeit von der globalen Rohstoffnachfrage bis hin zu politischen Zyklen. Sie sind jedoch nicht Gegenstand dieses Beitrags.

LATEINAMERIKA UND DER PROTEKTIONISMUS

Der breite Aufstieg Ost- und Südostasiens wird gemeinhin auch der gestiegenen Partizipation dieser Länder am Welthandel zugeschrieben. Lateinamerika verfügt nicht über eine gemeinsame Erzählung, anhand derer sich die segensreiche Wirkung der Integration in den Weltmärkten eindeutig aufzeigen lassen könnte. Abbildung 2 zeigt in einem Streudiagramm den Zusammenhang, oder besser seine Abwesenheit, zwischen volkswirtschaftlicher Offenheit[3] und dem durchschnittlichen Einkommen. Unter den reichsten Volkswirtschaften Uruguay und Chile variiert die Außenhandelsquote zwischen 28 und 50%. Die beiden größten Volkswirtschaften Lateinamerikas, Brasilien und Mexiko, weisen bei sehr ähnlichen Pro-Kopf-Einkommen die höchste Varianz im Offenheitsgrad aus: Ganze 52 Prozentpunkte liegen zwischen ihnen. Mit 75% weist Mexiko indes sogar eine höhere Außenhandelsquote als Deutschland (72%) auf. Sicherlich sind dies bloße Korrelationen und können somit nicht kausal interpretiert werden. Allerdings gibt Abbildung 2 einen Hinweis darauf, dass außenwirtschaftliche Offen-

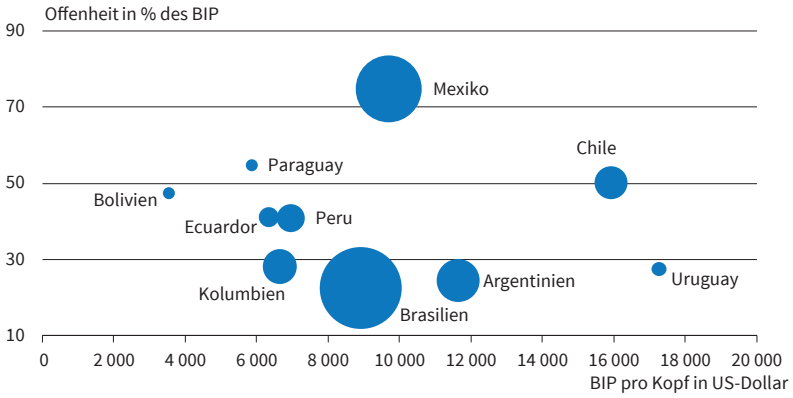
[1] Auf die Belastbarkeit des BIP pro Kopf gemessen in laufenden US-Dollar als hinreichendes Wohlstandsmaß soll hier nicht näher eingegangen werden.

[2] Bevölkerungszahlen 2017 (Quelle: Weltbank).

[3] Definiert als die Summer der Importe und Exporte relativ zur Wirtschaftsleistung.

Abb. 2

Zusammenhang zwischen BIP/Kopf und Offenheit, gewichtet nach BIP, 2018 [a]



[a] Die Abbildung zeigt ein Streudiagramm aus BIP/Kopf (in laufenden US-Dollar) und dem Grad der außenwirtschaftlichen Offenheit (Summe aus Importen und Exporten/BIP). Die Darstellung gewichtet die Beobachtungen nach BIP. Aktuelle Daten für Venezuela sind nicht verfügbar.
Quelle: Weltbank (2019); UN-Comtrade (2019).

© ifo Institut

heit allein kein hinreichendes Kriterium für ökonomische Prosperität bedeuten muss.

Handelspolitisch verfolgen die großen lateinamerikanischen Staaten unterschiedliche Strategien: Mexiko orientiert sich weiterhin eng an den USA, was sich beispielsweise an der Weiterentwicklung des NAFTA-Abkommens zum USMCA zeigt, verhandelt aber gleichzeitig über ein Update des seit dem Jahr 2000 bestehenden EU-Mexiko-Freihandelsabkommens. Argentinien, Brasilien, Uruguay, Paraguay und Venezuela schlossen sich 1991 zum Mercado Común del Sur (kurz: MERCOSUR), zu einem gemeinsamen Markt des Südens, zusammen. Die Mitgliedschaft Venezuelas ist seit 2017 wegen anhaltender politischer Repressalien suspendiert (vgl. Cascione 2017). Chile verhandelte in der Vergangenheit mit der EU (2002) und den USA (2004) Freihandelsabkommen; gleichzeitig ist es zusammen mit Peru Teil des CPTPP, der transpazifischen Freihandelszone, die nach dem Rückzug der USA aus dem ursprünglichen TPP-Abkommen hervorging.

Die Mehrzahl der lateinamerikanischen Staaten erhebt vergleichsweise hohe Meistbegünstigungszölle (vgl. Abb. 3). Peru ist hierbei eine bemerkenswerte Ausnahme, das sogar niedrigere Durchschnittszölle erhebt als die EU oder die USA. Mexiko senkte seine Zölle ebenfalls auf ein Niveau nahe dem der Industriestaaten. Sehr interessant ist auch die chilenische Zollpolitik: Chile wendet einen einheitlichen Zollsatz von 6%[4] auf alle seine Importe an und diskriminiert nicht nach Produktlinien. Damit geht es einen zollpolitischen Sonderweg, der allerdings ökonomisch gut begründbar ist: Für ein Land ohne sog. *Terms-of-Trade-Power*[5] mag ein solcher Zoll, sowie man überhaupt einen – etwa aus budgetären Überlegungen – erheben will, optimal sein, denn er verzerrt lediglich die Nachfrage zwischen einheimischen und importierten Waren, aber nicht innerhalb der importierten Produktlinien. Interessant sind auch Beobachtungen zur MERCOSUR-Zollunion: Wesensmerkmal einer Zollunion und Unterschied zu einer Freihandelszone ist gerade, dass sich die Außenzölle der Teilnehmerstaaten nicht unterscheiden dürfen. Für den MERCOSUR ergeben sich geringfügige Diskrepanzen im Außenzoll, die darauf zurückzuführen sind, dass die Teilnehmerstaaten bei 200 Produktlinien abweichende Zölle erheben dürfen (vgl. Baars 2019). Auch fehlen andere Charakteristika, die auf eine tiefgreifende handelspolitische Integration wie etwa bei der EU hindeuteten: Die Teilnehmerstaaten verhängen etwa Anti-Dumping-Zölle gegeneinander und koordinieren auch nicht ihre Anti-Dumping-Politik gegenüber Drittstaaten (vgl. Bown und Tovar 2016).

DAS EU-MERCOSUR-FREIHANDELSABKOMMEN

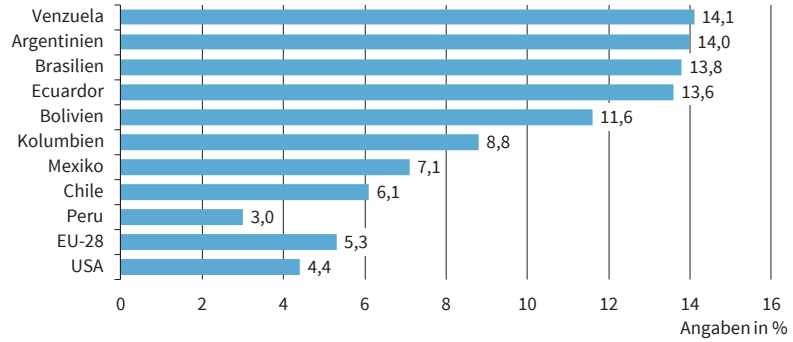
Am 28. Juni 2019 kamen die beinahe 20-jährigen Gespräche über ein Freihandelsabkommen der EU mit dem MERCOSUR zu einem erfolgreichen Abschluss. Gemessen an der gemeinsamen Bevölkerungsanzahl entstünde bei erfolgreicher Implementierung (Ratifizierung noch ausstehend) die bis dato größte Freihandelszone der Welt (vgl. BMWi 2019).

[4] Die Abweichung zu 6,1% in der Grafik ergibt sich aus imputierten Werten und Änderungen der HS-Nomenklatur.

[5] Damit ist gemeint, dass ein Land durch seine Nachfrage auf dem Weltmarkt Einfluss auf den Weltmarktpreis hat.

Abb. 3

Durchschnittlicher Einfuhrzoll, 2017 [a]



[a] Die Abbildung zeigt die durchschnittlichen Einfuhrzölle (arithmetisches Mittel über alle Produktlinien), die als angewandte Meistbegünstigungszölle bei der WTO hinterlegt sind. Daten für Venezuela aus 2016.
Quelle: ifo Zolldatenbank.

© ifo Institut

Im Gegenzug für die erheblichen Zollreduktionen der Südamerikaner kommt es zu einer Teilöffnung der europäischen Agrarmärkte, bei der die EU allerdings auf die Anerkennung geografischer Herkunftsbezeichnungen (z.B. »Münchner Bier«) und die Einhaltung europäischer Verbraucherschutzstandards durchsetzen konnte (vgl. EU-Kommission 2019).

Gleichwohl die Zölle der MERCOSUR-Staaten jene der EU weit übersteigen, spielte aus europäischer Sicht noch eine zweite Überlegung eine gewichtige Rolle: Die angewandten Meistbegünstigungszölle der Lateinamerikaner liegen unterhalb der bei der WTO hinterlegten Maximalzölle (*Bound Tariff Rate*). Dieser zollpolitische Spielraum bei vielen Produkten des Verarbeitenden Gewerbes erzeugt für exportierende Unternehmen große Unsicherheit, da die tatsächlich angewandten Zölle jederzeit erhöht werden können. Es ging also, einfach gesprochen, nicht bloß um das Wegverhandeln der bestehenden Zölle, sondern auch um das Verhindern künftig höherer Zölle. Des Weiteren waren auch ein besserer Marktzugang, erleichterte Zollabwicklung und eine Anerkennung ihrer Standards, die aufwendige Doppelzertifizierungsverfahren überflüssig machen, Verhandlungsziele der EU.

Anders als viele Handelsabkommen zwischen Industriestaaten (z.B. EU-Japan) spiegelt der künftige Freihandel mit den Südamerikanern die Struktur der komparativen Vorteile der beiden Weltregionen wider: Nach Schätzungen des ifo Instituts profitieren in Europa weitestgehend die klassischen Industriesektoren, während die Agrarindustrie mit Einbußen zu rechnen hat. Im MERCOSUR sind spiegelbildliche Effekte zu erwarten. Die ricardianische Handelstheorie lässt deshalb auch Rückschlüsse auf die politische Ökonomie in der EU zu: Während Deutschland in persona seiner Kanzlerin eine sehr positive Haltung zu dem Abkommen eingenommen hat, sind die Widerstände aus Frankreich teils erheblich: Zunächst sollte in Erwartung eines Ausstiegs Brasiliens aus dem Pariser Klimaschutzabkommen eine Koppelung desselben an das Handelsabkommen jenes auch zu Fall bringen. Als der Ausstieg ausblieb, bezichtigte der französische Präsident Emmanuel Macron mit Blick auf die Waldbrände in Brasilien dessen Präsident Jair Bolsonaro der Lüge und fügte an, dass Frankreich unter diesen Umständen gegen das MERCOSUR-Abkommen sei (vgl. Fouquet und Preissler Iglesias 2019). Im Angesicht der zu erwartenden sektoralen Auswirkungen des Abkommens erscheint die französische Gegnerschaft zu dem Abkommen daher eher protektionistischen Ursprungs zu sein. Dabei ergaben die Simulationen des ifo Instituts auch, dass die ökonomischen Effekte über die Länder hinweg gar nicht so heterogen sind: Für alle EU-Länder sind Nettogewinne zu erwarten, und auch die französische Industrie gewänne mehr Wertschöpfung, als der französische Agrarsektor verlöre. Die Ergebnisse bestätigen die oft bemühte Aussage, dass Freihandel eben kein Nullsummen-, sondern ein Positivsummenspiel ist.

Nachdem die jährliche EU-Rindfleischeinfuhrquote von 45 000 Tonnen zugunsten der USA verschoben wurde[6], besteht für die MERCOSUR-Staaten nun ein noch größerer Anreiz, am Abkommen festzuhalten. Dies ist auch und besonders im Interesse Deutschlands. Für die EU-Kommission steht nicht zuletzt auch ihre Glaubwürdigkeit, ob sie ein vollständig erfülltes Verhandlungsmandat auch gegen Widerstände aus einzelnen EU-Mitgliedstaaten zur Umsetzung führen kann, auf dem Spiel. Man denke hier nur an die Hängepartie, als die Wallonie die belgische Zustimmung zum EU-Kanada-Abkommen (CETA) blockierte und damit Zweifel an der Handlungsfähigkeit der EU in handelspolitischen Fragen aufwarf. Auch aus entwicklungspolitischer Sicht ist das EU-MERCOSUR-Abkommen erstrebenswert: Nach den Schätzungen des ifo Instituts kann das Abkommen zu signifikanten Wohlfahrtssteigerungen in den beteiligten lateinamerikanischen Ländern beitragen.

ABSCHLIESSENDE BEMERKUNG

Dieser Beitrag zeigt auf, dass gerade die großen lateinamerikanischen Länder Argentinien, Brasilien und Mexiko in den vergangenen drei Dekaden nicht im relativen Entwicklungsstand aufholen konnte. Für Chile und Uruguay ist hingegen ein wirtschaftlicher Konvergenzprozess erkennbar. Die lateinamerikanischen Länder sind mit einigen Ausnahmen größtenteils protektionistischer als die Industriestaaten. Gerade für Chile und Mexiko gilt, dass sie durch das Abschließen von sowohl bilateralen als plurilateralen Freihandelsabkommen eine größere Integration in den Weltmärkten suchen als etwa die MERCOSUR-Staaten. Dies wird allein an der vergleichsweisen langen Verhandlungsdauer des EU-MERCOSUR-Abkommens von beinahe 20 Jahren ersichtlich wird. Vor diesem Hintergrund ist eine zügige Ratifikation des Abkommens empfehlenswert, da gerade ein Zeitfenster offensteht, in dem die beiden dominanten MERCOSUR-Staaten Brasilien und Argentinien auf ein Abkommen dringen. Dieses Abkommen böte besonders Chancen für die deutsche Industrie.

LITERATUR

Baars, A. (2019, »MERCOSUR – A market with possibilities and obstacles«, verfügbar unter: https://www.oppenhoff.eu/en/added-value/archive/articles/2643.html, aufgerufen am 4. Dezember 2019.

BMWi – Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (2019), »Assoziierungsabkommen zwischen der EU und den MERCOSUR-Staaten«, verfügbar unter: https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Artikel/Aussenwirtschaft/assoziierungsabkommen-zwischen-der-eu-und-den-mercosur-staaten.html, aufgerufen am 4. Dezember 2019.

Bown, C. und P. Tovar (2016), »MERCOSUR is not really a free trade agreement, let alone a customs union«, *VoxEU Column*, 17. September 2016,

[6] Diese erhalten nun 35 000 Tonnen davon. Im Gegenzug wird ein bei der WTO anhängiger Streit über die Nicht-Zulassung von hormonbehandeltem Rindfleisch in der EU nicht weiterverfolgt.

verfügbar unter: https://voxeu.org/article/mercosur-not-really-free-trade-agreement-let-alone-customs-union, aufgerufen am 4. Dezember 2019.

Cascione , S. (2017), »Mercosur suspends Venezuela, urges immediate transition«, *Reuters*, 5. August, verfügbar unter: https://www.reuters.com/article/us-venezuela-politics-mercosur/mercosur-suspends-venezuela-urges-immediate-transition-idUSKBN1AL0IB, aufgerufen am 4. Dezember 2019.

EU-Kommission (2019), »EU and Mercosur reach agreement on trade«, 28. Juni, verfügbar unter: https://trade.ec.europa.eu/doclib/press/index.cfm?id=2039, aufgerufen am 4. Dezember 2019.

Fouquet, H. und S. Preissler Iglesias (2019), »Macron Opposes Mercosur Trade, Saying Brazil 'Lied' on Climate«, *Bloomberg*, 23. August, verfügbar unter: https://www.bloomberg.com/news/articles/2019-08-23/macron-pulls-support-for-mercosur-trade-deal-over-brazil-fight, aufgerufen am 4. Dezember 2019.

Vereinte Nationen (2019), »'Everyone needs to do more' to help suffering Venezuelans, says UN Emergency Relief Coordinator«, *UN news*, 6. November, verfügbar unter: https://news.un.org/en/story/2019/11/1050791, aufgerufen am 3. Dezember 2019.

*Barbara Fritz**

Nach dem »Moment der Gleichheit«: Drei Thesen zur Krise Lateinamerikas

Barbara Fritz

Noch vor wenigen Jahren erschien Lateinamerika als ein »Licht in der Dunkelheit« (Therborn 2015). Der Subkontinent war die einzige Region der Welt, der es gelang, Wachstum mit Umverteilung zu verbinden, während im Rest der Welt, von den USA über Europa bis nach China, die Einkommenskonzentration stetig zunahm. Davon ist heute wenig übriggeblieben. Seit Jahren stagniert das Wachstum, die Verteilung hat sich in Ländern wie Brasilien sogar wieder verschlechtert. Was ist seitdem schiefgelaufen? Im Folgenden stelle ich drei Hypothesen vor, die zusammengenommen einen Erklärungsversuch liefern – und welche Anforderungen sich dafür nicht nur für die Wirtschaftspolitik in der Region, sondern auch an die internationale Staatengemeinschaft ergeben.

MAKROÖKONOMISCHER POPULISMUS TAUGT KAUM ALS ERKLÄRUNG

Lateinamerika bringt es seit 2014 auf durchschnittliche Wachstumsraten von weniger als 1%. Damit liegt der Kontinent nicht nur weit unter den Wachstumsraten der asiatischen Schwellenländer, sondern sogar auch der Industrieländer in dieser Zeit. Dabei war dies im Jahrzehnt zuvor noch ganz anders: Zwischen 2004 und 2013 sind die lateinamerikanischen Ökonomien im Schnitt um 4% jährlich gewachsen. Für dieses Jahr hat der IWF seine Wachstumserwartungen auf 0,2% heruntergesetzt (vgl. IMF 2019). Gleichzeitig toben in den meisten Ländern derzeit erbitterte Konflikte. Die gewaltsamen Auseinandersetzungen in Chile, Bolivien, Ecuador und Kolumbien haben es in den vergangenen Wochen bis in die Tagesschau geschafft. In Chile hat dies schon zu einem Einbruch der Börsenpreise und der Konjunktur geführt.

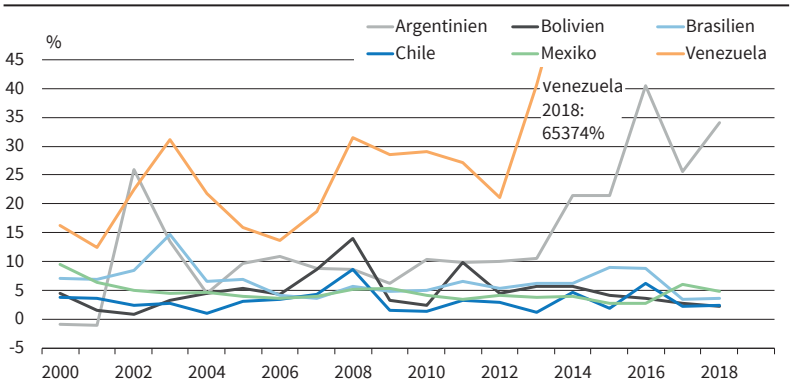
Gilt für Lateinamerika also erneut die Standardinterpretation, wie sie prominent von Dornbusch und Edwards geprägt wurde, dass die Region in einem Rückfall in den Populismus wieder einmal über ihre Verhältnisse gelebt hat und jetzt den Preis bezahlt?

> »Macroeconomic populism is an approach to economics that emphasizes growth and income distribution and deemphasizes the risks of inflation and deficit finance, external constraints and the reaction of economic agents to aggressive non-market policies« (Dornbusch und Edwards 1990, S. 247).

* Prof. Dr. Barbara Fritz ist Professorin für Ökonomie Lateinamerikas an der Freien Universität Berlin; Barbara.fritz@fu-berlin.de.

Diese Erklärung trifft auf ein Land der Region ohne jeden Zweifel zu: Venezuela. Eine aggressive Politik der Verstaatlichung und Preisregulierung seit Mitte der 2000er Jahre, zusammen mit der massiven Umverteilung der staatlichen Erdöleinnahmen, hat zu galoppierender Inflation und massiven Zahlungsbilanzproblemen geführt. Inzwischen kann das Land nicht einmal mehr das Lebensnotwendigste einführen. Geschätzt 5 Millionen Venezolaner haben in den letzten Jahren das Land verlassen. Doch jenseits von Venezuela?

Abb. 2
Inflationsraten ausgewählter Länder Lateinamerikas



Quelle: CEPAL.

© ifo Institut

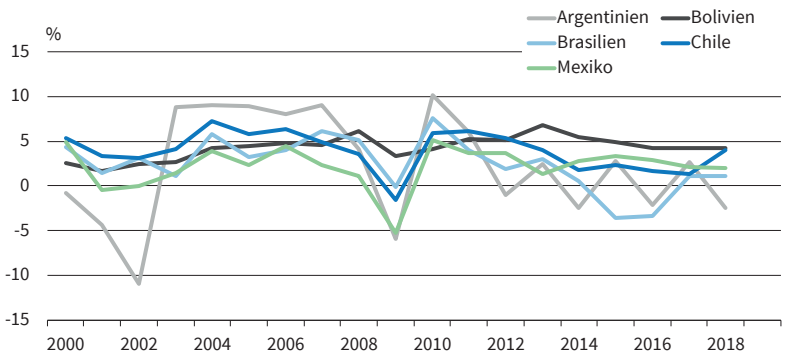
Nehmen wir dagegen Argentinien, das Land, das derzeit an trauriger zweiter Stelle steht, was Inflation, und Verschuldung angeht. Hier hat es die unternehmernahe Regierung Macri geschafft, das Land in Rekordzeit zum zweiten *default* in diesem Jahrhundert zu führen, nachdem sie das Land zwar mit Inflation, aber fast schuldenfrei von seiner gerne als populistisch bezeichneten Vorgängerregierung übernommen hatte. Seit drei Jahren befindet sich die Ökonomie in tiefer Krise, die Inflation ist auf inzwischen mehr als 60% im Jahr angestiegen. Der Kredit des IWF im letzten Jahr, mit 57 Milliarden der höchste, den der Fonds je vergeben hat, scheint die Lage nur verschlechtert zu haben, indem er die Flucht aus der heimischen Währung befeuerte. Böse Zungen behaupten, die Immobiliendeal-Freundschaft Trumps mit dem Präsidenten Macri habe hier den Ausschlag gegeben. Die neue Linksregierung, die gerade das Amt antritt, wird als erstes Umschuldungsverhandlungen einleiten. Es bleibt ihr gar nichts anderes übrig. Die Erklärung? Sicherlich nicht populistische Politik, sondern eher eine unglückliche Kombination von Öffnung für den internationalen Kapitalverkehr, harter Geldpolitik und einer Fiskalpolitik, die versuchte, die Reduzierung des öffentlichen Defizits graduell anzugehen Kaum stiegen die US-Zinsen leicht an im vergangenen Jahr, wurde massiv Kapital abgezogen, und die Krisenspirale setzte ein (vgl. Rogoff 2019; Rapetti 2019).

Auch der Fall Boliviens zeigt, dass die These vom ewigen ökonomischen Populismus in Lateinamerika nur wenig taugt. Hier ist, nach versuchtem Wahlbetrug und wochenlangen Straßenprotesten, unter verworrenen Umständen der links-populistische Präsident Morales zurückgetreten und hat das Land verlassen. Aber er hinterlässt nach 14 Jahren Amtszeit eine solide ökonomische Lage: Noch nie in seiner Geschichte hat das Land eine solch ausgeprägte Phase des Wachstums erlebt, bei gleichzeitigen Exportüberschüssen. Selbst die öffentlichen Finanzen haben sich erst ganz zum Schluss und auch nur leicht verschlechtert. Populistische Wirtschaftspolitik im klassischen Sinne? Fehlanzeige.

DER KATER NACH DEM »SUPERZYKLUS«: ABHÄNGIGER VON ROHSTOFFPREISEN UND INTERNATIONALEM KAPITAL ALS ZUVOR

Was den Ländern jedoch gemeinsam ist, ist die Verschlechterung der globalen Rahmenbedingungen seit dem Ende des sogenannten Superbooms der Rohstoffpreise. Das hohe Wachstum der Region zwischen 2004 und 2013 fällt ziemlich exakt mit dem Boom der Rohstoffpreise zusammen, der die terms of trade massiv verbesserte (vgl. Abb. 3). Der Rohstoffhunger Chinas hat inzwischen dazu geführt, dass, mit Ausnahme Mexikos und der kleinen zentralamerikanischen Länder, die USA als Haupthandelspartner der Region weit abgeschlagen sind. Doch nicht nur als zentraler Abnehmer von Rohstoffen und Lieferant von Fertiggütern aller

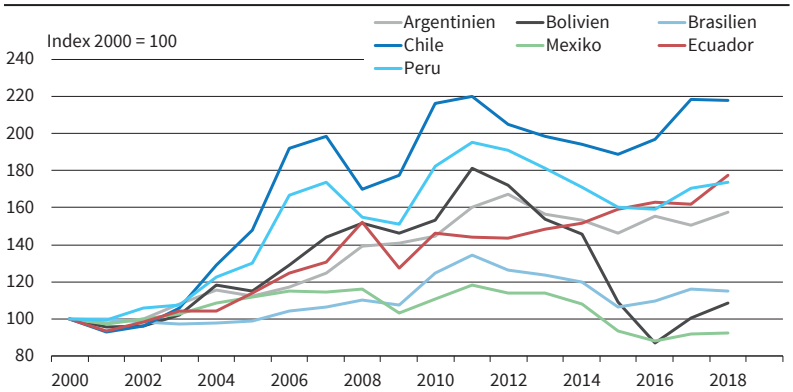
Abb. 1
Wachstum [a] ausgewählter Länder Lateinamerikas



[a] Jährliche Veränderungsrate des Bruttoinlandsprodukts.
Quelle: World Bank Development Indicators.

© ifo Institut

Abb. 3
Terms of Trade ausgewählter Länder Lateinamerikas



Quelle: World Bank Development Indicators. © ifo Institut

Im Umfeld einer abkühlenden globalen Konjunktur konnte die Währungsabwertung nach dem Boom die Wettbewerbsfähigkeit der Industrien der großen lateinamerikanischen Länder nicht wiederherstellen, so dass die Region heute mehr denn je in ihrem historisch verfestigten Muster eines volatilen Wachstums verfangen ist, das dem globalen Trend von Rohstoffpreisen und globalen finanziellen Zyklen folgt.

Art, sondern auch als Investor wird China in der Region immer wichtiger; entsprechend hängt die Region vom Wachstum dieses einen Landes ab.

Diese – zumindest geografisch neue – Abhängigkeit paart sich mit der Abhängigkeit von Kapitalimporten, die sich mit der weitgehenden finanziellen Öffnung der Region noch weiter vertieft hat. So waren die Länder von einem doppelten externen Schock getroffen, als das Ende der hohen Rohstoffpreise zeitlich mit dem Auslaufen des *quantitative easing* der US-amerikanischen Zentralbank zusammenfiel und global alle *emerging markets* einen Rückgang der Kapitalzuflüsse zu verzeichnen hatten.

Frappierend ist dabei, dass die Region im Kontext dieses Superbooms eine sogenannte *re-commodification* erlebte. Der Anteil von Rohstoffexporten nahm selbst in Ländern mit vergleichbar hohem Industrialisierungsgrad wie Brasilien zu, das noch vor dem Boom einen Handelsbilanzüberschuss in verarbeiteten Gütern aufzuweisen hatte. Inzwischen haben auch in diesem großen Schwellenland Soja und Eisenerze verarbeitete Exportgüter verdrängt. Dies hängt auch mit der Aufwertung der Wechselkurse in der Region zusammen, die der hohen Welle von Kapitalzuflüssen währen der langen globalen Niedrigzinsphase zuzuschreiben sind und die gerade in Brasilien, dem mit Abstand größten Land der Region, besonders markant ausfiel. Brasilien versuchte zwar zeitweise, mit Kapitalverkehrskontrollen die Aufwertung zu bremsen. Insgesamt jedoch nahmen jedoch nicht nur marktorientierte Regierungen die Aufwertung billigend in Kauf, als Ausweis des Erfolgs ihrer Wirtschaftspolitik, sondern gerade auch die Staaten, in denen die Umverteilung von Einkommen hoch auf der Agenda stand. Denn damit konnten sie zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen: Die Inflation wurde so gedämpft und gleichzeitig die Kaufkraft auch der ärmeren Bevölkerung gestützt, die damit billige chinesische Konsumartikel kaufen konnte (vgl. Prates et al. 2020). Mittelfristig ging dies allerdings auf Kosten der Wettbewerbsfähigkeit und der makroökonomischen Konsistenz.

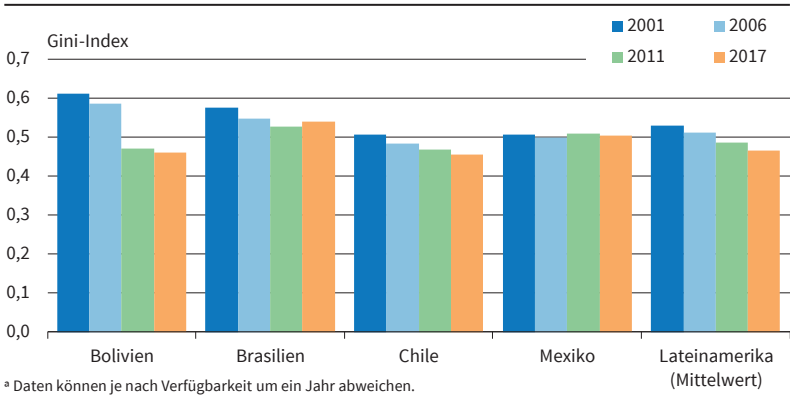
ZWISCHEN VERLUSTÄNGSTEN UND AUFSTIEGSERWARTUNGEN: UNGLEICH WAR LATEINAMERIKA SCHON IMMER – GERADE IHRE REDUZIERUNG LÖST JETZT KONFLIKTE AUS

In den Schlagzeilen ist Lateinamerika derzeit jedoch nicht wegen seines schlechten Wachstums. Vielmehr werden in verschiedenen Ländern derzeit erbitterte Konflikte verschiedenster Art ausgetragen. Auf den ersten Blick sind diese kaum auf einen Nenner zu bringen; was sie jedoch eint, sind Konflikte und Pendelbewegungen, die rund um die Umverteilungsprozesse während des vergangenen Superbooms stattfanden (vgl. Fritz und Lavinas 2015).

Aus Lateinamerika der jüngsten Zeit kann man lernen, dass nicht nur Armut und Ungleichheit an sich Konflikte hervorrufen. Vielmehr erzeugt gerade in Gesellschaften, die durch eine Jahrhunderte lange Geschichte verfestigter Ungleichheiten geprägt sind, der Beginn von Umverteilung hohe Erwartungen auf der einen Seite und Verlustängste und Widerstände auf der anderen. Denn in Lateinamerika haben sich die Gini-Werte zwar verbessert; aber noch immer liegen diese dramatisch weit über dem OECD-Durchschnitt.

Einen Schlüssel zum Verständnis vermag hier ein Ansatz aus der internationalen politischen Ökonomie von Acemoglu und Robinson zu liefern. Diese arbeiten die zentrale Bedeutung von Institutionen der Verteilung heraus, die sich in den damaligen Kolonien Europas durch die Konzentration von ökonomischer und politischer Macht und deren wechselseitiger Verstärkung gebildet haben. Dabei unterscheiden die Autoren zwischen inklusiven Institutionen, die allen Mitgliedern der Gesellschaft die Möglichkeit der Teilhabe an politischen und ökonomischen Prozessen liefert, und extraktiven Institutionen, die es einer kleinen Elite erlauben, sich Einkommen und Vermögen der Mehrheit der Gesellschaft anzueignen und diese zu perpetuieren (vgl. Acemoglu und Robinson 2012). Die bemerkenswerte Persistenz solcher extraktiver Institutionen ist in Lateinamerika daran abzulesen, in welchem Maße Schwarze, als ehemalige Sklaven, und

Abb. 4
Einkommensverteilung ausgewählter Länder Lateinamerikas [a]



[a] Daten können je nach Verfügbarkeit um ein Jahr abweichen.
Quelle: CEPAL.

© ifo Institut

Indigene, als ehemalige Zwangsarbeiter, immer noch benachteiligt sind, nicht nur was Einkommen, sondern auch Bildung, Zugang zu politischen Institutionen und Landbesitz angeht. Dies bedeutet auch, dass das Rütteln an diesen Institutionen massive Erschütterungen in den Gesellschaften auslöst, die in ganz verschiedene Richtungen gehen können.

Nehmen wir Chile. Das Land hat seit langem ein stabiles Wachstum zu verzeichnen, begleitet von einer moderaten Verbesserung der Einkommensverteilung (vgl. Abb. 4). Die Proteste, die seit Oktober das Land lahmlegen, kamen überraschend, Anlass war eine eigentlich moderate Erhöhung der Preise für den öffentlichen Nachverkehr. Doch die Protestierenden machten schnell klar: Es gehe nicht um 30 Cent, sondern um die letzten 30 Jahre. In denen wurde wenig Einkommen und noch weniger Vermögen von oben nach unten verteilt, trotz gut laufender Ökonomie und inzwischen konsolidierter Demokratie; vor allem aber wurden öffentliche Güter wie Bildung, Gesundheit und das Rentensystem privatisiert. Mit der Folge, dass sich auch die Mittelklasse heute mit massiven Schulden aus dem Studium konfrontiert sieht, für die die Gehälter nicht ausreichen, mit Renten aus lebenslanger Arbeit, die längst nicht zum Leben reichen. In Chile geht es also um die Einforderung einer Umverteilung und echten sozialen Aufstiegschancen in einem deutlich breiteren Sinne, als der Gini-Koeffizient das ausdrückt.

Im Falle Boliviens hingegen ist es weniger die unzureichende Umverteilung, die die massiven Proteste hervorgerufen hat; vielmehr war es die Gegenreaktion auf die deutliche Umverteilung hin zu dem indigenen Teil der Gesellschaft, der unter dem links-sozialistischen Präsidenten Morales zum ersten Mal in der Geschichte des Landes deutlich von öffentlichen Politiken profitierte. Dies hat jedoch nicht nur, wie es erwartbar war, die alten Eliten des Landes auf den Plan gerufen. Auch ein wichtiger Teil der Mittelschicht sah seine sozioökonomische Position durch die neue Konkurrenz der indigenen Aufsteiger bedroht. Zudem waren selbst die indigenen Bewegungen, die ursprüngliche soziale Basis von Morales, den zunehmend autoritären Führungsstil leid. In Ecuador hat sich die Wut der Indigenen Luft gemacht gegen die Beendigung des Umverteilungsexperiments, das in dem dollarisierten Land am Ende den IWF zur Hilfe rufen musste, der nichts Besseres wusste, als im Kontext von anhaltender Krise die Treibstoffsubventionen zu streichen – fiskalisch und ökologisch mag dies sinnvoll sein; ohne Ausgleichsmaßnahmen trifft dies Ärmere jedoch überproportional.

In Brasilien hat eine rechtsradikale Regierung die Mehrheit erlangt, indem sie explizit gegen die Umverteilungspolitik der linken Vorgängerregierungen angetreten ist. Diese hatte ein erfolgreiches flächendeckendes Programm zur Armutsbekämpfung eingeführt und den Mindestlohn deutlich erhöht, aber auch Schwarzen und Armen den Zugang zum privilegierten öffentlichen Universitätssystem erleichtert und die indigene Minderheit per Ausweitung ihrer Schutzgebiete gestützt. Brasilien ist möglicherweise der klarste Fall eines von Abstiegsängsten der Mittelschicht getriebenen radikalen Politikwechsels, der seit fünf Jahren wirklich nichts von seinen Wachstumsversprechungen einlösen konnte. Bolsonaro, der derzeitige Präsident Brasiliens, der sich gerne als der »Trump der Tropen« bezeichnen lässt, hat hier nicht nur über eine Rentenreform einen Teil dieser Umverteilung wieder rückgängig gemacht. In den deutschen Medien bekannt ist er auch für seine nationalistischen Antworten auf umweltpolitische Forderungen – und das in dem Land, das mit dem Amazonasgebiet über eines der wichtigsten Ausgleichsgebiete für den globalen CO_2-Ausstoß verfügt. Jüngst twitterte er, das Abbrennen von Tropenwald liege dem Brasilianer in der Natur. Konsequenterweise hat er indigene Schutzgebiete aufgehoben, zum Nutzen von Großgrundbesitzern, die faktisch freie Hand zur Vernichtung von Regenwaldflächen für die Produktion von Soja und Rindfleisch für den Export bekommen.

ANFORDERUNGEN AN DIE WIRTSCHAFTSPOLITIK LATEINAMERIKAS – UND AN DIE INTERNATIONALE STAATENGEMEINSCHAFT

Wie kann Lateinamerika aus dieser Malaise herauskommen? Die Region ist massiv vom globalen Kontext der konjunkturellen Abkühlung und der großen Handelskonflikte betroffen; es gibt wenig Hoffnung, dass es die Nachfrage nach lateinamerikanischen Produkten sein wird, die einen neuen Zyklus einleiten kann. So empfiehlt der IWF in seinem jüngsten Regionalbericht eine Stärkung der heimischen Nachfrage – die ist aber ohne Umverteilung kaum zu haben. Es wird wei-

ter ein sowohl ökonomisch als auch politisch schwieriges Unterfangen für die Länder sein, Wachstum und Umverteilung gleichzeitig zu erreichen.

Die globale Staatengemeinschaft, ebenso wie die Europäische Union, können hier jedoch unterstützen. Die Länder mit hohem Stimmrecht im IWF können ihre Macht einsetzen, wenn schon nicht über formale Abstimmungen, dann zumindest über öffentliche Debatten, möglicherweise politisch motivierte Großkredite zu verhindern, die Ländern wie jetzt Argentinien mehr Schaden als Nutzen gebracht haben. Auch können sie Kreditauflagen fordern, die dem eigenen Anspruch des IWF an die Berücksichtigung von Verteilungswirkungen tatsächlich gerecht werden, wie der Fonds selbst dies in seinen Forschungsarbeiten sehr laut und klar formuliert.

Die Europäische Union kann ihre Verhandlungsmacht einsetzen, indem sie die Ratifizierung des neuen Freihandelsvertrags zwischen EU und MERCOSUR an Bedingungen knüpft. Allein die Androhung einiger europäischer Mitgliedstaaten, die Unterschrift unter diesen Vertrag angesichts der zunehmenden Waldbrände in Amazonien und der provozierenden Haltung des brasilianischen Präsidenten in Bezug auf internationale Umweltschutzabkommen zu verweigern, hat die Agrarexporteure des Landes auf den Plan gerufen, die ihren Präsidenten schleunigst dazu brachten, doch ein paar Maßnahmen zur Eindämmung der Brände aufzulegen.

Es liegt also nicht nur an Lateinamerika, die Lage zu bessern. Die Gemeinschaft der Industriestaaten kann einiges dazu beitragen, der ökonomischen Krise und dem Erodieren der demokratischen Institutionen in der Region etwas entgegenzusetzen.

LITERATUR

Acemoglu, D. und J. Robinson (2012), *Why Nations Fail: The Origins of Power, Prosperity and Poverty,* Crown, Currency, New York.

Dornbusch, R. und S. Edwards (1990), »Macroeconomic Populism«, *Journal of Development Economics* 32(2), 247–277.

Fritz, B. und L. Lavinas (Hrsg.) (2015), *A Moment of Equality for Latin America? Challenges and Limits for Redistributive Policies*, Ashgate, Burlington.

IMF (2019), IMF Regional Economic Outlook, Western Hemisphere: Outlook for Latin America and the Caribbean: Stunted by Uncertainty

Prates, D., B. P. Fritz und F. de Luiz (2020), »Varieties of Developmentalism: A critical assessment of the Brazilian PT governments«, *Latin American Perspectives* 47(1), im Erscheinen.

Rapetti, M. (2018), »Los desafíos macroeconómicos tras el acuerdo con el FMI«, Documentos de Políticas Publicas 208, CIPPEC, Buenos Aires.

Rogoff, K. (2019), »Does the IMF need to refocus its role after the Argentinean crisis?«, *The Guardian*, 3. Oktober, verfügbar unter: https://www.theguardian.com/business/2019/oct/03/does-the-imf-need-to-refocus-its-role-after-the-argentina-crisis.

Therborn, G. (2015), »Moments of Equality: Today's Latin America in a Global Historical Context«, in: B. Fritz und L. Lavinas (Hrsg.), *A Moment of Equality for Latin America? Challenges and Limits for Redistributive Policies.,* Ashgate, Burlington, 13–30.

*Ingrid Wehr**

Der Fluch des Rohstoffreichtums: Crony Capitalism, Rentenökonomien und die Grenzen der liberalen Demokratie in Lateinamerika

Ingrid Wehr

Der Machtkampf zwischen Nicolás Maduro und Juan Guaidó hat sich zur Dauerkrise in Venezuela entwickelt, Proteste in Ecuador, Kolumbien und im angeblichen demokratischen Musterland Chile, der Sturz von Evo Morales nach fast 14 Regierungsjahren in Bolivien. In Ecuador haben die Unruhen die linke Regierung gezwungen, die Subventionen für Benzin beizubehalten. In Bolivien ging es um Machterhalt und Wahlbetrug. Die Bevölkerung in Kolumbien rebelliert derzeit gegen die geplanten Arbeitsmarkt- und Rentenreformen der konservativen Regierung Duque und gegen die zunehmende Welle von Gewalt, insbesondere gegen Umwelt- und soziale und Aktivist*innen und die indigene Bevölkerung. Lateinamerika ist in die Schlagzeilen der deutschen und internationalen Medien zurückgekehrt, als Problemfall. Die Gründe für die Aufstände sind vielfältig, und die Proteste richten sich gleichermaßen gegen progressive wie konservative Regierungen. Gibt es trotz der Unterschiede auch Gemeinsamkeiten, die die gegenwärtigen Massenaufstände erklären?

DIE HARTNÄCKIGE PERSISTENZ SOZIALER UNGLEICHHEIT UND DIE PREKARITÄT DER LEBENSVERHÄLTNISSE DER MITTELSCHICHTEN

Abgesehen vom südlichen Afrika ist Lateinamerika zu Beginn des 21. Jahrhunderts die Region mit den weltweit höchsten Ungleichheitsraten. Ein Vergleich mit Ländern ähnlichen Entwicklungsniveaus (gemessen am BIP/pro Kopf) zeigt, dass selbst die lateinamerikanischen Länder mit den geringsten Einkommensspreizungen – wie etwa Costa Rica und Uruguay, die relativ solide sozialstaatliche Traditionen besitzen – wesentlich höhere Gini-Koeffizienten aufweisen als die europäischen oder ostasiatischen Länder mit der höchsten Ungleichheit bei der Einkommensverteilung. Die strukturelle soziale Ungleichheit manifestiert sich jedoch nicht ausschließlich in extremen Einkommens- und Vermögensdisparitäten, sondern auch in einer Reihe von Verteilungs- und Zugangsasymmetrien, so etwa bei Landbesitz und zentralen öffentlichen Gütern wie Bildung, Gesundheit und Altersrenten. Angesichts der großen Varianz zwischen den einzelnen Ländern der Region und in verschiedenen historischen Phasen ist Vorsicht vor Pauschalurteilen angesagt. Ein Blick auf längere Zeitreihen zeigt, dass

* Dr. Ingrid Wehr ist Büroleiterin Regionalbüro Cono Sur, Heinrich-Böll-Stiftung, Santiago de Chile.

politische Maßnahmen und sozialstaatliche Politiken durchaus Wirkung zeigen, da die soziale Ungleichheit in zahlreichen Staaten der Region in zwei historischen Phasen deutlich abnahm: Zum einen im Kontext der Phase der importsubstituierenden Industrialisierung in der ersten Hälfte des letzten Jahrhunderts, die sich durch Wachstum und den Abbau sozialer Ungleichheit auszeichnete, und dann wieder zu Beginn des 21. Jahrhunderts im Zuge der »rosa Welle« progressiver Regierungen. Während der Subkontinent große Fortschritte bei der Armutsreduktion vorweisen konnte, gingen die Sozialreformen der letzten beiden Dekaden jedoch nicht weit genug, um die eklatanten sozialen Ungleichheiten nennenswert abzubauen. In zahlreichen Ländern bildeten sich zwar neue Mittelschichten heraus, deren Wohlstandsniveau jedoch auf Sand gebaut ist, da ein einzelnes Lebensereignis (etwa eine chronische Krankheit, ein Unfall oder der Verlust des Arbeitsplatzes) zu einem erneuten Absinken in die Armut führen können. Die Prekarität großer Teile der Mittelschichten, die – wie etwa in Chile – trotz des vergleichsweise hohen Einkommens vielfach stark verschuldet sind und nur mittels Konsumkredite ihren Lebensstil aufrechterhalten können, erklärt, weshalb diese Bevölkerungsteile nun gemeinsam mit den ärmeren Mitbürger*innen auf die Straße gehen.

Während der sog. »rosa Welle« haben zwar zahlreiche progressive Regierungen in der Region Sozialreformen in Angriff genommen, waren jedoch nicht in der Lage, sozialstaatliche Strukturen aufzubauen, die über assistenzialistische (Brasilien) oder klientelistische (Venezuela) Sozialtransfers hinausgingen, die aus Rohstoffeinnahmen finanziert wurden. Dringend notwendige Reformen im Steuerbereich scheiterten am Widerstand der Eliten. Lateinamerikanische Steuersysteme funktionieren nicht nach dem Robin-Hood-, sondern dem Matthäus-Prinzip, d.h., sie folgen einer perversen, regressiven Umverteilungslogik. Auch in Staaten, die wie Brasilien über eine hohe Staatsquote verfügen. Seitdem im Zuge des Washington-Konsensus der 1980er Jahre der Handel liberalisiert und Zollschranken abgebaut wurden, finanzieren sich die öffentlichen Kassen im Wesentlichen über die Einnahmen aus der Mehrwertsteuer, die bekanntlich ärmere Haushalte stärker als reiche belastet. Untere und mittlere Einkommensschichten werden somit kräftig zur Kasse gebeten, ohne jedoch hinreichende Gegenleistungen in Form von öffentlichen Gütern wie Gesundheit oder Bildung zu erhalten. Nirgends wird dies deutlicher als im neoliberalen Musterland Chile, wo Bildung, Gesundheit und Rentensystem weitgehend privatisiert wurden, mit hohen Kosten für 90% der Bevölkerung, während eine parasitäre Elite Steuern hinterzog und – wie die Familie des gegenwärtigen Präsidenten – ihr Vermögen in Finanzparadiese verlagerte. Während die Regierung Piñera gerade versucht, ein Gesetz gegen Plünderungen von Supermärkten durch Kleinkriminelle und organisierte Banden zu verabschieden, das so weit gefasst ist, dass es auch andere gesellschaftliche Protestformen wie Wandparolen und Straßensperren unter hohe Strafen stellt, fordern die Bürger*innen auf der Straße ein Ende der Plünderungen des Staatshaushaltes und der Familieneinkommen durch die »Kriminellen mit Anzug und Krawatte«. Chiles Wirtschaftssystem basiert nicht auf marktwirtschaftlichen Prinzipien, da Wettbewerbsprinzipien durch Preisabsprachen zwischen Familienclans ausgehebelt werden, die einzelne Wirtschaftssektoren zwischen sich aufgeteilt haben. Deutlich wird dies insbesondere an den exorbitanten Preisen für Klopapier, Hühnchen und Medikamenten. Der chilenische Nachtwächterstaat sieht hier zu, ohne über die notwendigen Instrumente gegen Monopolbildung oder zur Wettbewerbskontrolle zu verfügen.

RENTENÖKONOMIEN UND CRONY CAPITALISM: DIE DUNKLE SEITE DES ROHSTOFFREICHTUMS

Auch wenn natürlich sehr große Unterschiede zwischen dem venezolanischen Erdölstaat und dem chilenischen bestehen, wurde in den politischen Analysen bisher häufig übersehen, dass auch Länder wie Chile eher Renten- denn Marktökonomien gleichen. Die hohe Abhängigkeit lateinamerikanischer Volkswirtschaften von Rohstoffexporten und die wachsende Reprimarisierung des Exports im Kontext des Freihandelsfiebers förderten die Herausbildung von Elitenkoalitionen, die einen kleinen exklusiven Club von Familienclans bilden, der sich die Rohstoffrente unter wenigen Privilegierten aufteilt. Crony Capitalism, d.h. Vetternwirtschaft und die Vereinnahmung des Staates für Wirtschaftsinteressen, mangelnde staatliche Wettbewerbsaufsicht und der Kauf von Parlamentarier*innen erklären dann auch, weshalb sich die Kritik auf alle Regierungen, unabhängig von ihrer politischen Couleur richtet. Wie der venezolanische Soziologe Edgardo Lander treffend analysierte, ist diese kleptokratische Vereinnahmung von Staat und politischen Entscheidungsinstitutionen kein Betriebsunfall, sondern direkte Folge der extraktivistischen Entwicklungsmodelle der Region.

Dies wird auch in der Bevölkerung so wahrgenommen und schlägt sich in besorgniserregenden Umfragedaten nieder. Laut dem Forschungsinstitut Latinobarometro, dem lateinamerikanischen Äquivalent des Eurobarometers, war das Vertrauen in die Demokratie seit 1995 nie geringer als heute. Im angeblichen demokratischen Musterland Chile verfügen die Parteien gerade noch einmal über 9% Zustimmung. Die Parteienverdrossenheit erklärt sich daraus, dass ein Großteil der heute im Parlament vertretenen Kräfte – zu Recht – als Teil der Verteilungskoalition wahrgenommen werden, die sich gemeinsam mit der Unternehmerschaft die Einnahmen aus dem Rohstoffexport und privatisierte Unternehmen unter den Nagel gerissen haben. So hat etwa die Sozialistische Partei in Autobahnkonzessionen und in privatisierte Wasserwerke investiert, zahlreiche Christdemokra-

ten verfügen über Wasseraktien. Wie auch in anderen, weniger reichen Ländern Lateinamerikas sind die Menschen in Chile wütend über eine zunehmend realitätsfremde Elite, Korruption und enttäuschte Wohlstandsversprechen. Kritisch ist insbesondere, wie bereits eingangs erwähnt, dass hierbei zentrale demokratische Institutionen wie Parlamente und Parteien zunehmend an Legitimität verlieren.

Ein zentraler Teil des Problems sind jedoch nicht nur mangelnde, sondern auch verfehlte Sozialpolitiken und die Unfähigkeit lateinamerikanischer Staaten, sich von extraktivistischen Entwicklungsmodellen zu verabschieden. Die globale Raubtierlogik und der Ressourcenhunger der Europäer*innen, aber auch von neuen Wirtschaftsmächten wie China führten zu einer Perpetuierung der traditionellen Rolle, die lateinamerikanische Staaten seit ihrer Eingliederung in den Weltmarkt immer wahrgenommen haben: die der Rohstoffexporteure. Lateinamerikas Entwicklungsmodelle beruhen nach wie vor auf der gnadenlosen Ausbeutung der Natur und ihrer Ressourcen: Erdöl, Schiefergas via Fracking, Kupfer, Lithium, seltene Erden, Soja, Palmöl etc. Progressive Regierungen nutzten diese Einnahmen, um Sozialprogramme durchführen zu können, ohne die Reichen besteuern zu müssen. Die hieraus entstehenden Folgekosten wurden großzügig übersehen, obwohl sie zum großen Teil von der armen Bevölkerung getragen werden: indigenen Bevölkerungsgruppen, Kleinbäuer*innen und Frauen und Kindern, die in sog. »Opferzonen« leben, verseuchten Gebieten in der Nähe der Abraumhalden der Megabergbauprojekte, neben Industriekomplexen, deren Energieversorgung auf Kohlekraftwerken beruht. Die Logik des »Rohstoffkonsenses« über alle ideologischen Lager hinweg führte dazu, dass auch progressive Regierungen repressive Maßnahmen gegen Umwelt-, indigene und kleinbäuerliche Organisationen anwandten und zur Kriminalisierung des Widerstands gegen die Naturausbeutung beitrugen. Laut Berichten von internationalen Menschenrechtsorganisationen wie Frontline Defenders ist Lateinamerika die gefährlichste Region weltweit für Umweltaktivist*innen. Mehr als die Hälfte der Morde weltweit fanden 2018 in Lateinamerika statt, insbesondere in Kolumbien, Brasilien, Guatemala und Mexiko. Aber auch andere Formen der Einschüchterung, Repression und Diskriminierung sind weit verbreitet. Dennoch nehmen die sozial-ökologischen Konflikte in Lateinamerika weiter zu. Dies erklärt warum die derzeitige Protestwelle nicht allein von den urbanen Zentren getragen wird, sondern auch breite Teile der ländlichen Gebiete erfasst.

EXTRAKTIVISMUS UND KLIMAWANDEL: DIE ÖKOLOGISCHE DIMENSION DER SOZIALEN KRISE – EINIGE ERLÄUTERUNGEN AM BEISPIEL CHILES

Lateinamerika ist eine Region, die wenig zum Klimawandel beiträgt, jedoch höchst verwundbar ist. Chile etwa erfüllt sieben der neun Kriterien für Verwundbarkeit, die die UNO festgelegt hat. Das Land gehört laut einer Studie des World Resources Institute zu den 18 Ländern mit dem höchsten Wasserstress weltweit. Dennoch ist das Wasser fast vollständig privatisiert und eine Ware, die angesichts zunehmender Knappheit immer höhere Preise erzielt, während über eine Million Chilen*innen ohne Zugang zu Trinkwasser und ohne hinreichende Abwasserversorgung sind. Fast 80% des Süßwassers werden von der Agrarindustrie verbraucht und in Form von Avocados, Kirschen oder Wein in die Europäische Union, die USA oder nach China exportiert. Megabergbauprojekte gefährden die Grundwasserversorgung im ariden Norden und in Zentralchile, wo sich die Mehrheit der Bevölkerung konzentriert, da diese Projekte die natürlichen Wasserspeicher, die Gletscher intervenieren. Der Hunger nach dem neuen weißen Gold, Lithium, das für Elektroautos und Handys benötigt wird, erschöpft das fossile Grundwasser in der Atacama-Wüste und zerstört die Biodiversität der einzigartigen Ökosysteme der Salare. Mit weitreichenden Folgen für die zumeist indigene Bevölkerung, die mit dem Wasser auch ihre Lebensgrundlage verliert. Im Süden Chiles kämpft das Volk der Mapuche gegen die Forstwirtschaftsindustrie, die mit gigantischen Monokulturen von Nadelhölzern und Eukalyptus die Böden auslaugt und den Wasserhaushalt in dem eigentlich nicht regenarmen Süden aus dem Gleichgewicht bringt. Chile gehört zu den Ländern mit der höchsten Dichte von Freihandelsabkommen in der Region, exportiert aber – wie auch die Nachbarländer – im Wesentlichen Rohstoffe. Umwelt- und Menschenrechtsstandards sind im Gegensatz zu den Schutzklauseln für Investitionen bisher nur unzulänglich in den Handelsabkommen verankert. Hier trägt auch die Europäische Union eine Verantwortung für die Perpetuierung der wenig nachhaltigen Entwicklungsmodelle in Lateinamerika, die zunehmend intensive und hartnäckige sozial-ökologische Konflikte in den betroffenen Gebieten hervorbringen. Einseitig auf Maßnahmen zur Förderung des wirtschaftlichen Wachstums zu setzen, greift zu kurz. Dies würde eher zu einer Intensivierung der Rohstoffförderung und der damit verbundenen sozial-ökologischen Konflikte führen. Was hingegen dringend benötigt wird, sind Wege aus dem »maldesarrollo« (Maristella Svampa), weg von Entwicklungsmodellen, die die Nahrungssicherheit und – souveränität der Bevölkerung und den Zugang zu Wasser in großen Teilen des Subkontinents in Frage stellen. Die sozialdemokratischen Umverteilungskonzepte, die einseitig aus der Finanzierung von Sozialprogrammen aus der Rohstoffrente beruhten, haben versagt. Die soziale Frage des 21. Jahrhunderts ist auch eine ökologische Frage, insbesondere in einer Region wie Lateinamerika, die stark vom Klimawandel betroffen ist. Der UN-Sonderberichtserstatter für extreme Armut und Menschenrechte spricht bereits von der Gefahr einer Klima-Apartheid. Die derzeiti-

gen Konfliktherde in der Region werden sich nur dann entschärfen lassen, wenn Lösungsvorschläge entwickelt werden, die in der Lage sind, die strukturellen sozialen Ungleichheiten abzubauen, ohne die fragilen Ökosysteme zu zerstören und ohne die Lebenschancen der zukünftigen Generationen zu gefährden. Dies ist auch für das Überleben der liberalen Demokratie in der Region entscheidend.

LITERATUR

Heinrich Böll Stiftung Cono Sur (2019), *Poderes fácticos, corrupción y control en la sociedad digital,* Santiago de Chile.

Human Right Council (2019), *Climate change and poverty – Report of the Special Rapporteur on extreme poverty and human rights* (A/HRC/41/39), verfügbar unter: https://reliefweb.int/report/world/climate-change-and-poverty-report-special-rapporteur-extreme-poverty-and-human-rights.

Lander, E. (2015), »Neo-Extraktivismus: Ein umstrittenes Entwicklungsmodell und seine Alternativen«, *Perspectivas: Jenseits des Raubbaus. Lateinamerikanische Alternativen zum Extraktivismus,* Heinrich-Böll-Stiftung, Berlin, 8–11.

Svampa, M. Und E. Viale (2015), *Maldesarrollo. La Argentina del Extractivismo y el Despojo,* Katz, Madrid.

Wehr, I. und H.-J. Burchardt (Hrsg.) (2011), *Soziale Ungleichheiten in Lateinamerika. Neue Perspektiven auf Wirtschaft, Politik und Umwelt.* Nomos, Baden-Baden.

Angelica Dominguez-Cardoza und Christoph Trebesch***

Und wieder Argentinien: Warum das Land vor dem neunten Staatsbankrott steht

IN KÜRZE

Argentinien durchlebt erneut eine schwere Schulden- und Währungskrise. Übermäßige Staatsausgaben und eine exzessive Verschuldung in Fremdwährungen haben die Krise herbeigeführt, gekoppelt mit hoher Inflation und einer schwachen Währung. Die Schuldenlast des Staates ist nicht mehr tragfähig. Das riesige IWF-Rettungsprogramm sowie die angekündigte »freiwillige« Anleihen-Restrukturierung werden nicht ausreichen, um das Land zurück in die Solvenz zu führen. Ein hoher Schuldenschnitt ist daher nur eine Frage der Zeit. Ein weiteres Risiko ist, dass die neue peronistische Regierung sich weigert, den IWF-Kredit wie vereinbart zurückzuzahlen.

ERNEUTE SCHULDEN- UND WÄHRUNGSKRISE

Argentinien steckt wieder einmal in einer tiefen Schulden- und Währungskrise. Das Land steuert auf den neunten Staatsbankrott seiner Geschichte zu, nachdem die juristischen Folgen der letzten Schuldenkrise von 2001 bis 2005 erst vor drei Jahren bewältigt werden konnten. Eine erste Folge der Krise war die Abwahl der wirtschaftsliberalen Regierung von Mauricio Macri. Im Oktober 2019 wurde der Peronist Alberto Fernandez zum neuen Präsidenten gewählt. Die ehemalige linkspopulistische Präsidentin Cristina Fernandez de Kirchner wird Vizepräsidentin.

Wie konnte es zu dieser erneuten Krise kommen?[1] Macri begann seine Präsidentschaft in einer schwierigen wirtschaftlichen Situation, die von einer hohen Inflationsrate, einer schwachen Währung und einem steigenden Haushaltsdefizit geprägt war. Seine neue Regierung versprach wirtschaftliche Reformen, Liberalisierungen und eine Stabilisierung der Wirtschaft. Die Inflationsrate sollte auf 5% begrenzt werden, das primäre Haushaltsdefizit sollte höchstens 2% betragen, und als Wechselkursziel wurden 17 Pesos pro US-Dollar vorgegeben. Außerdem versprach die Regierung den jahrelang andauernden Rechtsstreit über die Schulden bei US-Hedgefonds (»Holdouts«) beizulegen,

* Angelica Dominguez-Cardoza ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Forschungsbereich »Internationale Finanzmärkte und Global Governance« am Institut für Weltwirtschaft, Kiel.
** Prof. Dr. Christoph Trebesch leitet den Forschungsbereich »Internationale Finanzmärkte und Global Governance« am Institut für Weltwirtschaft, Kiel.

[1] Eine tiefergehende Analyse und alternative Sichtweisen finden sich bei Sturzenegger (2019).

der auf die Schuldenkrise und Umschuldung in den 2000er Jahren gefolgt war und es der argentinischen Regierung unmöglich machte, im Ausland Kredite aufzunehmen.

DAS ERBE DER PRÄSIDENTIN FERNANDEZ DE KIRCHNER: HOHE INFLATION, EINE SCHWACHE WÄHRUNG UND EIN STEIGENDES HAUSHALTSDEFIZIT

In der Regierungszeit von Fernandez de Kirchner stieg die Inflationsrate von 8% im Jahr 2007 auf 28% im Jahr 2015, trotz umfassender Preis- und Wechselkurskontrollen. Es war daher ein zentrales Wahlversprechen von Macri, die Inflation unter Kontrolle zu bringen. In seinen ersten beiden Amtsjahren sanken die Inflationsraten jedoch kaum, mit jährlich Werten von über 20%. Im Zuge der Währungs- und Schuldenkrise nach 2018 stieg die Inflation dann weiter an und erreichte heute neue Spitzenwerte von 40% bzw. 50% jährlich.

Darüber hinaus erbte die Regierung von Macri auch eine fragile Währung, die in den Jahren der Regierung Kirchner und Fernandez de Kirchner starken Wechselkurs- und Kapitalkontrollen unterworfen war. Der offizielle Wechselkurs wich immer stärker von dem tatsächlichen Wechselkurs auf dem Schattenmarkt ab.

Im Dezember 2015 hob die neue Regierung unter Macri sämtliche Kontrollen auf und der argentinische Peso verlor innerhalb weniger Tage mehr als ein Viertel seines Wertes. Seitdem wertet die Währung immer weiter ab. Ende 2017 stieg der Abwertungsdruck nochmal deutlich an. Das Land befindet sich heute in einer schweren Währungskrise. Innerhalb von 1,5 Jahren (von Februar 2018 bis August 2019) stieg der Wechselkurs von 20 Peso pro US-Dollar auf mehr als 60 Peso pro US-Dollar.

Der Währungskollaps offenbart auch mangelndes Vertrauen in die Fiskalpolitik des Landes. Nach Amtsantritt versuchte die Regierung Macri, das steigende Haushaltsdefizit unter Kontrolle zu bringen, das unter anderem auf die umfangreichen Subventionen und Sozialausgaben der Regierung Kirchner und Fernandez de Kirchner zurückzuführen ist. Während der ersten Regierungsjahre blieb das Haushaltsdefizit jedoch weiterhin hoch, mit jährlichen Werten von über 6% des BIP zwischen 2015 und 2017 (vgl. Abb. 1). Im Zuge der Krise und des IWF-Programms im Jahr 2018 wurde das Primärdefizit (ohne Zinsausgaben) deutlich reduziert, auf 2% des jährlichen BIP. Das Haushaltsdefizit inklusive Zinszahlungen lag 2018 jedoch immer noch bei über 4% des BIP, was vor allem auf die hohe Zinslast der neu aufgenommenen Schulden und den schwachen Wechselkurs zurückzuführen ist.

DER SCHULDENBOOM 2015–2018

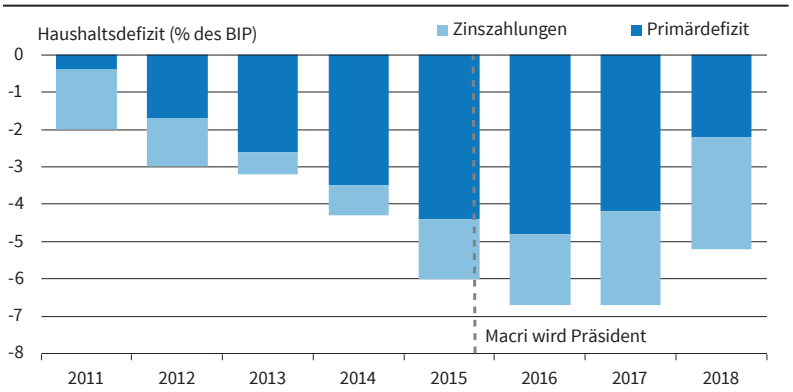
Seit Mitte der 2000er Jahre war Argentinien nicht in der Lage, internationale Kredite aufzunehmen, aufgrund eines jahrelangen Rechtsstreits mit US-Hedgefonds. Im April 2016 erklärte sich die neue Regierung bereit, sämtliche Forderungen der Hedgefonds zuzüglich hoher Zinszahlungen zu begleichen (fast 10Mrd. USD), ein großer juristischer Erfolg für die »Holdouts«.

Die Einigung ermöglichte der Regierung eine Rückkehr an den internationalen Kapitalmarkt, was sie intensiv nutzte. In nur zwei Jahren emittierte Argentinien fast 45 Mrd. US-Dollar Anleihen in Fremdwährungen, mit einem durchschnittlichen Zins von über 7% pro Jahr. Etwa die Hälfte dieser Anleihen hat langfristige Laufzeiten von über zehn Jahren.

Seit 2018 hat die Regierung jedoch wieder erhebliche Schwierigkeiten, Kredite auf dem internationalen Kapitalmarkt zu bekommen. Darüber hinaus nehmen der Staat und die Zentralbank weiterhin Kredite in der lokalen Währung auf.

Insgesamt hat die Regierung Macri in nur vier Jahren Fremdwährungskredite in Höhe von 81,6 Mrd. US-Dollar aufgenommen, eine enorme Summe für ein Schwellenland mit einem BIP von etwas über 500 Mrd. US-Dollar. Die Kuponzahlungen auf diese Schuldtitel sind zudem sehr hoch, bis zu 8,75% im Jahr, was in Zeiten von negativen Zinsen in Europa beeindruckende Werte sind.

Abb. 1
Hohes Haushaltsdefizit 2011–2018



Quelle: IMF; Darstellung der Autoren.

© ifo Institut

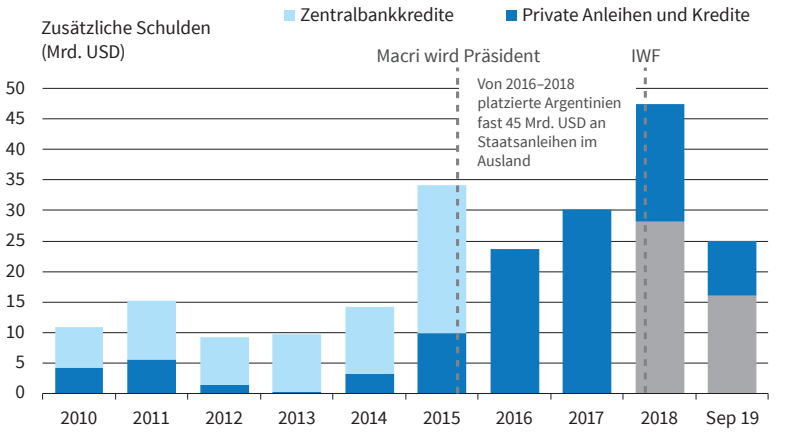
DIE MEISTEN STAATSSCHULDEN SIND IN US-DOLLAR

Abbildung 2 verdeutlicht, wie umfangreich die Regierung von Macri Kredite in Fremdwährungen aufgenommen hat. Der Bruttobetrag in US-Dollar stieg seit dem Amtsantritt Macris um fast 70% an, so dass Fremdwährungsschulden im August 2019 mehr als 80% der gesamten Schuldenlast ausmachten.

Angelica Dominguez-Cardoza

Christoph Trebesch

Abb. 2
Neue Staatsschulden seit 2010
(Nur Fremdwährungskredite)



Quelle: IMF; Ministerio de Hacienda Argentina; Darstellung der Autoren. © ifo Institut

Die hohe Neuverschuldung der Regierung und der fallende Wechselkurs führten zu einem drastischen Anstieg der Schuldenquote in den letzten Jahren. Die Staatsschulden in Prozent des BIP stiegen von etwas über 40% Anfang 2015 auf 81% im August 2019. In den Jahren 2016 und 2017 war es vor allem die Neuverschuldung, die die Quote in die Höhe trieb. Der drastische Anstieg seit 2018 ist jedoch vor allem auf den Absturz der Währung zurückzuführen, da der Schuldendienst in US-Dollar durch Steuereinnahmen in Peso geleistet werden muss. Im Vergleich zum Beginn der Amtszeit von Macri 2015 benötigt die Regierung heute viermal höhere Steuereinnahmen, um den gleichen Betrag in US-Dollar zurückzuzahlen. Die Abwertung des Peso führt zudem zu einem sinkenden BIP in US-Dollar-Werten, so dass die Quote von (Fremdwährungs-)Schulden zu BIP automatisch steigt.

DIE KONSEQUENZEN: HOHER SCHULDENDIENST, REFINANZIERUNGSKRISE UND IWF-RETTUNGSPAKET

Die hohe Neuverschuldung führt zu hohen Zins- und Amortisationszahlungen in den nächsten Jahren. Der jährliche Schuldendienst in Fremdwährung wird bis ins Jahr 2024 bei 25–45 Mrd. US-Dollar jährlich liegen, also bei deutlich über 5% des BIP (geschätztes BIP von 2019 nach IWF-Zahlen). Nach heutigem Stand werden die Zahlungen im Jahr 2022 mit 45 Mrd. US-Dollar ihren Höhepunkt erreichen. Das entspricht 10% des BIP von 2019, was eine erhebliche Belastung für ein Schwellenland wie Argentinien darstellt.

Um einen Zahlungsausfall und damit einen Staatbankrott zu verhindern, wandte sich die Regierung von Macri im Mai 2018 öffentlich an den Internationalen Währungsfonds (IWF) und unterzeichnete kurz darauf, im Juni 2018, ein IWF-Rettungspaket über 50 Mrd. US-Dollar (1 110% der IWF-Quote). Das IWF-Darlehen wurde im September 2018 auf 57 Mrd. US-Dollar erhöht und ist damit das größte jemals vereinbarte IWF-Abkommen der Geschichte. Die Rettungskredite führten zunächst zu einer Stabilisierung, konnten jedoch nicht verhindern, dass sich die Krise im Jahr 2019 weiter verschärfte, insbesondere als Macri nicht wiedergewählt wurde.

Unmittelbar nach den Vorwahlen am 11. August 2019, bei denen Macri deutlich verlor, verdoppelten sich die Renditen auf Staatsanleihen von 10,5 auf 19,1%. Zudem kündigte die Regierung am 29. August eine Restrukturierung aller Staatsschulden an, woraufhin die Ratingagenturen das Land auf den Status »Zahlungsausfall« herabstuften. Die Sekundärmarktzinsen schnellten auf 27% hoch. Dieses hohe Renditeniveau wird sonst nur in sehr schweren Schuldenkrisen – wie etwa der Griechenlands 2011 – erreicht.

BEWERTUNG UND AUSBLICK

Dieser Abschnitt bietet eine kurze Einschätzung zu den Politikimplikationen der argentinischen Krise sowie einen Ausblick für die nächsten Jahre:

- Die Krise ist das Resultat hoher Inflation und hoher Budgetdefizite. Sie verdeutlicht die Gefahr einer übermäßigen Verschuldung in Fremdwährung, die bei einem fallenden Wechselkurs schnell in den Staatsbankrott führen kann (vgl. Reinhart und Trebesch 2015).
- Die im August 2019 angekündigte Restrukturierung der Staatsschulden wird nicht reichen, um das Land wieder in die Solvenz und an den internationalen Kapitalmarkt zurückzuführen. Konkret soll die Laufzeit der ca. 50 Mrd. US-Dollar Schuldentitel in privater Hand gestreckt werden, so wie auch die Rückzahlung der 44 Mrd. US-Dollar Schulden gegenüber dem IWF. Eine freiwillige Umschuldung mit geringen Verlusten für die Gläubiger wird das Land jedoch nur kurzfristig entlasten und kaum dazu beitragen, die fundamentalen wirtschaftlichen Probleme des Landes zu lösen.
- Eine umfassendere Restrukturierung der Staatsschulden mit einem höheren Schuldenschnitt ist daher sehr wahrscheinlich und auch zu empfehlen, da reine Fristenstreckungen meist nicht ausreichen, um ein überschuldetes Land aus der Krise zu führen (vgl. die Evidenz in Reinhart

und Trebesch 2016a). Die Finanzmärkte gehen dementsprechend zurzeit von einem deutlichen Schuldenschnitt aus. Aktuell werden argentinische Anleihen bei gerade mal 40% ihres Nennwerts gehandelt.

– Das riesige IWF-Programm für Argentinien war riskant. Es setzte den Trend der letzten Jahrzehnte fort, große Rettungspakete auch an hochverschuldete Länder zu gewähren (vgl. Reinhart und Trebesch 2016b). Anders als etwa Griechenland in der Eurokrise ist Argentinien jedoch heute kein systemisch relevantes Land, von dem globale Risiken ausgehen. Die Krise ist weitgehend auf das Land selber beschränkt, und ein Staatsbankrott würde das internationale Finanzsystem und die Wirtschaft der Region (Lateinamerikas) wohl nur begrenzt erschüttern. Die Beweggründe für ein derart großes Programm sind in diesem Kontext fraglich. Das Programm hat auch hohe Risiken für den IWF selbst. So ist denkbar, dass die neue peronistische Regierung sich weigert, den IWF-Kredit in voller Höhe und wie vereinbart zurückzuzahlen. Ein Zahlungsausfall auf IWF-Kredite wäre sehr schädlich für die Reputation Argentiniens – aber auch für die des IWF.

LITERATUR

Reinhart, C.M. und C. Trebesch (2015), »The Pitfalls of External Dependence: Greece, 1829–2015«, *Brookings Papers on Economic Activity* (2), 307–328.

Reinhart, C.M. und C. Trebesch (2016a), »Sovereign Debt Relief and Its Aftermath«, *Journal of the European Economic Association* 14(1), 215–251.

Reinhart, C.M. und C. Trebesch (2016b), »The International Monetary Fund: 70 years of reinvention«, *Journal of Economic Perspectives* 30(1), 3–28.

Sturzenegger, F. (2019), *Macri's Macro: The meandering road to stability and growth. BPEA Conference Drafts, Fall 2019,* Brookings Papers on Economic Activity, Washington, D.C.

Horst Penzkofer

Veranstaltungen in der Messe Dortmund und den Westfalenhallen generieren starke wirtschaftliche Impulse

Im Auftrag der Westfalenhallen Unternehmensgruppe Dortmund hat das ifo Institut nach 2009 zum zweiten Mal eine Untersuchung zu den wirtschaftlichen Effekten durchgeführt, die in einem durchschnittlichen Veranstaltungsjahr – u.a. Messen, Kongresse, Tagungen, Konzerte – durch die Unternehmensgruppe ausgelöst werden. Auf Basis empirischer Erhebungen ausgewählter Veranstaltungen wurden mittels eines Schätzmodells die Gesamtausgaben und darauf aufbauend die Kaufkraft-, Beschäftigungs- und Steuereffekte eines durchschnittlichen Veranstaltungsjahres berechnet.

BESUCHER- UND AUSSTELLERBEFRAGUNGEN BILDEN DIE ZENTRALE BASIS DER UNTERSUCHUNG

Die wirtschaftlichen Effekte von Messen gehen weit über die absatzwirtschaftlich motivierten Überlegungen der Aussteller und Besucher hinaus. Messen und Ausstellungen sind insbesondere für den Wirtschaftsraum des Messestandorts von großer Bedeutung, da durch die messeinduzierten Ausgaben der Aussteller und Besucher Arbeitsplätze, Steuereinnahmen und Kaufkraftzuflüsse in der Region entstehen. Neben Messen leisten aber auch weitere Veranstaltungen, wie z.B. Kongresse, Tagungen, Konzerte, Shows sowie betriebliche, gesellschaftliche und sportliche Events, einen bedeutenden Beitrag zu den wirtschaftlichen Effekten eines Wirtschaftsraumes.

Da einige Messen nicht jährlich, sondern in einem mehrjährigen Turnus durchgeführt werden, gibt es, gemessen an den Aussteller- und Besucherzahlen und damit auch im Hinblick auf die wirtschaftlichen Auswirkungen, »starke« und »weniger starke« Jahre. Daher wurde die Analyse für ein durchschnittliches Messejahr durchgeführt, d.h., alle Messen gingen entsprechend ihrer Periodizität in die Berechnungen ein (vgl. Penzkofer 2018, S. 10).

Ein wichtiger Faktor für die Validität der Ergebnisse sind die der Untersuchung zugrunde liegenden Daten. Für die Berechnungen der wirtschaftlichen Wirkungen der Messen und sonstigen Veranstaltungen wurden rund 2 900 Messebesucher, über 800 Aussteller und über 2 300 Besucher sonstiger Veranstaltungen repräsentativ befragt. Auf Basis der Informationen aus den standardisierten Besucher- und Ausstellerbefragungen wurden für verschiedene Veranstaltungstypen (z.B. internationale, nationale oder regionale Messen und Kongresse) Aussteller- und Besucherindikatoren ermittelt (vgl. Hochheim und Penzkofer 2019). Diese Indikatoren bildeten die Grundlage für die Hochrechnung der Stichprobenergebnisse zum Gesamtvolumen der Besucher- und Ausstellerausgaben. Das verwendete Modell stellt dabei anhand zahlreicher Merkmale kausale Zusammenhänge zwischen den in die Befragungen eingegangenen Veranstaltungen und den nicht befragten Veranstaltungen her.

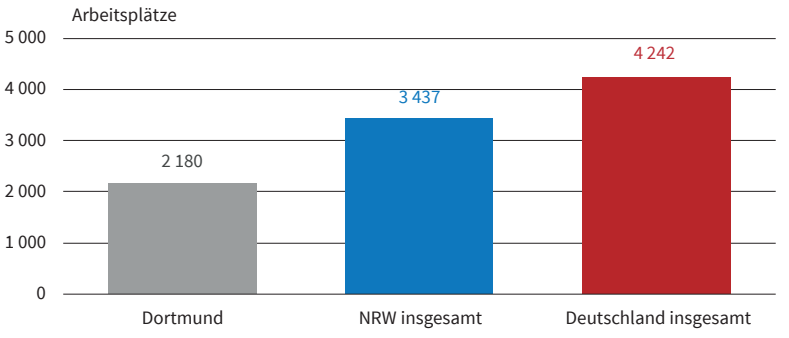
Zur Berechnung der direkten und indirekten Effekte wurde die aktuellste Input-Output-Rechnung verwendet, die die Transaktionen zwischen den Wirtschaftszweigen abbildet (vgl. Penzkofer 2017). Die Quantifizierung der wirtschaftlichen Wirkungen stellt darauf ab, dass die durch die Messe- und Veranstaltungsausgaben ausgelasteten Produktions- und Beschäftigungskapazitäten nicht durch andere Nachfrageaktivitäten tangiert bzw. genutzt werden, d.h., der etwaige Ausfall der Messe- und Veranstaltungsausgaben als Nachfragevolumen wird nicht durch Ausgaben anderer Unternehmen und Personen kompensiert. Die Studie stellt somit eine auf die veranstaltungsinduzierten Ausgaben der Besucher und Aussteller orientierte Impact-Analyse dar. Da die Veranstaltungen am Standort Dortmund aber ursächlich für die Ausgaben sind, werden diese veranstaltungsbezogenen Ausgaben auf jeden Fall getätigt und nicht auf andere Nachfragezwecke umgeleitet. Würden die Veranstaltungen an einem anderen Standort durchgeführt, fielen diese veranstaltungsrelevanten Ausgaben und damit auch die wirtschaftlichen Effekte nicht zusätzlich am Standort Dortmund, sondern in einem anderen Wirtschaftsraum an. In diesem Zusammenhang ist auch zu berücksichtigen, dass Effekte angestoßener bzw. realisierter Aufträge im Rahmen der Messen unberücksichtigt bleiben. Insbesondere für kleine und mittlere Unternehmen aus dem lokalen Umfeld er-

öffnet sich durch eine Messebeteiligung die kostengünstige Möglichkeit, neue internationale Kontakte zu knüpfen und Aufträge abzuschließen. Diese Aufträge könnten Investitionen auslösen und damit Arbeitsplätze sichern bzw. schaffen.

Abb. 2

Beschäftigungseffekte

Durchschnittliches Veranstaltungsjahr der Westfalenhallen Unternehmensgruppe Dortmund



Quelle: Berechnungen des ifo Instituts.

© ifo Institut

VERANSTALTUNGEN IN DEN WESTFALENHALLEN BEWIRKEN IN DEUTSCHLAND EINEN KAUFKRAFTZUFLUSS VON 493 MIO. EURO

Den höchsten Beitrag zu den ermittelten wirtschaftlichen Effekten tragen Messen bei. Hervorzuheben sind hierbei vor allem Messen mit hoher Internationalität wie beispielsweise Europas größte Jagdmesse JAGD & HUND oder die international führende Fachmesse InterTabac. Auf Platz 2 hinsichtlich der wirtschaftlichen Bedeutung liegen Kongresse, Tagungen und Firmenveranstaltungen. Die insgesamt durch die Dortmunder Messen, Kongresse und sonstigen Veranstaltungen angestoßenen gesamtwirtschaftlichen (direkten und indirekten) Kaufkrafteffekte betragen rund 493 Mio. Euro. Dieses Kaufkraftvolumen wird zu 43% in Dortmund (212 Mio. Euro) und zu 35% im übrigen Nordrhein-Westfalen (170,6 Mio. Euro) wirksam. Hierbei handelt es sich um den Wert sämtlicher Güter und Dienstleistungen, die insgesamt notwendig sind, um die Nachfragen und Anforderungen von Ausstellern und Besuchern in den Westfalenhallen bedienen zu können.

Jährlich gehen rund 195 500 Übernachtungen in Dortmund auf Veranstaltungen in den Westfalenhallen zurück. Dies sind über 15% aller Übernachtungen in Dortmund. Besonders bedeutend ist in diesem Zusammenhang das Messegeschäft, das mit rund 160 000 Übernachtungen über 80% aller Übernachtungen auslöst.

DEUTSCHLANDWEIT WERDEN ÜBER 4 200 ARBEITSPLÄTZE DURCH VERANSTALTUNGEN IN DEN WESTFALENHALLEN GESICHERT

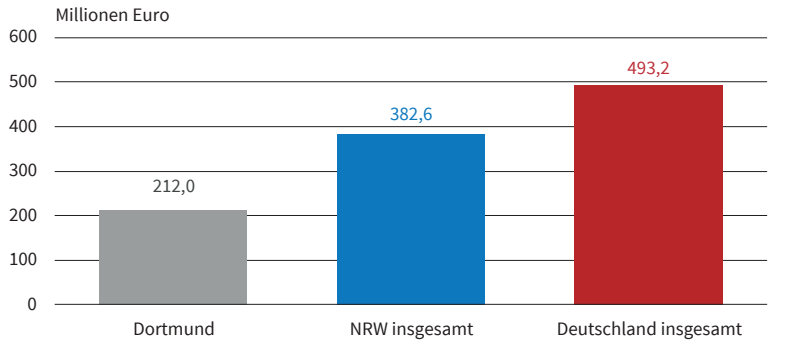
Während eines durchschnittlichen Veranstaltungsjahres werden rund 4 240 Arbeitsplätze in Deutschland gesichert. Davon entfallen 2 180 Arbeitsplätze auf Dortmund. Im übrigen Nordrhein-Westfalen sind im Jahresdurchschnitt knapp 1 260 Personen beschäftigt. Von den Veranstaltungen in den Westfalenhallen profitieren insbesondere die Beschäftigten im Handwerk, in veranstaltungsaffinen Dienstleistungsbranchen sowie im Hotel- und Gaststättengewerbe. Rund 24% der veranstaltungsinduzierten Arbeitsplätze sind im Hotel- und Gaststättengewerbe angesiedelt. Auf das Handwerk und veranstaltungsaffine Dienstleistungsbranchen entfallen rund 32% der Beschäftigten.

Durch die ausgelösten Produktionsprozesse, die resultierenden Einkommen und Gewinne sowie durch den privaten Verbrauch entstehen zudem Steuereinnahmen. Für alle Gebietskörperschaften der Bundesrepublik ergeben sich für ein repräsentatives Veranstaltungsjahr Steuereinnahmen in Höhe von knapp 88 Mio. Euro. Auf Dortmund entfällt hiervon ein Betrag von rund 3 Mio. Euro, auf das übrige Nordrhein-Westfalen rund 30 Mio. Euro.

Abb. 1

Kaufkrafteffekte

Durchschnittliches Veranstaltungsjahr der Westfalenhallen Unternehmensgruppe Dortmund



Quelle: Berechnungen des ifo Instituts.

© ifo Institut

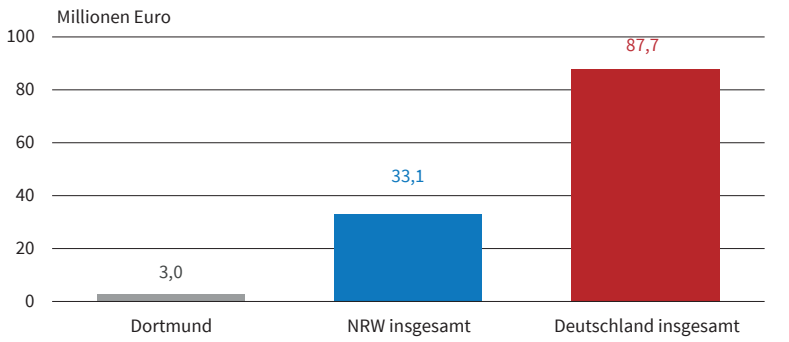
SEIT DEM JAHR 2009 KONNTEN DIE WIRTSCHAFTLICHEN EFFEKTE VOR ALLEM IN DORTMUND GESTEIGERT WERDEN

Im Jahr 2009 wurde erstmals eine Untersuchung zu den wirtschaftlichen Effekten der Veranstaltungen für die Westfalenhallen Unternehmensgruppe erstellt. Alle Indikatoren weisen im Zeitvergleich einen Zuwachs auf. In Dortmund erhöhte sich der Kauf-

Abb. 3

Steueraufkommen

Durchschnittliches Veranstaltungsjahr der Westfalenhallen Unternehmensgruppe Dortmund



Quelle: Berechnungen des ifo Instituts.

© ifo Institut

kraftzufluss um 30% (von 163 Mio. Euro auf 212 Mio. Euro), das Steueraufkommen um 43% (von 2,1 Mio. Euro auf 3,0 Mio. Euro) und die Zahl der veranstaltungsinduziert gesicherten Arbeitsplätze um 11% (von rund 1 960 auf 2 180). Die wirtschaftliche Bedeutung der Veranstaltungen geht aber über Dortmund hinaus. Bundesweit erhöhte sich der Kaufkrafteffekt um 17% (von 421 Mio. Euro auf 493 Mio. Euro), das Steueraufkommen um 22% (von rund 72 Mio. Euro auf knapp 88 Mio. Euro), und die Zahl der veranstaltungsinduziert gesicherten Arbeitsplätze wuchs um 4%. Die Wachstumsrate der Arbeitsplätze fällt im Vergleich zu den anderen Effekten geringer aus, da die positiven Beschäftigungswirkungen, die sich aus dem wachsenden Produktionsvolumen ergeben, durch die Auswirkungen der steigenden Arbeitsproduktivität wieder vermindert werden.

Der Zuwachs bei den wirtschaftlichen Effekten ist auf die gestiegene Internationalität der Besucher und Aussteller zurückzuführen. Ursächlich hierfür sind vor allem die durch eine vergleichsweise hohe Internationalität geprägten Messen InterTabac und JAGD & HUND. Mehr ausländische Besucher und Aussteller bedeuten vor allem eine längere Verweildauer und damit mehr Übernachtungen sowie mehr Ausgaben in der Gastronomie.

LITERATUR

Hochheim, H. und H. Penzkofer (2019), »Totgesagte leben länger: Messen im Spiegel von Langzeitstudien«, in: C. Zanger (Hrsg.), *Eventforschung – Aktueller Stand und Perspektiven*, Springer Gabler, Wiesbaden, 25-46.

Penzkofer, H. (2017), »Gesamtwirtschaftliche Bedeutung von Messen und Ausstellungen«, in: M. Kirchgeorg, W. M. Dornscheidt und N. Stoeck (Hrsg.), *Handbuch Messemanagement,* Springer Gabler, Wiesbaden, 109–120.

Penzkofer, H. (2018), *Die gesamtwirtschaftliche Bedeutung von Messen und Ausstellungen in Deutschland*, AUMA-Schriftenreihe – Edition 49, Ausstellungs- und Messe-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft e.V., Institut der deutschen Messewirtschaft, Berlin.

Timo Wollmershäuser, Florian Eckert, Marcell Göttert, Christian Grimme, Carla Krolage, Stefan Lautenbacher, Robert Lehmann, Sebastian Link, Heiner Mikosch, Stefan Neuwirth, Wolfgang Nierhaus, Ann-Christin Rathje, Magnus Reif, Radek Šauer, Marc Stöckli, Klaus Wohlrabe und Anna Wolf

ifo Konjunkturprognose Winter 2019: Deutsche Konjunktur stabilisiert sich

Die deutsche Wirtschaft hat sich im dritten Quartal 2019 stabilisiert, nachdem das Bruttoinlandsprodukt im Quartal zuvor noch um 0,2% gesunken ist. Zu dem Anstieg hat vor allem eine kräftige Konsum- und Baukonjunktur beigetragen. Zwar hat sich der Beschäftigungsaufbau im Jahresverlauf verlangsamt, die Einkommenszuwächse der privaten Haushalte sind aber nach wie vor hoch. Neben spürbar steigenden Tariflöhnen haben auch Abgabenentlastungen und eine Ausweitung staatlicher Transferzahlungen, wie etwa Renten und Kindergeld, die Kaufkraft gestärkt. Zudem hat eine reges Konsum- und Investitionsgebaren der öffentlichen Hand die inländische Nachfrage gestützt. Schließlich sind die Hypothekenzinsen noch einmal kräftig gefallen, und die Vergabe von Wohnungsbaukrediten hat sich beschleunigt. Insgesamt wird die Wirtschaftsleistung im Jahresdurchschnitt 2019 um 0,5% expandieren; kalenderbereinigt ergibt sich ein Zuwachs von 0,6%. Im kommenden Jahr wird das Bruttoinlandsprodukt mit 1,1% wieder kräftiger steigen, wenngleich der Kalendereffekt von 0,4 Prozentpunkten die eher verhaltene konjunkturelle Grunddynamik überzeichnet. Die deutsche Industrie wird voraussichtlich erneut einen negativen Wachstumsbeitrag zum Bruttoinlandsprodukt liefern, wenngleich dieser deutlich geringer ausfallen dürfte als im laufenden Jahr. Im Jahr 2021 dürfte das Bruttoinlandsprodukt mit einer Rate von 1,5% expandieren, und damit kräftiger als das Produktionspotenzial. Der Auslastungsgrad der deutschen Wirtschaft dürfte am Ende des Prognosezeitraums wieder zunehmen und leicht positiv ausfallen.

1. Lage und Prognose der Weltwirtschaft

ÜBERBLICK

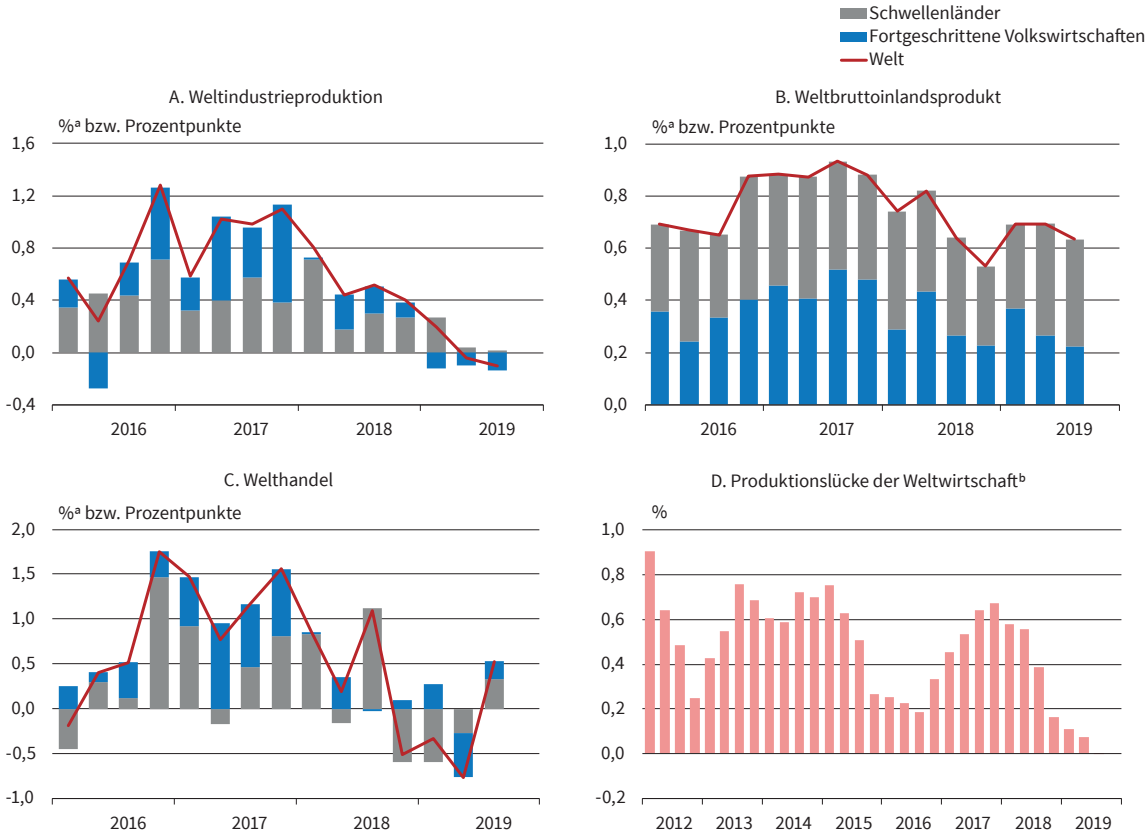
Die Weltkonjunktur hat sich weiter abgekühlt. Die Produktion im Verarbeitenden Gewerbe ist im Sommerhalbjahr gesunken, insbesondere in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften (vgl. Abb. 1.1 A). Dies zeigt sich auch in der gesamtwirtschaftlichen Produktion, deren Anstieg sich im dritten Quartal 2019 wieder verlangsamt hat (vgl. Abb. 1.1 B). Allerdings steht der schwachen Industrie nach wie vor eine robuste Dienstleistungs- und Konsumkonjunktur gegenüber, die durch kräftige Lohnzuwächse gestützt wird. Auch der internationale Warenhandel, der seit Ende 2018 rückläufig ist, hat sich im dritten Quartal 2019 etwas erholt (vgl. Abb. 1.1 C). Da das Weltbruttoinlandsprodukt dennoch seit dem letzten Jahr verhaltener expandiert als im langjährigen Trend, nimmt die Überauslastung der Weltwirtschaft ab, und die gesamtwirtschaftliche Produktionslücke war im dritten Quartal 2019 geschlossen (vgl. Abb. 1.1 D).

Die Schwäche in der Industrie und beim Welthandel dürfte auf zwei Ursachen zurückzuführen sein. Zum einen hat der handelspolitische Konflikt zwischen den USA und China den Warenaustausch zwischen diesen Ländern stark eingeschränkt (vgl. Abb. 1.2 A) und damit die Produktion gedämpft. So gaben ein Fünftel der US-Firmen in einer Umfrage an, als Reaktion auf den Handelskonflikt ihre Investitionstätigkeit im ersten Halbjahr 2019 entweder gestoppt oder verschoben zu haben (vgl. Altig et al. 2019).[1] Zudem sind die mit China ökonomisch eng verbundenen Länder Südkorea und Japan direkt betroffen, da China viele seiner Vorleistungsgüter aus diesen Ländern bezieht (vgl. Abb. 1.2 B). Der Handelskonflikt belastete aber auch andere Regionen, da sich die Ungewissheit über den Fortbestand der etablierten internationalen Wertschöpfungsket-

[1] Für eine detaillierte Analyse der Auswirkungen des Handelskonflikts auf die US-Wirtschaft, vgl. Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose (2019).

Abb. 1.1

Indikatoren zur realwirtschaftlichen Entwicklung in der Welt



ª Veränderung gegenüber dem Vorquartal. ᵇ Basiert auf dem Weltbruttoinlandsprodukt (BIP-gewichtet), einseitiger HP-Filter.
Quelle: Eurostat; CPB Netherlands Bureau of Policy Analysis; OECD; Nationale Statistiken; Berechnungen des ifo Instituts.

© ifo Institut

ten erhöht hat und auch das Risiko gestiegen ist, von neuen handelspolitischen Maßnahmen durch die USA getroffen zu werden. So bleibt weiter ungewiss, ob es zu US-Zöllen auf europäische Kraftfahrzeuge kommen wird. Europäische Flugzeuge dürfen bereits nach einer Entscheidung der Welthandelsorganisation als Reaktion auf EU-Subventionen mit Zöllen belegt werden.

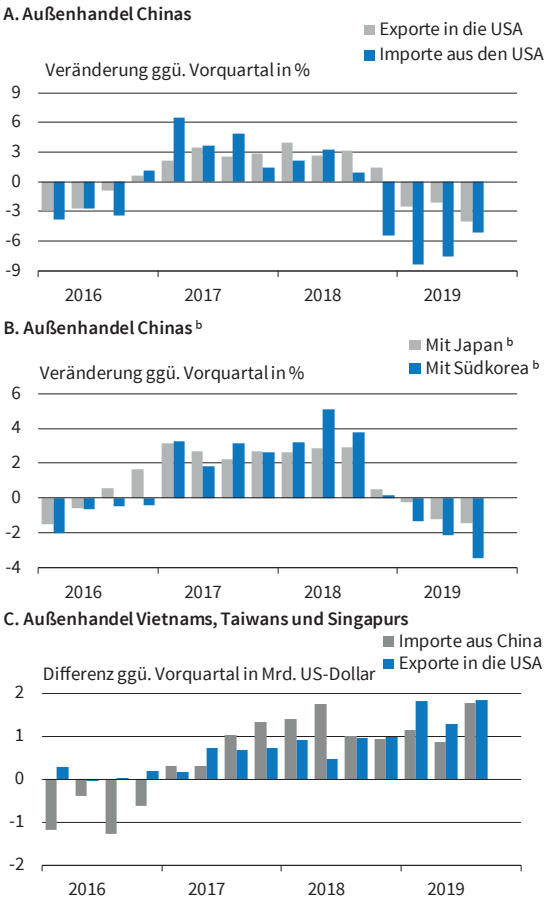
Zum anderen ist die Nachfrage nach Kraftfahrzeugen vielerorts stark zurückgegangen mit entsprechenden Einbrüchen bei der Produktion. Da es sich hierbei um eine sehr handelsintensive Warengruppe handelt – laut WTO-Zahlen stammten im Jahr 2017 12% der weltweiten Exporte von industriell gefertigten Gütern aus dem Kraftfahrzeugbau –, wurde hierdurch der Welthandel stark in Mitleidenschaft gezogen (vgl. Kasten: Zur Schwäche im globalen Kraftfahrzeugbau). Der Internationale Währungsfonds schätzt, dass etwa ein Fünftel des Rückgangs der Weltproduktion und mehr als ein Viertel des Welthandelsrückgangs im Jahr 2018 auf den Kraftfahrzeugbau zurückzuführen sind (vgl. International Monetary Fund 2019).

Der Welthandel ist im dritten Quartal 2019 wieder gestiegen, vor allem durch die Aktivität in den aufstrebenden asiatischen Ländern (vgl. Abb. 1.1 C). Unter anderem nahm die Ausfuhr Chinas nach Vietnam, Taiwan und Singapur wieder verstärkt zu (vgl. Abb. 1.2 C) Gleichzeitig stiegen die Ausfuhren dieser drei Länder in die USA deutlich an. Dies könnte ein erster Hinweis darauf sein, dass Wertschöpfungsketten im asiatischen Raum stärker aufgeteilt werden und Teile der Produktion in China in andere asiatische Länder verlagert werden (vgl. Clark und Kelly 2019; Lee 2019). Die Handelsverlagerung dürfte zu Teilen aber auch Ausdruck dafür sein, dass vermehrt chinesische Waren über andere asiatische Länder in die USA geliefert werden, um Zölle zu vermeiden (vgl. Pearson und Nguyen 2019). Aber auch der innereuropäische Handel schwankt seit Jahresanfang recht stark. Dies hat wohl mit der mehrmaligen Verschiebung des Zeitpunkts des Austritts Großbritanniens aus der Europäischen Union zu tun. Zuletzt legte die Ausfuhr Großbritanniens wieder sehr stark zu. Allerdings deuten Umfrageindikatoren der Bank of England darauf hin, dass der jüngste Exportanstieg überzeichnet sein dürfte (vgl. auch Office for National Statistics 2019).

Die globale Abkühlung hat die Rohölpreise gedrückt, die von ihrem zwischenzeitlichen Hochpunkt von über 70 US-Dollar je Barrel im April 2019 kontinuierlich auf 60 US-Dollar im Oktober gefallen sind (vgl. Abb. 1.5 A). Die Anschläge auf zentrale Ölförderanlagen in Saudi-Arabien Mitte September haben den Ölpreis nur für einige wenige Tage sprunghaft erhöht, bevor sich die dortige Ölförderung wie-

Abb. 1.2

Veränderte Handelsströme[a]



[a] Saisonbereinigte Daten in US-Dollar, geglättet über vier Quartale.
[b] Mittelwert aus Ex- und Importen.
Quelle: US Census Bureau; China General Administration of Customs; Berechnungen des ifo Instituts.

© ifo Institut

der normalisierte. Anfang Dezember hat der Ölpreis mit knapp 65 US-Dollar zwar wieder etwas angezogen, er liegt aber immer noch um knapp 10% unter dem Jahresdurchschnitt von 2018. Die seit dem späten Frühjahr gefallenen Energiepreise haben den Anstieg der Verbraucherpreise in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften und in vielen Schwellenländern gedämpft (vgl. Abb. 1.5 B). Demgegenüber steht China mit einem deutlichen Anstieg der Inflationsrate. Aufgrund der Schweinepest sind dort die Preise für Schweinefleisch stark gestiegenen. Dagegen hat sich die Kerninflationsrate, die den Anstieg der Verbraucherpreise ohne Berücksichtigung der Energie- und Nahrungsmittelkomponenten misst, in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften kaum bewegt und liegt bei etwa 1,6% (vgl. Abb. 1.5 C). Insbesondere im Euroraum und in Japan liegt die Kernrate mit 1,3% bzw. 0,3% deutlich unterhalb der jeweiligen Inflationsziele der Notenbanken. Nur in den USA ist die Kernrate mit 2,3% recht kräftig. In den Schwellenländern ist der bereinigte Preisauftrieb seit Oktober 2018 rückläufig. Dazu hat vor allem die Türkei beigetragen, deren Kernrate im vergangenen Jahre zwischenzeitlich bei knapp 25% lag infolge der starken Abwertung der türkischen Lira (vgl. Abb. 1.5 D). Im Oktober 2019 ist sie auf unter 7% gefallen. Aber auch in China, Brasilien und Russland gingen die Raten in den vergangenen Monaten als Folge der Konjunkturabschwächung zurück.

Die konjunkturelle Abschwächung hat viele Zentralbanken veranlasst, ihren jeweiligen Expansionskurs auszuweiten. So senkte die US-amerikanische Federal Reserve ihre Leitzinsen zwischen Ende Juli und Ende Oktober in drei Schritten auf zuletzt 1,5 bis 1,75%. Die Bank of England bleibt bei ihrem akkommodierenden Kurs. Die Europäische Zentralbank hat im September ein umfassendes Paket an Maßnahmen zur geldpolitischen Lockerung beschlossen. Zwar lässt die Bank of Japan ihre bereits sehr lockere Geldpolitik aktuell noch unverändert; der Leitzins liegt bereits bei – 0,1%. Jüngst kündigte sie jedoch weitere Senkungen des Leitzinses an. Die chinesische Notenbank steht vor einem Zielkonflikt. Einerseits sind die Verbraucherpreise insgesamt in den vergangenen Monaten stark gestiegen, andererseits hat sich die Konjunktur weiter abgeschwächt. Die Geldpolitik wurde dennoch gelockert, unter anderem durch ein weiteres Absenken der Mindestreservesätze.

Der expansivere Kurs der Notenbanken in Verbindung mit pessimistischeren Konjunkturerwartungen führte zu deutlichen Rückgängen bei den Renditen auf Staatsanleihen (vgl. Abb. 1.6). Japanische und deutsche Anleihen rentieren seit Januar bzw. Mai sogar wieder negativ. Weltweit wurden zuletzt über 20% des gesamten Bestands an Anleihen mit negativen Renditen gehandelt (vgl. Organisation for Economic Co-operation and Development 2019b). Allerdings steigen die Anleiherenditen seit dem späten Herbst wieder. Zum einen könnte sich das durch die zeitweilige Entspannung beim Handelskonflikt erklären, zum anderen haben sich im November viele Stimmungsindikatoren für das Verarbeitende Gewerbe stabilisiert (vgl. De Vijlder 2019). In der Folge haben die Finanzmarktteilnehmer wohl dem konjunkturellen Abwärtsrisiko ein geringeres Gewicht beigemessen und ihre Portfolios wieder von Staatsanleihen in Aktien umgeschichtet.

Auch die Finanzpolitik bleibt in den meisten Volkswirtschaften expansiv ausgerichtet. In den USA laufen zwar die Impulse der zu Beginn des vergangenen Jahres in Kraft getretenen Steuerreform sukzessive aus. Diese haben inzwischen das staatliche Defizit und den Schuldenstand beträchtlich erhöht. Dem stehen aber neue Ausgaben im Rahmen der Anhebung der Ausgabenobergrenzen für das Haushaltsjahr 2020/21 gegenüber. Auch im Euroraum wird die Finanzpolitik im kommenden Jahr wohl wieder leicht expansiv ausgerichtet sein. Die positiven fiskalischen Impulse dürften dabei recht gleichmäßig über die großen Mitgliedsländer verteilt sein. Die Finanzpolitik des Vereinigten Königreichs wird, nach mehreren Jahren der Konsolidierung, zunehmend

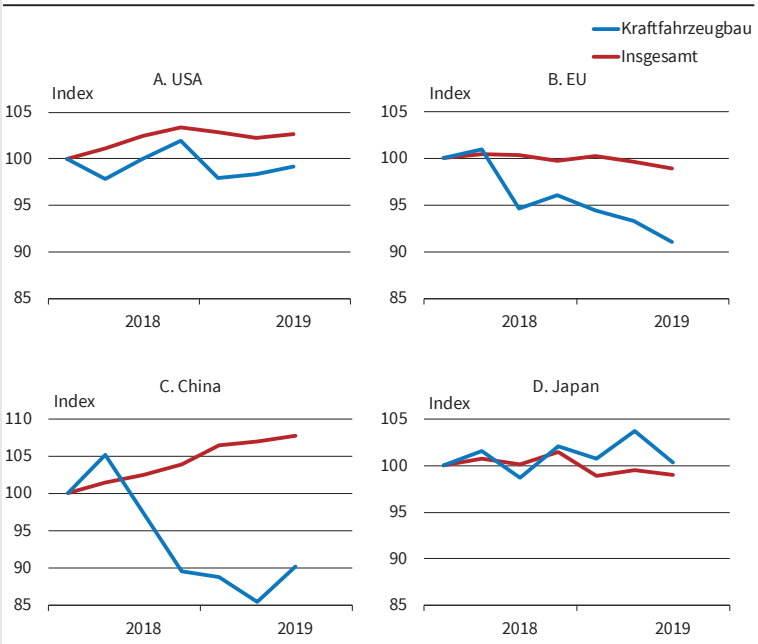
Zur Schwäche im globalen Kraftfahrzeugbau

Ein wichtiger Grund für die Schwäche der weltweiten Industrieproduktion ist der Kraftfahrzeugbau. Dieser war im Jahr 2018 nach Zahlen der Internationalen Automobilherstellervereinigung (OICA) das erste Mal seit Ausbruch der Finanzkrise rückläufig. In den drei größten Standorten der globalen Automobilproduktion, den USA, der Europäischen Union und China, war die Produktion von Kraftfahrzeugen seit Anfang 2018 rückläufig und entwickelte sich deutlich schwächer als im übrigen Verarbeitenden Gewerbe (vgl. Abb. 1.3). Auch in Japan, dem viertgrößten Automobilproduktionsstandort, zeigt der Kraftfahrzeugbau eine Schwäche, die dort allerdings im übrigen Verarbeitenden Gewerbe noch ausgeprägter ist.

Einhergehend mit den schwachen Kfz-Produktionszahlen sind auch die Zulassungszahlen seit Mitte 2018 sowohl in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften als auch in den Schwellenländern

Abb. 1.3

Produktion im Verarbeitenden Gewerbe[a]



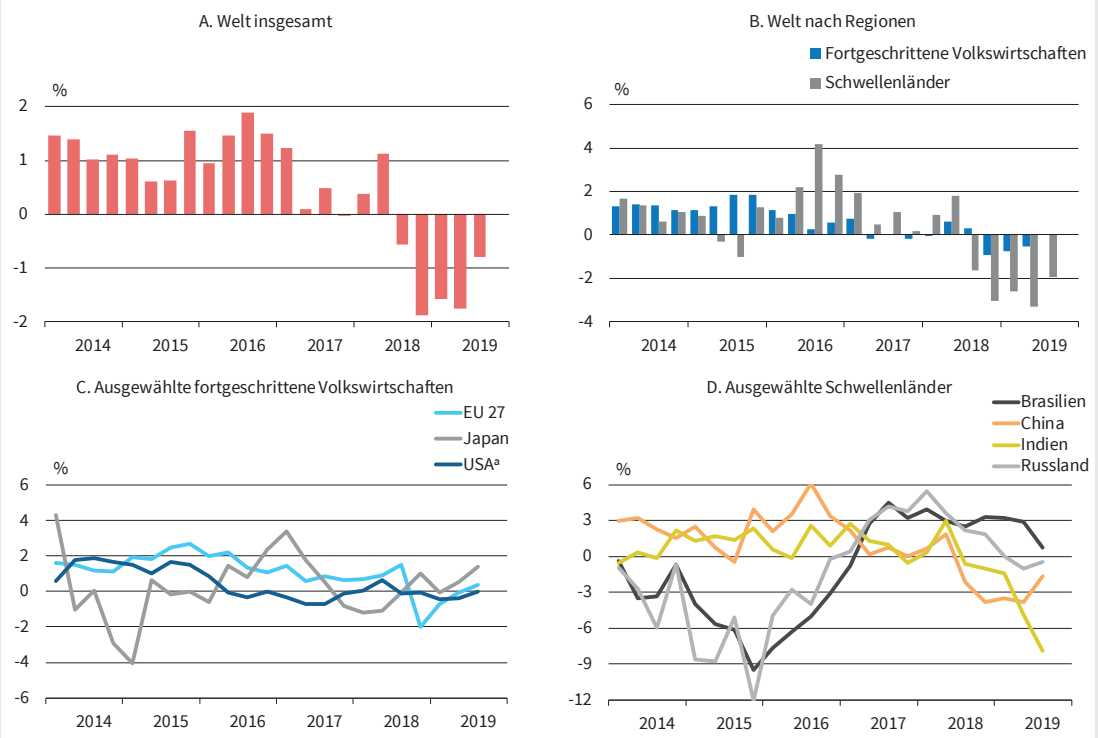
[a] Index 2018Q1 = 100; saisonbereinigte Werte, konstante Preise.
Quelle: Federal Reserve; Eurostat; China General Administration of Customs; Japanese Ministry of Economy; Berechnungen des ifo Instituts.

© ifo Institut

Abb. 1.4

Pkw-Neuzulassungen

Veränderung gegenüber dem Vorquartal in %; Glättung über vier Quartale



[a] Pkw und "Light Trucks".
Quelle: Europäischer Automobilherstellerverband; Europäische Zentralbank; OECD; Nationale Statistiken; Berechnungen des ifo Instituts.

© ifo Institut

gesunken (vgl. Abb. 1.4). Besonders stark gehen sie in China und Indien zurück, aber auch in der EU. Dabei dürften die Rückgänge größtenteils struktureller Natur sein. So dürften in China die beendeten Steuerermäßigungen für Kfz-Käufe im vergangenen Jahr, niedrigere Subventionen für Elektroautos und neue Abgasvorschriften ab Mitte 2019 einen Großteil des Rückgangs erklären.[1] Gleichzeitig gilt für chinesische Pkw-Hersteller, dass 10% der verkauften Fahrzeuge mit einem Elektroantrieb ausgestattet sein müssen. Diese Quote ist seit 2019 bindend und soll über die nächsten Jahre weiter ansteigen; bis 2025 sollen Elektrofahrzeuge ein Fünftel aller chinesischen Autoverkäufe ausmachen (vgl. Shirouzu und Jourdan 2017).

In der EU haben zum einen die temporären Probleme mit der neuen Abgaszertifizierung im vergangenen Herbst zu einem Rücksetzer bei den Zulassungen geführt, der allerdings in der Folge nicht mehr nachgeholt wurde. Dies dürfte im Zusammenhang mit der verstärkten öffentlichen Debatte über alternative Mobilitätsangebote und Antriebstechnologien stehen, die wohl zu einer geringeren Dynamik bei den Käufen von Autos mit Verbrennungsmotor beigetragen hat. Dagegen dürfte die Krise im indischen Schattenbankensystem für den Einbruch der dortigen Pkw-Käufe verantwortlich sein (vgl. Organisation for Economic Co-operation and Development 2019b). Für die Finanzierung von Kraftfahrzeugen sind Schattenbanken in Indien sehr wichtig (vgl. Deutsche Bundesbank 2019b).

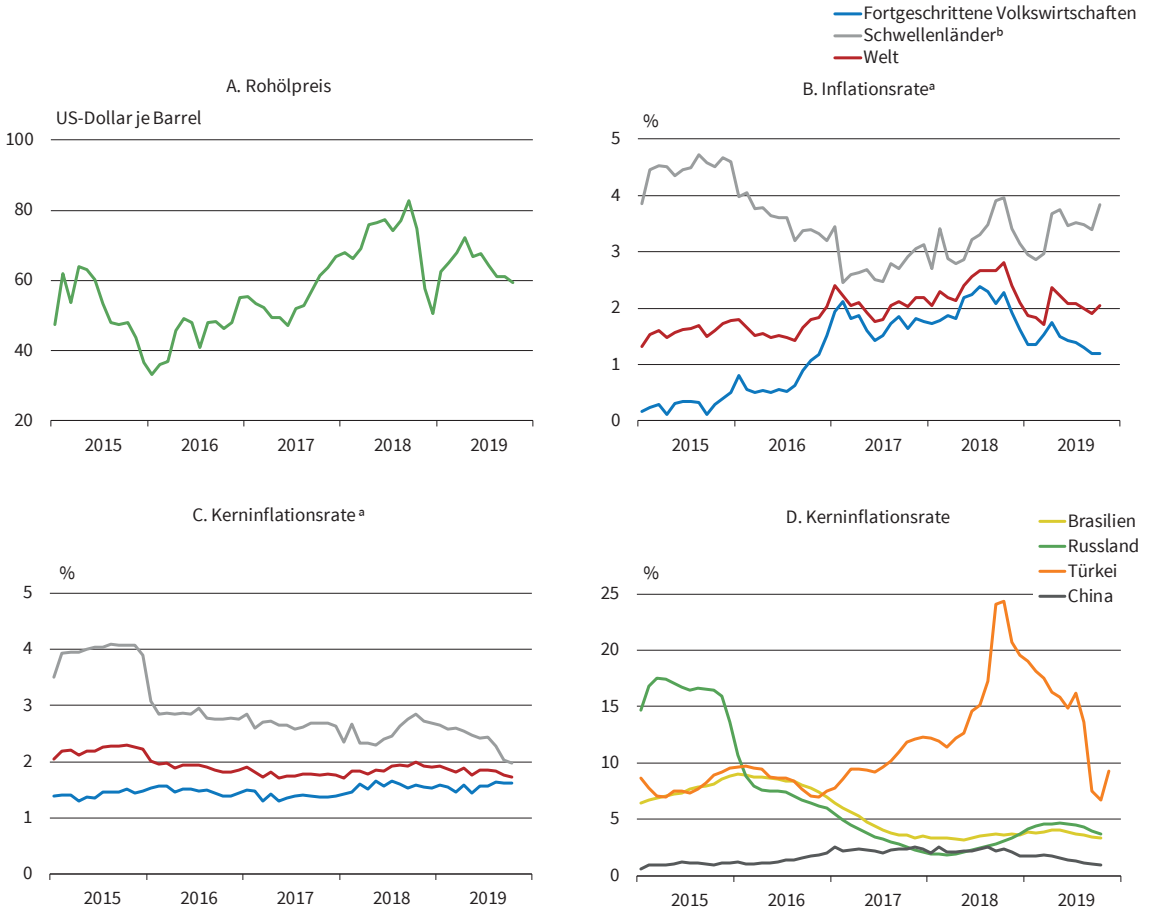
Somit spricht vieles dafür, dass die schwache Dynamik bei der Produktion und dem Absatz von Kraftfahrzeugen bis auf weiteres anhält und sich wohl erst nachhaltig erholt, wenn der Übergang zur Elektromobilität deutlich weiter vorangeschritten ist. Für das laufende Jahr dürften die weltweiten Zulassungszahlen um über 4% zurückgehen nach einem Rückgang von 1,0% im Jahr 2018.

[1] Für weitere Details zu den Steuerermäßigungen vgl. Deutsche Bundesbank (2019a) und International Monetary Fund (2019), für Details zu den geänderten Subventionsmodalitäten vgl. Sun und Goh (2019).

expansiver. Nach der Erhöhung der Steuerfreibeträge für private Haushalte und höherer öffentlicher Ausgaben im Gesundheitssektor wurden im September zusätzliche Ausgaben für das nächste Fiskaljahr angekündigt, die das Bruttoinlandsprodukt wohl um etwa 0,2 Prozentpunkte erhöhen dürften (vgl. Orga-

Abb. 1.5

Indikatoren zur Preisentwicklung in der Welt

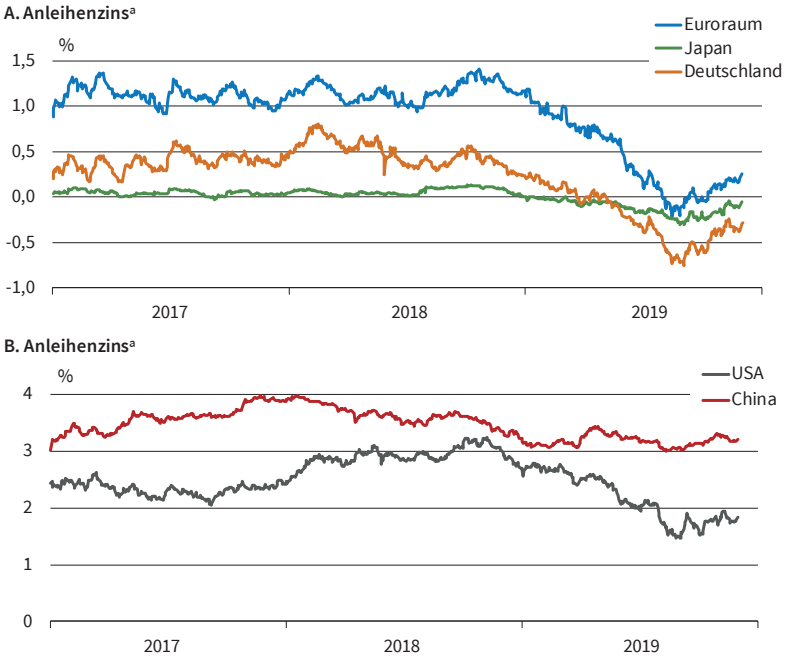


ᵃ Gewichtungen basierend auf nominalem BIP des Vorjahres.
Quelle: Energy Information Administration; Eurostat; Nationale Statistiken; Berechnungen des ifo Instituts.

© ifo Institut

Abb. 1.6

Monetäre Größen



[a] Für zehnjährige Staatsanleihen.
Quelle: Europäische Zentralbank; Macrobond.

© ifo Institut

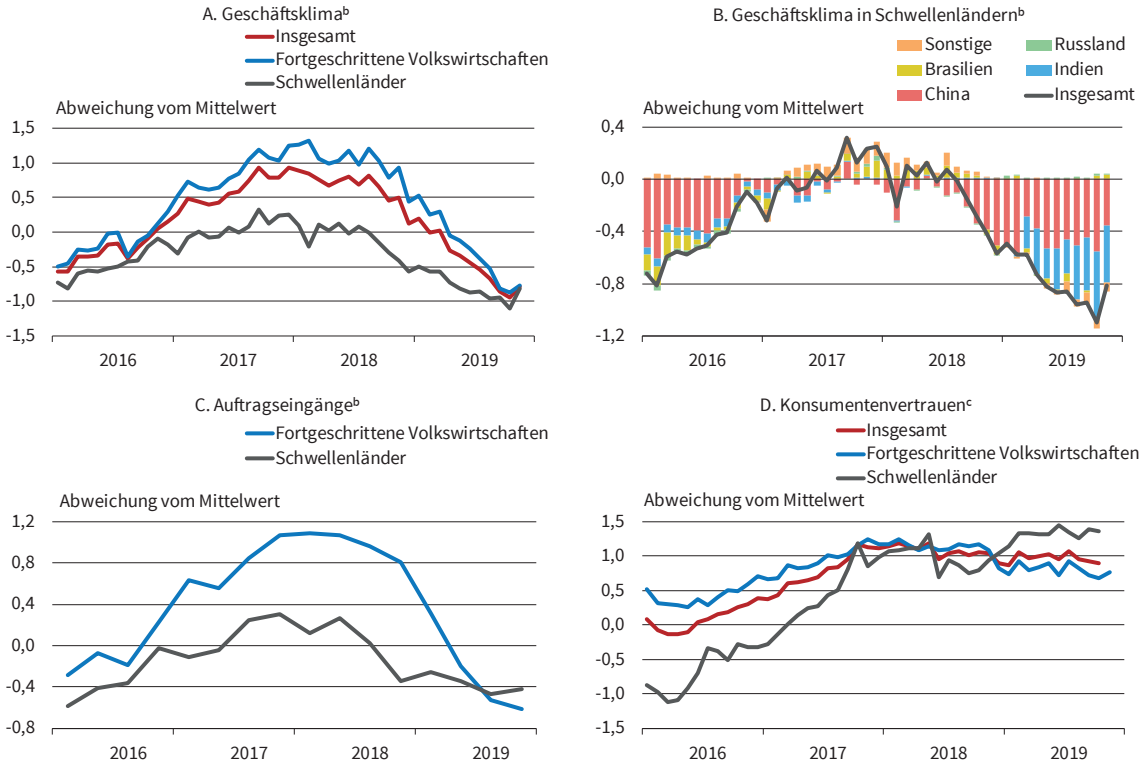
nisation for Economic Co-operation and Development 2019b). In Japan wurde im Oktober die Mehrwertsteuer von 8% auf 10% erhöht, hiervon gehen kurzfristig restriktive Effekte aus. Allerdings dürfte der finanzpolitische Kurs ab dem Beginn des neuen Fiskaljahrs im April 2020 wieder deutlich gelockert werden, da jüngst ein Konjunkturpaket in Höhe von 13,2 Billionen Yen (1,8% des Bruttoinlandsprodukts) angekündigt wurde, dass über einen 15-monatigen Zeitraum eingesetzt werden soll. Von der chinesischen Finanzpolitik gehen ebenfalls positive Impulse aus, unter anderem durch die beschlossene Senkung der Mehrwertsteuer und der Einkommensteuer.

AUSBLICK

Die Aussichten für die Weltwirtschaft haben sich stabilisiert. Die einjährige Talfahrt der Einschätzungen der Unternehmen im Verarbeitenden Gewerbe ist erst einmal gebremst (vgl. Abb. 1.7 A). In den fortgeschrittenen Volkswirtschaften kam es im November zu einer sehr leichten Ver-

Abb. 1.7

Frühindikatoren[a]

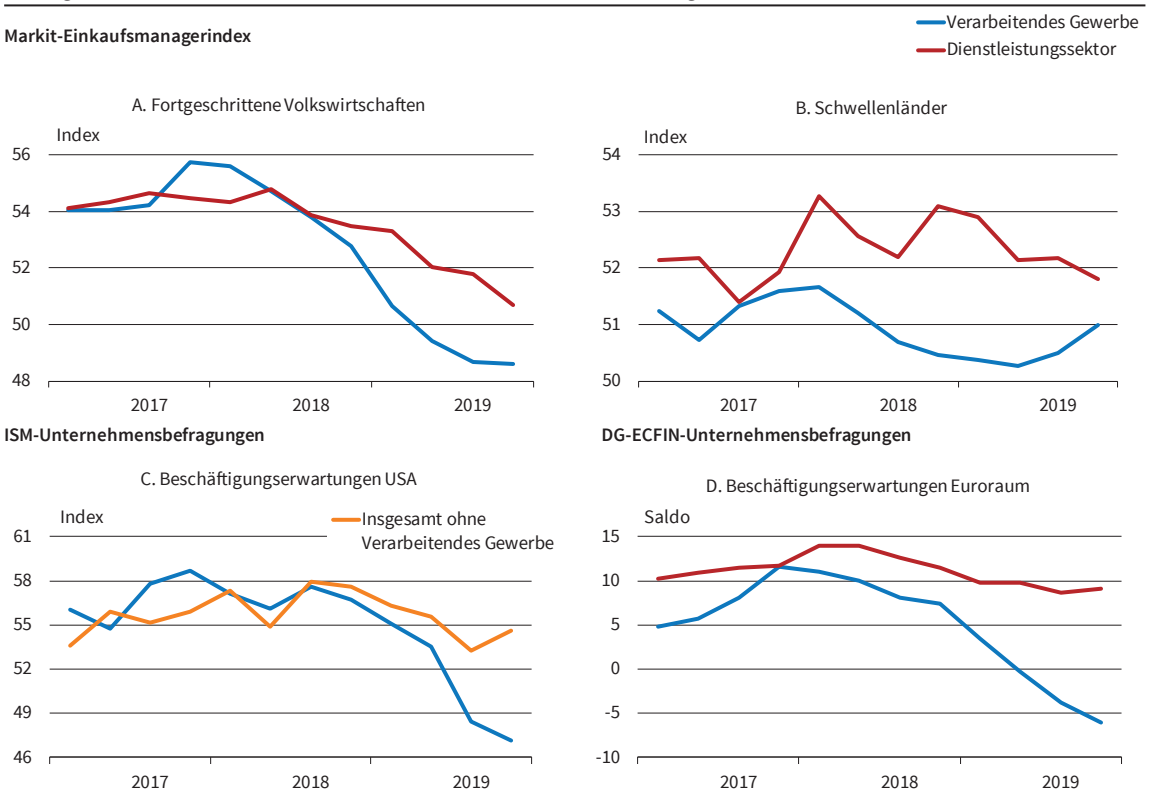


[a] Gewichtungen basierend auf dem nominalen Bruttoinlandsprodukt des Vorjahres. Die zugrunde liegenden Reihen wurden um ihre Mittelwerte bereinigt und durch ihre Standardabweichung dividiert. Die vertikalen Achsen kennzeichnen die Abweichungen vom langjährigen Mittel in Standardabweichungen. [b] Basierend auf nationalen Unternehmensbefragungen des Verarbeitenden Gewerbes. [c] Basierend auf nationalen Haushaltsbefragungen.
Quelle: Nationale Statistiken; Berechnungen des ifo Instituts.

© ifo Institut

Abb. 1.8

Umfrageindikatoren für das Verarbeitende Gewerbe und den Dienstleistungssektor



Quelle: Markit; ISM; Europäische Kommission; 4. Quartal 2019: Oktoberwert bzw. Mittelwert aus Oktober und November für DG-ECFIN-Zahlen.

© ifo Institut

besserung der Erwartungen in den großen Ländern und Regionen. In den Schwellenländern verbesserten sich die Einschätzungen deutlicher, allen voran in China und im bisher krisenbehafteten Brasilien (vgl. Abb. 1.7 B). Die Erwartungen in Indien bleiben dagegen weiterhin pessimistisch. In den Schwellenländern ist auch die Talfahrt bei den Auftragseingängen gestoppt, während sie in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften zumindest deutlich verlangsamt wurde (vgl. Abb. 1.7 C). Die Stimmung unter den Konsumenten bleibt weltweit weiterhin optimistisch, die entsprechenden Indikatoren sind auf einem historisch sehr hohen Niveau (vgl. Abb. 1.7 D). Dies ist vor dem Hintergrund der in vielen Ländern sehr guten Arbeitsmarktlage und den damit einhergehenden deutlichen Einkommenszuwächsen zu sehen.

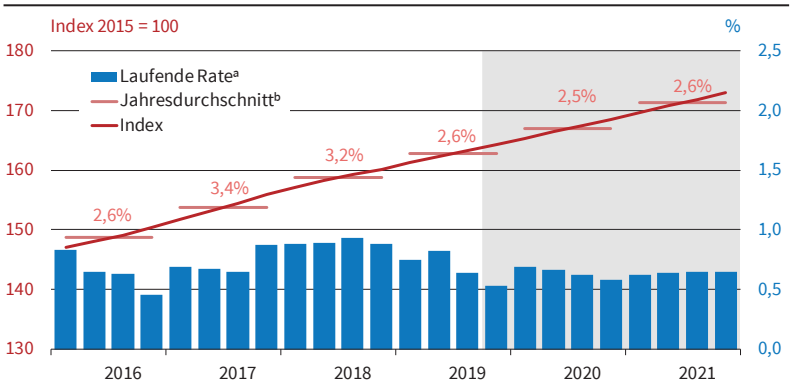
Allerdings machen sich in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften erste Anzeichen einer Verschlechterung der Stimmung unter den Verbrauchern bemerkbar. Dies dürfte auch im Zusammenhang mit der Frage stehen, ob sich die konjunkturelle Schwäche im Verarbeitenden Gewerbe auf die Dienstleistungssektoren ausweitet. Indikatoren für die Dienstleistungsbereiche zeigen an, dass sich diese zwar noch oberhalb der Expansionsschwelle befinden. Allerdings hat die positive Dynamik in den vergangenen Monaten nachgelassen (vgl. Abb. 1.8 A und B). Hingegen sind die Beschäftigungserwartungen in den Dienstleistungssektoren davon noch relativ unbeeindruckt und bewegen sich in etwa seitwärts (vgl. Abb. 1.8 C und D). Die entsprechenden Erwartungen für das Verarbeitende Gewerbe haben sich dagegen deutlich eingetrübt.

Im Prognosezeitraum dürfte die weltweite gesamtwirtschaftliche Produktion mit durchschnittlichen Raten expandieren (vgl. Abb. 1.9). Dabei dürften die fortgeschrittenen Volkswirtschaften mit geringfügig unterdurchschnittlichen Raten zulegen, während die Produktion in den Schwellenländern wohl weiterhin überdurchschnittlich zunehmen wird. Die bereits eingeführten Handelsbeschränkungen zwischen den USA und China dämpfen die Handelsaktivität und senken die Investitionsbereitschaft. Dazu tragen auch die Unsicherheit über die Einführung weiterer Handelshemmnisse zwischen den beiden Ländern sowie eine Ausweitung des Handelskonflikts auf Europa bei. Solange der Übergang zur Elektromobilität nicht deutlich weiter vorangeschritten ist, dürfte die Produktion von Kraftfahrzeugen nur schwach expandieren. Auch die positiven Impulse der US-Steuerreform werden in diesem Jahr auslaufen, so dass US-amerikanische Ausgaben für Investitionen und Konsum weniger dynamisch zulegen. Dies dürfte die US-Nachfrage nach ausländischen Gütern und Dienstleistungen zusätzlich dämpfen. Auch der weiterhin unklare Ausstieg des Vereinigten Königreichs aus der EU stellt einen Belastungsfaktor insbesondere für die britische Wirtschaft dar. Allerdings werden die weiterhin deutlichen Einkommenszu-

Abb. 1.9

Reales Bruttoinlandsprodukt in der Welt

Saisonbereinigter Verlauf



[a] Veränderung gegenüber dem Vorquartal in %.
[b] Zahlenangaben: Veränderung gegenüber dem Vorjahr.
Quelle: Nationale Statistiken; Berechnungen des ifo Instituts; ab 4. Quartal 2019: Prognose des ifo Instituts.

© ifo Institut

wachse in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften wohl für eine positive Dynamik bei den Konsumausgaben sorgen, so dass die Aktivität insbesondere in den industriefernen Teilen des Dienstleistungssektors weiter zulegt. Die gesamtwirtschaftliche Dynamik dürfte sich in China weiter verlangsamen. Hierzu tragen die Verwerfungen im internationalen Handel, ein langsameres Kreditwachstum und der Strukturwandel in China bei. Dafür werden die übrigen Schwellenländer wohl etwas kräftiger expandieren. So dürfte die Erholung der brasilianischen Wirtschaft allmählich voranschreiten, gestützt von der bereits beschlossenen Rentenreform.

Insgesamt wird das Bruttoinlandsprodukt der Welt wohl in diesem Jahr um 2,6%, im kommenden Jahr um 2,5% und im Jahr 2021 um 2,6% zulegen (vgl. Tab. 1.1). Im Vergleich zur Herbstprognose 2019 wurde das Expansionstempo in den Schwellenländern für die Jahre 2019 und 2020 leicht nach unten revidiert (vgl. Abb. 1.10). Diese Revision ergibt sich dadurch, dass die indische Konjunktur inzwischen deutlich schwächer eingeschätzt wird als im Herbst prognostiziert.

Die Inflationsrate in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften dürfte mit 1,5% im laufenden Jahr niedriger sein als im Jahr 2018 (2,0%). Das ist vor allem auf den Rohölpreis zurückzuführen, der im

Tab. 1.1

Reales Bruttoinlandsprodukt und Verbraucherpreise in der Welt

	Gewicht in %[a]	Bruttoinlandsprodukt				Verbraucherpreise			
		Veränderungen gegenüber Vorjahr in %							
		2018	2019	2020	2021	2018	2019	2020	2021
Fortgeschrittene Volkswirtschaften	**68,0**	**2,2**	**1,7**	**1,4**	**1,5**	**2,0**	**1,5**	**1,7**	**1,7**
USA	29,3	2,9	2,3	1,8	1,8	2,4	1,9	2,2	2,1
Euroraum	19,5	1,9	1,2	1,2	1,3	1,8	1,2	1,1	1,4
Japan	7,1	0,8	1,0	0,6	0,8	1,0	0,5	1,0	1,2
Vereinigtes Königreich	4,0	1,4	1,3	0,8	1,2	2,5	1,8	2,2	2,2
Kanada	2,4	2,0	1,7	1,8	1,6	2,2	2,0	2,0	2,0
Südkorea	2,3	2,7	1,8	1,8	1,8	1,5	0,4	1,2	1,0
Schweiz	1,0	2,8	0,9	1,5	1,4	0,9	0,4	0,6	1,1
Schweden	0,8	2,3	1,3	1,5	1,6	2,0	1,8	1,8	1,8
Norwegen	0,6	1,5	0,9	1,5	1,7	2,8	2,2	2,0	2,1
Dänemark	0,5	2,4	2,0	1,6	1,4	0,8	0,8	1,0	1,2
Tschechien	0,3	2,9	2,5	2,0	2,3	2,0	2,6	2,3	2,0
Schwellenländer	**32,0**	**5,4**	**4,6**	**4,9**	**5,0**	**3,2**	**3,5**	**3,1**	**3,2**
China	19,2	6,5	6,2	6,0	5,9	2,1	2,8	2,4	2,4
Indien	3,9	6,8	4,5	5,5	6,6	3,9	3,5	4,2	4,4
Brasilien	2,7	1,3	1,1	2,3	2,1	3,7	3,6	3,2	3,8
Russland	2,3	2,2	1,2	2,0	2,0	4,3	3,8	4,0	4,0
Mexiko	1,7	2,1	0,0	1,1	1,9	4,9	3,5	3,3	3,1
Türkei	1,1	2,9	0,3	4,7	3,9	16,3	15,2	10,0	9,0
Polen	0,8	5,2	4,4	3,5	3,2	1,2	2,1	2,5	2,5
Ungarn	0,2	5,1	4,9	2,9	2,7	2,9	3,3	3,0	3,0
Welt	**100,0**	**3,2**	**2,6**	**2,5**	**2,6**	**2,4**	**2,1**	**2,1**	**2,2**
nachrichtlich:									
Welthandel, real[b]		3,4	-0,4	0,8	1,8				
Annahmen									
Ölpreis $/Barrel (Brent)		71,0	64,0	62,7	64,0				
Wechselkurs $/€		1,18	1,12	1,11	1,11				

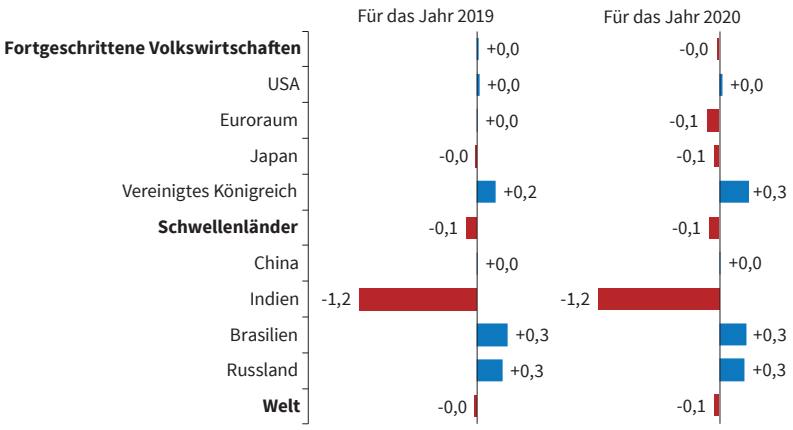
[a] Gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt von 2018 in US-Dollar. [b] Welthandel von Waren in Abgrenzung von CPB.

Quelle: Eurostat; OECD; IWF; CPB; Berechnungen des ifo Instituts; 2019 bis 2021: Prognose des ifo Instituts.

© ifo Institut Dez. 2019

Abb. 1.10

Revision der Prognose der Veränderung des realen Bruttoinlandsprodukts
Differenz zur ifo Konjunkturprognose Herbst 2019; in Prozentpunkten



Quelle: Berechnungen des ifo Instituts.

© ifo Institut

Vergleich zum Jahresdurchschnitt 2018 um etwa 10% niedriger ausfällt. Im Prognosezeitraum dürfte sich der Preisauftrieb in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften moderat beschleunigen. Zum einen laufen die Auswirkungen rückläufiger Rohölpreise allmählich aus, da diese im Prognosezeitraum annahmegemäß mit der allgemeinen Teuerung steigen. Zum anderen legt die konjunkturelle Entwicklung keine beschleunigten Lohnzuwächse mehr nahe. In den Schwellenländern dürften die Verbraucherpreise in den kommenden zwei Jahren weniger stark zulegen als im laufenden Jahr. Annahmegemäß erhöhen sich die Preise für Schweinefleisch, die mit einem relativen großen Gewicht in den chinesischen Warenkorb eingehen, im Prognosezeitraum nur mit der allgemeinen Teuerungsrate. Die Inflation in der Türkei dürfte sich nach den sehr hohen Raten 2018 und 2019 wieder langsam in Richtung des Zentralbankziels von 5% bewegen, unter der Annahme, dass die Unabhängigkeit der türkischen Notenbank nicht wieder in Frage gestellt wird.

Der Welthandel dürfte im Schlussquartal 2019 noch einmal schrumpfen. Darauf deuten mehrere Frühindikatoren hin. So verschlechterten sich sowohl der World Trade Outlook Indicator als auch der RWI/ISL-Containerumschlag-Index (vgl. Abb. 1.11 A). Aber auch die Auftragseingänge aus dem Ausland gehen weltweit weiter zurück (vgl. Abb. 1.11 B). Im weiteren Verlauf des Prognosezeitraums dürfte der Welthandel leicht zulegen in Einklang mit der Dynamik der Weltproduktion. Insgesamt wird der internationale Handel in diesem Jahr preisbereinigt um 0,4% zurückgehen. In den kommenden zwei Jahren kommt es zu Zuwächsen von 0,8% bzw. 1,8%. Die Elastizität des Welthandels, definiert als Verhältnis der Zuwachsraten von Welthandel und gesamtwirtschaftlicher Weltproduktion, dürfte im laufenden Jahr leicht negativ sein (vgl. Abb. 1.11 C). Im Jahr 2020 wird die Elastizität wohl bei 0,3 liegen, im Jahr 2021 bei 0,7. Die negative Elastizität im laufenden Jahr ist eine Folge des Handelskonflikts zwischen den USA und China. Die lediglich leicht positiven Elastizitäten im weiteren Prognosezeitraum sind der Tatsache geschuldet, dass sich die internationalen Wertschöpfungsketten nur langsam an die neuen handelspolitischen Rahmenbedingungen anpassen. Dazu trägt aber auch bei, dass sich die Dynamik im Prognosezeitraum in vielen Ländern vor allem durch den Konsum erklärt, der sich stärker aus inländisch produzierten Gütern und Dienstleistungen speist verglichen mit der stärker international vernetzten Produktion von Investitionsgütern.

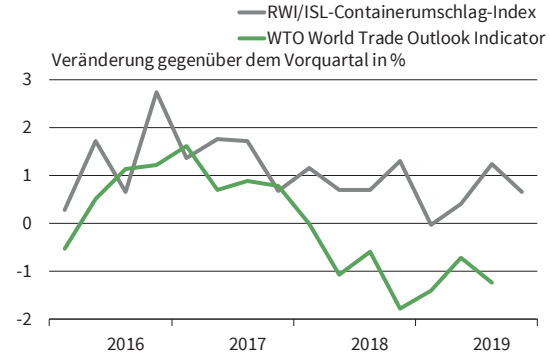
RISIKEN

Die Risiken für die weltwirtschaftliche Entwicklung dominieren weiterhin die Chancen. Zwar stellt der von den USA ausgehende Handelskonflikt mit China sowohl Chancen als auch Risiken dar. Chancen ergeben sich, da die temporäre Entspannung im vergangenen Herbst gezeigt hat, dass ein Kompromiss zwischen beiden Ländern doch nicht unmöglich erscheint. Aber das Risiko einer weiteren Eskalation ist mindestens genauso groß und auch eine Ausweitung des Konflikts auf andere Länder und Regionen ist denkbar. Die temporäre Entspannung im Herbst sollte nicht darüber hinwegtäuschen, dass der amtierende US-Präsident wesentliche Forderungen gegenüber China bezüglich deren Subventionspolitik und Verletzung geistigen Eigentums bisher nicht durchsetzen konnte. Nachdem zum Jahresende der gesamte Handel zwischen den USA und China mit Zöllen belegt sein wird, sind weitere Eskalationsstufen durchaus möglich. Die Zollsätze könnten weiter erhöht werden, und Firmen könnten dazu angehalten werden mit Vorleistungsgüterproduzenten aus dem jeweils anderen Land nicht mehr zu handeln. Zudem könnten für Tochtergesellschaften, die im jeweils anderen Land ansässig sind, nicht-tarifäre Handelsbarrieren eingeführt werden. Gerade hier ist der Hebel Chinas besonders lang. So sind die Verkäufe der Unternehmen in China, die sich im Mehrheitsbesitz einer US-Tochtergesellschaft befinden, beträchtlich größer als die gesamten US-Exporte nach China (vgl. Abb. 1.12 A und Organisation for Economic Co-operation and Development 2019b). Da diese Unternehmen nur einen kleinen Teil der chinesischen Wertschöpfung erbringen, dürften entsprechende Maßnahmen für China wenig kostspielig sein (vgl. Abb. 1.12 B).

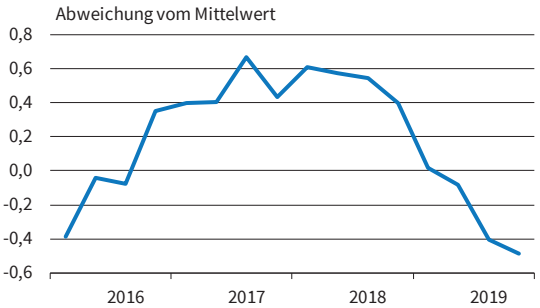
Abb. 1.11

Indikatoren zur Entwicklung des Welthandels

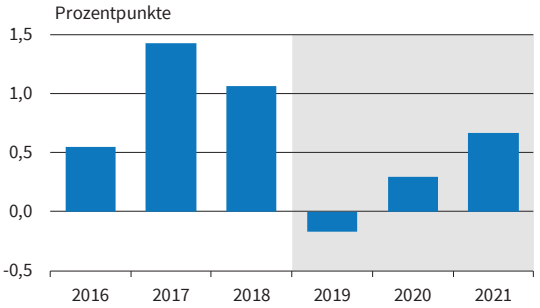
A. Frühindikatoren für den Welthandel



B. Auslandsaufträge[a]



C. Handelselastizitäten

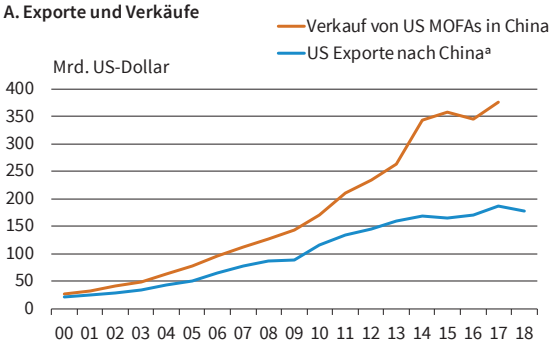


[a] Gewichtungen basierend auf dem nominalen BIP des Vorjahres. Die zugrunde liegenden Reihen wurden um ihre Mittelwerte bereinigt und durch ihre Standardabweichung dividiert. Die vertikalen Achsen kennzeichnen die Abweichungen vom langjährigen Mittel in Standardabweichungen.
Quelle: RWI; WTO; Nationale Statistiken;
Berechnungen des ifo Instituts. © ifo Institut

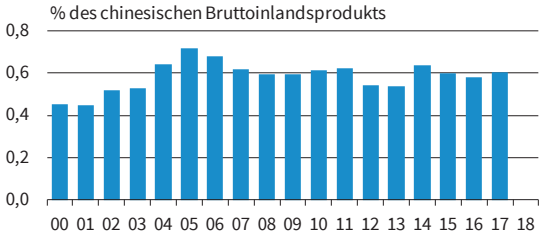
Abb. 1.12

Im Mehrheitsbesitz einer US-Tochtergesellschaft (US MOFAs)

A. Exporte und Verkäufe



B. Bruttowertschöpfung von US MOFAs in China



[a] Waren und Dienstleistungen.
Quelle: US Bureau of Economic Analysis (BEA);
China National Bureau of Statistics; Berechnungen des ifo Instituts. © ifo Institut

Auch die Finanzstabilität Chinas ist mit deutlichen Risiken behaftet. Die Erfahrungen der vergangenen Jahre zeigen, dass Versuche, die Expansion des Schattenbankensektors zu dämpfen, die chinesische Konjunktur sehr schnell ausgebremst haben. In der Folge hat China diese restriktiven Maßnahmen wieder zurückgefahren. Dadurch stieg aber sowohl die Kreditvergabe des nicht-regulierten Schattenbankensektors als auch die Risikobereitschaft von Gläubigern und Schuldnern. Die derzeitigen geldpolitischen Maßnahmen leiten wieder eine expansive Phase ein, die die bereits hohe Verschuldung des nicht-finanziellen Sektors wieder weiter ansteigen lassen könnte. Das würde eine Neubewertung der Risiken wahrscheinlicher machen und könnte plötzliche Verkäufe bestimmter Finanzanlagen in größerem Umfang nach sich ziehen.

Die Verschuldung von nicht-finanziellen Unternehmen in vielen fortgeschrittenen Volkswirtschaften ist in den vergangenen zehn Jahren deutlich gestiegen (vgl. Organisation for Economic Co-operation and Development 2019a). Der Anstieg der Verschuldung ergab sich insbesondere durch die Ausgabe von Anleihen. Ein immer größer werdender Anteil dieser Anleihen wird dabei gerade noch mit Investment Grade bewertet (vgl. Çelik und Isaksson 2019). Sollte sich die Konjunktur und damit die Ertragsaussichten dieser Unternehmen stärker abschwächen als erwartet, könnten viele dieser Anleihen auf Non-Investment Grade abgewertet werden. Institutionelle Investoren müssten sie aufgrund von Regulierungsvorschriften abstoßen, was Preisverfälle auf Anleihenmärkten und möglicherweise Neubewertungen weiterer Assetklassen nach sich ziehen könnte.

Die Risiken im Euroraum und im Vereinigten Königreich werden im nächsten Abschnitt diskutiert.

2. Lage und Prognose der Wirtschaft im Euroraum

ÜBERBLICK

Die gesamtwirtschaftliche Produktion im Euroraum expandierte im dritten Quartal 2019 mit einer Verlaufsrate von 0,2% nur verhalten. Damit blieb die konjunkturelle Dynamik im gesamten Sommerhalbjahr unter dem Potenzialwachstum, das gemäß Schätzungen der Europäischen Kommission bei etwas über 0,3% liegt. Verwendungsseitig zeigt sich die wirtschaftliche Schwäche vor allem beim Außenhandel und bei den Bruttoanlageinvestitionen, die insbesondere als Folge eines Sondereffekts in Irland um 5,0% einbrachen.[2] Als Konjunkturstütze erwiesen sich die privaten Konsumausgaben, die mit 0,5% gegenüber dem Vorquartal deutlich anzogen. Auch die Ausgaben der öffentlichen Hand expandierten mit 0,4% kräftig. Entstehungsseitig geht die Schwäche vor allem vom Verarbeitenden Gewerbe aus, wo die Wertschöpfung seit gut einem Jahr rückläufig ist. Auch die Unternehmensdienstleistungen und insbesondere die Erbringung von wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen verloren seit dem konjunkturellen Höhepunkt zu Beginn des Jahres 2018 deutlich an Schwung. Die konsumnahen Dienstleistungen hingegen zeigten sich bislang robust, und auch der Bau expandiert weiter kräftig.

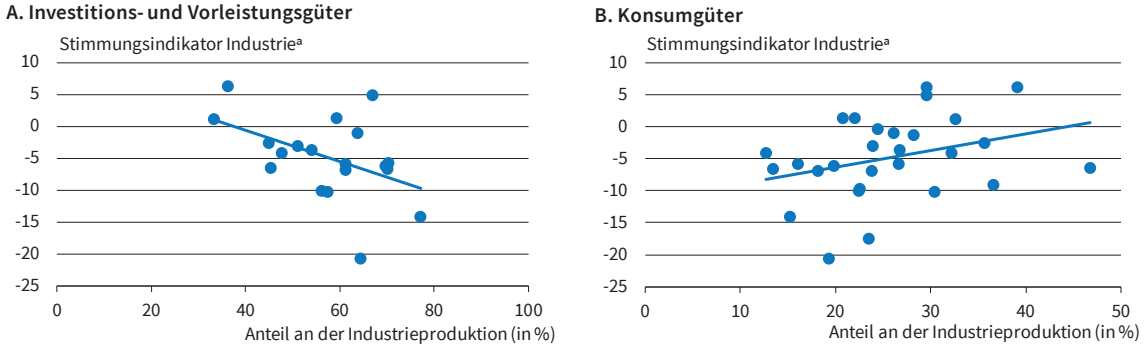
Die Schwächephase im Verarbeitenden Gewerbe betrifft allerdings nicht alle Länder und Wirtschaftsbereiche gleichermaßen. Ein Ländervergleich zeigt, dass die Stimmung derzeit besonders dort eingetrübt ist, wo Investitions- und Vorleistungsgüter einen großen Anteil an der industriellen Produktion ausmachen (vgl. Abb. 2.1). Dies ist insbesondere in Deutschland der Fall, das mit einem Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts von 0,1% im dritten Quartal nur knapp einer technischen Rezession entging. Hingegen macht sich ein höherer Anteil von Konsumgütern an der industriellen Wertschöpfung derzeit positiv bei der Stimmung in der Industrie bemerkbar. Länder mit einer vergleichsweise hohen Konsumgüterproduktion profitieren von der in vielen fortgeschrittenen Volkswirtschaften robusten Konsumkonjunktur, die von einer nach wie vor hohen Beschäftigungs- und Lohndynamik getragen wird. So hat sich insbesondere in Frankreich und Spanien die Stimmung in der Industrie weniger verschlechtert als in Deutschland, und der Anstieg der gesamtwirtschaftlichen Produktion fiel höher aus. Zwar weist auch Italien einen vergleichsweise hohen Anteil von Konsumgütern an der industriellen Wertschöpfung auf. Die Produktionstätigkeit der binnenorientierten Wirtschaft bleibt jedoch aufgrund von strukturellen Problemen schwach, weswegen das italienische BIP zum vierten Mal in Folge nur mit einer Rate von 0,1% expandierte. Diese Divergenz zwischen den Konsumgüterproduzenten auf der einen und den Investitions- und Vorleistungsgüterproduzenten auf der anderen Seite zeigt sich auch im Euroraum insgesamt (vgl. Abb. 2.2).

Für die Schwäche der Investitions- und Vorleistungsgüterproduzenten gibt es mehrere Gründe. Zum einen sind diese Industriebereiche relativ exportorientiert und in globale Wertschöpfungsketten eingebunden. Entsprechend sind diese auch stärker von politischen Unsicherheiten betroffen als viele Konsumgüterindustrien und Dienstleistungssektoren. Die Unsicherheiten entstehen aus dem von den USA ausgehenden Handelskonflikt sowie aus dem politischen Durcheinander um den Brexit. Des Weiteren fiel die Nachfrage Chinas nach Investitions- und Vorleistungsgütern im Zuge seiner derzeitigen wirtschaftlichen Schwäche markant, was sich aufgrund der Bedeutung Chinas als weltwirtschaftlicher Nachfragemotor auch in Europa bemerkbar macht. Zum anderen spielen aber auch strukturelle Faktoren in

[2] Hier ist allerdings noch eine deutliche Revision zu erwarten, da die Normalisierung der Investitionstätigkeit in Irland nach dem Sprung im zweiten Quartal noch nicht berücksichtigt worden ist. Das sprunghafte Verhalten der Bruttoanlageinvestitionen in Irland ist auf steuerlich begünstigte Verschiebungen von Geistigem Eigentum und insbesondere Urheberrechten zurückzuführen. Aber auch für den Euroraum ohne Irland ergibt sich nur ein verhaltener Zuwachs der Bruttoanlageinvestitionen um etwa 0,3% im zweiten und dritten Quartal 2019.

Abb. 2.1

Zusammenhang zwischen Produktionsstruktur und Stimmung in der Industrie im Ländervergleich

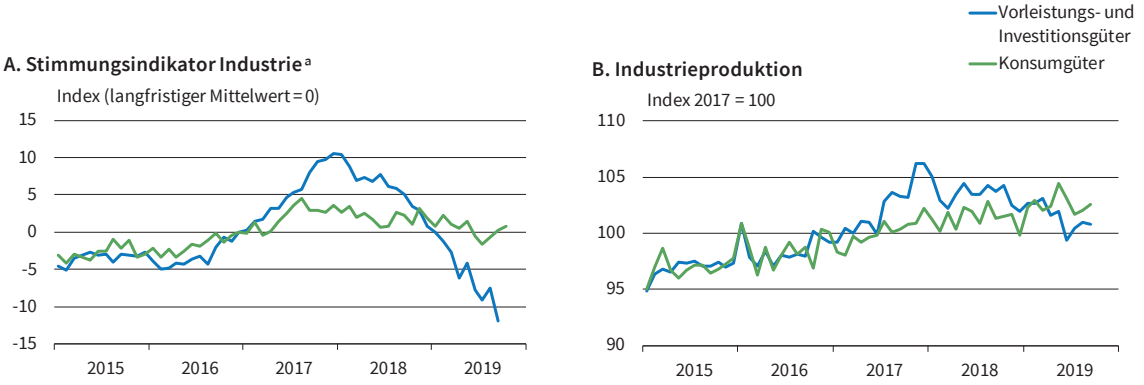


[a] Definiert als Stimmung im Verarbeitenden Gewerbe gemäß Mittelwert des „Industrial Confidence"-Indikator der Europäischen Kommission zwischen August und Oktober 2019. Produktionsstruktur gemäß Gewichten der industriellen Hauptgruppen in der Produktionsstatistik.
Quelle: Eurostat; Europäische Kommission; Berechnungen des ifo Instituts.

© ifo Institut

Abb. 2.2

Stimmung und Produktion in der Industrie im Euroraum



a Definiert als Stimmung im Verarbeitenden Gewerbe gemäß Mittelwert des „Industrial Confidence"-Indikator der Europäischen Kommission zwischen August und Oktober 2019. Produktionsstruktur gemäß Gewichten der industriellen Hauptgruppen in der Produktionsstatistik.
Quelle: Eurostat; Europäische Kommission; Berechnungen des ifo Instituts.

© ifo Institut

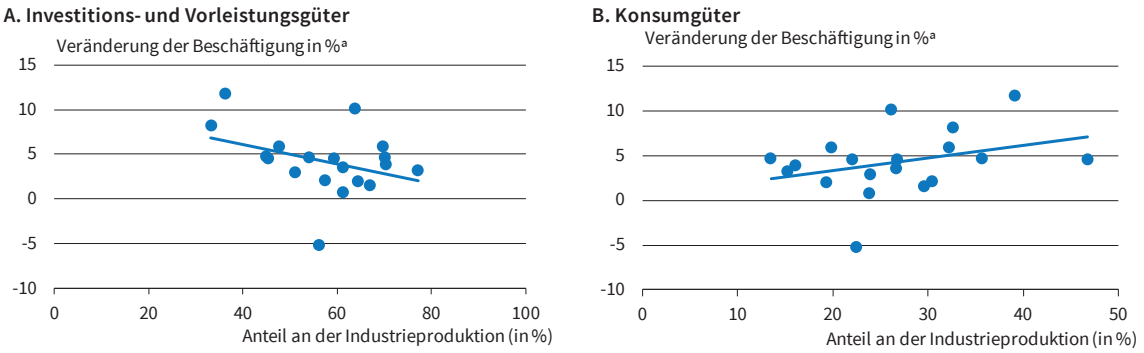
der Automobilindustrie eine Rolle, deren Produktion zu den Investitionsgütern zählt. So sind die Anstrengungen bei der massentauglichen Implementierung von Elektromobilität derzeit hoch, was mit einer Neuausrichtung etablierter Wertschöpfungsketten bei den Automobilherstellern einhergehen dürfte. Auch wird der Übergang zu neuen Antriebstechniken in vielen Ländern politisch forciert oder zumindest gesellschaftlich stark debattiert. Die Kunden bleiben in diesem Umfeld zunächst abwartend, was die schwache Entwicklung bei den Neuzulassungen bei ansonsten kräftiger Konsumkonjunktur erklären könnte. Schließlich ist die Krise im Investitions- und Vorleistungsgüterbereich zum Teil aber auch ein zyklisches Phänomen nach der Boomphase im Jahr 2017.

Seit Juni dieses Jahres geht die Arbeitslosenquote im Euroraum nicht weiter zurück und liegt derzeit bei 7,5% (November 2019). In Spanien (14,2%) geriet der Rückgang der Arbeitslosenquote ins Stocken. In Deutschland (3,1%), den Niederlanden (3,5%) und Portugal (6,6%) entwickelte sich die Arbeitslosenquote zuletzt seitwärts oder nahm sogar leicht zu. Auch der Beschäftigungsaufbau im Euroraum hat sich bereits seit Ende des Jahres 2018 abgeschwächt. Diese Entwicklung wurde vor allem durch das Verarbeitende Gewerbe getrieben. Und auch hier zeigt sich eine Divergenz hinsichtlich der Produktionsstruktur in den einzelnen Ländern. Der Anteil von Investitions- und Vorleistungsgütern an der industriellen Wertschöpfung korrelierte im Zeitraum 2018 bis Herbst 2019 negativ mit dem Beschäftigungszuwachs, wohingegen ein hoher Anteil von Konsumgütern mit kräftigen Zuwächsen einherging (vgl. Abb. 2.3). Insgesamt ist die Verlangsamung am Arbeitsmarkt wohl primär auf die geringere konjunkturelle Dynamik zurückzuführen, wobei sie im Verarbeitenden Gewerbe besonders ausgeprägt ist.

Aufgrund des Rückgangs der Energiepreise ließ die Inflation seit Beginn des Jahres deutlich nach. Im Euroraum insgesamt belief sich die Vorjahresveränderung des harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI) auf 1,0% im November des laufenden Jahres. Die Kernrate der Inflation, die die Preisentwicklung um die Einflüsse von Energiepreisen bereinigt, lag im November bei 1,5%. Diese verhältnismäßig hohe Teuerungsrate wird von rela-

Abb. 2.3

Zusammenhang zwischen Beschäftigungsaufbau und Produktionsstruktur im Ländervergleich



a Veränderung der saisonbereinigten Beschäftigung zwischen 2018Q1 und 2019Q2 in den Ländern des Euroraums. Produktionsstruktur gemäß Gewichten der industriellen Hauptgruppen in der Produktionsstatistik.
Quelle: Eurostat; Berechnungen des ifo Instituts.

© ifo Institut

tiv starken Preissteigerungen für Dienstleistungen und Nahrungsmittel getrieben. In Deutschland und Frankreich war der Preisauftrieb des HVPI zuletzt etwas stärker als der Durchschnitt im Euroraum (jeweils 1,2%). In Spanien und Italien wurden unterdurchschnittliche Raten gemessen (0,5% bzw. 0,4%).

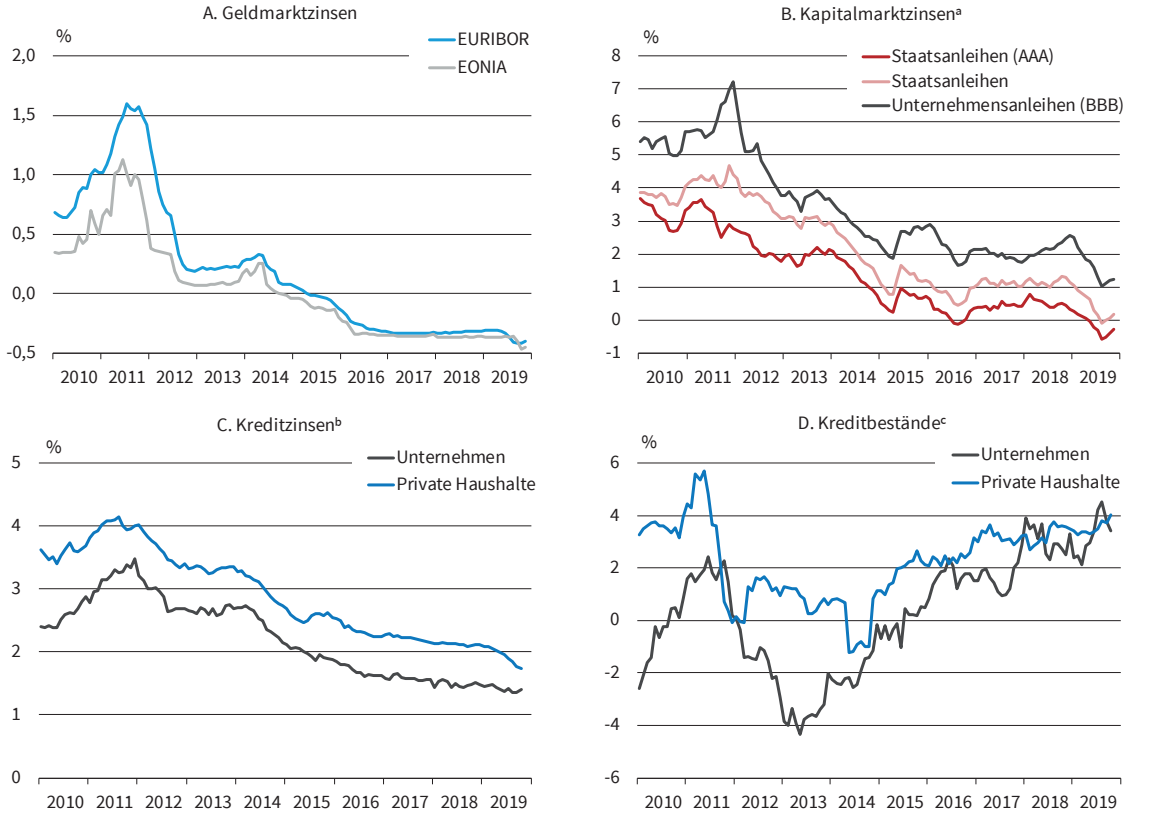
FINANZIERUNGSBEDINGUNGEN NOCHMALS GÜNSTIGER

Im Zuge der konjunkturellen Abkühlung hat die Europäische Zentralbank (EZB) am 12. September 2019 beschlossen, den Zinssatz für die Einlagefazilität mit sofortiger Wirkung um 10 Basispunkte auf – 0,5% zu senken. Die Zinssätze für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte und die Spitzenrefinanzierungsfazilität wurden unverändert bei 0,0% bzw. 0,25% belassen. Gleichzeitig kündigte die EZB an, dass die Leitzinsen so lange auf ihrem aktuellen oder einem niedrigeren Niveau bleiben werden, bis sich die Inflationsaussichten in den Projektionen der EZB deutlich einem Niveau annähern, das hinreichend nahe, aber unter 2% liegt, und dass sich diese Annäherung auch in der Dynamik der Kerninflation widerspiegelt. Zudem wurde beschlossen, die Nettoankäufe von Vermögenswerten im Rahmen des Asset Purchase Programme (APP) in einem monatlichen Umfang von 20 Mrd. Euro ab dem 1. November wiederaufzunehmen und sie so lange fortzusetzen, bis die EZB mit der Erhöhung der Leitzinsen beginnt.

Damit wurde der geldpolitische Expansionsgrad ein weiteres Mal in diesem Jahr erhöht, nachdem die EZB bereits am 7. März 2019 eine Wiederaufnahme der vierteljährlichen gezielten längerfristigen Refinanzierungsgeschäfte für den Zeitraum von September 2019 bis März 2021 beschlossen hatte. In den vergangenen sechs Monaten sanken daher die Geldmarktsätze um 0,1 Prozentpunkte, und die Zinsen für zehnjährige Staatsanleihen von Mitgliedstaaten des Euroraums gaben um 0,6 Prozentpunkte nach (vgl. Abb. 2.4). Mit ihren Hinweisen auf die Dauer der ergriffenen Maßnahmen machte die EZB deutlich, dass der Ausstieg aus der Niedrigzinspolitik, der von den Finanzmärkten lange Zeit für die zweite Jahreshälfte 2019 erwartet worden war, verschoben ist und dass mit einer Zinswende erst zu rechnen ist, wenn sich der Preisanstieg sichtbar beschleunigt. In der Folge haben die Finanzmärkte ihre Zinserwartun-

Abb. 2.4

Zur monetären Lage im Euroraum

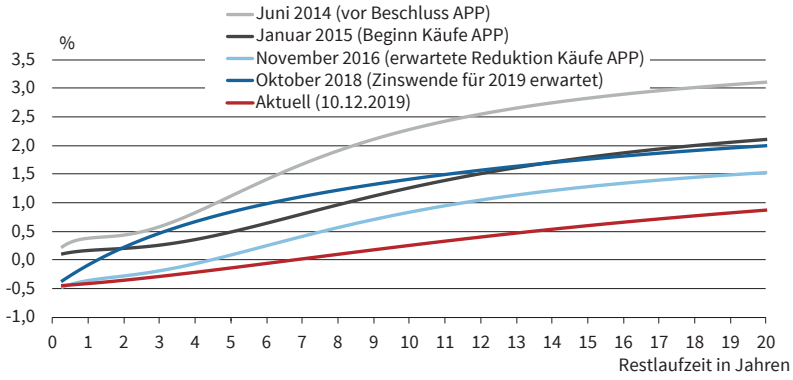


[a] Unternehmensanleihen = Zinsen für Anleihen von Unternehmen mit mittlerer (BBB) Bonität und einer Restlaufzeit von zehn Jahren. Staatsanleihen = durchschnittliche Zinsen für Staatsanleihen von allen Ländern des Euroraums bzw. von Ländern mit höchster Bonität (AAA); Restlaufzeit zehn Jahre; BIP-gewichtete Durchschnitte.
[b] Durchschnittliche Zinsen für neuvergebene Kredite an Unternehmen (nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften) und private Haushalte (Immobilienkredite).
[c] Kreditbestände der Unternehmen (nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften) und privaten Haushalte (Immobilienkredite) (gleitender Sechsmonatsdurchschnitt der Vormonatsveränderung in Prozent (annualisiert), saisonbereinigt).
Quelle: Europäische Zentralbank; Berechnungen des ifo Instituts.

© ifo Institut

Abb. 2.5

Geldpolitik im Euroraum – Zinsstrukturkurve



Quelle: Europäische Zentralbank; Berechnungen des ifo Instituts. © ifo Institut

gen deutlich nach unten korrigiert. So zeigen EONIA-Terminkontrakte derzeit eine erste Zinsanhebung Ende 2022 an. Auch die Zinsstrukturkurve für eine synthetische europäische Staatsanleihe lag zuletzt (November 2019) insbesondere im Bereich mittlerer und längerer Laufzeiten deutlich niedriger im Vergleich zu ihrem letzten Tiefpunkt im November 2016, der im Zuge des ersten APP erreicht wurde (vgl. Abb. 2.5).[3]

Auch an den Kreditmärkten verbesserten sich die Rahmenbedingungen weiter. Insbesondere die durchschnittlichen Zinsen für neuvergebene Immobilienkredite an private Haushalte sanken seit dem Sommer um 0,3 Prozentpunkte auf zuletzt 1,7%. Gleichzeitig beschleunigte sich die Zunahme der Kreditbestände auf 4,0%, von 3,3% im Juni. Die Kreditzinsen der Unternehmen blieben dagegen weitgehend unverändert bei 1,4%. Gleichzeitig verlor die Kreditvergabe an Unternehmen in den vergangenen Monaten an Schwung und weitet sich zuletzt mit 3,4% aus. Anders als noch in den Jahren zuvor kam es seit Jahresbeginn jedoch zu keiner weiteren Lockerung der Kreditvergabebedingungen durch die Banken. Hierzu hat laut Bank Lending Survey im Zuge der konjunkturellen Abkühlung eine verschärfte Risikobewertung insbesondere von Unternehmen beigetragen.

Im Prognosezeitraum dürften die Finanzierungsbedingungen weiterhin günstig bleiben. Vor dem Hintergrund der erwarteten konjunkturellen Entwicklung dürfte sich die Inflationsrate nur sehr langsam beschleunigen und Ende 2021 immer noch deutlich unterhalb der 2%-Marke liegen. Deshalb wird die EZB wohl entsprechend ihrer Ankündigung die lockere Geldpolitik fortsetzen. In der vorliegenden Prognose wird daher unterstellt, dass die Wertpapierankäufe fortgesetzt werden und die Leitzinsen auf dem derzeitigen Niveau bleiben.

[3] Nach Erreichen dieses Tiefpunkts im November 2016 verschob sich die Zinsstrukturkurve bis Oktober 2018 zunächst wieder nach oben. Dies geschah in Erwartung eines baldigen Ausstiegs aus dem APP und einer Zinswende in der zweiten Jahreshälfte 2019.

FINANZPOLITIK WEITER EHER EXPANSIV

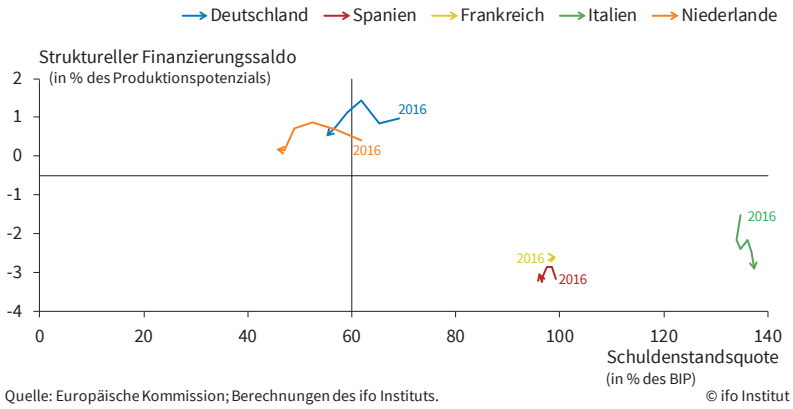
Der zusammengefasste staatliche Finanzierungssaldo des Euroraums ging nach Schätzungen der Europäischen Kommission von 0,5% des Bruttoinlandsprodukts im Jahr 2018 auf – 0,8% im Jahr 2019 zurück. Insbesondere in Deutschland, Frankreich und Belgien wurden die Finanzierungssalden reduziert. In den ehemaligen Krisenländern Italien, Spanien, Griechenland, Irland und Portugal blieben sie hingegen konstant oder erhöhten sich sogar. Im kommenden Jahr dürften die öffentlichen Finanzierungssalden weiter sinken. Insbesondere in Deutschland und den Niederlanden werden die Überschüsse wohl schrumpfen; in Italien und Belgien dürften sich die Defizite ausweiten. Hierbei sind zum einen konjunkturell bedingte Mindereinnahmen ursächlich, zum anderen aber auch eine Erhöhung der strukturellen Ausgaben.[4] Dem gegenüber stehen weiterhin sehr günstige Finanzierungsbedingungen, wodurch die Zinslast weiter abnimmt. Das zusammengefasste Finanzierungsdefizit des Euroraums dürfte sich in den Jahren 2020 und 2021 leicht auf 0,9% und 1,0% des Bruttoinlandsprodukts ausweiten.

Mit Blick auf den um konjunkturelle und einmalige Effekte bereinigten strukturellen Finanzierungssaldo zeigt sich weiterhin eine erhebliche Diskrepanz zwischen den großen Ländern des Euroraums. Für jedes Land werden in Abildung 2.6 der strukturelle Finanzierungssaldo und die Schuldenstandsquote zusammen mit ihren im Fiskalpakt festgelegten Referenzwerten in Höhe von – 0,5% (horizontale Linie) bzw. 60% (vertikale Linie) gezeigt. Die Pfeile zeigen die jeweiligen Verläufe von 2016 bis 2021 (ab 2019 mit Prognosewerten). Während der strukturelle Finanzierungssaldo in Deutschland und den Niederlanden im gesamten Zeitraum positiv ausfällt, ist er in Frankreich, Italien und Spanien negativ und unterhalb des Richtwerts aus dem Fiskalpakt. Damit dürfte die Schuldenstandsquote in diesen drei Ländern unverändert hoch und die fiskalischen Spielräume gering bleiben. In Deutschland und den Niederlanden reduzieren die strukturellen Überschüsse die Schuldenstandsquote weiter. Während die Niederlande bereits seit 2017 den Referenzwert des Fiskalpakts unterschreitet, wird wohl auch

[4] In Deutschland und den Niederlanden ist nur etwa die Hälfte des Rückgangs der öffentlichen Finanzierungssalden auf konjunkturelle Effekte zurückzuführen. Im Falle von Italien ist der Rückgang im Prognosezeitraum unter anderem auf das neu eingeführte »Bürgereinkommen«, niedrigere Steuereinkünfte durch die sogenannte »Flat Tax« und höhere Ausgaben aufgrund der Absenkung des Renteneintrittsalters zurückzuführen.

Abb. 2.6

Einhaltung europäischer Fiskalregeln (2016–2021)



Quelle: Europäische Kommission; Berechnungen des ifo Instituts.

© ifo Institut

Deutschland spätestens ab dem kommenden Jahr darunterliegen.

Die Veränderung der strukturellen Finanzierungssalden gibt Aufschluss über die Ausrichtung der Finanzpolitik. In Deutschland, den Niederlanden und Italien werden sie wohl im gesamten Prognosezeitraum sinken, was expansiven fiskalischen Impulsen entspricht. Dagegen dürfte der strukturelle Finanzierungssaldo in Frankreich nahezu unverändert bleiben und in Spanien nach leichten Rückgängen im laufenden und nächsten Jahr im übernächsten Jahr wieder steigen.

Alles in allem dürfte die Schuldenstandsquote im Euroraum trotz der eingetrübten konjunkturellen Lage weiterhin zurückgehen, wenn auch langsamer als in den Jahren zuvor. Die Ausrichtung der Finanzpolitik im Euroraum insgesamt dürfte im laufenden und in den kommenden beiden Jahren weiter leicht expansiv sein.

AUSBLICK

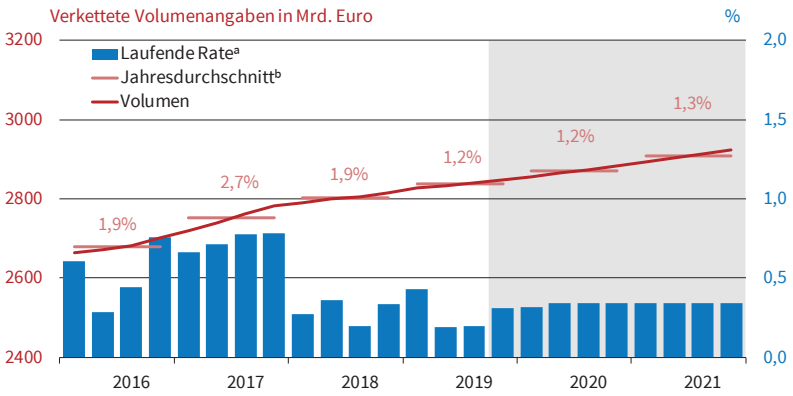
Die konjunkturelle Dynamik im Euroraum dürfte sich zwar am aktuellen Rand nicht mehr verschlechtern, eine spürbare Erholung wird aber wohl noch mehrere Quartale auf sich warten lassen. Auch die uneinheitliche Entwicklung in den verschiedenen Wirtschaftsbereichen dürfte noch eine Weile anhalten. Zuletzt kamen zwar weniger negative Signale vom Verarbeitenden Gewerbe. So legte beispielsweise der Einkaufsmanagerindex von einem tiefen Niveau aus wieder leicht zu. Das von der Europäischen Kommission erhobene Industrievertrauen und die Auftragseingänge, insbesondere aus dem Ausland, deuten jedoch auf eine weiterhin rückläufige Wertschöpfung im Verarbeitenden Gewerbe hin, was die Unternehmensdienstleister vermehrt belasten dürfte. Die anhaltende Schwächephase wird sich wohl zunehmend auf den Arbeitsmarkt durchschlagen, in Form einer niedrigeren Beschäftigungs- und Lohndynamik. Daraus ergeben sich dämpfende Effekte auch auf die Produktion von Konsumgütern und die konsumnahen Dienstleistungen. Unterstützt wird die Konjunktur dagegen von finanzpolitischen Impulsen in vielen Ländern des Euroraums. Zudem hat die Wahrscheinlichkeit, dass es zu einem harten Brexit oder einer weiteren Eskalation des von den USA ausgehenden Handelskonfliktes kommt, in den vergangenen Monaten abgenommen. Dies dürfte dem Außenhandel zu einer Belebung verhelfen, der allerdings angesichts der moderaten weltwirtschaftlichen Dynamik wohl nur unterdurchschnittlich zulegen wird. Insgesamt wird das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt wohl um jeweils 1,2% im laufenden und dem nächsten Jahr zulegen, gefolgt von 1,3% im Jahr 2021 (vgl. Abb. 2.7 und Tab. 2.1). Damit dürfte die Produktionslücke im Euroraum sinken und die Wirtschaft am Ende des Prognosezeitraums leicht unterausgelastet sein.

Die Konjunktur in den großen Volkswirtschaften des Euroraums wird wohl weiterhin deutliche Unterschiede aufweisen (vgl. Tab. 2.2). Die gesamtwirtschaftliche Produktion in Deutschland dürfte im kommenden Jahr leicht beschleunigt mit einer Rate von 0,8% expandieren. Im Jahr 2021 wird wieder ein kräftigeres Wachstum von 1,5% erwartet. Auch in Italien dürfte die Wirtschaft in nächsten Jahr

Abb. 2.7

Reales Bruttoinlandsprodukt im Euroraum

Saison- und kalenderbereinigter Verlauf



[a] Veränderung gegenüber dem Vorquartal in %. [b] Zahlenangaben: Veränderung gegenüber dem Vorjahr.
Quelle: Eurostat; Berechnungen des ifo Instituts;
ab 4. Quartal 2019: Prognose des ifo Instituts.

© ifo Institut

Tab. 2.1

Eckdaten zur Wirtschaftsentwicklung im Euroraum

	2018	2019	2020	2021
	Veränderung gegenüber Vorjahr in %			
Private Konsumausgaben	1,4	1,1	1,2	1,2
Konsumausgaben des Staates	1,1	1,5	1,4	1,3
Bruttoanlageinvestitionen	2,4	4,6	1,6	2,6
Inländische Verwendung	1,6	1,7	1,4	1,4
Exporte	3,3	2,8	2,0	2,3
Importe	2,7	4,0	2,5	2,6
Bruttoinlandsprodukt (BIP)	1,9	1,2	1,2	1,3
Arbeitslosenquote[a] (in % der Erwerbspersonen)	8,2	7,6	7,4	7,2
Verbraucherpreise[b] (Veränderung gegenüber Vorjahr in %)	1,8	1,2	1,2	1,3
Finanzierungssaldo des Staates (in % des Bruttoinlandsprodukts)	– 0,5	– 0,8	– 0,9	– 1,0

[a] Standardisiert. [b] Harmonisierter Verbraucherpreisindex.

Quelle: Eurostat; 2019 bis 2021: Prognose des ifo Instituts.

© ifo Institut Dez. 2019

Tab. 2.2

Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Arbeitslosenquote im Euroraum

	Gewicht in %	Bruttoinlandsprodukt[a]				Verbraucherpreise[b]				Arbeitslosenquote[c]			
		Veränderung gegenüber Vorjahr in %								in %			
		2018	2019	2020	2021	2018	2019	2020	2021	2018	2019	2020	2021
Deutschland[a]	29,2	1,5	0,5	0,8	1,5	1,9	1,3	1,5	1,6	3,4	3,3	3,2	3,1
Frankreich	20,3	1,8	1,3	1,3	1,3	2,1	1,3	1,3	1,5	9,1	8,5	8,2	8,0
Italien	15,2	0,7	0,2	0,4	0,5	1,3	0,7	0,7	0,8	10,6	10,0	9,7	9,4
Spanien	10,4	2,4	2,0	1,6	1,5	1,7	0,7	1,2	1,4	15,3	14,2	13,5	12,8
Euroraum	**100,0**	**1,9**	**1,2**	**1,2**	**1,3**	**1,8**	**1,2**	**1,2**	**1,3**	**8,2**	**7,6**	**7,4**	**7,2**

[a] Die Zuwachsraten sind um Kalendereffekte bereinigt. [b] Harmonisierter Verbraucherpreisindex (HVPI). [c] Standardisiert.

Quelle: Eurostat; 2019 bis 2021: Prognose des ifo Instituts.

© ifo Institut Dez. 2019

mit 0,4% etwas stärker zulegen als in diesem Jahr. Jedoch bleibt die Expansionsgeschwindigkeit im Vergleich zu den anderen großen Ländern im Euroraum schwach und wird wohl auch im Jahr 2021 nur 0,5% betragen. In Frankreich dürfte das Wachstum mit 1,3% in den nächsten beiden Jahren in etwa konstant bleiben. Nach der kräftigen Expansion der vergangenen Jahre wird es in Spanien wohl zu einer leichten Abschwächung des Wachstumstempos kommen. Die Raten bleiben jedoch vergleichsweise hoch (1,6% und 1,5% in den Jahren 2020 und 2021).

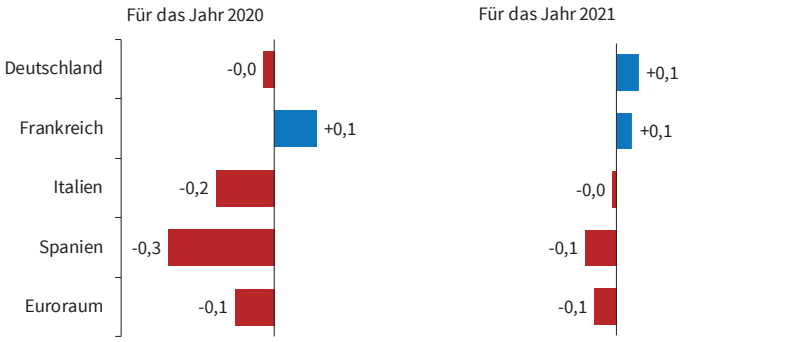
Die konjunkturelle Abkühlung dürfte den Rückgang der Arbeitslosenquoten in den volkswirtschaftlichen Schwergewichten Frankreich, Italien und Spanien verlangsamen. Als Folge wird sich die Arbeitslosenquote im Euroraum insgesamt im laufenden Jahr wohl bei 7,6% einpendeln und in den beiden Folgejahren auf 7,4% und 7,2% sinken. Dies stellt eine deutliche Verringerung der Geschwindigkeit dar im Vergleich mit dem jährlichen Rückgang der Arbeitslosenquote von durchschnittlich 0,8 Prozentpunkten seit dem Jahr 2014. Die durchschnittliche Teuerung dürfte in diesem Jahr bei 1,2% liegen. Zu Beginn des Jahres 2020 wird die Inflation aufgrund eines Basiseffekts vergangener Energiepreisbewegungen zunächst etwas anziehen; im Jahresdurchschnitt 2020 wird der Preisauftrieb dennoch unverändert bei 1,2% bleiben. Für das Jahr 2021 ist mit einem moderaten Anstieg der Inflationsrate auf 1,4% zu rechnen.

Die Prognose für die Expansionsraten des realen Bruttoinlandsprodukts im Euroraum in den nächsten beiden Jahren wurde gegenüber der Herbstprognose jeweils geringfügig um 0,1 Prozentpunkte nach unten korrigiert (vgl. Ab. 2.8). Für diese Revision der Wachstumsrate im Jahr 2020 ist unter den großen Ländern Italien und Spanien ausschlaggebend. Die

Abb. 2.8

Revision der Prognose der Veränderung des realen Bruttoinlandsprodukts

Differenz zur ifo Konjunkturprognose Herbst 2019; in Prozentpunkten



Quelle: Berechnungen des ifo Instituts.

© ifo Institut

Prognosen für Frankreich wurden für die Jahre 2020 und 2021 leicht nach oben korrigiert.

RISIKEN

Die Konjunkturprognose für den Euroraum ist politischen und wirtschaftlichen Risiken ausgesetzt. Auf der politischen Ebene sind weiterhin der Zeitpunkt und die Modalitäten des Austritts des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union ungewiss. Die am 12. Dezember anberaumten vorgezogenen Neuwahlen könnten eine Auswirkung darauf haben, ob es, wie derzeit geplant, tatsächlich bis Ende Januar 2020 zu einem Austritt kommt. Aber auch die Übergangsphase für den Brexit, die eigentlich am 31. Dezember 2020 endet, könnte verlängert werden und damit für betroffene Unternehmen weiterhin Unwägbarkeiten erzeugen.

Zudem kommt es in geringerem Ausmaß zu politischer Unsicherheit durch mögliche Auseinandersetzungen innerhalb der Regierungskoalition in Italien, weiterhin andauernde Unklarheit über die Regierungsbildung in Spanien und die Ungewissheit über den Fortbestand der Großen Koalition in Deutschland. Verschiedene politische Szenarien könnten sich in einer unterschiedlich ausgerichteten Finanzpolitik widerspiegeln. Speziell in Frankreich gibt es ein weiteres Risiko. So kam es dort Anfang Dezember im Nah-und Fernverkehr und in anderen Bereichen des öffentlichen Sektors zu Streiks, die die Wirtschaft beeinträchtigen könnten.

Ein Risiko stellt auch die zukünftige Entwicklung der Industrie im Euroraum dar. Sollte die Schwäche der Vorleistungs-und Investitionsgüterindustrie andauern, so könnte sie sich stärker als hier unterstellt auf den Arbeitsmarkt auswirken und damit auch andere Wirtschaftsbereiche negativ beeinträchtigen.

3. Lage und Prognose der deutschen Wirtschaft

ÜBERBLICK

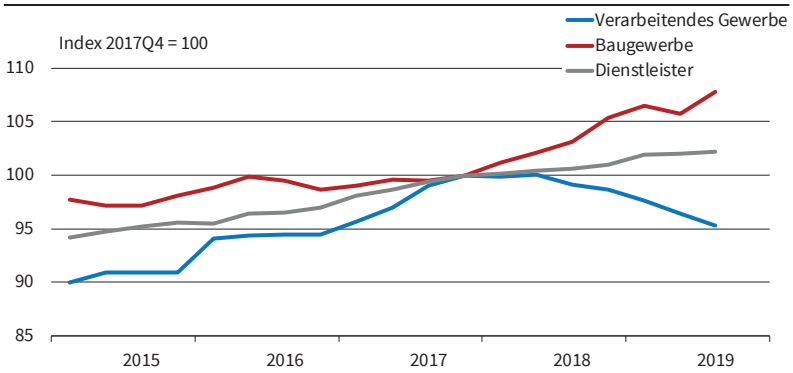
Die deutsche Wirtschaft hat sich im dritten Quartal 2019 stabilisiert, nachdem das Bruttoinlandsprodukt im Quartal zuvor noch um 0,2% gesunken ist. Zu dem Anstieg hat vor allem eine kräftige Konsum- und Baukonjunktur beigetragen. Zwar hat sich der Beschäftigungsaufbau im Jahresverlauf verlangsamt, die Einkommenszuwächse der privaten Haushalte sind aber nach wie vor hoch. Neben spürbar steigenden Tariflöhnen haben auch Abgabenentlastungen und eine Ausweitung staatlicher Transferzahlungen, wie etwa Renten und Kindergeld, die Kaufkraft gestärkt. Zudem hat eine reges Konsum- und Investitionsgebaren der öffentlichen Hand die inländische Nachfrage gestützt. Schließlich sind die Hypothekenzinsen noch einmal kräftig gefallen, und die Vergabe von Wohnungsbaukrediten hat sich beschleunigt.

Allerdings ist die deutsche Konjunktur weiterhin gespalten (vgl. Abb. 3.1). Während die Wertschöpfung der binnenorientierten Dienstleistungs- und Bauunternehmen weiter zunimmt, befindet sich das Verarbeitende Gewerbe nach wie vor in einer Rezession. Seit dem Frühjahr sinkt dort die Beschäftigung, und der Anteil der kurzarbeitenden Industrieunternehmen hat deutlich zugenommen. Zum einen belastet der von den USA ausgehende Handelskonflikt den weltweiten Warenaustausch und die globale Investitionstätigkeit. Dies trifft die deutsche Industrie besonders hart, da ihre Produktion auf Vorleistungs- und Investitionsgüter spezialisiert ist. Zum anderen sieht sich der Kraftfahrzeugbau – eine der deutschen Schlüsselindustrien – mit besonderen Herausforderungen konfrontiert. Neben einer weltweiten Kaufzurückhaltung, die sich vor allem in rückläufigen Neuzulassungszahlen niederschlägt, befindet sich die Automobilindustrie in einer technologischen Übergangsphase hin zur Produktion von Fahrzeugen mit nicht-konventionellen Antrieben. Dabei kommt es im Zuge der Neuausrichtung bestehender Wertschöpfungsketten zu signifikanten Produktionseinbußen und -verlagerungen (vgl. Exkurs: Zur Schwäche der Automobilindustrie und ihre Auswirkungen auf die deutsche Konjunktur).

Im dritten Quartal hat sich das Tempo des Produktionsrückgangs im Verarbeitenden Gewerbe etwas verlangsamt. Gleichwohl sind die Warenexporte nach einem kräftigen Rückgang im Vorquartal wieder gestiegen, was nur durch kräftigen Lagerräumungen in Einklang gebracht werden konnte. Ein Grund für den Anstieg der Auslandsnachfrage dürfte sein, dass sich die Stimmung im Verarbeitenden Gewerbe in den deutschen Aus-

Abb. 3.1

Reale Bruttowertschöpfung[a]



[a] Saison- und kalenderbereinigter Verlauf.
Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts. © ifo Institut

fuhrländern, insbesondere in den aufstrebenden Volkswirtschaften, seit Jahresmitte wieder verbessert hat. Insbesondere kam es beim Handelskonflikt zwischen den USA und China zu einer gewissen Entspannung. Die Übertragung der Industrieschwäche beschränkt sich bislang auf die industrienahen Dienstleistungsbereiche, deren Wertschöpfung und Beschäftigung infolge der schlechten Auftragslage sinken. Eine indirekte Übertragung auf konsum- und baunahe Wirtschaftsbereiche über den Arbeitsmarkt ist bislang ausgeblieben. Dazu dürfte auch das Instrument der Kurzarbeit beigetragen haben, das mittlerweile über 10% der Industrieunternehmen in Anspruch genommen haben dürften und das die Einkommen der Beschäftigten stabilisiert. Schließlich trug auch der kräftige Beschäftigungsaufbau im öffentlichen Sektor zur Stabilisierung bei.

Insgesamt hat sich die deutsche Konjunktur in den vergangenen zwölf Monaten deutlich abgekühlt. Die Überauslastung der Produktionskapazitäten aus den Boomjahren 2017/18 ist weitgehend abgebaut, so dass der Auslastungsgrad derzeit in etwa seinem langfristigen Mittelwert entspricht (vgl. Abb. 3.2). Zu den wesentlichen Treibern der Abkühlung zählen angebotsseitige Veränderungen in der Produktionstechnologie der deutschen Wirtschaft (vgl. Kasten: Zu den Treibern der deutschen Konjunktur). Stützend wirkt hingegen die inländische Nachfrage. Dies unterscheidet den gegenwärtigen Abschwung von jenem der Jahre 2011 bis 2013, als Deutschland von der Eurokrise erfasst wurde und in eine gesamtwirtschaftliche Rezession geriet, in der auch die Wertschöpfung binnenorientierter Wirtschaftsbereiche sank.

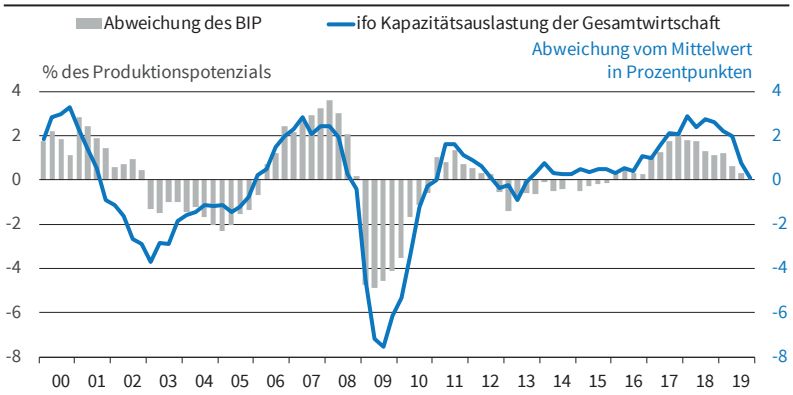
AUSBLICK

Derzeit ist keine gesamtwirtschaftliche Rezession zu befürchten. Zwar wird die Wertschöpfung in der deutschen Industrie im vierten Quartal weiter schrumpfen. Im weiteren Prognosezeitraum allerdings dürfte das Verarbeitende Gewerbe allmählich seine rezessive Phase hinter sich lassen. Zwar ist die Unsicherheit bezüglich der Ausgestaltung des Brexit, der Weiterentwicklung des Handelskonflikt, sowie der Folgen des technologischen Wandels in der Automobilbranche weiterhin hoch. Allerdings hat die Wahrscheinlichkeit, dass es zu einem harten Brexit oder einer weiteren Eskalation des von den USA ausgehenden Handelskonfliktes kommt, in den vergangenen Monaten abgenommen. Zudem wird in der vorliegenden Prognose unterstellt, dass die deutschen Automobilhersteller den Übergang zur Elektromobilität bewerkstelligen und ihre inländische Produktion allmählich wieder hochfahren. Die jüngsten Auftragseingänge, die Geschäftserwartungen im Verarbeitenden Gewerbe sowie ein erneuter Anstieg der Warenexporte im Oktober deuten darauf hin, dass der freie Fall gestoppt ist und allmählich Licht am Ende des industriellen Konjunkturtunnels zu sehen ist.

Am ehesten bemerkbar macht sich die Industrieschwäche bei den Unternehmensinvestitionen, die im Winterhalbjahr wohl allenfalls stagnieren werden. Im weiteren Verlauf dürfte es wieder zu einer moderaten Ausweitung kommen. Die anhaltende Unsicherheit dürfte dabei dämpfend auf die Ausrüstungsinvestitionen wirken. Bei den gewerblichen Bauinvestitionen sind hingegen geringe Impulse im Zusammenhang mit Investitionsprojekten der Deutschen Bahn sowie dem Breitbandausbau zu erwarten. Insbesondere im Jahr 2021 dürfte überdies die steuerliche Entlastung im Rah-

Abb. 3.2

Kapazitätsauslastung

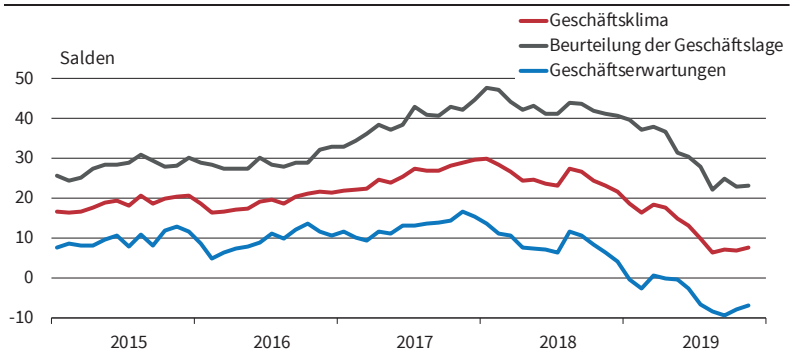


Quelle: Statistisches Bundesamt; ifo Konjunkturumfragen; Berechnungen des ifo Instituts. © ifo Institut

Abb. 3.3

ifo Konjunkturumfrage Deutschland

Saisonbereinigter Verlauf

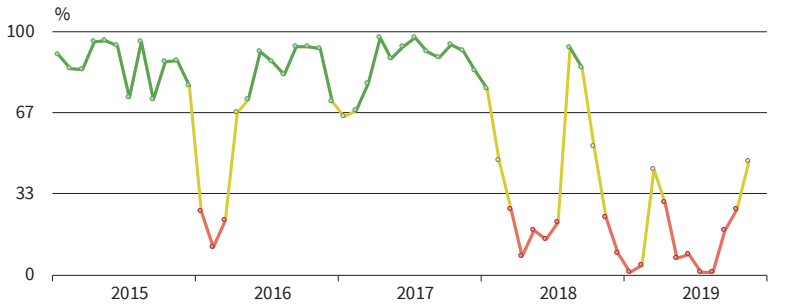


Quelle: ifo Konjunkturumfragen. © ifo Institut

Abb. 3.4

ifo Konjunkturampel Deutschland

Monatliche Wahrscheinlichkeit für eine expansive Wirtschaftsentwicklung[a]



[a] Grün = hoch, gelb = mittel, rot = niedrig. Berechnet auf Basis der monatlichen Änderungen des ifo Geschäftsklimaindex Deutschland.

Quelle: ifo Konjunkturumfragen. © ifo Institut

men der teilweisen Abschaffung des Solidaritätszuschlags stimulierend wirken.

Ungeachtet der Industrieschwäche bleiben die Perspektiven für eine Fortsetzung der dynamischen Konsumkonjunktur gut. Zwar zeichnet sich für das laufende Quartal eine Verlangsamung des privaten Verbrauchs ab. So lagen die realen Einzelhandelsumsätze sehr deutlich unter dem Durchschnittswert des dritten Quartals. Im weiteren Prognosezeitraum wird der private Konsum allerdings durch fiskalische Impulse angeregt, die der Verlangsamung des Anstiegs der Bruttoarbeitseinkommen entgegenwirken. Auch die Investitionen in Wohnbauten dürften weiterhin kräftig zulegen und eine Stütze der deutschen Konjunktur bleiben. Die Indikatoren deuten jedoch darauf hin, dass der Höhepunkt des aktuellen Bauzyklus bereits überschritten ist und sich das Expansionstempo in den kommenden beiden Jahren etwas verlangsamen wird.

Deutlich wird die gesamtwirtschaftliche Stabilisierung auch mit Blick auf das ifo Geschäftsklima Deutschland, das mittlerweile drei Monate in Folge leicht gestiegen ist (vgl. Abb. 3.3). Die ifo Konjunkturampel, die in einem grün-gelb-rot-Farbschema die monatlichen Veränderungen des ifo Geschäftsklimas Deutschland in Wahrscheinlichkeiten für die Konjunkturphase »Expansion« umsetzt (vgl. Abberger und Nierhaus 2010), befindet sich entsprechend seit November 2019 wieder im gelben Bereich (vgl. Abb. 3.4). Damit scheint eine erneute Schrumpfung der Wirtschaft eher unwahrscheinlich. Im Schlussquartal 2019 dürfte das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt somit geringfügig um 0,1% zulegen (vgl. Tab. 3.1).

Insgesamt wird die Wirtschaftsleistung im Jahresdurchschnitt 2019 um 0,5% expandieren (vgl. Abb. 3.5); kalenderbereinigt ergibt sich ein Zuwachs von 0,6% (vgl. Tab. 3.2). Damit wird die Prognose vom September 2019 bestätigt (vgl. Kasten: Zur Revision der ifo Prognose für das Jahr 2019). Im kommenden

Tab. 3.1

Quartalsdaten zur Entwicklung der Verwendungskomponenten des realen Bruttoinlandsprodukts[a]

Veränderung gegenüber Vorquartal in %

	2019				2020				2021			
	I	II	III	IV	I	II	III	IV	I	II	III	IV
Private Konsumausgaben	0,8	0,1	0,4	0,1	0,3	0,2	0,2	0,3	0,5	0,4	0,3	0,3
Öffentlicher Konsum	0,6	0,6	0,8	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5
Ausrüstungen	1,5	0,3	– 2,6	0,9	0,3	0,4	0,4	0,5	0,7	0,7	0,7	0,7
Bauten	2,5	– 1,1	1,2	0,3	0,5	0,5	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4
Sonstige Anlagen	– 0,6	0,9	1,0	0,6	0,6	0,7	0,7	0,7	0,7	0,7	0,7	0,7
Vorratsinvestitionen[b]	– 0,9	0,2	– 0,7	– 0,3	– 0,1	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Inländische Verwendung	0,0	0,3	– 0,4	0,0	0,3	0,3	0,4	0,4	0,5	0,4	0,4	0,4
Außenbeitrag[b]	0,4	– 0,6	0,5	0,1	– 0,1	0,0	0,0	0,0	– 0,1	0,0	0,0	0,0
Exporte	1,6	– 1,3	1,0	1,2	0,8	0,8	0,8	0,8	0,8	0,8	0,8	0,8
Importe	0,8	– 0,1	0,1	1,1	1,1	0,9	0,9	0,9	1,0	0,9	0,9	0,9
Bruttoinlandsprodukt	**0,5**	**– 0,2**	**0,1**	**0,1**	**0,2**	**0,3**	**0,3**	**0,3**	**0,4**	**0,4**	**0,4**	**0,3**

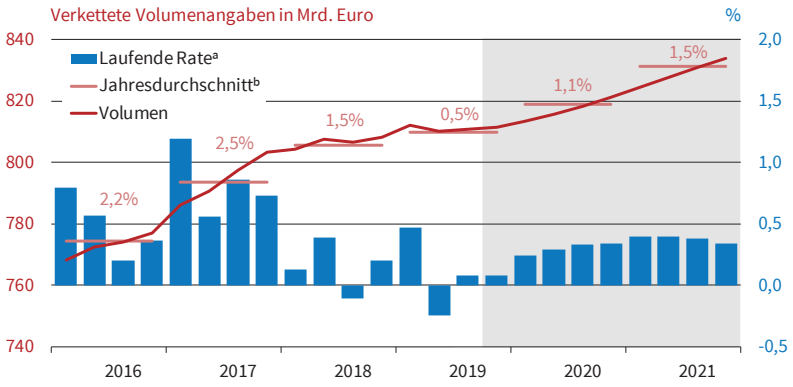
[a] Saison- und kalenderbereinigte Werte. [b] Beitrag zur Veränderung des Bruttoinlandprodukts in Prozentpunkten (Lundberg-Komponenten).

Quelle: Statistisches Bundesamt; ab IV/2019: Prognose des ifo Instituts. © ifo Institut Dez. 2019

Abb. 3.5

Reales Bruttoinlandsprodukt in Deutschland

Saison- und kalenderbereinigter Verlauf



[a] Veränderung gegenüber dem Vorquartal in %.
[b] Zahlenangaben: Veränderung der Ursprungswerte gegenüber dem Vorjahr.
Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts;
ab 4. Quartal 2019: Prognose des ifo Instituts.

© ifo Institut

Tab. 3.2

Statistische Komponenten der Veränderungsrate des Bruttoinlandsprodukts

	2018	2019	2020	2021
Statistischer Überhang[a]	1,1	0,2	0,0	0,5
Jahresverlaufsrate[b]	0,6	0,4	1,2	1,5
Jahresdurchschnittliche Veränderung, kalenderbereinigt	1,5	0,5	0,8	1,5
Kalendereffekt[c]	0,0	0,0	0,4	0,0
Jahresdurchschnittliche Veränderung	1,5	0,5	1,1	1,5

[a] Saison- und kalenderbereinigtes reales BIP im vierten Quartal des Vorjahres in Relation zum Quartalsdurchschnitt des Vorjahres. [b] Saison- und kalenderbereinigtes reales BIP im vierten Quartal in Relation zum entsprechenden Quartal des Vorjahres. [c] In Prozent des realen BIP.

Quelle: Statistisches Bundesamt; 2019 bis 2021: Prognose des ifo Instituts.

© ifo Institut Dez. 2019

Jahr wird das Bruttoinlandsprodukt mit 1,1% wieder kräftiger steigen, wenngleich der Kalendereffekt von 0,4 Prozentpunkten die eher verhaltene konjunkturelle Grunddynamik überzeichnet. Die deutsche Industrie wird voraussichtlich erneut einen negativen Wachstumsbeitrag zum Bruttoinlandsprodukt liefern, wenngleich dieser deutlich geringer ausfallen dürfte als im laufenden Jahr. Im Vergleich zur ifo Konjunkturprognose vom September 2019 wurde die jahresdurchschnittliche Veränderungsrate des realen Bruttoinlandsprodukts für das Jahr 2020 um 0,1 Prozentpunkte nach unten korrigiert. Im Jahr 2021 dürfte das Bruttoinlandsprodukt mit einer Rate von 1,5% expandieren und damit kräftiger als das Produktionspotenzial. Im Vergleich zur ifo Konjunkturprognose vom September 2019 wurde die jahresdurchschnittliche Veränderungsrate des realen Bruttoinlandsprodukts für das Jahr 2020 um 0,1 Prozentpunkte nach oben korrigiert. Der Auslastungsgrad der deutschen Wirtschaft dürfte am Ende des Prognosezeitraums wieder zunehmen und leicht positiv ausfallen.

Zu dieser Belebung trägt vor allem die Finanzpolitik bei, die sowohl im laufenden als auch in den kommenden zwei Jahren über Entlastungen bei Steuern und Sozialbeiträgen, eine Ausweitung staatlicher Transferzahlungen sowie eine Zunahme der öffentlichen Konsum- und Investitionsausgaben expansiv wirkt. Simulationsrechnungen ergeben, dass die von der Bundesregierung beschlossenen Maßnahmen die jahresdurchschnittliche Veränderungsrate des realen Bruttoinlandsprodukts um 0,2 Prozentpunkte in diesem Jahr und um jeweils 0,3 Prozentpunkte in den kommenden zwei Jahren erhöhen dürften (vgl. Kasten: Zu den gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen der fiskalischen Maßnahmen). Vor diesem Hintergrund und auch in konjunkturellen Schwäche wird der gesamtstaatliche Finanzierungssaldo im Prognosezeitraum von etwa 55 Mrd. Euro im Jahr 2019 über etwa 30 Mrd. Euro im Jahr 2020 auf knapp über 8 Mrd. Euro im Jahr 2021 deutlich zurückgehen (vgl. Tab. 3.3).

Der Beschäftigungsaufbau dürfte sich im Prognosezeitraum in gedämpftem Tempo fortsetzen. Insbesondere die Einstellungsbereitschaft der Unternehmen im Verarbeitenden Gewerbe hat sich deutlich eingetrübt. Insgesamt wird die Zahl der Erwerbstätigen im Jahresdurchschnitt 2019 mit voraussichtlich 397 000 Personen weniger stark zunehmen als im Vorjahr. In den Jahren 2020 und 2021 dürfte der Zuwachs noch ca. 169 000 bzw. 179 000 Personen betragen. Auch der Abbau der Arbeitslosigkeit dürfte sich in spürbar gedrosseltem Tempo fortsetzen. Die Zahl der Arbeitslosen dürfte im laufenden Jahr um 74 000 zurückgehen. In den Jahren 2020 und 2021 ist mit Rückgängen um 18 000 und 49 000 zu rechnen. Die Arbeitslosenquote (in der Abgrenzung der Bundesagentur für Arbeit) wird in diesem Jahr 5,0% betragen und in den beiden kommenden Jahren voraussichtlich auf 4,9% bzw. 4,8% zurückgehen.

Die Inflationsrate dürfte von 1,4% in diesem Jahr auf 1,6% im Jahr 2021 zulegen. Dazu tragen neben der sich wieder bessernden Konjunktur, die für viele Unternehmen Preiserhöhungsspielräume eröffnet, auch steigende Strompreise bei. Die tatsächlich gezahlten Löhne je Arbeitnehmer dürften in diesem Jahr mit 2,8% relativ kräftig gestiegen sein. In den kommenden beiden Jahren sind von den Tarifverhandlungen konjunkturell bedingt nur wenige Impulse zu erwarten. Da allerdings die Arbeitskräfteknappheit demographisch bedingt zunehmen dürfte, ist mit fortschreiten-

Tab. 3.3

Eckdaten der Prognose für Deutschland

	2019	2020	2021	2019	2020	2021
	Veränderung ggü. Vorjahr in %[a]			Differenz zur ifo Konjunkturprognose Herbst 2019		
Bruttoinlandsprodukt	0,5	1,1	1,5	0,0	0,0	+ 0,1
Private Konsumausgaben	1,5	1,3	1,6	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,2
Konsumausgaben des Staates	2,1	2,2	2,0	+ 0,1	+ 0,3	+ 0,2
Bruttoanlageinvestitionen	2,7	2,3	2,2	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,2
Ausrüstungen	1,0	1,6	2,6	+ 0,4	+ 1,2	+ 0,4
Bauten	3,9	2,5	1,8	+ 0,1	– 0,2	+ 0,2
Sonstige Anlagen	2,6	2,9	2,6	+ 0,1	0,0	– 0,2
Inländische Verwendung	1,0	1,0	1,7	– 0,1	– 0,3	+ 0,1
Exporte	1,3	3,9	3,2	– 0,2	+ 0,2	0,0
Importe	2,5	4,0	3,8	– 0,5	– 0,3	+ 0,1
Erwerbstätige[b] (1 000 Personen)	45 251	45 420	45 599	+ 14	+ 54	+ 70
Arbeitslose (1 000 Personen)	2 266	2 248	2 198	– 10	– 65	– 64
Arbeitslosenquote BA[c] (in %)	5,0	4,9	4,8	– 0,0	– 0,1	– 0,1
Verbraucherpreise[d] (Veränderung ggü. Vorjahr in %)	1,4	1,5	1,6	– 0,0	+ 0,0	+ 0,1
Lohnstückkosten[e] (Veränderung ggü. Vorjahr in %)	3,3	1,5	1,5	– 0,2	– 0,0	– 0,2
Finanzierungssaldo des Staates[f]						
- in Mrd. EUR	55,0	30,5	8,9	+ 9,1	+ 7,4	– 9,6
- in % des Bruttoinlandsprodukts	1,6	0,9	0,2	+ 0,3	+ 0,2	– 0,3
Leistungsbilanzsaldo						
- in Mrd. EUR	252,0	271,0	276,0	+ 7,0	+ 13,0	+ 12,0
- in % des Bruttoinlandsprodukts	7,3	7,7	7,5	+ 0,2	+ 0,4	+ 0,3

[a] Preis-, nicht-kalenderbereinigte Angaben. [b] Inlandskonzept. [c] Arbeitslose in % der zivilen Erwerbspersonen (Definition gemäß Bundesagentur für Arbeit). [d] Verbraucherpreisindex (2015 = 100). [e] Im Inland entstandene Arbeitnehmerentgelte je Arbeitnehmerstunde bezogen auf das reale Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigenstunde. [f] In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (ESVG 2010).

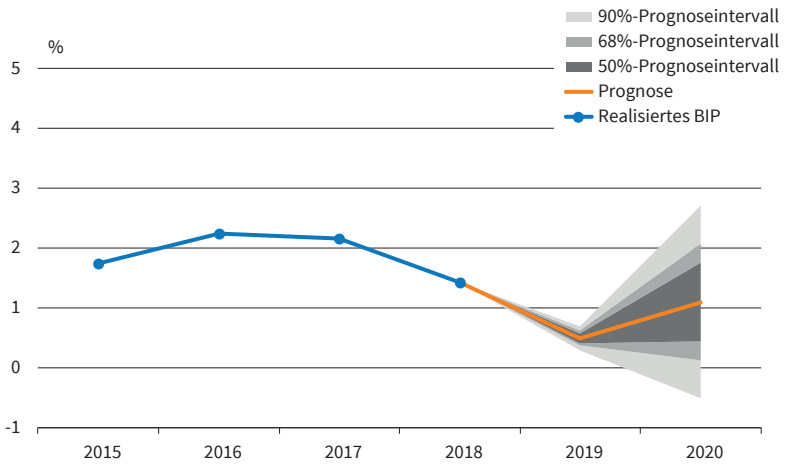
Quelle: Statistisches Bundesamt; Bundesagentur für Arbeit; Deutsche Bundesbank; 2019 bis 2021: Prognose des ifo Instituts. © ifo Institut Dez. 2019

dem Prognosehorizont wieder eine positive Lohndrift zu erwarten. Insgesamt dürften die Effektivverdienste im Jahr 2020 um 2,5% und im Jahr 2021 um 2,7% steigen.

Die Prognoseunsicherheit lässt sich anhand von Intervallen angeben, die die zu prognostizierende Veränderungsrate des realen Bruttoinlandsprodukts mit vorgegebenen Wahrscheinlichkeiten einschließen (vgl. Abb. 3.6). Zur Berechnung der konkreten Intervalle für die Jahre 2019 und 2020 wurden die Prognosefehler des ifo Instituts der Jahre 1992 bis 2018 herangezogen. Gemessen an diesen Prognosefehlern beträgt die Spanne z.B. für ein Prognoseintervall, das die Veränderungsrate des realen Bruttoinlandsprodukts im Jahr 2019 mit einer Wahrscheinlichkeit von etwa zwei Dritteln (68%) überdeckt, ± 0,1 Prozentpunkte. Bei der vorliegenden Punktprognose von 0,5% reicht das Intervall also von 0,4% bis 0,6%. Die Punktprognose von 0,5% stellt den mittleren Wert dar (vgl. orange Linie in Abb. 3.6). Für das kommende Jahr nimmt die Unsicherheit naturgemäß zu, so dass sich das entsprechende Prognoseintervall auf ± 1,0 Prozentpunkte weitet. Bei der vorliegenden Punktprognose von 1,1% reicht das 68%-Prognoseintervall dann von 0,1% bis 2,1%.

Abb. 3.6

Prognose für die Veränderungsrate des realen Bruttoinlandsprodukts



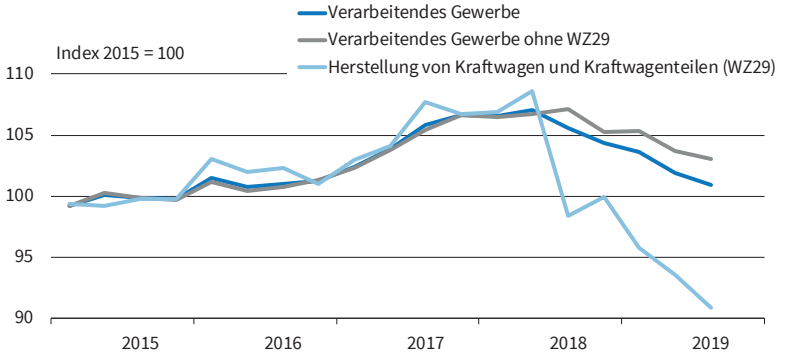
Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts. © ifo Institut

EXKURS: ZUR SCHWÄCHE DER AUTOMOBILINDUSTRIE UND IHRE AUSWIRKUNGEN AUF DIE DEUTSCHE KONJUNKTUR

Die Produktion im Kraftfahrzeugbau (Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen, Wirtschaftsabteilung 29, WZ 2008) ist seit Mitte 2018 kräftig um 16% eingebrochen (vgl. Abb. 3.7). Damit ist dieser Wirtschaftszweig maßgeblich für die Rezession im Verarbeitenden Gewerbe, an dessen Wertschöpfung er

Abb. 3.7

Produktion[a]



[a] Preis-, saison- und kalenderbereinigt.
Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts.

© ifo Institut

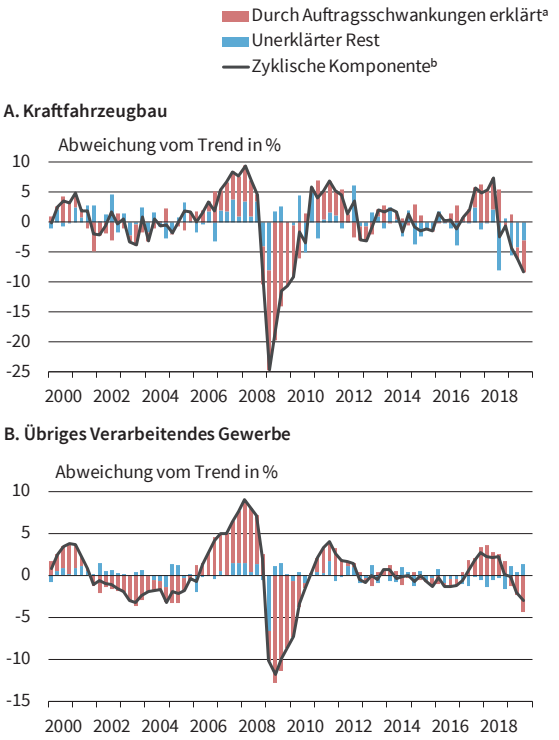
einen Anteil von 21% hat. Zwar geht die Produktion auch in den übrigen Industriezweigen seit einem Jahr zurück. Allerdings fällt der Rückgang dort mit 3% wesentlich geringer aus. Der Kraftfahrzeugbau spielt auch für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung in Deutschland eine bedeutende Rolle (vgl. Leal et al. 2019). Sein Anteil an der gesamten Bruttowertschöpfung beträgt 5%, 3% der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten sind im Kraftfahrzeugbau tätig, und 17% der deutschen Warenexporte stammen aus diesem Wirtschaftszweig.

Eine Ursache für den Produktionseinbruch im Kraftfahrzeugbau ist die rückläufige Nachfrage nach Pkw. Seit Mitte 2018 schrumpfen die weltweiten Neuzulassungen, nachdem sie in den Jahren zuvor kontinuierlich gestiegen waren (vgl. Kasten: Zur Schwäche im globalen Kraftfahrzeugbau, Abb. 1.4). Vor allem in China und Indien gehen die Neuzulassungen zurück, und in den großen Absatzmärkten der EU und der USA stagnieren sie. Dies ist umso erstaunlicher, da die Kauflaune der privaten Haushalte aufgrund der dynamischen Beschäftigungs- und Lohnentwicklung sowie der niedrigen Finanzierungskosten ansonsten die tragende Säule der Konjunktur in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften ist. So zeigen auch Schätzungen des Sachverständigenrates, dass diese Determinanten für einen weiteren Anstieg der Neuzulassungen sprechen würden und die Stagnation ausschließlich auf einen unerklärten, aber quantitativ bedeutsamen Rest zurückzuführen ist (vgl. Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung 2019, S. 17). Zur Kaufzurückhaltung können mehrere Unsicherheitsfaktoren beigetragen haben. Zum einen herrscht Unsicherheit im Hinblick auf neue Regulierungen beim Klima- und Umweltschutz. Die Debatte über Dieselfahrverbote in Städten dürfte beispielsweise dazu beigetragen haben, dass die Neuzulassungen von Dieselfahrzeugen seit 2017 kräftig zurückgegangen sind, was maßgeblich für die Stagnation beim Pkw-Absatz in Deutschland war. Zum anderen herrscht Unsicherheit im Hinblick auf die Richtung und das Tempo der Veränderungen bei alternativen Mobilitätsangeboten und Antriebstechnologien, was sich in einer abwartenden Haltung der Käufer niederschlagen dürfte.

Dieser technologische Wandel, der sich im Rahmen des Übergangs zur Elektromobilität vollzieht, schlägt sich allerdings nicht nur auf der Nachfrageseite nieder, sondern geht auch mit einer fundamentalen Neuausrichtung bestehender Wertschöpfungsketten einher. Sowohl Kraftfahrzeughersteller als auch Zulieferer, die bislang Vorleistungen für den Bau von Kraftfahrzeugen mit Verbrennungsmotor erbrachten, müssen sich an die Produktion von weit weniger aufwändigen Elektromotoren anpassen. Dass ein solcher Wandel mit Produktionseinbußen einhergeht, zeigt eine einfache ökonometrische Analyse der Produktionsentwicklung im Kraftfahrzeugbau im Vergleich zum übrigen Verarbeitenden Gewerbe. Für beide Wirtschaftszweige wird zunächst bestimmt, welcher Anteil der zyklischen Komponente der Produktion mit Schwankungen des Auftragsbestandes (und damit einer Veränderung der Nachfrage nach den

Abb. 3.8

Zerlegung der Produktion

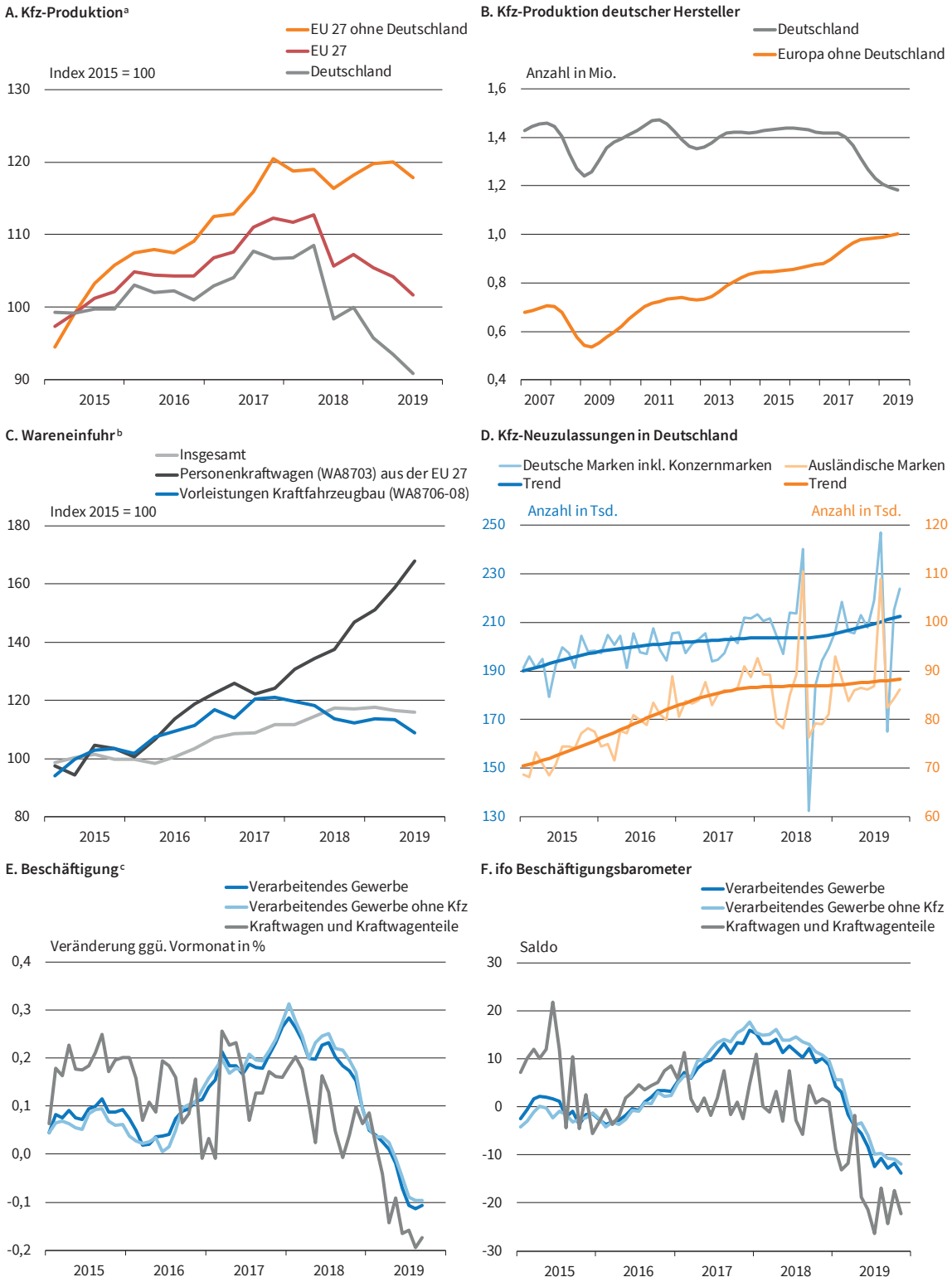


[a] Beurteilung des Auftragsbestands gemäß ifo Konjunkturumfragen.
[b] Ermittelt mit Hilfe eines Hodrick-Prescott-Filters (λ = 10000).
Quelle: Statistisches Bundesamt; ifo Konjunkturumfragen; Berechnungen des ifo Instituts.

© ifo Institut

Abb. 3.9

Entwicklungen in der Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen (WZ29)



[a] Preis-, saison- und kalenderbereinigt. [b] Nominal, saison- und kalenderbereinigt. [c] Gleitender Dreimonatsdurchschnitt.
Quelle: Eurostat; Kraftfahrt-Bundesamt; Statistisches Bundesamt; ifo Konjunkturumfragen; Verband der Automobilindustrie; Berechnungen des ifo Instituts.

© ifo Institut

Produkten der Wirtschaftszweige) erklärt werden kann. Die Schätzungen zeigen, dass der Mitte 2018 einsetzende Produktionsrückgang zwar sowohl im Kraftfahrzeugbau als auch im übrigen Verarbeitenden Gewerbe auf eine Verschlechterung der Auftragslage zurückzuführen ist (vgl. Abb. 3.8). Allerdings bleiben beim Kraftfahrzeugbau etwa ein Drittel des Produktionsrückgangs unerklärt, was auf

Zu den Treibern der deutschen Konjunktur

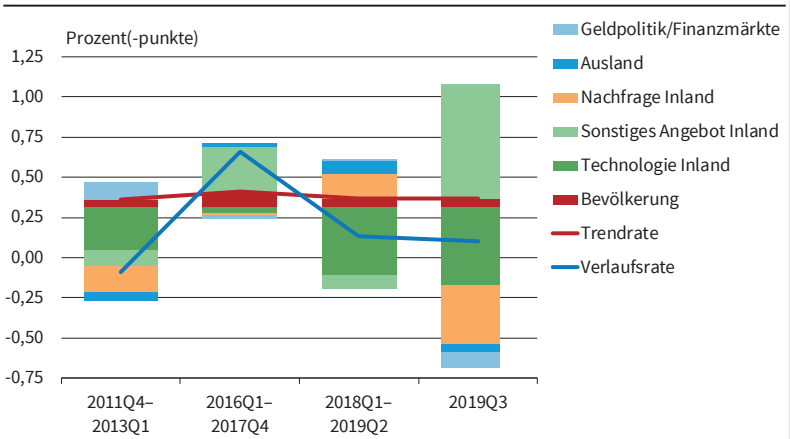
Die Treiber der deutschen Konjunktur können mit Hilfe des ifo-DSGE-Modells bestimmt werden. Dieses Modell gehört zur Klasse dynamischer stochastischer allgemeiner Gleichgewichtsmodelle (DSGE, dynamic stochastic general equilibrium), die Konjunkturschwankungen durch exogene und zufällig auftretende (stochastische) Schocks und somit unvorhergesehene Verhaltensänderungen der Akteure des Modells erklären. Bei den Akteuren handelt es sich um Unternehmen, private Haushalte, den Staat, die Notenbank und das Ausland, die eine Reihe von Entscheidungen treffen und in vielfältigen Beziehungen miteinander stehen. Die gewinnmaximierenden Unternehmen produzieren Güter, setzen Preise und fragen Arbeit und Kapital nach. Die privaten Haushalte bieten ihre Arbeit an und setzten die Löhne. Mit dem erzielten Einkommen erfüllen sie ihre Konsumwünsche und erwerben inländische und ausländische Güter. Ihre Entscheidungen bezüglich des Arbeitsangebots und der Konsumhöhe ergibt sich aus einem Nutzenmaximierungskalkül, aus dem sich das Bestreben nach einem stetigen Konsumpfad ergibt. Um den Konsum bei Einkommensschwankungen zu glätten, treffen Haushalte Spar- und Verschuldungsentscheidungen am Finanzmarkt. Haushalte besitzen zudem den Kapitalstock, den sie den Unternehmen zur Verfügung stellen und dafür einen Ertrag erzielen. Der Staat erhebt Steuern und verschuldet sich am Finanzmarkt, um seine Ausgaben zu finanzieren. Die Notenbank schließlich setzt die Zinsen. Die exogenen Schocks betreffen zum einen die Angebotsseite der Volkswirtschaft. Dazu zählen Veränderungen der Produktionstechnologie (Technologieschocks) sowie Veränderungen beim Lohn- und Preissetzungsverhalten (Preis- bzw. Lohnschocks). Zum anderen kann die Volkswirtschaft von nachfrageseitigen Schocks getroffen werden. Dazu zählen Veränderungen beim Ausgabeverhalten der privaten und öffentlichen Haushalte (Konsum- bzw. Investitionsschocks). Schließlich kann es zu unsystematischen Reaktionen der Geldpolitik (geldpolitische Schocks) und Veränderungen der Risikoeinschätzung an den Finanzmärkten (Risikoprämienschocks) kommen. Dabei wird die Konjunktur eines Landes sowohl durch inländische als auch ausländische Schocks beeinflusst. Das Ausland wird symmetrisch zum Inland modelliert.

Das ifo-DSGE-Modell (das eine Erweiterung und Aktualisierung des Modells von Hristov 2016 darstellt) setzt sich aus drei mikrofundierten Regionen zusammen: Deutschland, der restliche Euroraum (Euroraum ohne Deutschland) und die restliche Welt (Welt ohne Euroraum). Im Modell gibt es zwei Währungsräume (der Euroraum und die restliche Welt), die durch einen flexiblen Wechselkurs miteinander verbunden sind. Das Modell weist nominale Preis- und Lohnrigiditäten auf, wodurch die Geldpolitik realwirtschaftliche Effekte entfalten kann. Des Weiteren wird im Modell zwischen handelbaren und nicht-handelbaren Gütern unterschieden. Diverse Friktionen realer Natur ermöglichen dem Modell realistische Anpassungsdynamiken abzubilden. Um die im Modell enthaltene 22 Schocks zu identifizieren, wird das Modell mit 19 Quartalszeitreihen aus dem In- und dem Ausland bayesianisch über den Zeitraum von 1999 bis zum aktuellen Rand geschätzt.

Die Ergebnisse der Schätzung werden in Abbildung 3.10 zusammengefasst. Die Balken zeigen die Beiträge der Konjunkturschocks zur Verlaufsrate des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts im Durchschnitt der angegebenen Auf- und Abschwungsphasen sowie im dritten Quartal 2019. Die Trendrate ergibt sich aus der durchschnittlichen Wachstumsrate des Pro-Kopf-Einkommens seit 1999 und der Veränderung der Bevölkerung. Im dritten Quartal 2019 wurde die deutsche Konjunktur von einem negativen Technologieschock belastet. Zusätzlich kam es zu einem spürbaren Lagerabbau, der zusammen mit den anderen nachfrageseitigen Störungen in der Gruppe »Nachfrage Inland« zusammengefasst wird. Diese belastenden Faktoren wurden zum Teil

Abb. 3.10

Treiber des Bruttoinlandsprodukts [a]



[a] Die Balken zeigen die Beiträge der Konjunkturschocks zur Verlaufsrate des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts im Durchschnitt der angegebenen Auf- und Abschwungsphasen sowie im 3. Quartal 2019. Die Trendrate ergibt sich aus der durchschnittlichen Wachstumsrate des Pro-Kopf-Einkommens seit 1999 und der Veränderung der Bevölkerung.
Quelle: ifo-DSGE-Modell; Berechnungen des ifo Instituts.

© ifo Institut

durch rückläufige Energiepreise kompensiert, die sich in sinkenden Preisaufschlägen der Unternehmen äußerten und in der Gruppe »Sonstiges Angebot Inland« zusammengefasst werden.

Ausgeprägte negative Technologieschocks sind die zentralen Treiber des derzeitigen Abschwungs, in dem sich deutsche Wirtschaft seit Anfang 2018 befindet. Damit unterscheidet sich dieser Abschwung von jenem der Jahre 2011 bis 2013, als Deutschland von der Eurokrise erfasst wurde und im Winterhalbjahr 2012/2013 in eine gesamtwirtschaftliche Rezession geriet. Zwar wurde die deutsche Wirtschaft auch damals von negativen Technologieschocks getroffen. Diese waren allerdings weniger ausgeprägt und wurden von negativen inländischen Nachfrageschocks, die Konsum- und Investitionsentscheidungen betrafen, verstärkt. Zudem war im Abschwung der Jahre 2011 bis 2013 die Konjunktur in den deutschen Absatzmärkten (insbesondere im Euroraum) deutlich schwächer. Im derzeitigen Abschwung sind sowohl die Konjunkturimpulse aus dem Ausland als auch die inländische Nachfrageimpulse tendenziell positiv und stützen die Dynamik des deutschen Bruttoinlandsprodukts. Schließlich scheint auch die Geldpolitik derzeit keine weiteren überraschenden Impulse mehr setzten zu können. Auch in diesem Punkt unterscheidet sich der aktuelle Abschwung vom vorigen, im dem bis Mitte 2012 die deutschen Kapitalmarktzinsen infolge geldpolitischer Entscheidungen um 2 Prozentpunkte sanken und der Euro um 15% abwertete.

zusätzliche angebotsseitige Störungen in diesem Wirtschaftszweig hinweist. Damit liefert diese Analyse eine Erklärung für die mit dem ifo-DSGE-Modell identifizierten negativen Beiträge der Technologieschocks auf die derzeitige Konjunktur in Deutschland (vgl. Kasten: Zu den Treibern der deutschen Konjunktur).

Ein Vergleich mit der Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen in anderen Ländern der Europäischen Union (EU) liefert weitere Hinweise auf sowohl nachfrageseitige als auch angebotsseitige Ursachen der Produktionsschwäche in Deutschland. Mit einem Anteil von 60% an der Wertschöpfung im Kraftfahrzeugbau in der EU ist Deutschland der bedeutendste Automobilstandort. Auch dominieren deutsche Hersteller die Pkw-Produktion in der EU. Laut Angaben des Verbands der Automobilindustrie (VDA) entfielen im Jahr 2017 knapp die Hälfte der 20 Mio. in der EU produzierten Kraftfahrzeuge auf deutsche Hersteller. Davon wurden etwa 60% (5,6 Mio. Einheiten) in Deutschland selbst und der Rest (3,6 Mio. Einheiten) in anderen EU-Ländern, insbesondere in Tschechien und Spanien (mit jeweils etwa 0,8 Mio. Einheiten), erzeugt.[5]

Im Gegensatz zu Deutschland kam es allerdings in der übrigen EU zu keinem signifikanten Rückgang der Produktion im Kraftfahrzeugbau (vgl. Abb. 3.9 A). Seit Ende 2017 verringerte sich dort die Ausbringungsmenge an Kraftwagen und Kraftwagenteilen gerade einmal um 2%. Verantwortlich für diese unterschiedliche Entwicklung sind unter anderem die deutschen Automobilhersteller, die ihre Produktion verstärkt in andere EU-Staaten verschoben haben (vgl. Abb. 3.9 B). Zwar hat die Auslandsproduktion deutscher Automobilhersteller in Europa bereits seit vielen Jahren an Bedeutung gegenüber der Inlandsproduktion gewonnen. Seit dem vergangenen Jahr hat sich dieser Trend jedoch deutlich verstärkt. Eine mögliche Ursache hierfür ist ein vermehrtes Umrüsten deutscher Standorte auf die Herstellung von Elektroautos (vgl. Deutsche Bundesbank 2019c). In der Übergangsphase fällt das Angebot an neu produzierten Pkw in Deutschland weg, und die vormals an den deutschen Standorten produzierten Pkw mit herkömmlichen Antriebstechnologien werden in anderen europäischen Ländern hergestellt. Entsprechend sind die importierten Vorleistungen für den Kraftfahrzeugbau in Deutschland seit Ende 2017 um 10% zurückgegangen (vgl. Abb. 3.9 C).

Offenbar haben sich aber auch die Präferenzen der deutschen und europäischen Nachfrager zugunsten von deutschen Pkw verschoben, die schon seit Längerem im europäischen Ausland und nicht in Deutschland produziert werden (vgl. Verband der Automobilindustrie 2019). Hierfür spricht unter anderem, dass in Deutschland trotz des inländischen Produktionsrückgangs die Anzahl der Neuzulassungen deutscher Marken weiter zunimmt (vgl. Abb. 3.9 D). Gleichzeitig sind allerdings die Importe von Pkw aus der EU, die im Jahr 2017 einen Anteil von knapp 4% an den gesamten deutschen Warenimporten ausmachen, seit Ende 2017 um 35% gestiegen (vgl. Abb. 3.9 C). Dies kann als Indiz dafür gewertet werden, dass die gestiegene Produktion deutscher Pkw im europäischen Ausland unter anderem nach Deutschland eingeführt wurde.

Die Schwäche der Automobilproduktion in Deutschland hinterlässt mittlerweile auch ihre Spuren auf dem Arbeitsmarkt. Seit Mitte 2017 verläuft die Beschäftigungsentwicklung im Kraftfahrzeugbau wesentlich schlechter als im übrigen Verarbeitenden Gewerbe (vgl. Abb. 3.9 E). Gemäß den Daten des »Monatsberichts im Verarbeitenden Gewerbe« des Statistischen Bundesamtes sinkt die Zahl der

[5] Außerhalb Europas ist China mit 4,9 Mio. Einheiten der größte Produktionsstandort deutscher Automobilhersteller, gefolgt von den USA mit 0,8 Mio. Einheiten und Mexiko mit 0,6 Mio. Einheiten.

Zur Revision der ifo Prognose für das Jahr 2019

In seiner Winterprognose vom Dezember 2018 hatte das ifo Institut die jahresdurchschnittliche Veränderungsrate des realen Bruttoinlandsprodukts (BIP) für das Jahr 2019 auf 1,1% veranschlagt. In der Frühjahrsprognose vom März 2019 wurde das jahresdurchschnittliche Wachstumstempo der gesamtwirtschaftlichen Produktion deutlich zurückgenommen, und zwar auf 0,6%. Die Abwärtskorrektur war einmal motiviert durch die Einschätzung, dass die Industrie als Konjunkturmotor im Jahr 2019 weitgehend ausfallen würde. Die weltweite Nachfrage nach deutschen Produkten lasse nach, weil die internationale Konjunktur angesichts der fortgesetzten globalen wirtschaftspolitischen Belastungen und Unsicherheiten an Dynamik verliere. Allein die expansiv ausgerichtete Binnenwirtschaft würde das Abgleiten in eine gesamtwirtschaftliche Rezession verhindern. Alles in allem sei im Jahr 2019 eine zweigeteilte Konjunktur zu erwarten. Für die Wertschöpfung im Verarbeitenden Gewerbe wurde im ersten Quartal 2019 saisonbereinigt ein deutliches Minus erwartet; für das reale BIP eine Zunahme von 0,1%.

In der Sommerprognose vom Juni 2019 wurde die jahresdurchschnittliche Veränderungsrate des realen BIP bei 0,6% belassen. Dahinter verbarg sich aber ein anderes konjunkturelles Entwicklungsmuster: Zwar war nach der Jahreswende die Wertschöpfung im Verarbeitenden Gewerbe erwartungsgemäß gesunken, gleichzeitig hatten aber viele binnenwirtschaftlich orientierten Bereiche sehr kräftig expandiert: So waren die Bauwirtschaft, der Einzelhandel und das Gastgewerbe von mildem Winterwetter begünstigt gewesen; zudem traten fiskalischen Entlastungen in Kraft. Außerdem wurden nach der Jahreswende Pkw-Käufe nachgeholt. Per saldo war das reale BIP den amtlichen Ergebnissen vom Mai 2019 zufolge im ersten Quartal mit 0,4% deutlich stärker gestiegen als im März prognostiziert worden war. Aufgrund des Rückpralleffekts wurde in der Sommerprognose für das zweite Vierteljahr 2019 ein leichter Rückgang des BIP in Höhe von – 0,1% erwartet, im März war mit einem Zuwachs von 0,3% gerechnet worden. Das sich abzeichnende weitere Minus bei der Industrieproduktion würde nun nicht mehr von einem Plus in den übrigen Wirtschaftsbereichen überkompensiert werden. Erst in der zweiten Jahreshälfte 2019 sollte das BIP wieder Fahrt aufnehmen.

In der Herbstprognose vom September 2019 wurde die jahresdurchschnittliche Zuwachsrate des realen BIP vom ifo Institut auf 0,5% gesenkt (vgl. Tab. 3.4). Insgesamt sei die Wahrscheinlichkeit hoch, dass die deutsche Wirtschaft in eine Rezession gleite. Mittlerweile seien Welthandel und Weltindustrieproduktion rückläufig; zusätzlich sähen sich die Automobilhersteller einem abrupten Technologiewandel gegenüber, der teilweise enorme Anpassungserfordernisse mit sich bringe.

Tab. 3.4

Prognose und Prognosekorrektur für das Jahr 2019

	Verwendung des realen Bruttoinlandsprodukts					
	ifo Herbstprognose		ifo Winterprognose		Prognosekorrektur für 2019	
	Prognosewerte für 2019		Prognosewerte für 2019		Differenz der Wachstumsraten bzw. -beiträge	
	Veränderung gegenüber Vorjahr in %	Wachstumsbeitrag in %-Punkten[a]	Veränderung gegenüber Vorjahr in %	Wachstumsbeitrag in %-Punkten[a]	Spalte (3) abzüglich Spalte (1)	Spalte (4) abzüglich Spalte (2)
	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)
Inlandsnachfrage	**1,0**	**1,0**	**1,0**	**0,9**	**– 0,1**	**– 0,1**
Privater Konsum	1,3	0,7	1,5	0,8	0,2	0,1
Staatlicher Konsum	2,0	0,4	2,1	0,4	0,1	0,0
Ausrüstungen	0,7	0,0	1,0	0,1	0,4	0,0
Bauten	3,9	0,4	3,9	0,4	0,0	0,0
Sonstige Anlageinvestitionen	2,4	0,1	2,6	0,1	0,2	0,0
Vorratsveränderungen	–	–0,7	–	– 0,9	–	– 0,2
Außenbeitrag	**–**	**–0,5**	**–**	**– 0,4**	**–**	**0,1**
Ausfuhr	1,5	0,7	1,3	0,6	– 0,2	– 0,1
Einfuhr	2,9	–1,2	2,5	– 1,0	– 0,5	0,2
Bruttoinlandsprodukt	**0,5**	**0,5**	**0,5**	**0,5**	**0,0**	**0,0**

[a] Beiträge der Nachfragekomponten zur Veränderung des Bruttoinlandsprodukts (Lundberg-Komponenten). Der Wachstumsbeitrag einer Nachfragekomponente ergibt sich aus der Wachstumsrate gewichtet mit dem nominalen Anteil des Aggregats am Bruttoinlandsprodukts aus dem Vorjahr. Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen. Angaben für das Bruttoinlandsprodukt: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

Quelle: Berechnungen des ifo Instituts. © ifo Institut Dez. 2019

Das Bruttoinlandsprodukt, das wie vom ifo Institut erwartet im zweiten Quartal saisonbereinigt um 0,1% geschrumpft war, sollte den vorliegenden Frühindikatoren zufolge im dritten Quartal 2019 noch einmal um 0,1% sinken, bevor es am Jahresende wieder leicht zunähme. Allmählich mehrten sich die

Anzeichen, dass sich die anhaltende Schwäche in der exportorientierten Industrie auch auf andere Wirtschaftsbereiche übertrage. So habe sich das Geschäftsklima in den konsum- und baunahen Dienstleistungssektoren sowie im Baugewerbe zum Teil deutlich verschlechtert. Auch auf dem Arbeitsmarkt hinterlasse die Konjunkturschwäche mittlerweile ihre Spuren. Die Beschäftigung im Verarbeitenden Gewerbe sinke, die Arbeitslosigkeit steige und der Anteil der Unternehmen, die Kurzarbeit angemeldet hätten, habe zugenommen. Dagegen stützten die hohen Einkommenszuwächse der privaten Haushalte, die aus kräftigen Tariflohnsteigerungen und einer Ausweitung der staatlichen Transferleistungen resultierten. In der Risikoansprache für diese Prognose wurde unterstellt, dass ein harter Brexit oder eine weitere Eskalation des US-Handelskriegs ausbleiben.

Den neuesten amtlichen Ergebnissen zufolge war das ifo Institut in seiner Septemberprognose jedoch bezüglich der Entwicklung des realen Bruttoinlandsprodukts im dritten Quartal 2019 etwas zu pessimistisch gewesen. Statt des prognostizierten leichten Rückgangs ergab sich ein leichter Anstieg in Höhe von 0,1 %. Bis auf die Ausrüstungsinvestitionen, die Lagerveränderung und die Einfuhren war die konjunkturelle Dynamik aller Verwendungsaggregate etwas unterschätzt worden (vgl. Tab. 3.5).

Tab. 3.5

Zerlegung der Prognosekorrektur für das Jahr 2019

	Prognosekorrektur = Summe der Spalten (I) bis (V) = Summe der Spalten (I) bis (V	Revision[a] der VGR			Prognose-fehler[b]	Prognose-anpassung[c]
		Überhang (I)	1. Quartal 2019 (II)	2. Quartal 2019 (III)	3. Quartal 2019 (IV)	4. Quartal 2019 (V)
Inlandsnachfrage	**– 0,1**	**0,1**	**0,1**	**– 0,1**	**– 0,1**	**0,0**
Privater Konsum	0,2	0,0	0,0	0,0	0,2	0,0
Staatlicher Konsum	0,1	0,0	– 0,2	0,0	0,2	0,0
Ausrüstungen	0,4	0,0	0,1	– 0,2	– 0,2	0,6
Bauten	0,0	0,0	0,0	0,0	0,2	– 0,1
Sonstige Anlageinvestitionen	0,2	0,0	0,0	0,0	0,2	0,0
Vorratsveränderungen[d]	– 0,2	0,1	0,1	– 0,1	– 0,2	0,0
Außenbeitrag[d]	**0,1**	**– 0,1**	**– 0,1**	**– 0,1**	**0,2**	**0,0**
Ausfuhr	– 0,2	– 0,1	– 0,2	0,1	0,1	0,0
Einfuhr	– 0,5	0,0	– 0,2	0,1	– 0,4	0,0
Bruttoinlandsprodukt	**0,0**	**0,0**	**0,1**	**– 0,1**	**0,1**	**0,0**

[a] Beitrag der Revision der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen durch das Statistische Bundesamt. [b] Prognosefehler: Beitrag der Differenz zwischen der Schätzung für das dritte Quartal 2019 aus der ifo Herbstprognose 2019 und den aktuellen volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. [c] Prognoseanpassung: Beitrag der Prognoseanpassung für das vierte Quartal des Jahres 2019. [d] Veränderungsbeitrag. Abweichungen in den Summen sind rundungsbedingt.

Quelle: Berechnungen des ifo Instituts. © ifo Institut Dez. 2019

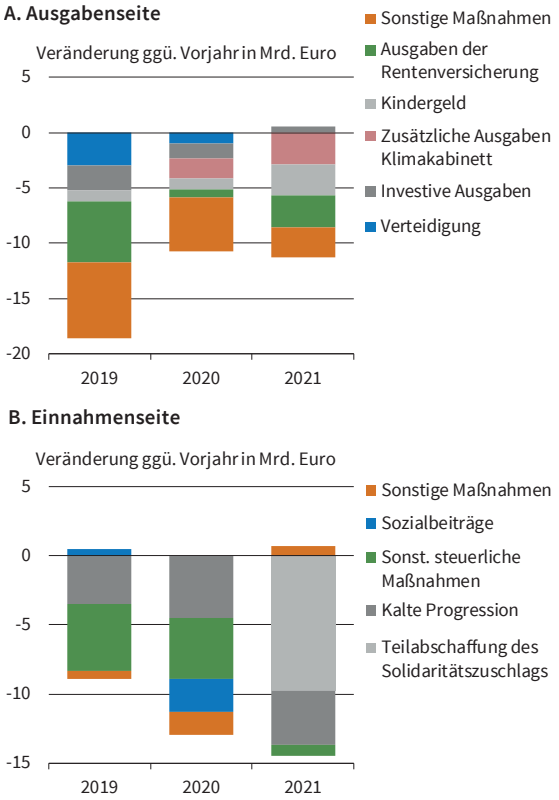
Gleichwohl wird in der vorliegenden Prognose die Rate des saisonbereinigten realen Bruttoinlandsprodukts im vierten Quartal 2019 bei 0,1% belassen; auch das jahresdurchschnittliche Ergebnis für die gesamtwirtschaftliche Produktion in Höhe von 0,5% wird bestätigt. Korrekturen der Jahresprognose 2019 ergeben sich naturgemäß bei einzelnen Verwendungsaggregaten. Die jahresdurchschnittlichen Korrekturen setzen sich zusammen aus der zwischenzeitlich erfolgten Revision der zurückliegenden amtlichen saisonbereinigten Werte, den Prognosefehlern für das dritte Quartal und aus der – quantitativ freilich nicht ins Gewicht fallende – Anpassung der Prognose für das vierte Quartal.

Beschäftigten in diesem Bereich seit März.[6] Insgesamt ist die Beschäftigtenzahl im Kraftfahrzeugbau zwischen Februar und September saisonbereinigt um ca. 1% gesunken und hat damit wesentlich stärker abgenommen als im übrigen Verarbeitenden Gewerbe. Das ifo Beschäftigungsbarometer, das die Einstellungsbereitschaft der Unternehmen in den nächsten drei Monaten abbildet, spiegelt diese Entwicklung wider und verläuft bei Herstellern von Kraftwagen und Kraftwagenteilen seit Jahresbeginn 2017 auf deutlich niedrigerem Niveau relativ zum übrigen Verarbeitenden Gewerbe (vgl. Abb. 3.9 F). Seit Jahresbeginn ist die Einstellungsbereitschaft im Kraftfahrzeugbau per saldo negativ und bewegt sich seit Jahresmitte auf dem vergleichsweise sehr niedrigen Niveau von – 20 Saldenpunkten seitwärts. Dies deutet darauf hin, dass sich der überproportional starke Beschäftigungsabbau in diesem Bereich auch in den kommenden Monaten fortsetzen wird.

[6] Aktuell beinhaltet der »Monatsbericht im Verarbeitenden Gewerbe« des Statistischen Bundesamtes Angaben zur Beschäftigung auf Ebene der Wirtschaftsabteilungen bis September 2019. Der Monatsbericht beschränkt sich allerdings auf Beschäftigte in sämtlichen im Inland gelegenen Betriebe mit 50 oder mehr tätigen Personen. Damit decken diese Daten zwar die überwiegende Mehrheit der Beschäftigungsverhältnisse ab, jedoch kam es in der Vergangenheit relativ zur Entwicklung gesamten Beschäftigung durchaus zu deutlichen Abweichungen in den Änderungsraten. Die Daten zu allen sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten sind auf Ebene der Wirtschaftsabteilungen aktuell allerdings nur bis März 2019 verfügbar und bieten daher weniger Aussagekraft für aktuelle Entwicklungen.

Abb. 3.11

Finanzpolitische Impulse



Quelle: Bundesregierung; Berechnungen des ifo Instituts; 2020 und 2021: Prognose des ifo Instituts.

© ifo Institut

FINANZPOLITISCHE RAHMENBEDINGUNGEN

Im gesamten Prognosezeitraum entfalten die finanzpolitischen Maßnahmen expansive Wirkung (vgl. Abb. 3.11 und Tab. 3.6). Im laufenden Jahr werden die Steuerzahler insbesondere durch die Erhöhung von Grund- bzw. Kinderfreibetrag, die Verschiebung der Tarifeckwerte und das Alterseinkünftegesetz entlastet. Ebenso entfalten die Senkung des Beitragssatzes zur Arbeitslosenversicherung um 0,5 Prozentpunkte sowie die Anpassung der Bemessungsgrundlage von Selbstständigen in der gesetzlichen Krankenversicherung entlastende Wirkung. Dem gegenüber steht jedoch die zusätzliche Belastung der Beitragszahler im Zuge der Erhöhung des Beitragssatzes zur sozialen Pflegeversicherung um 0,5 Prozentpunkte. Ausgabenseitig wirken insbesondere die Ausweitung der Mütterrente, die Kindergelderhöhung zur Jahresmitte sowie Maßnahmen wie das Baukindergeld und das Gute-KiTa-Gesetz expansiv. Insgesamt beträgt der fiskalische Impuls im laufenden Jahr 27 Mrd. Euro, was 0,8% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt entspricht.

Im kommenden Jahr ist ebenfalls mit einem deutlich expansiven Impuls der finanzpolitischen Maßnahmen in Höhe von 23,2 Mrd. Euro bzw. 0,7% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt zu rechnen. Hier machen sich zahlreiche steuerliche Entlastungen bemerkbar. Insbesondere die Rückgabe der kalten Progression wirkt expansiv.

Der finanzpolitische Impuls bleibt im Jahr 2021 anhaltend stark. Insbesondere die Teilabschaffung des Solidaritätszuschlags führt zu einer substantiellen Entlastung der Steuerzahler. Darüber hinaus ist unterstellt, dass die schwarz-rote Koalition erneut die Tarifeckwerte verschieben wird, um die kalte Progression zurückzugeben. Gleichzeitig steigen die verfügbaren Einkommen infolge der Kindergelderhöhung sowie der Einführung der Grundrente zu Jahresbeginn. Die CO_2-Bepreisung in Verkehr und Wärme, die ab dem Jahr 2021 greifen soll, entfaltet hingegen eine dämpfende Wirkung. Alles in allem beträgt der expansive Impuls im Jahr 2021 24,1 Mrd. Euro bzw. 0,7% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt.

WELTWIRTSCHAFTLICHE RAHMENBEDINGUNGEN UND RISIKEN

Die Prognose basiert auf der Annahme, dass sich der Preis für ein Barrel Rohöl der Sorte Brent in diesem Jahr durchschnittlich auf 64,0 US-Dollar, im Jahr 2020 auf 62,7 und im Jahr 2021 auf 64,0 US-Dollar beläuft (vgl. Tab. 3.8). Außerdem wird angenommen, dass der Euro im laufenden Jahr durchschnittlich 1,12 US-Dollar und in den nächsten zwei Jahren 1,11 US-Dollar kostet.

Wie im internationalen Teil dieser Prognose beschrieben, wird die Weltwirtschaft in diesem und in den kommenden zwei Jahren stabil expandieren. Der ifo Weltnachfrageindikator, der die gesamtwirtschaftlichen Prognosen der wichtigsten deutschen Handelspartner gemäß ihrer Bedeutung für die deutschen Exporte zusammenfasst, legt im Prognosezeitraum mit Raten von 0,5% zu (vgl. Abb. 3.12). Dies entspricht in etwa der weltwirtschaftlichen Dynamik, die man im Sommerhalbjahr 2019 beobachten konnte.

Die preisliche Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands gegenüber 24 Handelspartnern auf Basis der Verbraucherpreisindizes wird sich im laufenden Jahr um 1,4% verbessern (vgl. Abb. 3.12). In der jüngsten Vergangenheit konnte Deutschland seine Wettbewerbsposition insbesondere gegenüber den USA ausbauen. Der Euro wertete nämlich in den letzten zwei Jahren kontinuierlich gegenüber dem US-Dollar ab. Zwischen Februar 2018 und November 2019 büßte der Euro gegenüber dem US-Dollar 11% seines Wertes ein. Ein weiterer positiver Impuls für die deutsche Wettbewerbsfähigkeit kam im laufenden Jahr aus den BRIC-Staaten, die deutlich höhere Inflationsraten als Deutschland verzeichneten. Deutsche Produkte wurden dadurch in Relation zur ausländischen Konkurrenz billiger. Unter der Annahme konstanter nominaler Wechselkurse dürfte sich die schrittweise Verbesserung der deutschen preislichen Wettbe-

Tab. 3.6

Finanzpolitische Maßnahmen[a]

Belastungen (–) und Entlastungen (+) des gesamtstaatlichen Haushalts in Milliarden Euro gegenüber Vorjahr

	2019	2020	2021
Einnahmen der Gebietskörperschaften[b]			
Teilabschaffung Soli			– 9,8
Alterseinkünftegesetz	– 1,2	– 1,3	– 1,3
Mehreinnahmen durch steigende Rentenbesteuerung	0,4	0,4	0,4
Erhöhung Grund-, Kinderfreibetrag, Verschiebung Tarifeckwerte/ Familienentlastungsgesetz	– 3,5	– 4,5	– 0,8
Jahressteuergesetz 2019		– 0,3	– 0,2
Turnusmäßige Anhebung der Freibeträge in der Einkommensteuer/ Abbau kalte Progression 2021			– 3,1
Altkapitalerstattungen 2008 und 2009[c]	0,1	0,0	0,0
Sonstige steuerliche Maßnahmen	– 4,8	– 4,4	– 0,8
Gesetz zur Vermeidung von Umsatzsteuerausfällen beim Handel mit Waren im Internet	– 0,6	– 0,2	0,0
Steuerliche Absetzbarkeit Erhöhung des PV-Beitrags	– 1,0	– 0,3	– 0,2
Steuerliche Förderung von F&E-Ausgaben		0,0	– 1,1
Steuerliche Förderung Mietwohnungsneubau			– 0,1
LKW-Maut (Ausweitung auf alle Bundesstraßen und Anhebung der Mauttarife zum 1. Januar 2019)	1,7	0,0	0,0
CO_2-Bepreisung in Verkehr und Wärme (Beschluss des Klimakabinetts)	0,0	0,0	3,6
Zusätzliche Maßnahmen (Beschluss des Klimakabinetts)	0,0	0,0	– 0,4
Einnahmen der Sozialversicherungen			
Erhöhung des Beitragssatzes zur sozialen Pflegeversicherung um 0,5 Prozentpunkte zum 1. Januar 2019	7,2	0,2	0,0
Senkung des Beitragssatzes zur Arbeitslosenversicherung um 0,5 Prozentpunkte zum 1. Januar 2019	– 5,7	0,0	0,0
Senkung des Beitragssatzes zur Arbeitslosenversicherung um 0,1 Prozentpunkt zum 1. Januar 2020		– 1,2	0,0
Ausweitung der Gleitzone bei Midijobs zum 1. Juli 2019	– 0,2	– 0,2	0,0
Änderung der Bemessungsgrundlage von Selbstständigen in der gesetzlichen Krankenversicherung	– 0,8	0,0	0,0
Einführung eines Freibetrags in der gesetzlichen Krankenversicherung für Betriebsrentner zum 1. Januar 2020		– 1,2	0,0
Ausgaben der Gebietskörperschaften			
Kindergelderhöhung um 10 bzw. 15 Euro zum 1. Juli 2019 und 1. Januar 2021	– 1,0	– 1,0	– 2,8
Bundesteilhabegesetz für Menschen mit Behinderung		– 0,3	0,0
Einsparungen bei ALG II durch das Familienentlastungsgesetz	0,1	0,1	0,0
Parität beim Zusatzbeitrag zur GKV: Beschäftigte im Öffentlichen Dienst	– 0,9	0,0	0,0
Gute KiTa-Gesetz	– 0,5	– 0,5	– 1,0
Beihilfen aufgrund von Ernteausfällen von Bund und Ländern	0,0	0,3	0,0
Baukindergeld	– 0,6	– 0,3	– 0,1
Bayerische Eigenheimzulage und Baukindergeld Plus	– 0,2	– 0,1	0,0
Erhöhung des Wohngelds		– 0,2	– 0,1
Starke-Familien-Gesetz	– 0,2	– 0,7	0,0
Aufstockung des BAFöG, Aufstiegsfortbildung in der beruflichen Bildung	– 0,1	– 0,5	– 0,2
Teilhabechancengesetz	– 0,6	– 0,1	0,0
Qualifizierungschancengesetz	– 0,8	– 0,4	0,0
Angehörigenentlastungsgesetz		– 0,3	0,0
Familiengeld und Kindergartenzuschuss in Bayern	– 0,4	– 0,1	0,0
Rückführung der Fluthilfemaßnahmen (Elbe, Saale 2017)	0,2	0,1	0,0
Verteidigung	– 3,0	– 1,0	0,0
Mehrausgaben für Entwicklungshilfe	– 0,9	– 0,2	0,7
Mehrpersonal innere Sicherheit	– 0,3	– 0,3	– 0,3
Fonds zur Förderung der Künstlichen Intelligenz	– 0,1	– 0,2	– 0,2
Bayrisches Programm zur Förderung der Automobilindustrie		– 0,1	0,0
Mobilfunkstrategie		– 0,1	– 0,1
Strukturstärkungsgesetz: Kohleregionen	– 0,5	0,0	0,0
Zusätzliche EKF-Ausgaben durch Beschluss des Klimakabinetts		– 1,8	– 2,9
Investive Ausgaben[e]	– 2,2	– 1,3	0,6
Ausgaben der Sozialversicherungen			
Maßnahmen in der gesetzlichen Krankenversicherung[f]	– 0,7	– 0,2	– 0,6
Anpassung der Renten Ost	– 0,2	– 0,5	– 0,4
Erhöhung der Zurechnungszeit der Erwerbsminderungsrente	– 0,1	– 0,1	– 0,1
Parität beim Zusatzbeitrag zur GKV: Beiträge der Rentenversicherung zur Krankenversicherung der Rentner	– 1,4	0,0	0,0
Mütterrente II	– 3,8	– 0,1	– 0,1
Grundrente			– 2,3
Pflegepersonalstärkungsgesetz	– 0,4	– 0,6	– 0,4
Konzertierte Aktion Pflege		– 0,2	– 0,4
Insgesamt	– 27,0	– 23,2	– 24,1
In Relation zum Bruttoinlandsprodukt in Prozent	– 0,8	– 0,7	– 0,7

[a] Ohne makroökonomische Rückwirkungen. [b] Die Wirkungen der Steuerrechtsänderungen beziehen sich auf das Kassenjahr. [c] Nach dem Übergang vom Anrechnungs- zum Teileinkünfteverfahren bestand für einen Zeitraum von zehn Jahren die Möglichkeit, bei der Ausschüttung von Altkapital Steuerrückerstattungen geltend zu machen. [d] Steuerrechtsänderungen; u. a. Reform der Investmentbesteuerung, Gesetz gegen schädliche Steuerpraktiken im Zusammenhang mit Rechteüberlassungen, Betriebsrentenstärkungsgesetz. [e] U.a. Fonds für Breitbandausbau, Digitalpakt, zusätzliche Investitionen in Schienennetz der DB, Kaufbonus E-Mobilität, Gemeindeverkehrsfinanzierung, Regionale Strukturpolitik, Förderung ländlicher Räume, Programm Innovation und Strukturwandel. [f] Reform der Strukturen der Krankenhausversorgung, Gesetz zur Stärkung der Arzneimittelversorgung in der Gesetzlichen Krankenversicherung, Gesetz zur Stärkung der Hilfs- und Heilmittelversorgung, Terminservice- und Versorgungsgesetz.

Quelle: Bundesregierung, Berechnungen und Schätzungen des ifo Instituts.

© ifo Institut Dez. 2019

werbsfähigkeit in den Jahren 2020 und 2021 fortsetzen. Deutschland wird dank seiner im internationalen Vergleich niedrigen Inflation weiter real abwerten.

MODERATE ENTWICKLUNG DES AUSSENHANDELS

Im dritten Quartal 2019 expandierte der reale Export um 1,0% gegenüber dem Vorquartal. Die Aus-

Zu den gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen der fiskalischen Maßnahmen

Fiskalische Maßnahmen der Jahre 2019 bis 2021 werden im ifo-DSGE-Modell simuliert, um ihre gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen zu quantifizieren. Die beschlossenen Maßnahmen können in zwei Kategorien aufgeteilt werden (vgl. Tab. 3.7). In der ersten Kategorie handelt es sich um Maßnahmen, die eine Ausweitung der öffentlichen Konsum- und Investitionsausgaben hervorrufen. In der Logik des ifo-DSGE-Modells repräsentieren solche Maßnahmen eine Erhöhung der staatlichen Nachfrage. In der zweiten Kategorie geht es um Maßnahmen, die eine effektive Abgabenentlastung darstellen. Steuererleichterungen zusammen mit großzügigeren Transfers senken den Nettobetrag, den Haushalte an den Fiskus abführen müssen. Diese effektive Abgabenentlastung wird im Modell als eine Senkung der Lohnsteuer implementiert.

Tab. 3.7

Auswirkungen der fiskalischen Maßnahmen

	2019	2020	2021
Fiskalische Impulse insgesamt[a]	**27,0**	**23,2**	**24,1**
Öffentliche Konsum- und Investitionsausgaben[b]	8,5	6,6	4,4
Effektive Abgabenentlastung	18,5	16,6	19,7
Auswirkungen auf das BIP insgesamt[c]	**0,2**	**0,3**	**0,3**
durch Öffentliche Konsum- und Investitionsausgaben[b]	0,1	0,1	0,1
durch Effektive Abgabenentlastung	0,1	0,2	0,2

[a] in Mrd. Euro. [b] Konsum- und Investitionsausgaben sind nicht nach der VGR abgegrenzt. [c] Beiträge zum jahresdurchschnittlichen Anstieg des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts.

Quelle: Berechnungen des ifo Instituts. © ifo Institut Dez. 2019

Ins Modell werden die fiskalischen Maßnahmen als permanente Schocks übersetzt, die keine Antizipationseffekte entfalten. Darüber hinaus wird die übliche Annahme einer aktiven Geldpolitik und einer passiven Fiskalpolitik getroffen. Zentralbanken sind weiterhin in der Lage, Inflation zu kontrollieren. Der Staat erfüllt seine Budgetrestriktion entweder durch Neuverschuldung oder durch Pauschalsteuern, wobei die Staatsverschuldung immer tragfähig bleibt.

Die Simulation deutet darauf hin, dass die finanzpolitischen Maßnahmen die jahresdurchschnittliche Veränderungsrate des realen Bruttoinlandsprodukts um 0,2 Prozentpunkte in diesem Jahr und um jeweils 0,3 Prozentpunkte in den kommenden zwei Jahren erhöhen dürften. Dabei entfallen etwa zwei Drittel des Gesamteffekts auf die effektive Abgabenentlastung.

fuhren wurden deutlich in das Vereinigte Königreich ausgeweitet, wo nach der durch den ursprünglichen Brexit-Termin bedingten Schwäche sich die Nachfrage erholte. Zudem verzeichneten Exporte in die USA erneut kräftige Zuwächse. Hier profitierten deutsche Exporteure von der Euro-Abwertung gegenüber dem US-Dollar, die seit Februar 2018 voranschreitet. Im Gegensatz zum soliden Export stieg der preisbereinigte Import im dritten Quartal nur marginal um 0,1%. Wie schon in den zwei vorangegangenen Quartalen belastete die anhaltende Industrierezession die Einfuhr der Vorleistungsgüter.

Aller Voraussicht nach dürfte der reale Export im vierten Quartal um 1,2% zulegen. Auf diesen Anstieg deuten die Warenexporte im Oktober, die preisbereinigt um 1,1% gegenüber dem Vormonat gestiegen sind, sowie die jüngsten Werte der ifo Exporterwartungen für die Monate Oktober und November, die über dem Niveau des Vorquartals liegen (vgl. Abb. 3.13). Im weiteren Prognosehorizont werden die Ausfuhren mit einer leicht abflachenden Dynamik im Einklang mit der stabilen Weltkonjunktur expandieren. Alles in allem wird der preisbereinigte Export um 1,3% in diesem Jahr, um 3,9% im Jahr 2020 und um 3,2% im Jahr 2021 steigen (vgl. Abb. 3.14).

Gestützt durch die Ausweitung der Exporte und der Ausrüstungsinvestitionen dürfte die preisbereinigte Einfuhr im aktuellen Quartal um 1,1% zunehmen. Darauf deutet auch das ifo Importklima hin, das die Exporterwartungen der wichtigsten Handelspartner Deutschlands nutzt, um die deutsche Importnachfrage am aktuellen Rand abzubilden (vgl. Abb. 3.15). In den kommenden zwei Jahren werden signifikante Impulse für das Importgeschäft von den beschlossenen fiskalischen Maßnahmen der Großen Koalition stammen. Höhere Staatsausgaben kombiniert mit diversen Abgabenentlastungen werden den Konsum und die Investitionen und damit auch die Importe stimulieren. In der Jahresbetrachtung bedeutet es, dass

Tab. 3.8

Annahmen der Prognose
Jahresdurchschnitte

	2019	2020	2021
Ölpreis USD/Barrel (Brent)	64,0	62,7	64,0
Welthandel[a]	– 0,4	0,8	1,8
Wechselkurs USD/EUR	1,12	1,11	1,11
Hauptrefinanzierungssatz der EZB	0,00	0,00	0,00

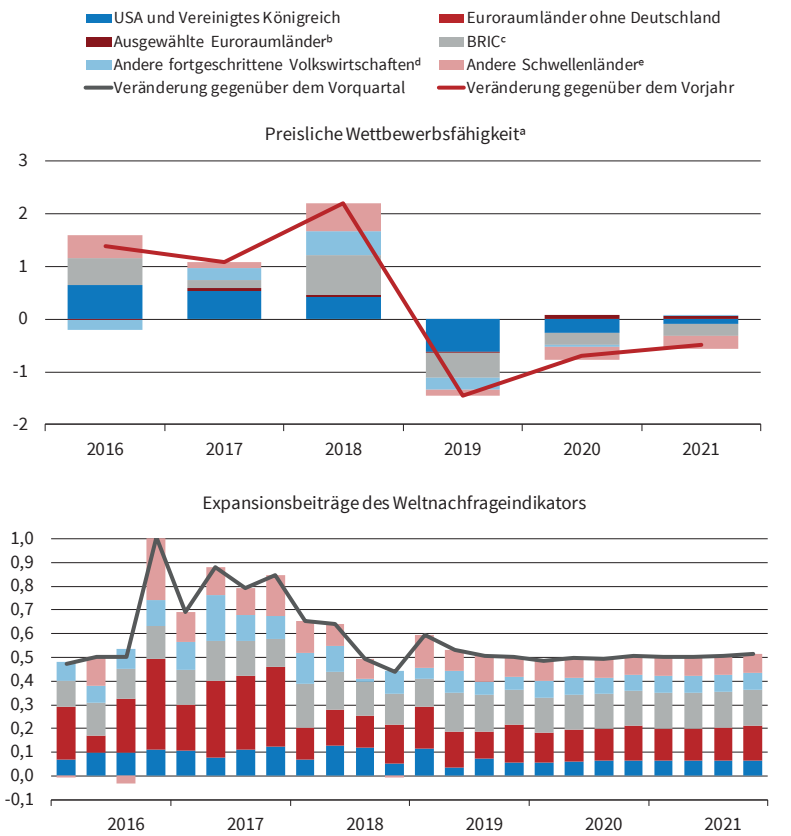
[a] Preisbereinigt, Veränderungen gegenüber Vorjahr in %; Welthandel von Waren in Abgrenzung von CPB.

Quelle: Annahmen des ifo Instituts. © ifo Institut Dez. 2019

Abb. 3.12

Exportindikatoren

In % bzw. Prozentpunkten



ᵃ Indikator der preislichen Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands gegenüber 24 Handelspartnern auf Basis der Verbraucherpreise. Ein Anstieg bedeutet jeweils eine Verschlechterung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands.
ᵇ Belgien, Frankreich, Italien, Niederlande, Österreich und Spanien. ᶜ Brasilien, Russland, Indien und China.
ᵈ Japan, Kanada, Südkorea, Schweiz, Schweden, Norwegen, Dänemark und Tschechien.
ᵉ Mexiko, Türkei, Polen und Ungarn.
Quelle: Deutsche Bundesbank; Internationaler Währungsfond; OECD;
Berechnungen des ifo Instituts; 2019, 2020 und 2021: Prognose des ifo Instituts.

© ifo Institut

sich die realen Einfuhren um 2,5% in diesem Jahr, um 4,0% im Jahr 2020 und um 3,8% im Jahr 2021 erhöhen werden (vgl. Abb. 3.16). Die Nettoexporte werden im laufenden Jahr rein rechnerisch einen negativen Beitrag zum Anstieg des Bruttoinlandsprodukts leisten (vgl. Tab. 3.9). In den kommenden zwei Jahren dürfte sich der Außenbeitrag weitgehend neutral auf die gesamtwirtschaftliche Expansion auswirken. Importbereinigt dürften die Exporte im laufenden Jahr nur einen geringen Wachstumsbeitrag in Höhe von 0,1 Prozentpunkten liefern. Im weiteren Prognosezeitraum werden die Wachstumsbeiträge durch das Auslandsgeschäft wieder zunehmen (2020: 0,7 Prozentpunkte, 2021: 0,6 Prozentpunkte), wenngleich sie deutlich unter den Werten der 2000er Jahre liegen dürften und damit unterdurchschnittlich zum Wachstum der deutschen Wirtschaft beitragen.

Die deutschen Terms-of-Trade verbesserten sich im dritten Quartal um 1,0% gegenüber dem Vorquartal. Das Rohöl, dessen Preis zwischen April und September um 13% fiel, drückte die Importpreise. Dagegen blieben die Exportpreise nahezu unverändert. Für das Schlussquartal 2019 ist von konstanten Terms-of-Trade auszugehen; darauf deuten bereits vorliegende Monatsdaten der Außenhandelsstatistik hin. Sowohl Export- als auch Importpreise werden um 0,2% ansteigen. Somit werden sich die Terms-of-Trade in diesem Jahr um 0,8% verbessern. Unter der Annahme konstanter nominaler Wechselkurse und realer Konstanz des Rohölpreises werden sich die Importpreise im weiteren Prognosezeitraum ähnlich wie die Exportpreise entwickeln. Der Saldo der deutschen Leistungsbilanz wird 252 Mrd. Euro in diesem Jahr, 271 Mrd. Euro im nächsten Jahr und 276 Mrd. Euro im Jahr 2021 betragen; in Relation zum Bruttoinlandsprodukt bedeutet es 7,3%, 7,7% und 7,5% (vgl. Tab. 3.3).

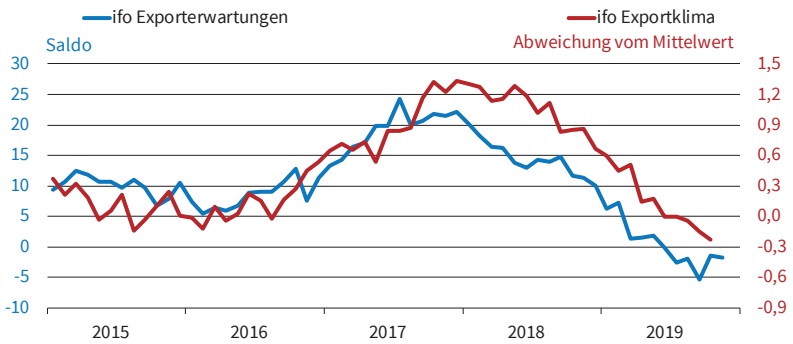
UNTERNEHMENSINVESTITIONEN IM ZEICHEN DES INDUSTRIELLEN ABSCHWUNGS

Die Unternehmensinvestitionen, d.h. die privaten Ausrüstungsinvestitionen, die gewerblichen

Abb. 3.13

Frühindikatoren für den Export

Saisonbereinigter Verlauf



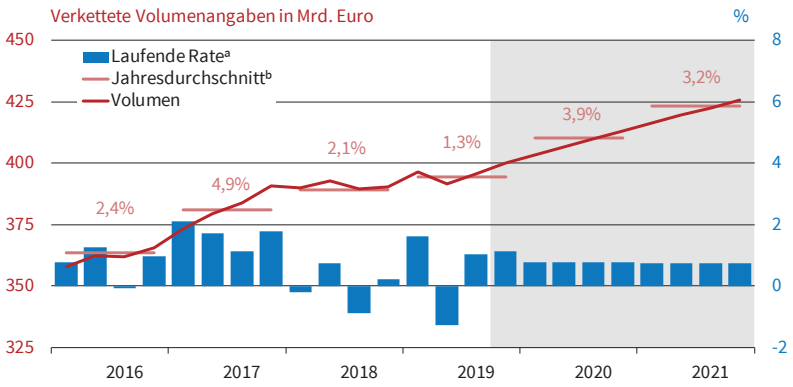
Quelle: ifo Konjunkturumfragen; Deutsche Bundesbank; internationale und nationale Statistikämter;
Berechnungen des ifo Instituts.

© ifo Institut

Abb. 3.14

Reale Exporte

Saison- und kalenderbereinigter Verlauf

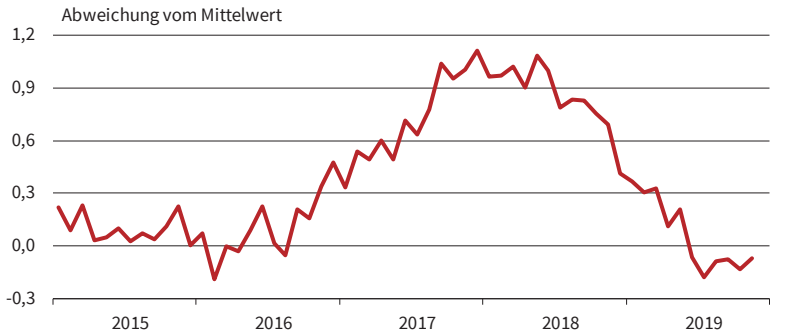


[a] Veränderung gegenüber dem Vorquartal in %.
[b] Zahlenangaben: Veränderung der Ursprungswerte gegenüber dem Vorjahr.
Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts;
ab 4. Quartal 2019: Prognose des ifo Instituts.

© ifo Institut

Abb. 3.15

ifo Importklima[a]



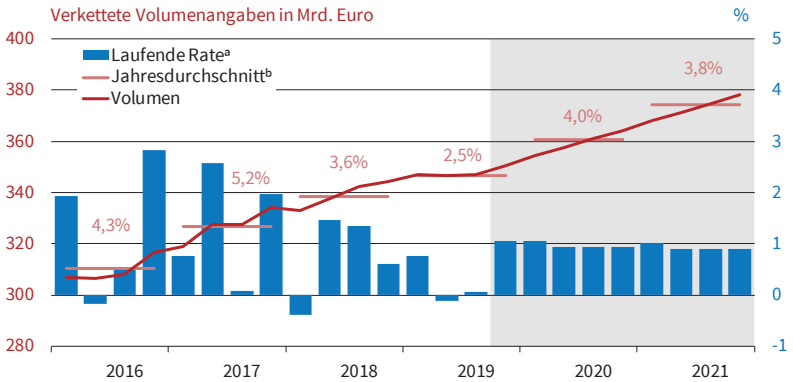
[a] Saisonbereinigter Verlauf.
Quelle: Nationale Statistiken; Berechnungen des ifo Instituts.

© ifo Institut

Abb. 3.16

Reale Importe

Saison- und kalenderbereinigter Verlauf



[a] Veränderung gegenüber dem Vorquartal in %.
[b] Zahlenangaben: Veränderung der Ursprungswerte gegenüber dem Vorjahr.
Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts;
ab 4. Quartal 2019: Prognose des ifo Instituts.

© ifo Institut

Bauinvestitionen sowie die privaten sonstigen Investitionen, waren im Sommerhalbjahr 2019 durch eine unstete Entwicklung gekennzeichnet. Während es im zweiten Quartal des laufenden Jahres zu einem deutlichen Rückgang um 1,5% gegenüber dem Vorquartal kam, ergab sich im dritten Quartal ein moderater Anstieg um 0,6%. Die inländischen Umsätze, die Importe im Wirtschaftszweig 29 (Kraftfahrzeugbau) sowie die Kraftfahrzeugzulassungen deuten dabei darauf hin, dass diese Schwankungen insbesondere auf die Investitionen in Fahrzeuge zurückzuführen sind. Die Investitionen in Maschinen und Geräte waren im selben Zeitraum wohl weniger volatil, jedoch rückläufig.

Im Winterhalbjahr wird die unternehmerische Investitionstätigkeit wohl allenfalls stagnieren. So haben die inländischen Auftragseingänge, nach einer kurzen Erholungsphase, am aktuellen Rand wieder kräftig nachgegeben und liegen deutlich unter dem Niveau des Vorquartals. Im Einklang mit den seit Jahresbeginn rückläufigen Bestellungen für Investitionsgüter kam es darüber hinaus am aktuellen Rand zu einem erneuten Rückgang der Produktion und der Umsätze der Investitionsgüterproduzenten. Ferner liegt die Kapazitätsauslastung im Verarbeitenden Gewerbe inzwischen unter ihrem historischen Mittel, und die Auftragsbücher der vom ifo Institut befragten Unternehmen haben sich mittlerweile recht deutlich geleert. In Verbindung mit der sich am aktuellen Rand abermals verschlechterten Stimmung der Investitionsgüterproduzenten verweist dies auf eine zunächst nur geringe Investitionsbereitschaft (vgl. Abb. 3.17). Die Kfz-Zulassungen am aktuellen Rand sowie die zuletzt stark zulegenden Einfuhren von Personenkraftwagen (vgl. Abb. 3.9 C) deuten jedoch darauf hin, dass es (kurzfristig) zu positiven Impulsen seitens der Investitionen in Fahrzeuge kommt. In Folge der Rezession in der deutschen Industrie dürfte der Bedarf nach gewerblichen Immobilien inzwischen ebenfalls deutlich geringer als im vergangenen Jahr ausfal-

Tab. 3.9

Beiträge zur Veränderung des Bruttoinlandsprodukts
in Prozentpunkten

	Wachstumsbeiträge				Importbereinigte Wachstumsbeiträge[a]			
	2018	2019	2020	2021	2018	2019	2020	2021
Konsumausgaben	0,9	1,2	1,1	1,2	0,6	0,8	0,7	0,8
Private Konsumausgaben	0,7	0,8	0,7	0,8	0,4	0,5	0,4	0,5
Konsumausgaben des Staates	0,3	0,4	0,4	0,4	0,2	0,3	0,4	0,3
Bruttoanlageinvestitionen	0,7	0,6	0,5	0,5	0,4	0,3	0,2	0,2
Ausrüstungen	0,3	0,1	0,1	0,2				
Bauten	0,2	0,4	0,3	0,2				
Sonstige Anlagen	0,2	0,1	0,1	0,1				
Vorratsveränderungen	0,3	– 0,9	– 0,7	– 0,1	0,2	– 0,7	– 0,6	– 0,1
Letzte inländische Verwendung	2,0	0,9	0,9	1,5	1,2	0,4	0,4	0,9
Außenbeitrag	– 0,4	– 0,4	0,2	– 0,1				
Exporte	1,0	0,6	1,9	1,5	0,3	0,1	0,7	0,6
Importe	– 1,5	– 1,0	– 1,6	– 1,6				
Bruttoinlandsprodukt[b]	**1,5**	**0,5**	**1,1**	**1,5**	**1,5**	**0,5**	**1,1**	**1,5**

[a] Verwendungsaggregate abzüglich ihres Importgehalts. [b] Veränderung gegenüber Vorjahr in %; Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Berechnungen des ifo Instituts; 2019 bis 2021: Prognose des ifo Instituts. © ifo Institut Dez. 2019

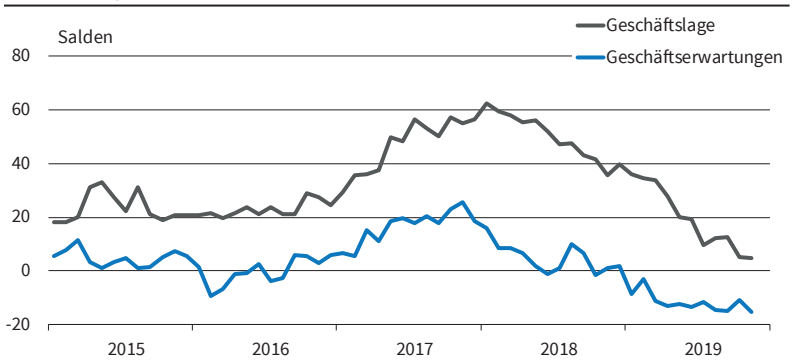
len und nur wenig Impulse liefern. So sind die Auftragseingänge für gewerbliche Hochbauprojekte (ca. 70% des gewerblichen Baus) seit Jahresbeginn und die Bauproduktion am aktuellen Rand deutlich abwärtsgerichtet.

Ab dem Sommerhalbjahr 2020 wird es wohl wieder zu einer moderaten Ausweitung der Unternehmensinvestitionen kommen. Die anhaltende Unsicherheit bezüglich der Ausgestaltung des Brexits, der Weiterentwicklung des Handelskonflikts zwischen den USA und China, sowie der Folgen des technologischen Wandels in der Automobilbranche dürfte dabei dämpfend wirken – insbesondere auf die Investitionen in Maschinen und Geräte (vgl. Kasten: Zur Auswirkung erhöhter Unsicherheit auf die Ausrüstungsinvestitionen, sowie Exkurs: Zur Schwäche der Automobilindustrie und ihre Auswirkungen auf die deutsche Konjunktur). Die Investitionen in Fahrzeuge werden wohl weniger betroffen sein. Zum einen unterliegen diese aufgrund der kürzeren Nutzungsdauer einem geringeren unternehmerischen Risiko. Zum anderen ist das Durchschnittsalter der in Deutschland zugelassenen Pkw und Lkw aktuell deutlich erhöht und dürfte dafür sorgen, dass Unternehmen nach und nach ihre Flotten auswechseln.[7] Seitens der gewerblichen Bauinvestitionen sind überdies geringe Impulse zu erwarten. Dabei werden sich wohl allenfalls die Investitionsprojekte der Deutschen Bahn sowie der Breitbandausbau bemerkbar machen. Insbesondere im Jahr 2021 dürfte überdies die steuerliche Entlastung im Rahmen der teilweisen Abschaffung des Solidaritätszuschlags stimulierend wirken. Des Weiteren wird der in den kommenden beiden Jahren angelegte fiskalische Impuls (vgl. Zur Finanzpolitik in Deutschland) im Bereich der öffentlichen Konsum- und Investitionsausgaben, über Zweitrundeneffekte, wohl auch die private Investitionstätigkeit anregen.

Der Abschwung in der Industrie zeigt sich ebenfalls in den Finanzierungsbedingungen der Unternehmen, die nur wenig positive Impulse liefern dürften. So sind die Zinsen für Unternehmenskredite zwar weiterhin auf niedrigem Niveau, jedoch berichten sowohl die vom ifo Institut befragen Unternehmen als auch die seitens der Europäischen Zentralbank befragten Banken (Bank Lending Survey) von einer restriktiveren Kreditvergabe und von anziehenden Vergabestandards (vgl. Abb. 3.18).[8] Vor diesem Hintergrund hat sich die Zunahme des Unternehmenskreditvolumens zuletzt bereits etwas verlangsamt.

Abb. 3.17

ifo Investitionsgüterproduzenten
Saisonbereinigter Verlauf



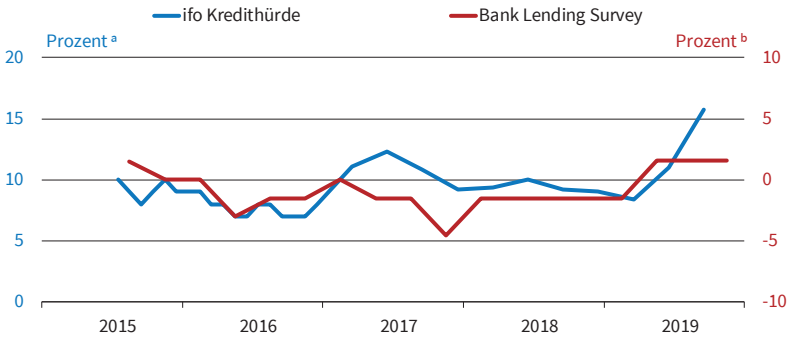
Quelle: ifo Konjunkturumfragen. © ifo Institut

[7] Im laufenden Jahr beträgt das Durchschnittsalter für Pkw und Lkw 9,5 bzw. acht Jahre und befindet sich somit auf dem jeweils höchsten Wert der vergangenen zehn Jahre (vgl. Kraftfahrtbundesamt 2019).

[8] Eine detaillierte Auswertung des Bank Lending Survey zeigt, dass die anziehenden Vergabestandards vor allem auf eine Verschlechterung im Bereich »Risikoeinschätzung« zurückzuführen sind. Im Speziellen bewerten die befragten Kreditinstitute die allgemeinen Konjunkturaussichten und die branchen- oder firmenspezifische Lage und Aussichten/ Kreditwürdigkeit der Kreditnehmer schlechter.

Abb. 3.18

Finanzierungsbedingungen



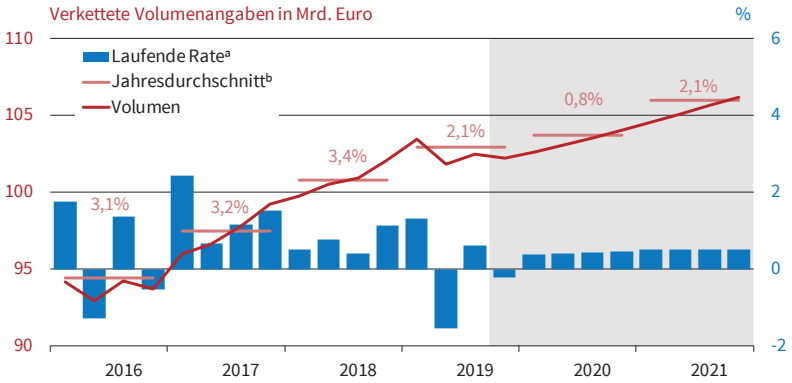
a Anteil der Unternehmen, die restriktive Kreditverhalten der Banken melden.
b Anteil der Banken, die anziehende Kreditvergabestandards melden.
Quelle: ifo Konjunkturumfragen; Europäische Zentralbank.

© ifo Institut

Abb. 3.19

Reale Unternehmensinvestitionen

Saison- und kalenderbereinigter Verlauf



a Veränderung gegenüber dem Vorquartal in %.
b Zahlenangaben: Veränderung der Ursprungswerte gegenüber dem Vorjahr.
Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts;
ab 4. Quartal 2019: Prognose des ifo Instituts.

© ifo Institut

Insgesamt dürften die Unternehmensinvestitionen im Durchschnitt des Jahres 2019 mit 2,1% (kalenderbereinigt 1,6%) ausgeweitet werden. Im Jahr 2020 wird der Zuwachs mit 0,8% wohl deutlich geringer werden. Im Jahr 2021 dürfte es wieder zu einer Belebung der unternehmerischen Investitionstätigkeit kommen, die sich in einem jahresdurchschnittlichen Wachstum von 2,1% niederschlägt (vgl. Abb. 3.19).

WOHNUNGSBAU: EXPANSIONSTEMPO LÄSST NACH

Nach einer kurzen Verschnaufpause im zweiten Quartal des laufenden Jahres kam es im dritten Vierteljahr wieder zu einer kräftigen Ausweitung der Investitionen in Wohnbauten um 1,5% gegenüber dem Vorquartal. Im laufenden Quartal dürfte sich die Dynamik etwas verlangsamen. Zum einen kam es am aktuellen Rand zu einem deutlichen Rückgang der Produktion im Baugewerbe; insbesondere im für den Wohnungsbau wichtigen Ausbaugewerbe. Zum anderen verzeichneten jüngst auch die Auftragseingänge für Wohnbauten einen deutlichen Rückgang.

In den kommenden beiden Jahren dürfte sich die Zunahme der Wohnungsbauinvestitionen fortsetzen. So spiegelt sich die weiterhin hohe Nachfrage nach Wohnraum im komfortablen Niveau der Auftragseingänge, Auftragsbestände und Baugenehmigungen wider. Überdies hat die unerwartet kräftige Reaktion der Europäischen Zentralbank auf die konjunkturelle Abkühlung (vgl. Lage und Prognose der Wirtschaft im Euroraum) dazu geführt, dass das bereits niedrige Zinsniveau für Immobilienkredite seit Mitte des Jahres nochmals deutlich nachgegeben hat; die durchschnittlichen Zinsen für Immobilienkredit fielen im Neugeschäft seit Sommer um gut 0,25 Prozentpunkte auf zuletzt gut 1,2%.

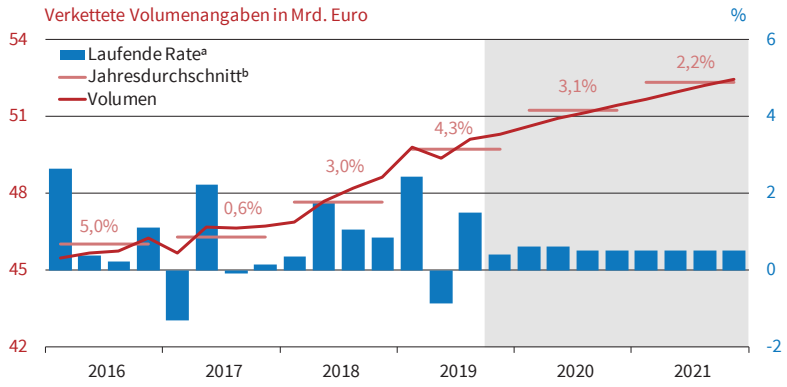
Die Indikatoren deuten jedoch daraufhin, dass der Höhepunkt des aktuellen Bauzyklus bereits überschritten ist und sich das Expansionstempo in den kommenden beiden Jahren etwas verlangsamen wird. Nachfrageseitig dürften sich die in den vergangenen Jahren beobachtete kräftige Preissteigerung für Wohnimmobilien, die sich voraussichtlich mit leicht schwächeren Raten fortsetzt, dämpfend auswirken. So kam es seit Jahresbeginn allenfalls zu einer Stagnation der Baugenehmigungen und Auftragsbestände für Wohnungsbauprojekte. Überdies scheinen auch angebotsseitige Beschränkungen abzunehmen. So berichten aktuell deutlich weniger vom ifo Institut befragte Bauunternehmen von produktionsbehindernden Material- oder Arbeitskräfteengpässen, und auch die Kapazitätsauslastung der Bauwirtschaft ist seit Jahresbeginn – von sehr hohem Niveau kommend – gefallen.

Alles in allem dürften die Investitionen in Wohnbauten im laufenden Jahr äußerst kräftig um 4,3% zulegen und somit eine Stütze der deutschen Konjunktur bleiben. In den kommenden beiden Jahren schwächen sich die Zuwachsraten allmählich auf 3,1% und 2,2% gegenüber dem Vorjahr ab (vgl. Abb. 3.20). Darüber hinaus bleibt die Preisdynamik bei Wohnbauten weiter hoch und die Teuerung wird wohl nur leicht unter der zuletzt beobachteten Rate liegen. Für die Jahre 2019 bis 2021 wird der Woh-

Abb. 3.20

Reale Wohnungsbauinvestitionen

Saison- und kalenderbereinigter Verlauf



[a] Veränderung gegenüber dem Vorquartal in %.
[b] Zahlenangaben: Veränderung der Ursprungswerte gegenüber dem Vorjahr.
Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts;
ab 4. Quartal 2019: Prognose des ifo Instituts.

© ifo Institut

nungsbaudeflator voraussichtlich mit 4,3%, 3,8% und 3,5% zulegen.

Im Zuge der kräftigen Zunahme in den vergangenen Jahren hat sich der Anteil der Bruttoanlageinvestitionen am BIP deutlich erhöht. Mit rund 22,5% gegen Ende des Prognosehorizonts dürfte dieser Anteil in der aktuellen Aufschwungsphase um gut 2,5 Prozentpunkte gestiegen sein und voraussichtlich in etwa das Niveau der späten 1990er Jahre erreichen. Dabei dürften die Investitionsausgaben der öffentlichen Hand überproportional zu dieser Entwicklung beitragen. Dessen Anteil wird voraussichtlich im Jahr 2021 mit gut 2,7% in etwa das Niveau des Jahres 1995 erreichen. Für das Jahr 2019 ergibt sich eine Zunahme der Bruttoanlageinvestitionen um 2,7% gegenüber dem Vorjahr. Für die kommenden beiden Jahre wird sich die Dynamik leicht auf 2,3% und 2,2% verlangsamen (vgl. Tab. 3.10).

PRIVATER KONSUM FISKALISCH ANGEREGT

Der private Konsum ist im bisherigen Jahreslauf mit einer durchschnittlichen Quartalsrate von 0,4% zügig gestiegen. Die Konsumkonjunktur wurde begünstigt durch die anhaltende Ausweitung der Beschäftigung und höhere Tarifabschlüsse. Hinzu kamen Entlastungen bei Steuern und Sozialabgaben sowie steigende Transfereinkommen: So wurden zu Jahresanfang der Grundfreibetrag und der Kinderfreibetrag erhöht, auch wurde der Steuertarif zum Ausgleich der kalten Progression nach rechts verschoben. Zudem wurde der Beitragssatz zur Arbeitslosenversicherung um 0,5 Prozentpunkte gesenkt; allerdings wurde der Beitragssatz in der sozialen Pflegeversicherung um 0,5 Prozentpunkte angehoben. Zeitgleich erfolgte in der gesetzlichen Krankenversicherung die Rückkehr zur paritätischen Beitragsfinanzierung. Die seit Jahresmitte 2005 von den versicherten Arbeitnehmern allein geschulterten Zusatzbeiträge werden wieder hälftig von den Arbeitgebern mitgetragen. Bei den monetären Sozialleistungen wirkte sich im ersten Halbjahr 2019 aus, dass die Mütterrente weiter ausgebaut wurde (Mütterrente II), zudem wurden die Zurechnungszeiten der Erwerbsminderungsrente angehoben. Zur Jahresmitte wurden die gesetzlichen Altersrenten um mehr als 3% angehoben. Außerdem erfolgte zu diesem Zeitpunkt die zweite Stufe der Angleichung der Ostrenten im Zuge des Rentenüberleitungs-Abschlussgesetzes. Zusätzlich wurde das Kindergeld erhöht: Familien erhalten seither monatlich 10 Euro mehr Kindergeld pro Kind.

Die längerfristigen Perspektiven für eine Fortsetzung der Konsumkonjunktur bleiben trotz einer voraussichtlich weniger stark expansiven Entwicklung der Bruttoarbeitseinkommen gut. Auf kurze Sicht jedoch zeichnet sich den vorliegenden Frühindikatoren zufolge eine Verlangsamung des privaten Verbrauchs ab. So lagen die realen Einzelhandelsumsätze (ohne Pkw) im Oktober, ersten Schätzungen des Statistischen Bundesamts zufolge, mit 1,9% sehr deutlich unter dem Durchschnittswert des dritten Quartals. Die Zahl der von privaten Haltern neu zugelassenen Pkw ist saisonbereinigt ebenfalls gesunken. Allerdings haben sich das Konsumentenvertrauen und die Bereitschaft zu größeren Anschaffungen zuletzt

Tab. 3.10

Reale Bruttoanlageinvestitionen

Veränderungen gegenüber Vorjahr in %

	Anteile in %[a]	2018	2019	2020	2021
Bauten	**48,6**	**2,5**	**3,9**	**2,5**	**1,8**
Wohnungsbau	29,7	3,0	4,3	3,1	2,2
Nichtwohnungsbau	19,0	1,7	3,6	1,9	1,2
Gewerblicher Bau	13,2	0,6	2,5	1,3	1,1
Öffentlicher Bau	5,8	4,3	6,1	3,4	1,4
Ausrüstungen	**33,2**	**4,4**	**1,0**	**1,6**	**2,6**
Sonstige Anlagen	**18,1**	**4,3**	**2,6**	**2,9**	**2,6**
Bruttoanlageinvestitionen	**100**	**3,5**	**2,7**	**2,3**	**2,2**
nachrichtlich:					
Unternehmensinvestitionen[b]	*59,3*	*3,4*	*2,1*	*0,8*	*2,1*

[a] Bezogen auf das Jahr 2018. [b] Investitionen des nicht-staatlichen Sektors, d.h. private Ausrüstungsinvestitionen und sonstige Anlagen zuzüglich gewerblicher Nichtwohnungsbau.

Quelle: Statistisches Bundesamt; 2019 bis 2021: Prognose des ifo Instituts.

© ifo Institut Dez. 2019

Zur Auswirkung erhöhter Unsicherheit auf die Ausrüstungsinvestitionen

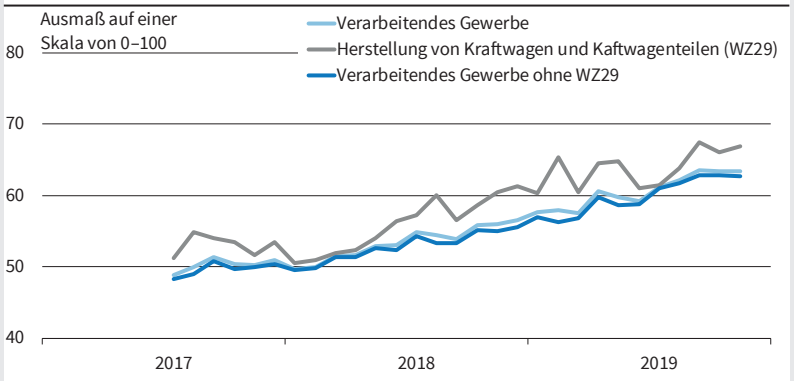
In den vergangenen Jahren wurden in vielen Studien die Folgen eines plötzlichen Anstieges der ökonomischen Unsicherheit untersucht (vgl. beispielsweise Bloom 2009; Bachmann et al. 2013; Carriero et al. 2018). Diese Untersuchungen legen nahe, dass ein solcher Unsicherheitsschock kontraktiv auf die Realwirtschaft – insbesondere auf die Investitionen – wirkt. Dabei wird argumentiert, dass es Unternehmen und Haushalten in Zeiten erhöhter Unsicherheit schwerer fällt, präzise Erwartungen hinsichtlich der Zukunft zu bilden und sie daher (langfristige) Investitionen zurückhalten und erst durchführen, wenn die Zukunftsaussichten weniger vage sind.

Eine grundlegende Schwierigkeit dieses Forschungszweigs besteht darin, dass die ökonomische Unsicherheit nicht direkt beobachtbar ist und durch andere, beobachtbare Größen oder statistische Modelle abgeleitet werden muss. Um diesen Umstand Rechnung zu tragen, befragt das ifo Institut seit Mitte 2017 die deutschen Unternehmen direkt nach ihrer wahrgenommenen Unsicherheit hinsichtlich der zukünftigen Geschäftsentwicklung. Dabei können die Unternehmen einen Wert zwischen »gering« und »groß« auf einer Skala von 0 bis 100 wählen. Ein Wert nahe 50 signalisiert, dass sich die Unsicherheit der Befragten auf einem für sie normalen Niveau befindet. Werte über (unter) 50 geben an, dass die Unsicherheit höher (geringer) als üblich eingeschätzt wird.

Abbildung 3.21 zeigt den Verlauf dieses Unsicherheitsmaßes für die Gesamtwirtschaft, das Verarbeitende Gewerbe sowie die Dienstleister. Seit Mitte 2017 hat die Unsicherheit nahezu stetig zugenommen. Insbesondere den Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes fällt es zurzeit deutlich schwerer, präzise Erwartungen hinsichtlich ihrer Geschäftsentwicklung zu formulieren. Dahingegen befindet sich die Unsicherheit bei den Dienstleistungsunternehmen gegenwärtig in etwa auf einem normalen Niveau.

Abb. 3.21

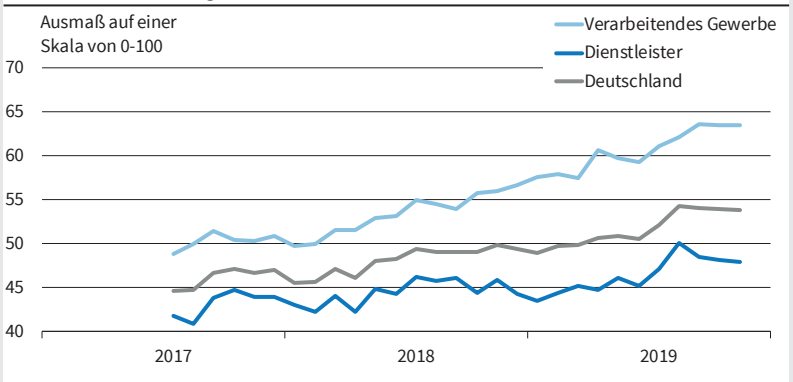
Unsicherheit im Verarbeitenden Gewerbe



Quelle: ifo Konjunkturumfragen. © ifo Institut

Abb. 3.22

Unsicherheit in wichtigen Wirtschaftsbereichen



Quelle: ifo Konjunkturumfragen. © ifo Institut

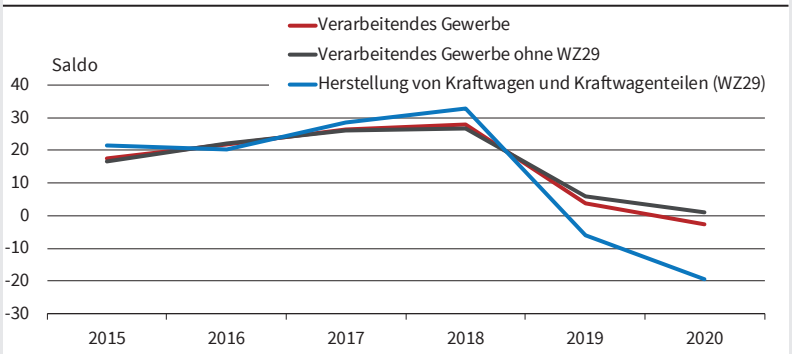
Abbildung 3.22 zeigt zudem, dass innerhalb des Verarbeitenden Gewerbes insbesondere die Unsicherheit der Hersteller von Kraftwagen und Kraftwagenteilen (WZ29) besonders ausgeprägt ist. Dies legt nahe, dass vor allem diese Unternehmen in der näheren Zukunft eine geringe Investitionsbereitschaft aufweisen könnten und bereits geplante Investitionsvorhaben vorerst zurückstellen.

Neben der Befragung zur ökonomischen Unsicherheit machen die Unternehmen im Rahmen der ifo Konjunkturumfrage zwei Mal jährlich Angaben zu ihrer tatsächlichen und geplanten Investitionstätigkeit – das sog. ifo Investitionsklima (für eine ausführliche Darstellung vgl. Wollmershäuser 2018). Die im Mai gestellten Fragen beziehen sich auf das vergangene und das laufende Jahr. Im November wird nach der Investitionstätigkeit im laufenden sowie den Plänen für das kommende Jahr gefragt. Analog zu Abbildung 3.22 zeigt Abbildung 3.23 das Investitionsklima für das Verarbeitende Gewerbe mit und ohne Kraftfahrzeugbau sowie für den Kraftfahrzeugbau. Für die Jahre 2015

bis 2018 werden dabei die Ergebnisse der Mai Befragung des jeweiligen Folgejahres abgebildet, d.h. die tatsächliche Veränderung der Ausrüstungsinvestitionen. Für die Jahre 2019 und 2020 werden die Befragungsergebnisse aus dem November 2019 dargestellt, d.h. die erwartete Veränderung der Ausrüstungsinvestitionen im laufenden und im kommenden Jahr. In den Jahren 2015 bis 2018 stieg das Investitionsklima in allen betrachteten Abgrenzungen stetig an und spiegelt somit die Dynamik der Ausrüstungsinvestitionen wider, die im Jahr 2018 die im Jahresdurchschnitt größte Zunahme verzeichneten. Überdies unterscheidet sich das Investitionsverhalten der Kraftfahrzeugbauer nur geringfügig vom übrigen Verarbeitenden Gewerbe. Für die Jahre 2019 und 2020 legt Abbildung 3.23 hingegen nahe, dass es zu einer deutlichen Abkühlung der Investitionsdynamik kommen wird. Mittlerweile erwarten mehr Unternehmen einen Rückgang ihrer Ausrüstungsinvestitionen als einen Anstieg. Besonders ausgeprägt ist der Pessimismus im Kraftfahrzeugbau, was somit im Einklang mit der hohen Unsicherheit in diesem Wirtschaftszweig steht.

Abb. 3.23

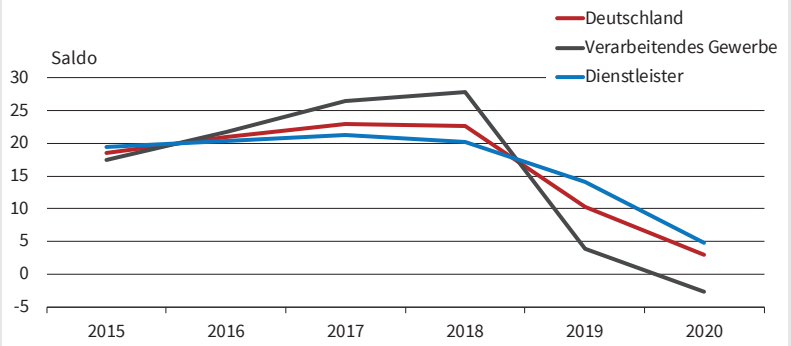
ifo Investitionsklima [a]



[a] 2018–2018: Tatsächliche Veränderung der Ausrüstungsinvestitionen (Befragung im Mai des Folgejahres); 2019–2020: Erwartete Veränderung der Ausrüstungsinvestitionen (Befragung November 2019).
Quelle: ifo Konjunkturumfragen. © ifo Institut

Abb. 3.24

ifo Investitionsklima [a]



[a] 2018–2018: Tatsächliche Veränderung der Ausrüstungsinvestitionen (Befragung im Mai des Folgejahres); 2019–2020: Erwartete Veränderung der Ausrüstungsinvestitionen (Befragung November 2019).
Quelle: ifo Konjunkturumfragen. © ifo Institut

Im Gegensatz zu den stark von Unsicherheit betroffenen Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes planen die Unternehmen in den Dienstleistungssektoren, auf die etwa zwei Drittel der Ausrüstungsinvestitionen entfallen, weiterhin mit einem Anstieg der Ausgaben für Ausrüstungsgüter, der allerdings im Vergleich zu den Vorjahren deutlich schwächer sein dürfte (vgl. Abb. 3.24). Insgesamt ist somit mit einem merklichen Rückgang, jedoch keinem Einbruch, der Dynamik bei den Ausrüstungsinvestitionen zu rechnen.

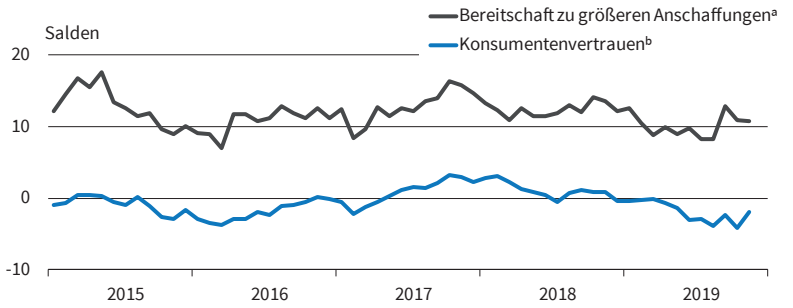
wieder stabilisiert (vgl. Abb. 3.25). Insgesamt dürfte die Zuwachsrate des realen privaten Konsums im Jahresendquartal lediglich 0,1% betragen haben. Im Jahresdurchschnitt 2019 dürfte der reale private Konsum damit um 1,5% gestiegen sein; im Jahresverlauf ergibt sich ein Zuwachs in ähnlicher Größenordnung.

In den kommenden beiden Jahren wird der private Konsum durch fiskalische Impulse angeregt: So wird Im Jahr 2020 beim Steuertarif erneut die kalte Progression reduziert, hinzu kommt eine weitere Erhöhung des Grundfreibetrags. Bei den Sozialabgaben wird der Beitragssatz zur Arbeitslosenversicherung leicht zurückgenommen; eine Maßnahme, die bis zum 31. Dezember 2022 befristet ist. Für Leistungen der betrieblichen Altersversorgung wird ein Freibetrag in Höhe von 159 Euro im Monat eingeführt (vgl. Bundesministerium für Gesundheit 2019). Im Jahr 2021 wird der seit 1995 unbefristet erhobene Solidaritätszuschlag in Höhe von 5,5% auf die Einkommensteuer für den Großteil aller Steuerpflichtigen abgeschafft: Bis zu einem versteuernden Einkommen von 61 717 Euro ist künftig kein Zuschlag mehr zu leisten. Das Entlastungsvolumen für die Budgets beziffert sich auf knapp 10 Mrd. Euro. Alles in allem

Abb. 3.25

Indikatoren zur Konsumkonjunktur

Saisonbereinigter Verlauf



[a] Gegenwärtig. [b] Mittelwert der Salden in % der Meldungen der privaten Haushalte zu ihrer finanziellen und wirtschaftlichen Lage (in den kommenden zwölf Monaten), Arbeitslosigkeitserwartungen (in den kommenden zwölf Monaten) und den Ersparnissen (in den kommenden zwölf Monaten).
Quelle: Europäische Kommission.

© ifo Institut

werden die Löhne und Gehälter brutto um 3,0% im nächsten Jahr und um 3,3% im übernächsten Jahr steigen, netto, d.h. nach Abzug von Steuern und Sozialabgaben um 2,7% und um 3,7%.

Bei den monetären Transfers schlägt im Prognosezeitraum zu Buche, dass die Altersrenten der durchschnittlichen Bruttolohnentwicklung folgend sehr kräftig angehoben werden dürften. Im Jahr 2020 ist für die Renten in Westdeutschland ein Anpassungssatz von 3,15% zu veranschlagen, in Ostdeutschland ein Satz von 3,92% (vgl. Bundesministerium für Arbeit und Soziales 2019, S. 46). Im Jahr 2021 ist mit einem Satz von wenigstens 2½% zu rechnen. Zusätzlich schlägt zu Buche, dass zum 1. Januar 2021 eine Grundrente eingeführt wird. Die Grundrente erhalten Versicherte, die 35 Jahre Pflichtbeiträge gezahlt, Kinder erzogen und Angehörige gepflegt haben und deren Beitragsleistung zwischen 30 und 80% des Durchschnittsverdienstes lag (vgl. Deutsche Rentenversicherung 2019). Schließlich wird zum gleichen Zeitpunkt das Kindergeld um 15 Euro pro Kind monatlich erhöht. Für das erste und zweite Kind gibt es dann monatlich 219 Euro, für das dritte 225 Euro und ab dem vierten Kind schließlich 250 Euro. Unter Einrechnung der Selbständigen- und Vermögenseinkommen werden die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte voraussichtlich in beiden Jahren um rund 3% expandieren, real um 1,6%. Bei im Vergleich zum Jahr 2019 leicht erhöhter Sparquote zeichnet sich für das Jahr 2020 eine Zunahme des realen Konsums um 1,3% ab, im Jahr 2021 um 1,6% (vgl. Abb. 3.26).

INFLATION NIMMT WIEDER ZU

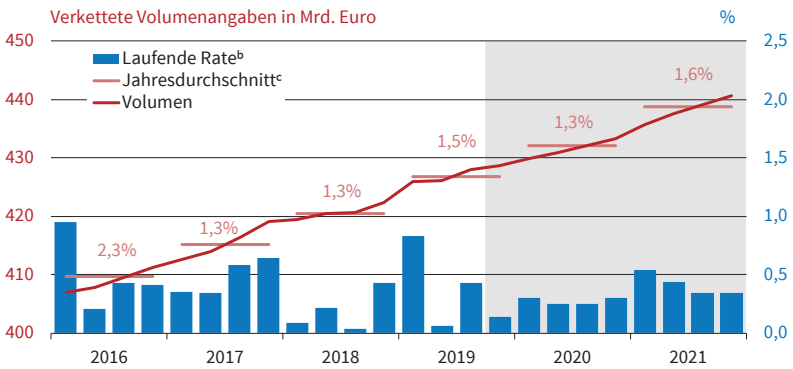
Die Verbraucherpreise – gemessen am Verbraucherpreisindex VPI – sind saisonbereinigt in der zweiten Jahreshälfte 2019, nach kräftiger Beschleunigung im zweiten Quartal, wieder deutlich langsamer gestiegen. Die laufende Rate lag im dritten wie im vierten Quartal bei rund 0,3%, nach einer Rate von 0,7% im zweiten Quartal. Dämpfend wirkten vor allem die Heizöl- und Kraftstoffpreise, die aufgrund sinkender Rohölnotierungen seit dem Frühsommer deutlich nachgegeben haben. Zudem stiegen die Preise für Industriegüter (ohne Energie) im Jahresverlauf unterdurchschnittlich. Dagegen zogen die Nahrungsmittelpreise saisonbereinigt recht kräftig an. Fleisch und Wurstwaren verteuerten sich deutlich aufgrund einer weltweiten Angebotsverknappung, ausgelöst durch eine in China grassierende Tierseuche. Im Vorjahresvergleich fiel die Preissteigerungsrate im vierten Quartal aufgrund von Basiseffekten auf 1,2%, nach einer Rate von 1,5% im dritten Vierteljahr und von 1,7% im zweiten. Die Kerninflation (Entwicklung des VPI ohne Energieträger) verharrt dagegen seit dem Frühjahr bei 1,5%, im ersten Quartal hatte sie bei 1,2% gelegen.

Einen noch ausgeprägteren Rückgang der Inflation zeigte im laufenden Jahr der harmonisierte Verbraucherpreisindex (HVPI). HVPI und nationaler VPI weisen für gewöhnlich annähernd gleiche Zuwachsraten auf. Vom zweiten zum dritten Vierteljahr 2019 ermäßigte sich die Inflationsrate – gemessen am HVPI – um 0,7 Prozentpunkte auf 1,0%. In dieser Sonderentwicklung spiegelt sich der Anteilsverlust von Pauschalreisen im Wägungsschema des HVPI wieder, der sich Im

Abb. 3.26

Reale Konsumausgaben der privaten Haushalte[a]

Saison- und kalenderbereinigter Verlauf



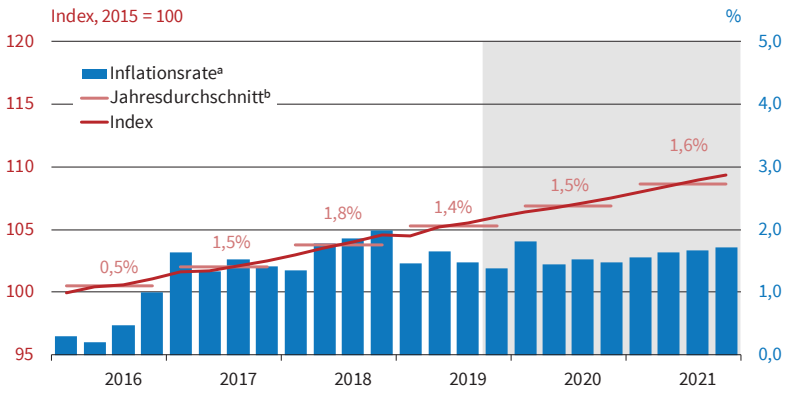
[a] Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.
[b] Veränderung gegenüber dem Vorquartal in %.
[c] Zahlenangaben: Veränderung der Ursprungswerte gegenüber dem Vorjahr.
Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts;
ab 4. Quartal 2019: Prognose des ifo Instituts.

© ifo Institut

Abb. 3.27

Verbraucherpreise in Deutschland

Saison- und kalenderbereinigter Verlauf



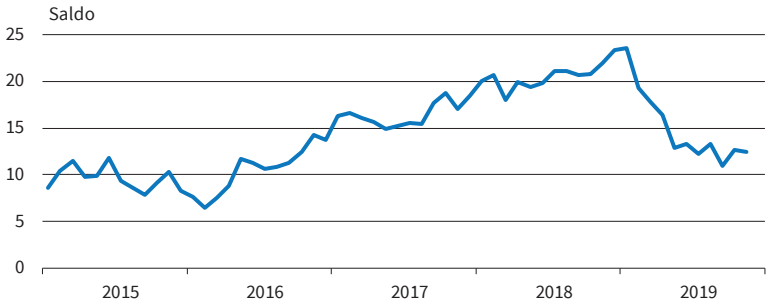
[a] Veränderung gegenüber dem Vorjahresquartal in %.
[b] Zahlenangaben: Veränderung der Ursprungswerte gegenüber dem Vorjahr.
Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts;
ab 4. Quartal 2019: Prognose des ifo Instituts.

© ifo Institut

Abb. 3.28

ifo Preiserwartungen der deutschen Wirtschaft[a]

Saisonbereinigter Verlauf



[a] Erwartete Verkaufspreise im Verarbeitenden Gewerbe, Bauhauptgewerbe, Groß- und Einzelhandel und den übrigen Dienstleistungsbereichen in den kommenden drei Monaten; Saldo der prozentualen Anteile "steigen" und "fallen".
Quelle: ifo Konjunkturumfragen.

© ifo Institut

Gefolge der turnusmäßigen Revision der nationalen Preisstatistik ergeben hat. Anders als beim nationalen VPI ändert sich im HVPI das Gewichtungsschema jährlich, was die Inflationsrate im Vergleich zum VPI mit konstanter Gewichtung nach unten bzw. nach oben verzerren kann. Im vierten Quartal 2019 dürfte die HVPI-Rate mit 1,1% noch leicht unter der VPI-Rate (1,2%) gelegen haben.

Alles in allem dürften die Verbraucherpreise im Jahresdurchschnitt 2019 insgesamt um 1,4% steigen (vgl. Abb. 3.27). Ohne Energieträger dürfte der Anstieg ebenfalls 1,4% betragen.

Für den weiteren Prognosezeitraum wird angenommen, dass die Ölpreise real unverändert bleiben, so dass hiervon keine nennenswerten Preisimpulse ausgehen werden. Die Strompreise werden dagegen im nächsten Jahr merklich steigen. So wird die EEG-Umlage um 5,5% auf dann 6,756 Cent pro Kilowattstunde angehoben. Auch die Netzentgelte werden im kommenden Jahr steigen.[9] Angesichts der sich wieder bessernden Konjunktur eröffnen sich für viele Unternehmen wieder Preiserhöhungsspielräume; die Preiserwartungen der Wirtschaft haben sich bereits wieder stabilisiert (vgl. Abb. 3.28). Die Unternehmen dürften den Kostenschub, der durch die Wiedereinführung der paritätischen Finanzierung in der gesetzlichen Krankenversicherung ausgelöst wurde, an die Verbraucher nach und nach weitergeben. Die Mieten dürften angesichts des in Ballungsräumen herrschenden Wohnungsmangels weiter aufwärts tendieren. Viele Gemeinden wollen überdies die Grund- und die Gewerbesteuer sowie zahlreiche kommunale Gebühren erhöhen. Gegenzurechnen ist, dass die Gebühren für den Besuch von Kindertagesstätten weiter gesenkt werden dürften. Alles in allem wird der Verbraucherpreisindex im Durchschnitt des Jahres 2020 voraussichtlich um 1,5% steigen und im Jahr 2021 bei fiskalisch beförderter Konsumkonjunktur um 1,6% (vgl. Abb. 3.27). Ohne die Energiekomponente ergeben sich in den beiden Jahren voraussichtlich die gleichen Inflationsraten.

Der Deflator des Bruttoinlandsprodukts, der die Kosten der inländischen Leistungserstellung misst, ist in den Jahren 2018 und 2019 beschleunigt gestiegen. Maßgeblich hierfür war die kräftige Zunahme der Lohnstückkosten. In den Jahren 2020 und 2021 dürfte der Lohnkostendruck wieder nachlassen; die sich bessernde Konjunktur eröffnet den Unternehmen allerdings die Möglichkeit, ihre Erträge, je Einheit reales BIP gerechnet, nach den kräftigen Rückgängen in Folge, wieder auszuweiten (vgl. Tab. 3.11).

STAATSKONSUM EXPANSIV DURCH FINANZPOLITISCHE MASSNAHMEN

Nach einem vergleichsweise schwachen Vorjahr weist der reale Staatskonsum im laufenden Jahr wieder eine stärkere Zuwachsrate von 2,1% auf. Hierzu tragen unter anderem expansive Maßnahmen wie der Digitalpakt Schulen und das Gute-Kita-Gesetz bei, die zu einem Anstieg der staatlichen Vorleistungskäufe führen. Ebenso steigen die staatlichen Personalausgaben infolge des Beschäftigungsaufbaus

[9] Erst im Jahr 2021 kommt es im Gegenzug zu einem Einstieg in die CO_2-Bepreisung in den Sektoren Gebäude und Verkehr zu einer Senkung der EEG-Umlage in Höhe von 0,25 Cent pro Kilowattstunde. Bereits im Jahr 2020 sollen die Umsatzsteuer auf Fernverkehr-Fahrscheine der Bahn gesenkt und die Steuer auf Flugtickets erhöht werden.

Tab. 3.11

BIP-Deflator

Inflationsbeiträge der Komponenten des BIP-Deflators in Prozentpunkten

	2018	2019	2020	2021
BIP-Deflator[a]	**1,5**	**2,0**	**2,0**	**1,8**
Arbeitnehmerentgelte (Inländer)[b]	1,5	1,9	1,0	0,9
Kosteneffekt der Bruttolöhne und-gehälter	1,4	1,5	0,8	0,8
Kosteneffekt der Arbeitgeberbeiträge	0,2	0,4	0,1	0,1
Unternehmens- und Vermögenseinkommen[b]	-0,5	-0,6	0,4	0,4
Abschreibungen[b]	0,6	0,7	0,5	0,5
Prod.- und Importabgaben abz. Subventionen[b]	0,1	0,2	0,2	0,1
./. Saldo der Primäreinkommen übrige Welt[b]	0,3	0,2	0,1	0,1

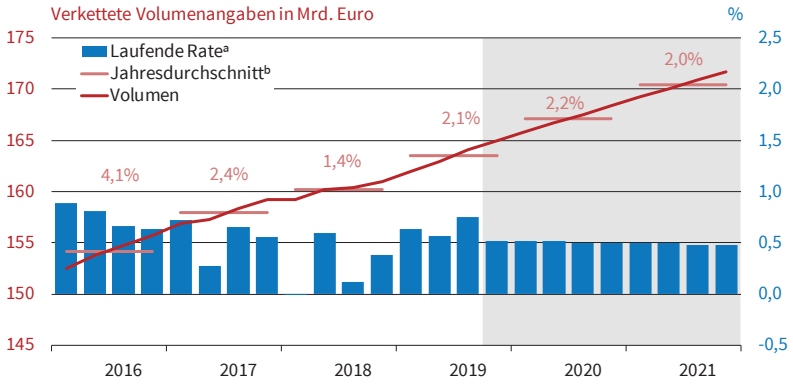
[a] Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %. [b] Je Einheit reales Bruttoinlandsprodukt.

Quelle: Statistisches Bundesamt; 2019 bis 2021: Prognose des ifo Instituts. © ifo Institut Dez. 2019

Abb. 3.29

Reale Konsumausgaben des Staats

Saisonbereinigter Verlauf



[a] Veränderung gegenüber dem Vorquartal in %.
[b] Zahlenangaben: Veränderung der Ursprungswerte gegenüber dem Vorjahr.
Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts;
ab 4. Quartal 2019: Prognose des ifo Instituts. © ifo Institut

im öffentlichen Dienst sowie der Wiedereinführung der Parität in der gesetzlichen Krankenversicherung an. Im weiteren Prognosezeitraum ist aufgrund der expansiven Maßnahmen der Bundesregierung mit einem weiteren Anstieg der staatlichen Konsumausgaben von 2,2% und 2,0% zu rechnen (vgl. Abb. 3.29).

REZESSION IN DER INDUSTRIE HÄLT VORERST AN

Die deutsche Wirtschaft hat sich im dritten Quartal 2019 stabilisiert. Das preis-, saison- und kalenderbereinigte Bruttoinlandsprodukt expandierte nach ersten Angaben des Statistischen Bundesamts um 0,1% gegenüber dem Vorquartal, nachdem die Wirtschaftsleistung revidiert im zweiten Vierteljahr 2019 sogar um kräftige 0,2% zurückging. Somit ist nach ersten amtlichen Angaben Deutschland an einer technischen Rezession vorbeigeschrammt, von der das ifo Institut in seiner Herbstprognose 2019 noch ausgegangen war (vgl. Wollmershäuser 2019). Jedoch zeichnet der detaillierte Blick auf die Entstehungsseite ein anderes Bild: gemessen an der preis-, saison- und kalenderbereinigten Bruttowertschöpfung, also jener gesamtwirtschaftlichen Leistung zu Herstellungspreisen, befindet sich Deutschland in der Tat in einer technischen Rezession. Die Rückgänge bei der preisbereinigten Bruttowertschöpfung beliefen sich auf 0,3% im zweiten Vierteljahr 2019 und auf 0,1% im dritten Quartal des laufenden Jahres (vgl. Tab. 3.12). Diese Entwicklung war auch treffsicher vom ifo Institut in seiner Herbstprognose prognostiziert (vgl. Kasten: Prognosefehler der Entstehungsrechnung für das dritte Quartal 2019). Somit sind vor allem die Nettogütersteuern für das am Bruttoinlandprodukt gezeichnete positive Bild verantwortlich, da diese mit 1,4% im Vorquartalsvergleich recht kräftig zulegten.

Maßgeblich für die Abkühlung der deutschen Wirtschaft ist – wie bereits seit mehr als einem Jahr – die hiesige Industrie. Im dritten Quartal 2019 sank die Bruttowertschöpfung um 1,1% gegenüber dem Vorquartal, was den fünften Rückgang in Folge darstellt. Diese anhaltende Schwäche tangiert nunmehr auch nachhaltig die industrienahen Dienstleistungsbereiche. So war die Bruttowertschöpfung im Bereich Verkehr und Lagerei (– 1,6%)[10] und bei den Unternehmensdienstleistern (– 0,2%) rückläufig. Aber auch der Produktionsverbindungshandel, also jener Teil des Großhandels, der beispielsweise zwei Stufen der industriellen Wertschöpfungskette miteinander verbindet, fiel im Jahresverlauf 2019 schwach aus und war mehrere Monate rückläufig. Der Rückgang im Bereich Energie- und Wasserversorgung fällt sogar noch gravierender aus. Hier ist die Bruttowertschöpfung das zweite Quartal in Folge um 3,0% gesunken, was zu einem Großteil durch die industrielle Rezession begründet werden kann. Dabei ist besonders auffällig, dass die rückläufige Bruttostromerzeugung (in MWh) im Jahresverlauf 2019 maßgeblich durch die Energieträger Braun- und Steinkohle verursacht wird, während die Stromerzeugung aus Kernenergie sowie Erdöl und Erdgas im normalen saisonalen Schwankungsbereich verlief.

[10] Das Statistische Bundesamt weist offiziell keine Angaben zur preis-, saison- und kalenderbereinigten Bruttowertschöpfung des Bereichs Verkehr und Lagerei aus. Jedoch stehen den Instituten Angaben zur Bruttowertschöpfung dieses Bereichs in Ursprungswerten und die dazugehörigen Kalender- und Saisonfaktoren zur Verfügung. Aus diesen Angaben wurde die Saison- und Kalenderbereinigung (inkl. Jahressummenpassung) schließlich manuell vorgenommen.

Tab. 3.12

Bruttoinlandsprodukt und Bruttowertschöpfung nach Wirtschaftsbereichen

Veränderung in %

	2019 I	2019 II	2019 III	2019 IV	2020 I	2020 II	2020 III	2020 IV	2019	2020	2021
	Veränderung ggü. Vorquartal[a]								Veränderung ggü. Vorjahr[b]		
Bruttoinlandsprodukt	**0,5**	**– 0,2**	**0,1**	**0,1**	**0,2**	**0,3**	**0,3**	**0,4**	**0,5**	**1,2**	**1,5**
darunter:											
Bruttowertschöpfung der Wirtschaftsbereiche	0,4	– 0,3	– 0,1	0,1	0,2	0,3	0,3	0,4	0,3	0,9	1,5
darunter:											
Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe	– 1,0	– 1,5	– 1,3	– 0,5	– 0,2	0,0	0,2	0,2	– 3,8	– 0,8	1,0
darunter:											
Verarbeitendes Gewerbe	– 1,1	– 1,3	– 1,1	– 0,8	– 0,3	0,0	0,2	0,2	– 3,7	– 0,9	1,0
Energieversorgung, Wasserversorgung u.Ä.	– 0,3	– 3,0	– 3,0	1,5	0,2	0,2	0,2	0,2	– 4,0	– 0,4	0,6
Baugewerbe	1,1	– 0,8	2,0	0,4	0,6	0,5	0,4	0,4	3,7	3,1	1,5
Handel, Verkehr, Gastgewerbe	2,5	– 0,6	– 0,1	0,1	0,2	0,2	0,2	0,3	2,3	0,7	1,1
Information und Kommunikation	1,0	0,6	1,4	0,6	0,7	0,9	1,0	1,0	3,3	3,5	4,0
Finanz- und Versicherungsdienstleister	0,9	1,0	0,5	0,2	0,2	0,0	0,0	0,0	2,5	1,0	0,0
Grundstücks- und Wohnungswesen	0,8	0,3	0,2	0,2	0,5	0,6	0,6	0,6	1,4	1,7	2,5
Unternehmensdienstleister	0,6	– 0,1	– 0,2	– 0,1	0,0	0,4	0,5	0,5	0,6	0,6	2,0
Öffentliche Dienstleister	– 0,1	0,5	0,4	0,5	0,5	0,4	0,4	0,4	1,4	1,9	1,9
Sonstige Dienstleister	0,5	0,3	– 0,3	0,3	0,2	0,1	0,1	0,1	0,9	0,6	0,4

[a] Verkettete Absolutwerte, saison- und kalenderbereinigt; [b] Ursprungswerte, Jahresdurchschnitte

Quelle: Statistisches Bundesamt; ab IV/2019: Prognose des ifo Instituts.

© ifo Institut Dez. 2019

Prognosefehler der Entstehungsrechnung für das dritte Quartal 2019

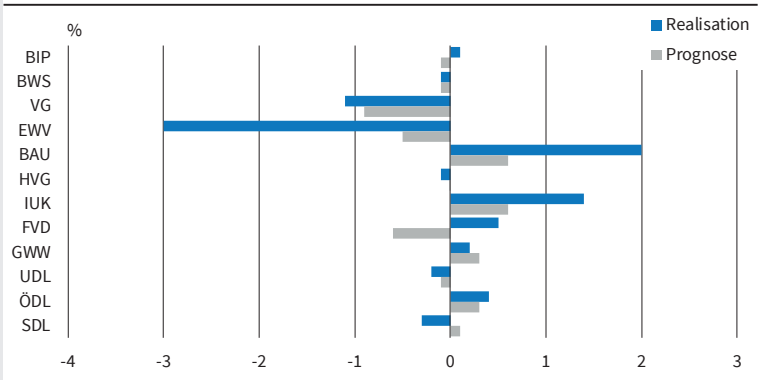
Das ifo Institut schätzte den Verlauf für das preis-, saison- und kalenderbereinigte im dritten Quartal 2019 mit – 0,1% zu pessimistisch ein (erste Fortschreibung des Statistischen Bundesamts vom 22. November 2019: 0,1%). Jedoch lag das ifo Institut treffsicher mit seiner Einschätzung zur gesamtwirtschaftlichen Bruttowertschöpfung (Prognose und erste Fortschreibung: – 0,1%; vgl. Tab. 3.12).

Die Rezession im Verarbeitenden Gewerbe hielt weiter an, was vom ifo Institut ebenfalls nur mit einem geringen Prognosefehler in Höhe von 0,2 Prozentpunkten (Prognose: – 0,9%, Realisation: – 1,1%) richtig eingeschätzt wurde. Alle der Industrie nachgelagerten Bereiche tendierten ebenfalls zur Schwäche (Verkehr und Lagerei sowie die Unternehmensdienstleister), was in der Herbstprognose 2019 ebenfalls im Prognosebild angelegt war. Die größten Prognosefehler für das dritte Quartal 2019 finden sich im Baugewerbe (Prognose: 0,6%, Realisation: 2,0%) sowie dem Bereich der Information und Kommunikation (Prognose: 0,6%, Realisation: 1,4%); in beiden Bereichen wurde die Ausweitung der Bruttowertschöpfung unterschätzt. Auch die Höhe des Rückgangs bei der Energie- und Wasserversorgung wurde zu gering eingestuft, was mit einem Prognosefehler von 2,5 Prozentpunkten einhergeht (Prognose: – 0,5%, Realisation: – 3,0%). Des Weiteren wurde die Entwicklung in Wirtschaftsbereichen mit geringem Wertschöpfungsanteil und schwieriger Indikatorenlage (Finanz- und Versicherungsdienstleister sowie die Sonstigen Dienstleister) falsch eingeschätzt.

Abb. 3.30

Prognosen und Realisationen der Entstehungsrechnung für das 3. Quartal 2019

Vergleich ifo Herbstprognose 2019 und erste Fortschreibung



Abkürzungen: BIP: Bruttoinlandsprodukt, BWS: Bruttowertschöpfung, VG: Verarbeitendes Gewerbe, EWV: Energie- und Wasserversorgung, BAU: Baugewerbe, HVG: Handel, Verkehr, Gastgewerbe, IUK: Information und Kommunikation, FVD: Finanz- und Versicherungsdienstleister, GWW: Grundstücks- und Wohnungswesen, UDL: Unternehmensdienstleister, ÖDL: Öffentliche Dienstleister, SDL: Sonstige Dienstleister.

Quelle: ifo Institut; Statistisches Bundesamt.

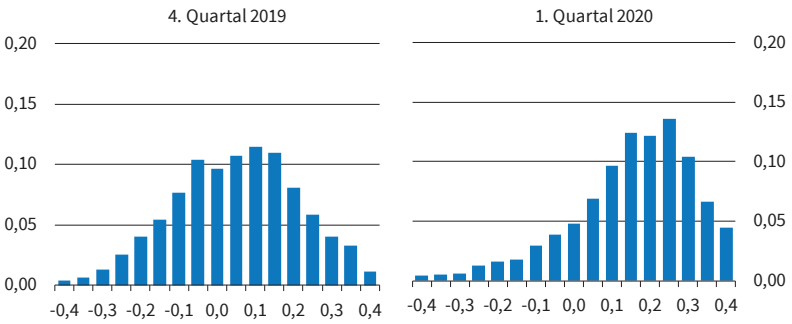
© ifo Institut

Positive Impulse für die deutsche Wirtschaft kamen im dritten Quartal 2019 vor allem aus dem Baugewerbe (2,0%) sowie den konsumnahen Dienstleistungsbereichen. Gestützt durch die anhaltend robuste Einkommensentwicklung und den insgesamt positiven Arbeitsmarkt weitete der Bereich Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kfz seine Wertschöpfung preisbereinigt aus; sowohl die Einzelhändler als auch die Konsumtionsverbindungshändler konnten im Jahresverlauf 2019 reale Umsatzzuwächse verbuchen. Darüber hinaus weiteten der Dienstleistungsbereich Information und Kommunikation (1,4%), die Finanz- und Versicherungsdienstleister (0,5%) sowie die Öffentlichen Dienstleister (0,4%) ihre Wertschöpfung recht kräftig aus.

Abb. 3.31

Verteilung der Modellprognosen für das reale Bruttoinlandsprodukt[a]

Relative Häufigkeit



[a] Verteilung der sich im Rahmen eines Kombinationsansatzes ergebenden Veränderungsraten des Bruttoinlandsprodukts gegenüber Vorquartal; vgl. Carstensen et al. (2009).
Quelle: Berechnungen des ifo Instituts.

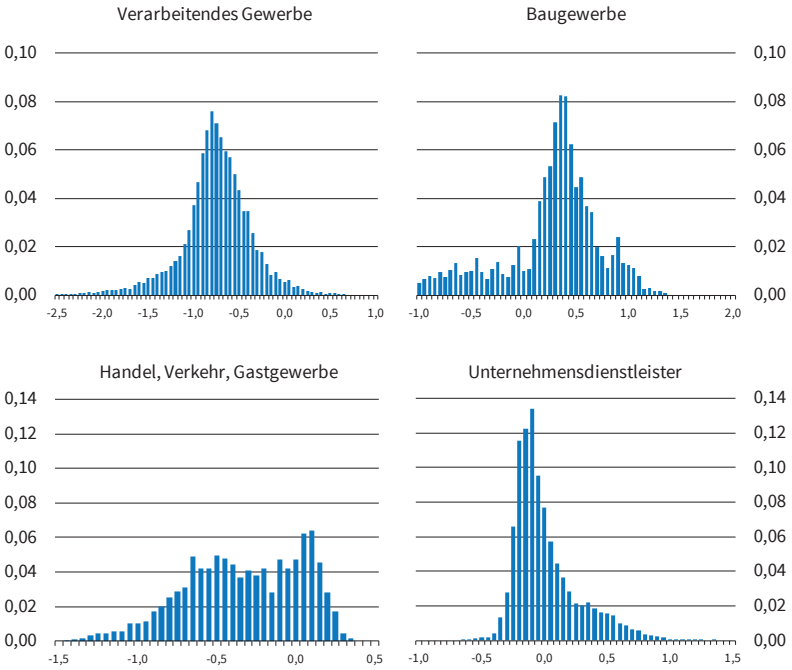
© ifo Institut

Grundlage für die Prognose der gesamtwirtschaftlichen Leistung im vierten Quartal 2019 und im ersten Quartal 2020 sind monatlich verfügbare Frühindikatoren. Neben Angaben der amtlichen Statistik (z.B. die Auftragseingänge im Verarbeitenden Gewerbe und der Produktionsindex) wird den Ergebnissen der ifo Konjunkturumfrage eine besondere Rolle beigemessen (vgl. Carstensen et al. 2009). Auf Basis des vom ifo Institut verwendeten Indikatorenansatzes dürfte die gesamtwirtschaftliche Produktion im vierten Vierteljahr des laufenden Jahres um 0,1% zulegen und im ersten Quartal 2020 um 0,2% expandieren. Abbildung 3.31 zeigt die Häufigkeitsverteilung der im Rahmen des Pooling-of-Forecasts-Ansatzes gewonnenen Quartalsschätzungen der BIP-Zuwachsrate, die sich in der Vergangenheit als äußerst treffsicher erwiesen hat (vgl. Fobbe und Lehmann 2016). Zusätzlich zum BIP sind in Abbildung 3.32 (4. Quartal 2019) und Abbildung 3.33 (1. Quartal 2020) die Häufigkeitsverteilungen für die vier Wirtschaftsbereiche Verarbeitendes Gewerbe, Baugewerbe, Handel, Verkehr und Gastgewerbe sowie die Unternehmensdienstleister abgetragen. Insgesamt sind die Häufigkeitsverteilungen für die Prognosen nach Wirtschaftsbereichen breiter und damit unsicherer als jene für die direkte Prognose des realen Bruttoinlandsprodukts. Maßgeblich hierfür dürften vor allem die Volatilitäten der Verlaufsraten sein. Während die Verlaufsrate des realen Bruttoinlandsprodukts im Zeitraum zweites Quartal 1991 bis drittes Quartal 2019 mit 0,8 Prozentpunkten recht verhalten schwankt, sind Quartalszuwächse des Baugewerbes (2,6 Prozentpunkte) und des Verarbeitende Gewerbes (2,4 Prozentpunkte) am volatilsten. Aber auch der Bereich Handel, Verkehr und Gastgewerbe sowie die Unternehmensdienstleister schwanken doppelt so stark wie das BIP (1,4 bzw. 1,5 Prozentpunkte im betrachteten Zeitraum).

Abb. 3.32

Verteilung der Modellprognosen[a] nach Wirtschaftsbereichen für das 4. Quartal 2019

Relative Häufigkeit

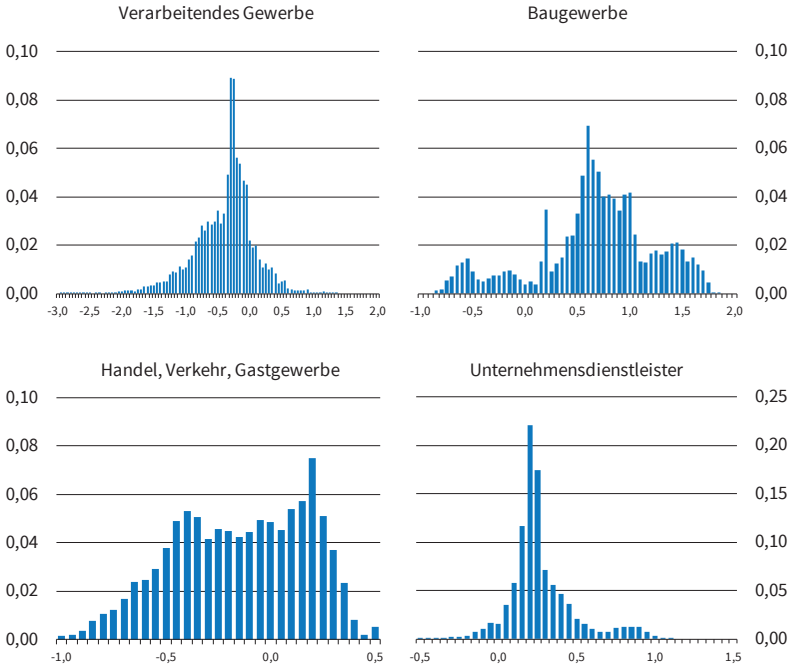


[a] Verteilung der sich im Rahmen eines Kombinationsansatzes ergebenden Veränderungsraten der jeweiligen Bruttowertschöpfung gegenüber Vorquartal; vgl. Carstensen et al. (2009).
Quelle: Berechnungen des ifo Instituts.

© ifo Institut

Abb. 3.33

Verteilung der Modellprognosen[a] nach Wirtschaftsbereichen für das 1. Quartal 2020
Relative Häufigkeit



[a] Verteilung der sich im Rahmen eines Kombinationsansatzes ergebenden Veränderungsraten der jeweiligen Bruttowertschöpfung gegenüber Vorquartal; vgl. Carstensen et al. (2009).
Quelle: Berechnungen des ifo Instituts.

© ifo Institut

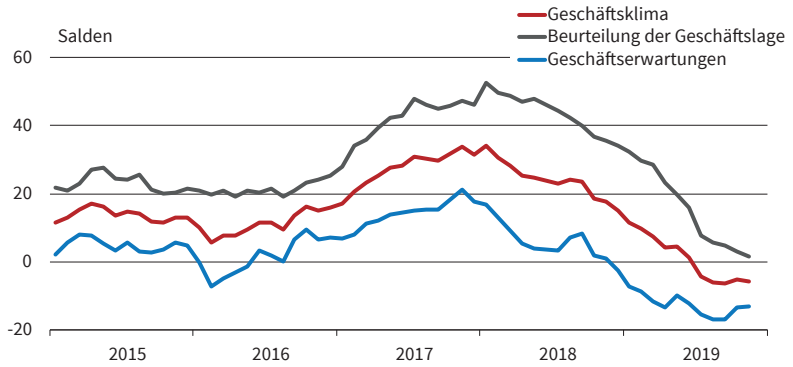
Im Schlussquartal des laufenden Jahres dürfte die deutsche Industrie in der Rezession verbleiben und die preisbereinigte Bruttowertschöpfung erneut um 0,8% sinken (vgl. Tab. 3.12), wobei es sich um die Medianprognose aus dem ifo-Kombinationsansatz handelt (vgl. Abb. 3.32). Darauf deutet besonders die jüngst veröffentlichte Industrieproduktion für den Monat Oktober 2019 hin. Gemäß den Angaben des Statistischen Bundesamts sank die Produktion um 1,6% unter ihren Wert vom September 2019; gegenüber dem dritten Quartal 2019 bedeutet dies ein Rückgang um 2,3%. Jedoch dürfte dieser kräftige Rückgang die konjunkturelle Grunddynamik etwas überzeichnen, da im Oktober überdurchschnittlich viele Ferien- und Brückentage anfielen. Eigene Berechnungen zeigen, dass ein signifikanter Teil des Rückgangs durch diese Sonderfaktoren erklärt werden kann. Sofern man die amtlichen Zahlen zur Produktion im Verarbeitenden Gewerbe bereinigt, fällt der Rückgang gegenüber dem Vormonat nur noch in ein knappes Prozent aus. Im November hingegen dürfte dieser Teil wieder aufgeholt werden, was für sich genommen die Produktion erhöhen dürfte. Dennoch deuten auch die ifo Befragungsindikatoren auf eine anhaltend getrübte Entwicklung im vierten Quartal 2019 hin. So sind die Einschätzungen der Firmen bzgl. ihrer momentanen Geschäftssituation bis einschließlich November 2019 gesunken (vgl. Abb. 3.34). Die Geschäftserwartungen für die kommenden sechs Monate hingegen stoppten ihren Abwärtstrend und sind zuletzt sogar dreimal in Folge gestiegen. Darüber hinaus haben sich die Auftragseingänge auf niedrigerem Niveau stabilisiert (vgl. Abb. 3.35). Damit dürfte die deutsche Industrie im Prognosezeitraum allmählich ihre rezessive Phase hinter sich lassen.

Die preisbereinigte Bruttowertschöpfung im Baugewerbe ist im dritten Quartal 2019 mit 2,0% gegenüber dem Vorquartal sehr kräftig expandiert. Diese hohe Dynamik wird im Schlussvierteljahr des laufenden Jahres nicht zu halten sein und mit 0,4% Zuwachs gegenüber dem Vorquartal in etwa durchschnittlich ausfallen. Maßgeblich hierfür ist der kräftige Rückgang der Bauproduktion um 2,8% im Oktober 2019. Sicherlich ist dieser Rückgang auch im Zuge des kräftigen Anstiegs im September zu sehen; die zugrundliegende positive konjunkturelle Grunddynamik im Baugewerbe ist weiterhin in Takt. Jedoch dürften sich die Zuwächse allmählich normalisieren, da auch die ifo Geschäftslage im Bauhauptgewerbe zuletzt etwas nachgegeben hat.

Im Dienstleistungsbereich bleibt die Entwicklung zweigeteilt. Einerseits leiden

Abb. 3.34

ifo Konjunkturumfrage Verarbeitendes Gewerbe[a]

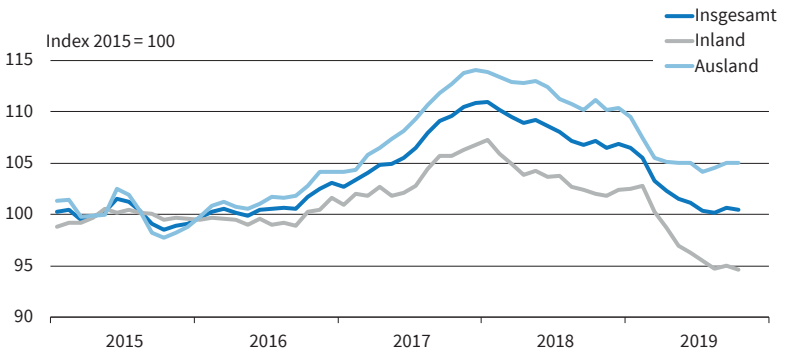


[a] Saisonbereinigter Verlauf.
Quelle: ifo Konjunkturumfragen.

© ifo Institut

Abb. 3.35

Entwicklung der Auftragseingänge (ohne Großaufträge)[a]



[a] Gleitender Dreimonatsdurchschnitt.
Quelle: Statistisches Bundesamt.

© ifo Institut

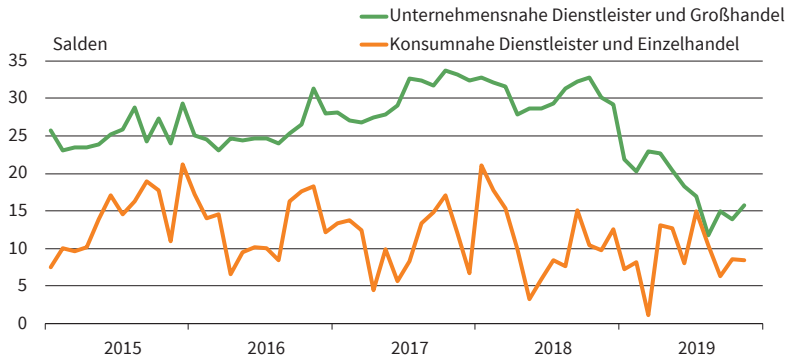
die unternehmensnahen Dienstleister weiterhin unter der Schwäche im Verarbeitenden Gewerbe. Das ifo Geschäftsklima der Unternehmensnahen Dienstleister (inkl. Großhandel) hat im Jahresverlauf 2019 deutlich nachgegeben, wenngleich es sich zuletzt wiedererholte (vgl. Abb. 3.36). Im dritten Quartal 2019 dürfte die Bruttowertschöpfung der Unternehmensdienstleister wohl abermals rückläufig sein (– 0,1%); gleiches gilt auch für den Bereich Verkehr und den Produktionsverbindungshandel. Andererseits zeigen sich die Konsumnahen Dienstleister (inkl. Einzelhandel) robust in ihrem Verlauf, was nicht zuletzt in der weiterhin guten Arbeitsmarktlage und den kräftigen Steigerungen der Realeinkommen begründet liegt. Jedoch ist der reale Einzelhandelsumsatz im Oktober 2019 um 1,9% unter den Wert von September gesunken. Unter der Gesamtschau der Indikatoren dürfte die Bruttowertschöpfung im Bereich Handel, Verkehr und Gastgewerbe im dritten Quartal des laufenden Jahres nur recht verhalten um 0,1% zulegen. Die Öffentlichen Dienstleister werden aller Voraussicht nach weiter kräftig expandieren.

Zum Jahresauftakt 2020 dürfte sich der Zuwachs beim preisbereinigten BIP wieder beschleunigen (0,2% gegenüber dem Schlussquartal 2019). Maßgeblich hierfür ist, dass sich der Rückgang der Wertschöpfung im Verarbeitenden Gewerbe deutlich abschwächt und im ersten Quartal 2020 voraussichtlich nur noch – 0,3% betragen wird. Sowohl die Neuaufträge (ohne Großaufträge) als auch die ifo Geschäftserwartungen für die kommenden sechs Monate im Verarbeitenden Gewerbe deuten auf eine Stabilisierung auf niedrigerem Niveau hin. Im Baugewerbe dürfte die Dynamik der letzten Jahre nicht zu halten sein und sich allmählich normalisieren. Im Zuge der langsamen industriellen Erholung werden auch die industrienahen Dienstleister wieder zu ihren durchschnittlichen Zuwachsraten zurückkehren; der private Konsum bleibt eine Stütze der deutschen Wirtschaft, was sich letztendlich in den konsumnahen Dienstleistungsbereichen widerspiegelt. Die Ausweitung der Wertschöpfung der Öffentlichen Dienstleister bleibt aufgrund der fiskalischen Maßnahmen der Bundesregierung anhaltend hoch.

Insgesamt wird das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt im Jahresdurchschnitt 2019 um 0,5% expandieren (vgl. Abb. 3.5); kalenderbereinigt ergibt sich ein Zuwachs von 0,6% (vgl. Tab. 3.2). Besonders das Verarbeitende Gewerbe und die Energieversorgung dämpfen das gesamtwirtschaftliche Ergebnis mit jahresdurchschnittlichen Rückgängen von 3,7% bzw. 4,0% gegenüber 2018 (vgl. Tab. 3.12). Aber auch die Unternehmensdienstleister expandieren mit 0,6% nur unterdurchschnittlich. Im Jahresdurchschnitt 2020 wird das Bruttoinlandsprodukt mit 1,1% wieder kräftiger steigen, wenngleich der Kalendereffekt von 0,4 Prozentpunkten die eher verhaltene konjunkturelle Grunddynamik überzeichnet. Auch im kommenden Jahr wird die deutsche Industrie voraussichtlich erneut einen negativen Wachstumsbeitrag zum Bruttoinlandsprodukt liefern, wenngleich dieser deutlich geringer ausfallen dürfte als im laufenden Jahr; auch 2020 fallen die jahresdurchschnittlichen Zuwachsraten bei den industrienahen Dienstleistern eher unterdurchschnittlich aus. Im Jahr 2021 dürfte das Bruttoinlandsprodukt mit einer Rate von 1,5% expandieren, wobei die einzelnen Bereiche in etwa mit ihren Trendraten wachsen. Die Ausnahme bilden hier die Öffentlichen Dienstleister, die durch die von der Bundesregierung beschlos-

Abb. 3.36

ifo Geschäftsklima Dienstleister[a]



[a] Saisonbereinigter Verlauf.
Quelle: ifo Konjunkturumfragen.

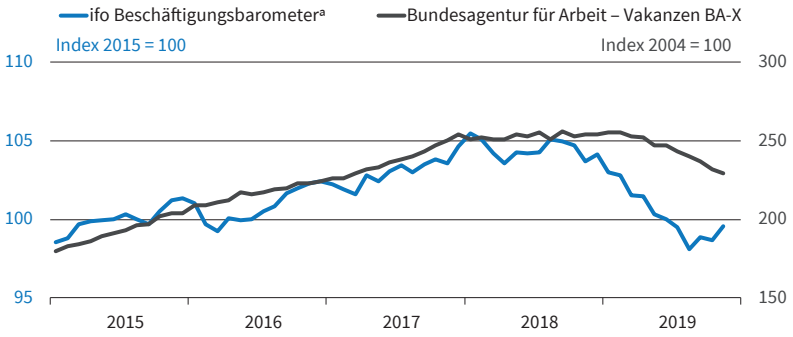
© ifo Institut

senen Maßnahmen beflügelt werden. Damit dürfte der Auslastungsgrad der deutschen Wirtschaft am Ende des Prognosezeitraums wieder zunehmen und leicht positiv ausfallen.

Abb. 3.38

Arbeitsmarktindikatoren für Deutschland

Saisonbereinigter Verlauf



[a] Verarbeitendes Gewerbe, Dienstleistungssektor, Handel und Bauhauptgewerbe.
Quelle: Bundesagentur für Arbeit; ifo Konjunkturumfragen.

© ifo Institut

LICHT UND SCHATTEN AM ARBEITSMARKT

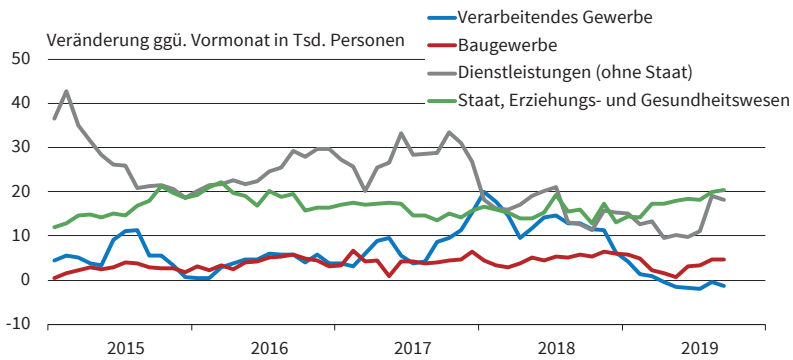
Im Spannungsfeld zwischen Industrierezession und kräftiger Binnenkonjunktur hat sich der Arbeitsmarkt in den vergangenen Monaten überwiegend als robust erwiesen. Insgesamt hat sich der Aufbau der Beschäftigung jedoch seit Jahresbeginn spürbar verlangsamt. Im dritten Quartal 2019 nahm die Zahl der Erwerbstätigen in Deutschland saisonbereinigt nur noch um 37 000 gegenüber dem Vorquartal zu. Da sowohl die Zahl der ausschließlich geringfügig Beschäftigten als auch die Zahl der Selbstständigen weiter rückläufig war, ging dieser Zuwachs vor allem auf den Aufbau der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung zurück, die saisonbereinigt um über 100 000 Personen zugenommen hat. Dabei zeigen sich deutliche Unterschiede zwischen den Wirtschaftsbereichen (vgl. Abb. 3.37). In Folge der Industrierezession ist der Beschäftigungsaufbau im Verarbeitenden Gewerbe weitgehend zum Stillstand gekommen; seit Frühjahr ist die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten in diesem Bereich saisonbereinigt sogar leicht rückläufig. Demgegenüber wird vor allem im privaten Dienstleistungssektor (WZ-Abschnitte G bis N) als auch in den Bereichen Öffentliche Verwaltung, Erziehung und Unterricht, sowie im Gesundheits- und Sozialwesen weiterhin stark Beschäftigung aufgebaut.[11] Hinzu kommt, dass der Beschäftigungsaufbau im Baugewerbe nach einer Abschwächung in der ersten Jahreshälfte wieder an Dynamik gewonnen hat.

Die Frühindikatoren spiegeln diese Heterogenität zwischen den Wirtschaftsbereichen wider und lassen für den Prognosezeitraum einen im Vergleich zu den Vorjahren deutlich abgeschwächten Beschäftigungsaufbau erwarten (vgl. Abb. 3.38). Der BA-X der Bundesagentur für Arbeit deutet auf eine weiterhin hohe Nachfrage der Unternehmen nach Arbeitskräften hin, die seit Jahresbeginn allerdings deutlich zurückgegangen ist. Im November lag der Bestand an offenen Stellen bei 736 000 (– 9% relativ zum Vorjahresmonat) und die Zahl der zusätzlich gemeldeten offenen Stellen bei 159 000 (13% unter dem Zugang im Vorjahresmonat). Zeitgleich ist die durchschnittliche Vakanzzeit binnen Jahresfrist deutlich gestiegen.[12] Die Einstellungsbereitschaft der Unternehmen hat sich hingegen gemessen am ifo Beschäftigungsbarometer seit August wieder leicht erhöht, nachdem sie zuvor über die Dauer eines Jahres in erheblichem Maße zurückgegangen war. Diesem Rückgang lag vor allem eine starke Eintrübung im Verarbeitenden Gewerbe zugrunde, die insbesondere in der Automobilindustrie seit Jahresbeginn massiv zurückgegangen ist (vgl. Exkurs: Zur Schwäche der Automobilindustrie und ihre Auswirkungen auf die deutsche Konjunktur). Diese Entwicklung schlug sich auch bei den unternehmensnahen Dienstleistern (inkl. Großhandel) nieder, wo sich die Einstellungsbereitschaft in den vergangenen Monaten allerdings wieder auf wesentlich höherem Niveau stabilisiert hat (vgl. Abb. 3.39).[13] Des Weite-

[11] Die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung hat am stärksten im Gesundheitswesen (+ 72 000 in September 2019 rel. zu Vorjahresmonat) und im Sozialwesen (+ 59 000) zugenommen. Darüber hinaus verzeichneten die Bereiche Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung (+ 43 000) und Erziehung und Unterricht (+ 34 000) ebenfalls einen substantiellen Beschäftigungsaufbau.

Abb. 3.37

Sozialversicherungspflichtige Beschäftigung nach Sektoren[a]



[a] Gleitender Dreimonatsdurchschnitt.
Quelle: Bundesagentur für Arbeit; Berechnungen des ifo Instituts.

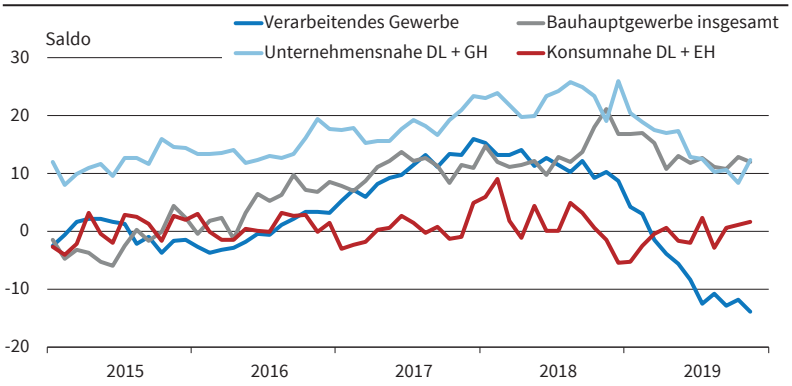
© ifo Institut

[12] Die durchschnittliche Vakanzzeit hat sich im November 2019 auf 133 Tage erhöht und liegt damit 14 Tage über dem Niveau von November 2018 (vgl. Bundesagentur für Arbeit 2019).

[13] Maßgeblich für das vergleichsweise hohe Niveau des ifo Beschäftigungsbarometers der unternehmensnahen Dienstleister ist die überdurchschnitt-

Abb. 3.39

ifo Beschäftigungsbarometer nach Wirtschaftsbereichen



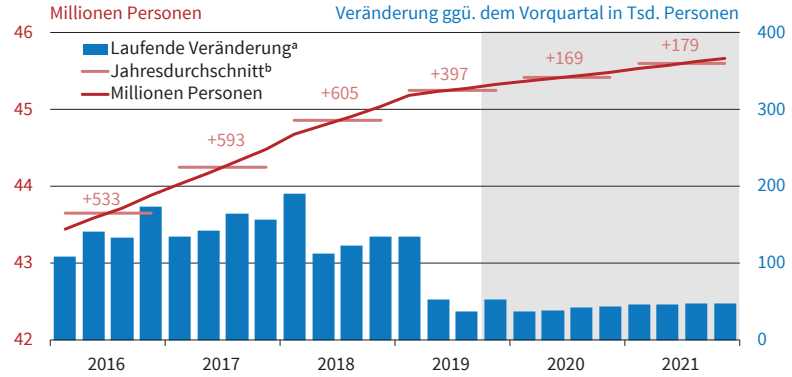
Quelle: ifo Konjunkturumfragen .

© ifo Institut

Abb. 3.40

Erwerbstätige

Inlandskonzept, saisonbereinigter Verlauf



[a] Veränderung gegenüber dem Vorquartal in Tausend Personen.
[b] Zahlenangaben: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Tausend Personen.
Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts;
ab 4. Quartal 2019: Prognose des ifo Instituts.

© ifo Institut

Tab. 3.13

Arbeitsmarktbilanz

Jahresdurchschnitte in 1 000 Personen

	2018	2019	2020	2021
Arbeitsvolumen (Mio. Stunden)	62 344	62 710	63 048	63 326
Erwerbstätige im Inland	44 854	45 251	45 420	45 599
Arbeitnehmer	40 631	41 093	41 322	41 558
darunter				
SV Beschäftigte	32 964	33 519	33 869	34 197
Geringfügig Beschäftigte	4 672	4 584	4 491	4 413
Selbstständige	4 224	4 158	4 098	4 040
Pendlersaldo	– 144	– 157	– 163	– 163
Erwerbstätige Inländer	44 710	45 094	45 257	45 436
Arbeitslose	2 340	2 266	2 248	2 198
Arbeitslosenquote BA[a]	5,2	5,0	4,9	4,8
Erwerbslose[b]	1 468	1 351	1 305	1 276
Erwerbslosenquote[c]	3,2	2,9	2,8	2,7

[a] Arbeitslose in % der zivilen Erwerbspersonen (Definition gemäß Bundesagentur für Arbeit). [b] Definition der ILO;
[c] Erwerbslose in % der inländischen Erwerbspersonen (Erwerbstätige Inländer plus Erwerbslose).

Quelle: Statistisches Bundesamt, Bundesagentur für Arbeit;
2019 bis 2021: Prognose des ifo Instituts.

© ifo Institut Dez. 2019

ren steigt die Einstellungsbereitschaft der konsumnahen Dienstleister (inkl. Einzelhandel) seit einem Jahr tendenziell und bewegt sich im Baugewerbe weiter auf sehr hohem Niveau.

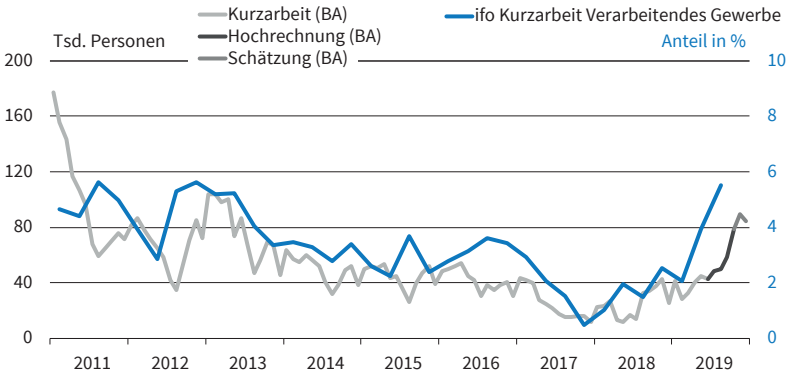
Vor diesem Hintergrund dürfte sich der Beschäftigungsaufbau im Prognosezeitraum in gedämpftem Tempo-fortsetzen. Insgesamt wird die Zahl der Erwerbstätigen im Jahresdurchschnitt 2019 mit voraussichtlich 397 000 Personen weniger stark zunehmen als im Vorjahr. In den Jahren 2020 und 2021 dürfte der Zuwachs noch ca. 169 000 bzw. Personen bzw. 179 000 betragen (vgl. Abb. 3.40). Der Beschäftigungsaufbau dürfte weiterhin vorwiegend aus einer Zunahme der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung resultieren, wohingegen die Zahl der Selbstständigen und der ausschließlich geringfügig Beschäftigten weiterhin leicht rückläufig sein dürfte (vgl. Tab. 3.13).

Die gesamtwirtschaftlichen Arbeitsstunden werden im Jahr 2019 kalenderbereinigt voraussichtlich nur noch um 0,6% zunehmen und damit wesentlich weniger stark als im Vorjahr (1,3%) (vgl. Tab. 3.13.). Da die Anzahl der Arbeitnehmer weiter zugenommen hat, dürfte die durchschnittliche Arbeitszeit je Arbeitnehmer in diesem Jahr um 0,2% zurückgegangen sein (vgl. Tab. 3.15). Die ifo Konjunkturumfrage im Verarbeitenden Gewerbe weist darauf hin, dass das Ausmaß an Überstunden im Jahresverlauf stark zurückgefahren wurde. Im dritten Quartal erreichte der Anteil an Unternehmen, die Überstunden berichteten, mit 37% den niedrigsten Stand seit der letzten Rezession zum Jahreswechsel 2012/2013. Im Gegensatz hierzu wurde die (konjunkturelle) Kurzarbeit stark ausgeweitet (vgl. Abb. 3.41). Auf Basis vorläufiger Daten schätzt die Bundesagentur für Arbeit, dass im Dezember 2019 ca. 84 000 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Kurzarbeit sind. Damit hätte sich die Zahl der Kurz-

lich hohe Einstellungsbereitschaft von Unternehmen in den Wirtschaftsabschnitten J »Information und Kommunikation« und M »Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen«.

Abb. 3.41

Indikatoren zur Kurzarbeit



Quelle: Bundesagentur für Arbeit (BA); ifo Konjunkturumfragen. © ifo Institut

arbeiter relativ zum letzten realisierten Wert im Mai 2019 in etwa verdoppelt. Aufgrund der langen Wartezeit lässt sich die tatsächliche Entwicklung allerdings nur ungenau aus der offiziellen Statistik der Bundesagentur für Arbeit ableiten. Im Gegensatz dazu liegt das Ergebnis der ifo Umfrage zur Kurzarbeit ohne nennenswerte Zeitverzögerung vor. Bei der letzten Erhebung im September berichteten 5,5% der Unternehmen im Verarbeitenden Gewerbe kurzzuarbeiten, was zum damaligen Zeitpunkt nahegelegt hat, dass die Schätzung der Bundesagentur für Arbeit hinsichtlich einer Kurzarbeiterzahl von ca. 41 000 für den Monat September zu niedrig angesetzt war (vgl. Link und Wollmershäuser 2019).[14] Inzwischen beläuft sich die (weiterhin vorläufige) Hochrechnung der BA für die Kurzarbeiterzahl im September auf ca. 59 000. Es liegt daher nahe, dass das tatsächliche Ausmaß der aktuellen Kurzarbeit noch etwas über den jüngsten Schätzungen der BA liegen dürfte.

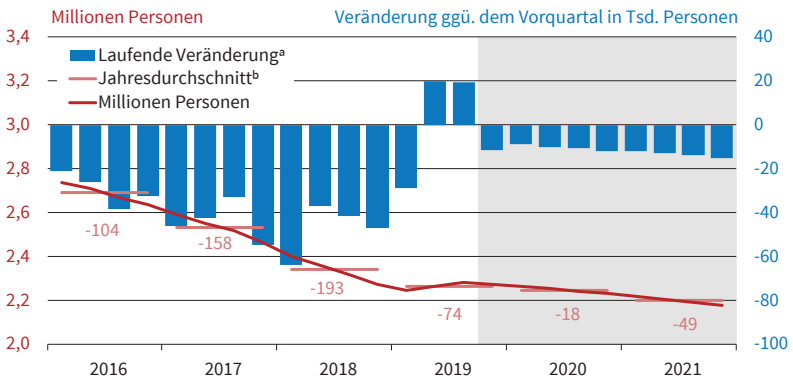
Angesichts der schwachen konjunkturellen Dynamik dürfte das Niveau an Überstunden weiter relativ niedrig bleiben und Guthaben auf Gleitzeitkonten abgebaut werden. Außerdem dürfte Kurzarbeit weiterhin in substantiellem Umfang Anwendung finden. Kalenderbereinigt dürfte die durchschnittliche Arbeitszeit je Arbeitnehmer im kommenden Jahr daher um 0,2% fallen. Dieser Rückgang wird jedoch durch eine höhere Anzahl an Arbeitstagen überlagert, sodass die durchschnittliche Arbeitszeit je Arbeitnehmer wohl um 0,3% steigen wird. Im Jahr 2021 dürfte die durchschnittliche Arbeitszeit in etwa stagnieren.

Die Entwicklung der Arbeitslosigkeit gibt in den vergangenen Monaten ebenfalls ein gemischtes Bild ab. Im November nahm die Zahl der registrierten Arbeitslosen saisonbereinigt überraschend stark um 16 000 auf 2,27 Millionen ab (vgl. Abb. 3.42). In den Monaten Juni bis September war die Zahl der Arbeitslosen nahezu konstant, nachdem sie im Mai maßgeblich aufgrund von Prüfaktivitäten zum Arbeitsvermittlungsstatus von Empfängern des Arbeitslosengeldes II (»Hartz IV«) um über 60 000 gestiegen war. Durch diesen Sondereffekt ist die Zuwachsrate im zweiten und dritten Quartal 2019 stark nach oben verzerrt. Der Entwicklung der Arbeitslosigkeit liegen zwei entgegengesetzte Bewegungen zugrunde. Zum einen ist die Zahl der Arbeitslosen in der Grundsicherung (Rechtskreis SGB II) weiter stark rückläufig und lag im November mit 1,38 Millionen um 4,2% unter dem Niveau des Vorjahresmonats. Dieser eher strukturell bedingte Trend dürfte sich im Prognosezeitraum fortsetzen. Zum anderen hat die Anzahl der Empfänger von Arbeitslosengeld I (Rechtskreis SGB III) konjunkturbedingt binnen Jahresfrist um 7,4% auf ca. 800 000 zugenommen. Dabei stieg die Zahl der Arbeitslosen in der Arbeitslosenversicherung überproportional stark in Bundesländern mit hohem Anteil des Verarbeitenden Gewerbes an der Bruttowertschöpfung an (vgl. Abb. 3.43). Angesichts der erwarteten konjunkturellen Normalisierung dürfte dieser Effekt im Prognosezeitraum langsam an Bedeutung verlieren.

Abb. 3.42

Arbeitslose

Saisonbereinigter Verlauf



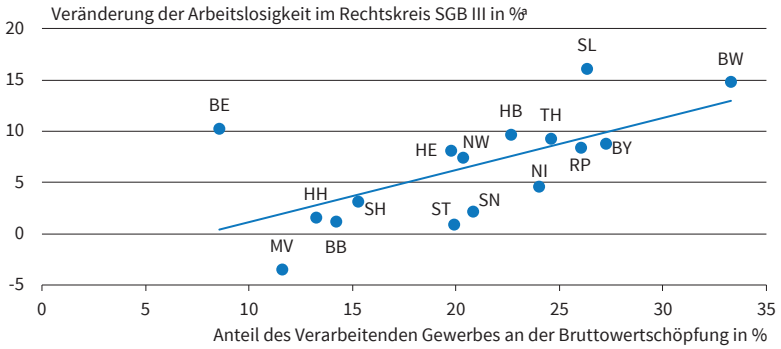
[a] Veränderung gegenüber dem Vorquartal in Tausend Personen.
[b] Zahlenangaben: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Tausend Personen.
Quelle: Bundesagentur für Arbeit; Berechnungen des ifo Instituts;
ab 4. Quartal 2019: Prognose des ifo Instituts.

© ifo Institut

[14] Der ifo Umfrage zufolge fuhren im September 5,5% der Unternehmen im Verarbeitenden Gewerbe Kurzarbeit. Auf seinem letzten Tiefstand Ende 2017 hatte der Anteil nur 0,5% betragen. Seitdem steigt er fast kontinuierlich an. Damit hatte die Anzahl der Unternehmen, die im September angaben, kurz zu arbeiten, ein Niveau erreicht, das zuletzt auf dem Hochpunkt der Rezession 2012/2013 gemessen wurde. Damals waren knapp 100 000 Personen in Kurzarbeit (vgl. Link und Wollmershäuser 2019).

Abb. 3.43

Arbeitslosigkeit und Industrieanteil nach Bundesländern



[a] November 2019 relativ zum Vorjahresmonat.
Quelle: Bundesagentur für Arbeit; Berechnungen des ifo Instituts. © ifo Institut

Im weiteren Prognoseverlauf ist daher mit einem weiteren Abbau der Arbeitslosigkeit zu rechnen, wenngleich in spürbar gedrosseltem Tempo. Insgesamt dürfte die Zahl der Arbeitslosen im laufenden Jahr um 74 000 zurückgehen. In den Jahren 2020 und 2021 ist mit Rückgängen der Zahl der registrierten Arbeitslosen um 18 000 und 49 000 zu rechnen. Die Arbeitslosenquote (in der Abgrenzung der Bundesagentur für Arbeit) wird in diesem Jahr 5,0% betragen und in den beiden kommenden Jahren voraussichtlich auf 4,9% bzw. 4,8% zurückgehen. Die Erwerbslosenquote (in Abgrenzung der Internationalen Arbeitsorganisation) beträgt in diesem Jahr 2,9% und geht bis 2021 voraussichtlich auf 2,7% zurück.

AUSGEPRÄGTE SCHWÄCHE BEI DER STUNDENPRODUKTIVITÄT

Die gesamtwirtschaftliche Stundenproduktivität, hier gemessen als preis-, saison- und kalenderbereinigtes Bruttoinlandsprodukt je geleisteter Arbeitsstunde der Erwerbstätigen, ist seit dem Sommer 2018 – mit Ausnahme der ersten Quartals 2019 – rückläufig und hat nach aktuellen Angaben im dritten Vierteljahr 2019 gegenüber dem Vorquartal nur stagniert (vgl. Tab. 3.14). Maßgeblich hierfür sind die Schwierigkeiten im Verarbeitenden Gewerbe, in dem die preisbereinigte Stundenproduktivität bereits seit Jahresbeginn 2018 kontinuierlich sinkt. Dies hat sich mit – 0,8% auch im dritten Quartal 2019 fortgesetzt. Ein Großteil der Schwäche dürfte dabei auf die Umstrukturierungen im Fahrzeugbau zurückgehen. Aber nicht nur im Verarbeitende Gewerbe offenbart sich ein Produktivitätsrückgang, auch der Bereich Handel, Verkehr, Gastgewerbe, das Grundstücks- und Wohnungswesen sowie die Öffentlichen und Sonstigen Dienstleister mussten Produktivitätseinbußen hinnehmen.

Im Schlussquartal des laufenden Jahres dürfte die Stundenproduktivität gegenüber dem Vorquartal nur geringfügig steigen. Die anhaltende Rezession im Verarbeitenden Gewerbe führt insgesamt dazu, dass die gesamtwirtschaftliche Stundenproduktivität im Jahresdurchschnitt 2019 um 0,1% sinken wird (vgl. Tabellenanhang). Diese Entwicklung ist insofern bemerkenswert, als dass die realisierten Wachstumsraten gegenüber dem Vorjahr eine erhebliche Schwäche offenbaren. Mit Ausnahme der Wirtschafts- und Finanzkrise 2008/2009 ist dies die erste Phase seit der Wiedervereinigung, in der die Stundenproduktivität unter ihren Wert des Vorjahres sinkt (vgl. Abb. 3.44). Ein wesentlicher gesamtwirtschaftlicher Treiber dürften hier die Produktivitätseinbußen in Form inländischer Technologieschocks

Tab. 3.14

Stundenproduktivität nach Wirtschaftsbereichen[a]

Veränderung gegenüber Vorquartal in %

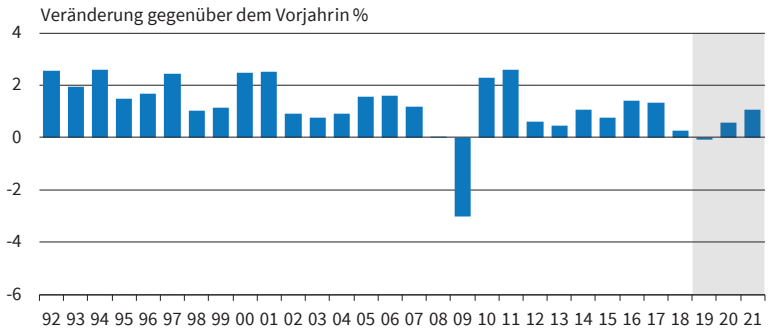
	2018				2019		
	I	II	III	IV	I	II	III
Bruttoinlandsprodukt	**0,2**	**– 0,5**	**– 0,1**	**– 0,2**	**0,5**	**– 0,2**	**0,0**
darunter:							
Bruttowertschöpfung der Wirtschaftsbereiche	0,1	– 0,6	0,0	– 0,3	0,5	– 0,3	– 0,1
darunter:							
Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe	– 0,3	– 1,3	– 0,6	– 1,1	– 1,0	– 1,4	– 1,0
darunter:							
Verarbeitendes Gewerbe	– 0,1	– 1,3	– 0,9	– 1,0	– 0,9	– 1,2	– 0,8
Baugewerbe	0,8	0,0	0,7	1,8	0,6	– 0,6	2,5
Handel, Verkehr, Gastgewerbe	0,3	– 0,2	– 0,9	0,0	2,7	– 0,4	– 0,2
Information und Kommunikation	0,0	– 0,8	1,1	– 1,2	0,6	– 0,2	0,4
Finanz- und Versicherungsdienstleister	0,0	0,1	1,0	0,4	1,4	1,2	0,8
Grundstücks- und Wohnungswesen	0,8	– 1,0	0,2	0,2	0,2	– 0,4	– 1,1
Unternehmensdienstleister	0,4	– 0,2	0,5	0,1	0,7	0,3	0,0
Öffentliche Dienstleister	– 0,6	– 0,6	0,4	0,0	– 0,2	0,2	– 0,1
Sonstige Dienstleister	0,5	– 0,1	0,1	– 0,2	0,4	0,3	– 0,3

[a] Verkettete Absolutwerte je Erwerbstätigenstunde, saison- und kalenderbereinigt.

Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts. © ifo Institut Dez. 2019

Abb. 3.44

Entwicklung der gesamtwirtschaftlichen Stundenproduktivität [a]



[a] Preisbereinigte Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigenstunde.
Quelle: Statistisches Bundesamt; ab 2019: Prognose des ifo Instituts. © ifo Institut

sein, wie sie auch das ifo-DSGE-Modell identifiziert (vgl. Kasten: Zu den Treibern der deutschen Konjunktur).

Im kommenden Jahr dürfte der Anstieg mit 0,6% auch eher verhalten ausfallen, da die deutsche Industrie nur langsam aus der Rezession kommt und der Beschäftigungsaufbau maßgeblich durch eher unterdurchschnittlich produktive Wirtschaftsbereiche getragen wird. 2021 ist mit einem Anstieg der gesamtwirtschaftlichen Stundenproduktivität von 1,1% zu rechnen, was in etwa dem durchschnittlichen Zuwachs seit dem Jahr 2011 entspricht.

GEDÄMPFTE LOHNENTWICKLUNG

Die Löhne sind im laufenden Jahr ungeachtet der sich eintrübenden konjunkturellen Lage stark gestiegen. Dies resultiert insbesondere aus einem kräftigen Tariflohnzuwachs, der im laufenden Jahr voraussichtlich 3,1% betrug und damit das höchste Niveau seit der Finanzkrise erreicht hat (vgl. Tab. 3.15). Maßgeblich hierfür ist, dass in einigen gewichtigen Branchen wie der Metall-und Elektroindustrie, der chemischen und pharmazeutischen Industrie, der Stahlindustrie, dem Bauhauptgewerbe und dem Öffentlichen Dienst des Bundes und der Kommunen noch während der Vorjahre überdurchschnittlich starke Anhebungen bzw. hohe Sonderzahlungen vereinbart wurden. Des Weiteren fiel der Tarifabschluss im Öffentlichen Dienst der Länder vom Frühjahr dieses Jahres ebenfalls relativ hoch aus.

Im Jahr 2020 sind hingegen nur wenige Impulse auf die Tariflöhne zu erwarten. Neben der eingetrübten konjunkturellen Lage folgt dies vor allem aus der Struktur der aktuell bestehenden Tarifverträge. Zum einen sieht der bis August 2020 laufende Tarifvertrag im Öffentlichen Dienst des Bundes und der Kommunen im März 2020 lediglich eine Erhöhung um ca. 1,1% vor. Zum anderen wirken sich die im Jahr 2019 in einigen Branchen geleisteten hohen Einmalzahlungen dämpfend auf die Tarifentwicklung des Jahres 2020 aus. Schließlich dürften die im kommenden Jahr anstehenden Tarifabschlüsse konjunkturbedingt eher schwächer ausfallen als zuletzt. Dies hat sich bereits in der eher schwachen Tarifeinigung der chemischen Industrie von November 2019 niedergeschlagen und dürfte ebenfalls für die im kommenden Jahr anstehenden Verhandlungen in der gewichtigen Metall- und Elektroindustrie prägend sein. Im Jahr 2020 dürften die monatlichen Tarifverdienste daher voraussichtlich nur noch um 2,5% zunehmen. Angesichts der unterstellten geringen konjunkturellen Dynamik ist auch für das Jahr 2021 ein Anstieg der Tarifverdienste um 2,5% zu erwarten.

Die tatsächlich gezahlten Löhne je Arbeitnehmer dürften in diesem Jahr mit 2,8% zwar relativ kräftig, jedoch deutlich schwächer als die Tariflöhne steigen. Die negative Lohndrift von 0,3 Prozentpunkten spiegelt die schwache Produktionsentwicklung wider. Vor dem Hintergrund der angelegten gedämpften Tariflohndynamik und der in etwa normalen gesamtwirtschaftlichen Kapazitätsauslastung dürften die Effektivverdienste im kommenden Jahr mit 2,5% ähnlich stark steigen wie die Tariflöhne. Da die Arbeitskräfteknappheit in den kommenden Jahren vor allem demographisch bedingt wieder eher zu- als abnehmen dürfte, ist mit fortschreitendem Prognosehorizont wieder eine positive Lohndrift zu erwarten. Entsprechend dürften die Effektivverdienste im Jahr 2021 um 2,7% steigen.

Tab. 3.15

Zur Entwicklung der Löhne (Inlandskonzept)
Veränderung gegenüber Vorjahr in %

	durchschnittliche Arbeitszeit	Verdienst je Arbeitnehmer	Verdienst je Stunde	Lohndrift (Arbeitnehmer)	Tariflohn (Monat)
2018	0,1	3,2	3,0	0,3	2,9
2019	– 0,2	2,8	3,0	– 0,3	3,1
2020	0,3	2,5	2,1	0,0	2,5
2021	0,1	2,7	2,6	0,2	2,5

Quelle: Statistisches Bundesamt; 2019 bis 2021: Prognose des ifo Instituts. © ifo Institut Dez. 2019

RÜCKLÄUFIGE HAUSHALTSÜBERSCHÜSSE IM PROGNOSEZEITRAUM

Im vergangenen Jahr erzielt der Staat mit 62 Mrd. Euro bzw. 1,9% des Bruttoinlandsprodukts den größten Finanzierungsüberschuss seit der Wiedervereinigung. In diesem und in den kommenden bei-

den Jahren werden die Überschüsse voraussichtlich zurückgehen und damit nicht mehr an die Rekorde der vergangenen Jahre anknüpfen.

Die Steuereinnahmen werden sich im Prognosezeitraum weniger dynamisch entwickeln als in den vergangenen Jahren. Hier machen sich sowohl die abschwächende Konjunktur als auch steuerliche Entlastungen bemerkbar. Im laufenden Jahr werden die Steuereinnahmen mit 3,2% noch deutlicher zulegen als in den Folgejahren. Hierfür sind zum einen die stark ansteigenden Bruttolöhne und -gehälter sowie der starke Konsum und die kräftigen Investitionen verantwortlich. Zum anderen haben sich die gewinnabhängigen Steuern stärker entwickelt als es die Unternehmens- und Vermögenseinkommen angedeutet haben. Dies könnte durch die aktuelle Niedrigzinsphase bedingt sein, die die Unternehmen zu höheren Vorauszahlungen animiert. Im nächsten Jahr werden die Steuereinnahmen wohl um 2,8% zunehmen. Dies ist zum einen wiederum durch steuerliche Entlastungen bedingt. Zum anderen macht sich die geringere Dynamik der Arbeitseinkommen bemerkbar, die nicht durch die bessere Gewinnsituation der Unternehmen ausgeglichen werden kann. Im Jahr 2021 werden die Steuereinnahmen voraussichtlich nur noch um 2,3% steigen. Zwar entwickeln sich sowohl die Arbeitseinkommen als auch die Unternehmensgewinne leicht stärker als im vorangegangenen Jahr, jedoch führt die Teilabschaffung des Solidaritätszuschlags zu einer deutlichen Entlastung der Steuerzahler in Höhe von fast 10 Mrd. Euro. Hierbei entfallen rund 95% der Entlastung auf Einkommen aus abhängiger Beschäftigung.

Mit einer Zuwachsrate von 4,4% expandieren die Sozialbeiträge im laufenden Jahr ähnlich stark wie im Vorjahr. Hier spielen verschiedene Maßnahmen eine Rolle, die teils gegensätzliche Wirkung entfalten: Einerseits führt die Erhöhung des Beitragssatzes zur gesetzlichen Pflegeversicherung um 0,5 Prozentpunkte zu einer Belastung der Beitragszahler. Im Gegenzug werden diese jedoch durch die Senkung des Arbeitslosenversicherungsbeitrags um ebenfalls 0,5 Prozentpunkte, die Ausweitung der Gleitzone sowie die Reduktion der Bemessungsgrundlage für Selbstständige in der gesetzlichen Krankenversicherung entlastet. Im kommenden Jahr führen Entlastungen sowie die abgeschwächte Lohndynamik zu einem vergleichsweise schwächeren Anstieg um 2,8%. Hierzu tragen vor allem die Senkung des Beitragssatzes zur Arbeitslosenversicherung um 0,1 Prozentpunkte sowie die Einführung eines Freibetrags für Betriebsrentner in der gesetzlichen Krankenversicherung bei. Im Jahr 2021 wird die Dynamik wieder auf 3,3% zulegen.

Die staatlichen Verkäufe erfahren im laufenden Jahr einen deutlichen Zuwachs von 5,1%. Dieser ist unter anderem auf die Ausweitung der Lkw-Maut zur Jahresmitte 2018 und die Anhebung der Mauttarife zu Jahresbeginn 2019 zurückzuführen. Im weiteren Prognosezeitraum werden Zuwachsraten der Verkäufe wieder auf 3,1% sinken.

Die staatlichen Vermögenseinkünfte werden sich im laufenden Jahr mit -1,8% leicht rückläufig entwickeln. Einerseits fiel die Bundesbankdividende im aktuellen Jahr mit 2,4 Mrd. Euro rund 500 Mio. Euro größer aus als im vergangenen Jahr. Andererseits stehen dem rückläufige Zinseinnahmen gegenüber, die sich vor allen Dingen im weiteren Prognosezeitraum, wenn sich die Bundesbankdividende wieder stabilisiert haben wird, sichtbar auf die staatlichen Vermögenseinkünfte auswirken und zu einem Rückgang in Höhe von 3,2% im Folgenden und von 3,8% im übernächsten Jahr führen werden.

Die empfangenen sonstigen Übertragungen des Staates sind auch im laufenden Jahr von Strafzahlungen der großen deutschen Automobilunternehmen an den Staat geprägt. So zahlte Mercedes eine Geldstrafe in Höhe von 870 Mio. Euro, was allerdings nicht an die Summe der Zahlungen des vergangenen Jahres heranreicht, weshalb die empfangenen sonstigen Übertragungen des Staates im laufenden Jahr stagnieren werden. Nachdem für das kommende Jahr solche Sondereffekte derzeit nicht angezeigt sind, werden die empfangenen sonstigen Übertragungen im Jahr 2020 voraussichtlich um 2,2% zurückgehen. Im Jahr 2021 werden sie dann um 1,4% expandieren.

Auch die empfangenen Vermögensübertragungen des Staates waren im vergangenen Jahr von einer Strafzahlung geprägt. So sorgte ein Vergleich mit Toll Collect zu zusätzlichen staatlichen Einnahmen von über 1 Mrd. Euro. Im aktuellen Jahr ist nicht mehr mit einer ähnlichen Zahlung zurechnen, wodurch die empfangenen Vermögensübertragungen mit 9,7% stark rückläufig sein werden. Nach dieser Normalisierung ist davon auszugehen, dass sie sich in den beiden Folgejahren mit einer Zunahme von nur noch 1,1% wieder im gewohnten Maßstab entwickeln werden.

Die Vorleistungskäufe des Staats nehmen mit 5,3% im laufenden Jahr stark zu. Dies ist vor allem auf investive Maßnahmen wie den Digitalpakt für Schulen und das Gute-Kita-Gesetz zurückzuführen. In den Folgejahren schwächt sich der Anstieg etwas auf 4,6 bzw. 4,1% ab, wobei es sich jedoch weiter um relativ starke Raten handelt.

Im laufenden Jahr werden die Personalausgaben des Staates im Zuge der Tariflohnsteigerungen und des Beschäftigungsaufbaus im öffentlichen Dienst um 3,9% zulegen. Im weiteren Prognosezeitraum gehen die Zuwachsraten dann auf 3,6 und 3,3% zurück. Auch wenn die Bundesregierung weiterhin Neueinstellungen im Bereich der inneren Sicherheit anstrebt, wird die verlangsamte konjunkturelle Lage dämpfend auf Stellenbesetzungen und Tariflöhne wirken.

Die staatlichen Zinszahlungen werden sich voraussichtlich weiterhin deutlich abschwächen, wofür zum einen der rückläufige Gesamtschuldenstand

des Staates verantwortlich ist und andererseits die erneut günstiger gewordenen Refinanzierungsbedingungen der Gebietskörperschaften. Alles in allem dürften die staatlichen Zinszahlungen im aktuellen Jahr damit um 7,7% zurückgehen und in den Folgejahren um 5,7% respektive 4,4%.

Infolge hoher Rentenanpassungen sowie weiterer sozialpolitischer Maßnahmen weisen die monetären Sozialleistungen im laufenden Jahr einen hohen Zuwachs von 4,7% auf. Hierzu tragen insbesondere die Einführung der Mütterrente II zu Jahresbeginn sowie die relativ hohen Rentenanpassungen um jeweils rund 3,3% zur Jahresmitte 2018 und 2019 bei. Ebenso wurden die Zurechnungszeiten für Erwerbsminderungsrentner erhöht und der aktuelle Rentenwert Ost weiter an das westdeutsche Niveau herangeführt. Die Wiedereinführung der Parität in der gesetzlichen Krankenversicherung erhöhte zudem die durch die Rentenversicherung abzuführenden Krankenversicherungsbeiträge. Darüber hinaus wurden zu Jahresbeginn BaföG- und Wohngeldleistungen ausgeweitet und das Kindergeld zum 1. Juli 2019 um 10 Euro angehoben. Im weiteren Prognosezeitraum wird mit einem Anstieg um 4,3% bzw. 4,5% gerechnet. Während dieser im Jahr 2020 unter anderem auf eine leichte Zunahme der Empfänger von Arbeitslosengeld I zurückzuführen ist, wird im Zuge der konjunkturellen Normalisierung im weiteren Prognosezeitraum mit sinkenden Arbeitslosenzahlen gerechnet. Diesen stehen jedoch mit der Grundrente und der Kindergelderhöhung zu Jahresbeginn 2021 deutliche expansive Impulse gegenüber.

Nach einem vergleichsweise moderaten Anstieg im Vorjahr, der durch die rückläufigen Ausgaben im Kontext der Fluchtmigration bedingt war, werden die sozialen Sachleistungen im laufenden Jahr deutlich ausgeweitet und auch im weiteren Prognosezeitraum eine hohe Dynamik aufweisen. Hierzu tragen insbesondere das Pflegepersonalstärkungsgesetz und das Terminservice- und Versorgungsgesetz bei. Im laufenden Jahr werden die sozialen Sachleistungen um 4,2% steigen und im weiteren Prognosezeitraum mit 4,0 und 3,8% expandieren.

Die sonstigen laufenden Transfers werden im aktuellen Jahr voraussichtlich mit 6% deutlich zunehmen. Hierfür sind in erster Linie die gestiegenen Entwicklungshilfeausgaben verantwortlich. Im Folgejahr führen insbesondere steigende Zahlungen der EU-Eigenmittel, aber auch durch das Klimakabinett beschlossene Maßnahmen zu einem Anstieg in Höhe von 9,2%. Im Jahr 2021 wird die Dynamik wieder abnehmen und die sonstigen laufenden Transfers nur noch um 4,9% zulegen.

Im laufenden Jahr ist mit einem starken Rückgang der geleisteten Vermögenstransfers in Höhe von 10,4% zu rechnen. So fielen im Vorjahr Zahlungen, die durch die Übernahme der HSH Nordbank bedingt waren, an. In den kommenden beiden Jahren werden die geleisteten Vermögenstransfers dann um 5% bzw. 3,1% zulegen.

Tab. 3.16

Ausgewählte finanzwirtschaftliche Indikatoren[a]
in % des nominalen Bruttoinlandprodukts

	Staatseinnahmen			Staatsausgaben		Finanzierungssaldo
		darunter:			*darunter:*	
	insgesamt	*Steuern*	*Nettosozialbeiträge*	insgesamt	*Zinsausgaben*	
2000	46,2	*23,5*	*18,1*	47,8	*3,2*	– 1,6
2001	44,4	*21,8*	*17,9*	47,4	*3,0*	– 3,0
2002	44,0	*21,4*	*17,9*	47,9	*3,0*	– 3,9
2003	44,6	*21,5*	*18,2*	48,3	*2,9*	– 3,7
2004	43,5	*20,9*	*17,8*	46,8	*2,8*	– 3,3
2005	43,5	*21,2*	*17,5*	46,8	*2,8*	– 3,3
2006	43,6	*22,0*	*17,0*	45,2	*2,7*	– 1,7
2007	43,7	*22,8*	*16,2*	43,4	*2,7*	0,3
2008	44,1	*23,1*	*16,2*	44,2	*2,7*	– 0,1
2009	45,0	*22,8*	*17,0*	48,2	*2,6*	– 3,2
2010	43,8	*21,8*	*16,6*	48,1	*2,5*	– 4,4
2011	44,4	*22,3*	*16,4*	45,2	*2,5*	– 0,9
2012	44,9	*22,9*	*16,6*	44,9	*2,3*	0,0
2013	45,0	*23,0*	*16,6*	44,9	*1,8*	0,0
2014	44,9	*22,8*	*16,5*	44,3	*1,6*	0,6
2015	45,0	*23,0*	*16,5*	44,0	*1,4*	0,9
2016	45,5	*23,3*	*16,7*	44,3	*1,2*	1,2
2017	45,7	*23,6*	*16,9*	44,4	*1,1*	1,2
2018	46,4	*23,9*	*17,1*	44,6	*0,9*	1,9
2019	46,9	*24,1*	*17,4*	45,3	*0,9*	1,6
2020	46,6	*24,0*	*17,4*	45,8	*0,8*	0,9
2021	46,3	*23,8*	*17,4*	46,1	*0,7*	0,2

[a] In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen.

Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts; 2019 bis 2021: Prognose des ifo Instituts.

© ifo Institut Dez. 2019

Die staatlichen Bruttoinvestitionen werden im Jahr 2019 mit 10,6% deutlich steigen. So regt der Bund neben eigenen Bauinvestitionen durch Zuschüsse die Gemeinden zu gesteigerten Bauinvestitionen an. Des Weiteren führen die gesteigerten Verteidigungsausgaben zu einer hohen Dynamik der staatlichen Ausrüstungsinvestitionen. Diese Grundtendenz wird sich auch in den Folgejahren zeigen, wodurch die staatlichen Bruttoinvestitionen im Jahr 2020 um 6,6% und im Folgejahr um 5,4% zulegen werden. Ein Teil der gesteigerten Bauinvestitionstätigkeit wird allerdings aufgrund der kräftigen Preisentwicklung im Bausektor sich nicht im gleichen Umfang in den realen Bauinvestitionen wiederfinden.

Im Prognosezeitraum wird der gesamtstaatliche Finanzierungssaldo durch die

expansiv ausgerichtete Finanzpolitik und die konjunkturelle Schwäche von etwa 55 Mrd. Euro (1,6% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt) im Jahr 2019 über etwa 30 Mrd. Euro (0,9% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt) im Jahr 2020 auf etwa 9 Mrd. Euro (0,2% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt) im Jahr 2021 deutlich zurückgehen. Hierbei machen sich im gesamten Prognosezeitraum die steuerlichen Entlastungen bemerkbar, die zu einem Rückgang der Steuerquote von 24,1% im Jahr 2019 auf 23,8% im Jahr 2021 führen werden (vgl. Tab. 3.16). Hiervon ist auch der Rückgang der Einnahmequote getrieben. Gleichzeitig steigt die Ausgabenquote von 45,3% im aktuellen Jahr im Prognosezeitraum bis auf 46,1% an. Dies ist u.a. auf die steigenden staatlichen Investitionen sowie den starken Staatskonsum zurückzuführen.

Im vergangenen Jahr lag die Maastricht-Schuldenquote mit 61,9% noch über dem Referenzwert von 60%, der aber bereits dieses Jahr unterschritten werden könnte. Spätestens nächstes Jahr wird Deutschland dann wieder eine Schuldenquote von unter 60% aufweisen. Im Jahr 2021 wird der Schuldenstand dann vermutlich rund 55% betragen. Dabei sinkt die Schuldenquote durch das wirtschaftliche Wachstum und die Finanzierungsüberschüsse, wohingegen der Abbau der in Staatsbesitz befindlichen Bad Bank Portfolios dämpfend auf dem Abbau des Bruttoschuldenstands wirkt.

4. Potenzialschätzung und Mittelfristprojektion

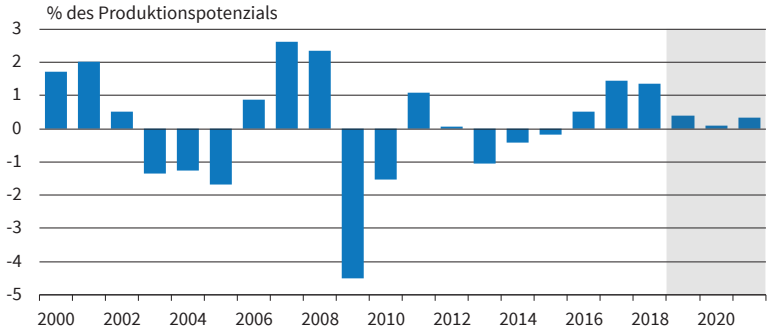
Das Produktionspotenzial wird in Anlehnung an die von der Gemeinschaftsdiagnose entwickelte Methodik geschätzt und bis zum Jahr 2024 fortgeschrieben (vgl. Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose 2016). Diese wiederum baut grundsätzlich auf dem Ansatz der EU-Kommission auf. Bei diesem wird der gesamtwirtschaftliche Output auf Basis einer Produktionsfunktion ermittelt. Als Inputs werden der technische Fortschritt, Kapital und das Arbeitsvolumen verwendet. Letzteres ist vor allem durch die Anzahl der Erwerbstätigen und der Arbeitszeit bestimmt. Aufgrund der hohen Flüchtlingsmigration seit dem Jahr 2015 wird jedoch eine Anpassung der EU-Methodik vorgenommen, die insbesondere die Erwerbstätigkeit der Flüchtlinge explizit berücksichtigt. Wesentlicher Aspekt in der Modellierung ist, dass für Flüchtlinge und Nicht-Flüchtlinge eine separate Partizipationsquote und strukturelle Erwerbslosenquote berechnet wird (vgl. Heinisch und Wohlrabe 2017). Die grundsätzlichen Parameter und Annahmen insbesondere mit Blick auf die Auswirkungen der Flüchtlingsmigration auf das Produktionspotenzial sind gegenüber der Gemeinschafsdiagnose vom Herbst 2019 nahezu unverändert geblieben (vgl. Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose 2019). Der Wanderungssaldo von 364 000 Personen im laufenden Jahr sinkt schrittweise auf rund 250 000 Personen im Jahr 2024.

Das Produktionspotenzial wächst bis zum Ende des Projektionszeitraums 2024 um durchschnittlich 1,1%. Der Treiber des Wachstums ist vor allem der technische Fortschritt (Solow-Residuum). Der Beitrag des Arbeitsvolumens nimmt nach dem Höhepunkt in 2018 kontinuierlich ab wird 2023 sogar negativ. Ab diesem Jahr tragen alle Komponenten des Arbeitsvolumens zu dem Rückgang bei. Die Erwerbsbevölkerung wird trotzt Zuwanderung mittelfristig sinken. Gleiches gilt für die Partizipationsrate, die bis 2022 noch einen positiven Beitrag liefert. Zudem ist mit einem leichten Anstieg der Erwerbslosigkeit zum Ende des Projektionszeitraumes zu rechnen.

Die Wachstumsrate des Potenzials beträgt 2019 etwa 1,5% und wird bis Ende der Kurzfristprognose 2021 auf 1,3% zurückgehen. Die vom ifo Institut geschätzte Produktionslücke stieg seit 2013 kontinuierlich und erreichte 2017 mit 1,4% ihren Höhepunkt (vgl. Abb. 4.1). 2018 blieb sie weitgehend unverändert, um im laufenden Jahr deutlich auf 0,4% zu schrumpfen. Im Jahr 2020 wird die Produktionslücke fast geschlossen sein, bevor sie zum Ende der Kurzfristperiode wieder leicht steigen dürfte. Bis zum Jahr 2024 dürfte die gesamtwirtschaftliche Produktion mit einer Jahresdurchschnittsrate von 0,9% zunehmen; sie steigt damit etwas schwächer als das Produktionspotenzial (vgl. Tab. 4.1). Die 2021 leicht

Abb. 4.1

Produktionslücke



Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts;
2019, 2020 und 2021: Prognose des ifo Instituts.

© ifo Institut

Tab. 4.1

Erwerbstätige, Produktivität und Wirtschaftswachstum

	Erwerbstätige (Inland)	Beschäftigte Arbeitnehmer (Inland)	Arbeitszeit je Erwerbstätigen	Bruttoinlandsprodukt, Preisbereinigt, verkettete Volumenwerte: Insgesamt	je Erwerbstätigen	je Erwerbstätigenstunde	in jeweiligen Preisen	Deflator
	Mill.		Stunden	Mrd. Euro	Euro		Mrd. Euro	2015 = 100
2012	42,019	37,497	1 408,0	2,901,0	69 040	49	2,745,3	94,6
2018	44,854	40,631	1 389,9	3,222,5	71 844	52	3,344,4	103,8
2024	45,271	41,260	1 379,1	3,401,3	75 132	54	3,915,8	115,1
	Veränderung insgesamt in %							
2018/2012	6,7	8,4	– 1,3	11,1	4,1	5,4	21,8	9,7
2024/2018	0,9	1,5	– 0,8	5,5	4,6	5,4	17,1	10,9
	Jahresdurchschnittliche Veränderung in %							
2018/2012	1,1	1,3	– 0,2	1,8	0,7	0,9	3,3	1,5
2024/2018	0,2	0,3	– 0,1	0,9	0,7	0,9	2,7	1,7

Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts; Zeitraum 2024/2018: Prognose des ifo Instituts.

© ifo Institut Dez. 2019

Tab. 4.2

Verwendung des nominalen Bruttoinlandsprodukts

Jahr	Bruttoinlandsprodukt	Konsumausgaben: Private Haushalte	Konsumausgaben: Staat	Bruttoinvestitionen: Insgesamt	Bruttoanlageinvestitionen	Vorratsveränderung	Außenbeitrag
	Mrd. Euro						
2012	2 745,3	1 507,4	529,2	541,3	557,9	– 16,6	167,5
2018	3 344,4	1 743,7	665,6	729,0	707,7	21,3	206,1
2024	3 915,8	2 030,4	819,9	849,2	888,9	– 39,7	216,2
	Anteile am BIP in %						
2012	100,0	54,9	19,3	19,7	20,3	– 0,6	6,1
2018	100,0	52,1	19,9	21,8	21,2	0,6	6,2
2024	100,0	51,9	20,9	21,7	22,7	– 1,0	5,5
	Veränderung insgesamt in %						
2018/2012	21,8	15,7	25,8	34,7	26,9	-	-
2024/2018	17,1	16,4	23,2	16,5	25,6	-	-
	Jahresdurchschnittliche Veränderung in %						
2018/2012	3,3	2,5	3,9	5,1	4,0	-	-
2024/2018	2,7	2,6	3,5	2,6	3,9	-	-

Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts; Zeitraum 2024/2018: Prognose des ifo Instituts.

© ifo Institut Dez. 2019

geöffnete Produktionslücke wird bis zum Jahr 2024 schrittweise geschlossen. Mit Blick auf die Verwendungsseite zeigt sich, dass der Anteil des privaten Konsums am Bruttoinlandsprodukt leicht abnimmt (vgl. Tab. 4.2). Im Gegenzug steigt der Anteil der Investitionen und der Staatskonsum leicht an.

5. Zur Finanzpolitik in Deutschland

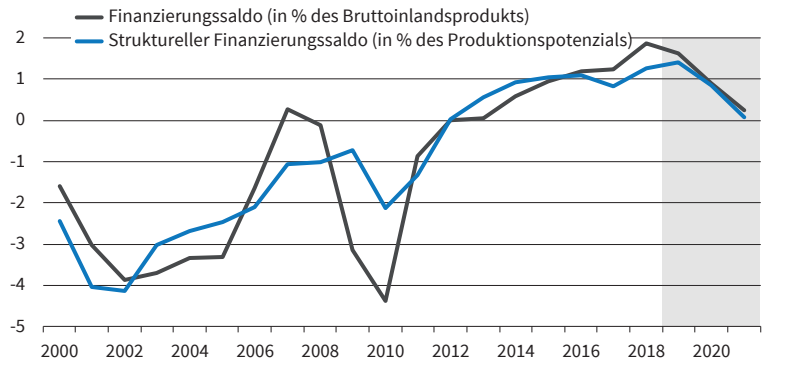
Der um konjunkturelle und Einmaleffekte bereinigte gesamtstaatliche Finanzierungssaldo stieg im vergangenen Jahr auf den Rekordwert von 1,3% in Relation zum Produktionspotenzial (vgl. Abb. 5.1). Im laufenden Jahr dürfte dieser strukturelle Finanzierungssaldo noch einmal geringfügig auf 1,4% zunehmen und dann im Prognosezeitraum deutlich zurückgehen über 0,8% (2020) auf etwa 0,1% in Relation zum Produktionspotenzial (2021). Beim strukturellen Primärsaldo, also dem strukturellen Finanzierungssaldo abzüglich der Zinszahlungen, zeigt sich exakt das gleiche Bild (vgl. Abb. 5.2). Er liegt lediglich jeweils etwa 0,8 Prozentpunkte über dem strukturellen Finanzierungssaldo. Die Veränderung des strukturellen Primärsaldos kann auch als Ausrichtungsgrad der Finanzpolitik interpretiert werden. Im laufenden Jahr wird er nahezu unverändert bleiben und sich in den kommenden beiden Jahren dann um 0,7 bzw. 0,8 Prozentpunkte verringern. Im Gegensatz zur Veränderung des strukturellen Primärsaldos zeigt die Maßnahmenmethode für das laufende Jahr einen expansiven Impuls an. In den beiden Folgejahren liefern beide Ansätze ähnliche Resultate. Beide Methoden verfolgen unterschiedliche Ansätze und kommen deshalb häufiger zu unterschiedlichen Einschätzungen. Im laufenden Jahr führen u.a. die günstigere Entwicklung des Steueraufkommens relativ zu seiner Basis und kleinere Sondereffekte, die nicht als Einmaleffekte verbucht werden dazu, dass der expansive Impuls der finanzpolitischen Maßnahmen auf der Betrachtungsebene des strukturellen Primärsaldos wieder neutralisiert wird.

Gegenüber der Sommerprognose des ifo Instituts hat sich die geänderte Schätzung der Produktionslücke des laufenden Jahres beim Finanzierungssaldo deutlich bemerkbar gemacht. So ist im Sommer noch von einer minimalen Unterauslastung der Wirtschaft im Jahr 2019 ausgegangen worden, was sich in einer negativen Konjunkturkomponente niedergeschlagen hat (vgl. Tab. 5.1). In der aktuellen Prognose wird allerdings von einer leichten Überauslastung ausgegangen, sodass die Konjunkturkomponente um 8 Mrd. Euro nach oben korrigiert wurde. Ausschlaggebend für diese scheinbar veränderte Konjunktureinschätzung des Jahres 2019 sind die Schwächen der Schätzung des Produktionspotenzials nach der hier angewandten Methode der EU. So wurde die Prognose des Wachstums des Bruttoinlandsproduktes für das Jahr 2019 gegenüber Sommer kaum verändert, die für das Jahr 2020 allerdings um 0,6 Prozentpunkte nach unten korrigiert. Diese Änderung der Wachstumsprognose beeinflusst die geschätzten Werte des Produktionspotenzials und setzt den Potenzialpfad ebenfalls nach unten. Entsprechend verändert sich auch die Differenz zwischen Bruttoinlandsprodukt und Produktionspotenzial, die Produktionslücke, nicht weil sich die konjunkturelle Einschätzung für das laufende Jahr deutlich geändert hat, sondern die für das folgende Jahr. Eine robuste Schätzmethode sollte bei solchen Prognoserevisionen des Bruttoinlandsproduktes zu einer geänderten Einschätzung der Produktionslücke und nicht des Produktionspotenzials kommen.[15]

Seit Beginn des konjunkturellen Abschwungs wird zunehmend über die Schuldenregeln diskutiert. Häufig werden dabei verschiedene Ebenen miteinander ver-

Abb. 5.1

Finanzierungssaldo

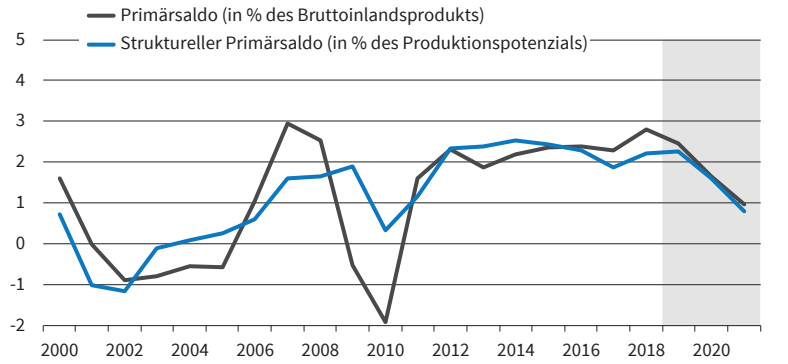


Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts; 2019, 2010 und 2021: Prognose des ifo Instituts.

© ifo Institut

Abb. 5.2

Primärsaldo



Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts; 2019, 2020 und 2021: Prognose des ifo Instituts.

© ifo Institut

[15] Für den Vorschlag einer solchen robusten Methode vgl. Göttert (2019).

Tab. 5.1

Finanzierungssaldo, struktureller Finanzierungssaldo und struktueller Primärsaldo des Staates 2019–2021
in Mrd. Euro

	Sommer 2019			Winter 2019		
	2019	2020	2021	2019	2020	2021
Gesamtstaatlicher Finanzierungssaldo	48,7	31,7	–	55,0	30,5	8,9
Konjunkturkomponente[a]	– 1,6	0,5	–	6,4	1,6	5,4
struktureller Finanzierungssaldo	50,7	31,1	–	47,9	28,8	3,0
struktureller Primärsaldo	81,3	60,9	–	77,1	56,4	29,3

[a] Berechnet mit einer Budgetsemielastizität von 0,504.

Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts; 2019 bis 2021: Prognose des ifo Instituts.

© ifo Institut Dez. 2019

mischt. Für Deutschland sind derzeit die »Schwarze Null«, die Schuldenbremse und die europäischen Fiskalregeln die relevanten Schuldenregeln. Die erste, die »Schwarze Null« ist dabei eine informelle Schuldenregel, die sich die schwarz-rote Koalition im Bund selbst auferlegt hat. Sie hat zum Inhalt, dass der Bundeshaushalt ohne neue Schulden, also ohne Nettokreditaufnahme (NKA) auskommt. Hierzu kann allerdings nach dem Verständnis der schwarz-roten Koalition auch auf Rücklagen zurückgegriffen werden. Das bedeutet, dass ein Teil des Überschusses des einen Jahres nicht in dem Jahr, in dem er erzielt wurde, ausgegeben wird, sondern erst in einem späteren Jahr. Die »Schwarze Null« gilt für den Bund, nicht aber für die Gesamtheit der Länderhaushalte, der Gemeindehaushalte und der Haushalte der Sozialversicherungen, die insgesamt den Sektor Staat in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) bilden. Darüber hinaus ist die »Schwarze Null« nach der Finanzstatistik abgegrenzt.

Die im Grundgesetz verankerte Schuldenbremse bezieht sich ebenfalls auf die NKA und ist auch nach der Finanzstatistik abgegrenzt. Allerdings werden hier konjunkturelle Effekte mitberücksichtigt, sodass die strukturelle NKA begrenzt ist. Für den Bundeshaushalt liegt diese Grenze bei 0,35% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt. Wenn bis zum Erreichen der strukturellen NKA noch Raum nach unten besteht, wird dieser Betrag dem sogenannten Kontrollkonto gutgeschrieben. In konjunkturell schlechten Zeiten besteht damit noch zusätzlicher Spielraum für eine expansive Finanzpolitik.

Auf der Ebene der EU besteht eine Vielzahl von Fiskalregeln nebeneinander. Zwei der wichtigsten Regeln sind das Maastricht-Defizit und die Grenze des strukturellen Finanzierungssaldos, die im Fiskalpakt festgeschrieben ist. Für beide ist der Finanzierungssaldo des Gesamtstaates relevant, also der Saldo aus Einnahmen und Ausgaben von Bund, Länder, Gemeinden und Sozialversicherungen. Diese Grenzen können nicht mittels Rücklagenbildung unterlaufen werden, da sie nach dem Rechenwerk der VGR abgegrenzt sind. Das Maastricht-Defizit begrenzt den Finanzierungssaldo des Gesamtstaates ungeachtet der konjunkturellen Situation auf 3% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt. Der Fiskalpakt hingegen bezieht die konjunkturelle Situation und Einmaleffekte mit ein und bezieht sich damit auf den strukturellen Finanzierungssaldo. Dieser darf nicht kleiner als 0,5% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt sein. Dies diene der Stabilisierung der gesamtstaatlichen Schuldensituation in den einzelnen EU-Ländern. Wenn die Schuldenquote deutlich unter 60% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt ist und die öffentlichen Finanzen langfristig nachhaltig aufgestellt seien, kann der strukturelle Finanzierungssaldo auch bis zu 1% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt betragen.

Eine Schuldenregel sollte der Finanzpolitik die nötigen Freiräume lassen, die Konjunktur in schlechten Zeiten aktiv und passiv zu stabilisieren. Sie sollte also dem Staat die Möglichkeit geben, die automatischen Stabilisatoren in Abschwüngen wirken zu lassen, ohne an anderen Stellen dafür Einsparungen vornehmen zu müssen. Darüber hinaus sollte noch zusätzlicher Spielraum bestehen, sodass bei Bedarf ein Konjunkturpaket aufgelegt werden kann. Deshalb tragen die Regeln des Fiskalpaktes oder die im Grundgesetz verankerte Schuldenbremse der konjunkturellen Situation Rechnung. Weder das Maastricht-Defizit noch die »Schwarze Null« berücksichtigen das; ihre Grenzwerte sind in der Wirtschaftskrise und in der Hochkonjunktur identisch.

Darüber hinaus sollten Schuldenregeln den Staat als Ganzes erfassen. Anderenfalls besteht das Risiko, dass das Budget innerhalb des Staatssektors umverteilt wird, um die Schuldenregel einzuhalten. Beispielsweise bieten öffentlich-private Partnerschaften (ÖPP) und öffentlich-öffentliche Partnerschaften (ÖÖP) die Möglichkeit, Schuldenregeln zu unterlaufen, indem Budgetposten in Haushalte umgeschichtet werden, die nicht den Schuldenregeln unterliegen. Gleichzeitig werden die Kontrollmöglichkeiten gegenüber der Öffentlichkeit stark eingeschränkt, wodurch die Transparenz leidet. Die Regeln, die nach dem Rechenwerk der VGR abgegrenzt sind und den gesamten Staatssektor umfassen (Bund, Länder, Gemeinden und Sozialversicherungen) kommen dem bereits sehr nahe. Auf die Schuldenbremse und die »Schwarze Null« trifft das nicht zu.

Nach diesen Kriterien kann die Regel des Fiskalpaktes, die sich auf den gesamtstaatlichen strukturellen Finanzierungssaldo in Abgrenzung der VGR bezieht, als sinnvollste Regel gesehen werden. Allerdings ist die Konjunktureinschätzung systematisch verzerrt, sodass zu große fiskalische Spielräume gewährt werden (vgl. Göttert 2019). Der deutsche Staat wird die Grenzwerte für den strukturellen

Finanzierungssaldo des Fiskalpaktes im Prognosezeitraum voraussichtlich mit großem Abstand einhalten. Selbst im Jahr 2021, in dem der strukturelle Finanzierungssaldo »lediglich« 0,1% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt beträgt, besteht mindestens noch ein diskretionärer Spielraum von 15 Mrd. Euro. Es ist plausibel anzunehmen, dass die Staatsfinanzen 2021 solide genug aufgestellt sein werden, dass die im Fiskalpakt festgelegte Neuverschuldungsgrenze ausgeweitet wird und der strukturelle Finanzierungssaldo bis auf – 1% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt absinken könnte. Damit betrüge der diskretionäre Spielraum sogar mehr als 33 Mrd. Euro.

Zum kräftigen Rückgang des strukturellen Finanzierungsaldos im Jahr 2021 hat auch die Teilabschaffung des Solidaritätszuschlags beigetragen. Sie führt zu einer deutlichen Entlastung von Beziehern mittlerer und gehobener Einkommen um 9,8 Mrd. Euro. Bei einem bisherigen Gesamtaufkommen von rund 19 Mrd. Euro entspricht dies rund der Hälfte der Einnahmen aus dem Solidaritätszuschlag. Die Bundesregierung hat sich hierbei für die Einführung einer Freigrenze mit anschließender Progressionszone entschieden. Dies führt dazu, dass für rund 90% der Lohn- und Einkommensteuerzahler der Solidaritätszuschlag entfällt. Bei Personen, deren Lohn- und Einkommensteuer zwischen 16 956 und 31 528 Euro – für Verheiratete gilt jeweils der doppelte Betrag – liegt, beträgt der Solidaritätszuschlag 11,9% der Lohn-und Einkommensteuer oberhalb der Freigrenze. Damit steigt die Belastung im Verlauf der Progressionszone schrittweise auf das bisherige Niveau an. Die 3,5% der Steuerzahler, deren Einkommensteuer oberhalb der Progressionszone liegt, tragen weiterhin den vollen Solidaritätszuschlag von 5,5%. Die Progressionszone führt zu einer Teilentlastung gegenüber dem Status quo, erhöht aber den Grenzsteuersatz innerhalb der Progressionszone. Dies könnte insbesondere Effekte auf die Arbeitsanreize von Zweitverdienern mit hohem Haushaltseinkommen haben, deren Arbeitsangebot tendenziell eine hohe Elastizität aufweist. Bei diesen könnte die Grenzbelastung unter Berücksichtigung von Sozialbeiträgen auf bis beinahe 75% ansteigen. Falls die Freigrenze durch einen Freibetrag ersetzt würde, könnte die Grenzbelastung oberhalb der Freigrenze jedoch auf dem derzeitigen Niveau verbleiben.

Kapitalgesellschaften und größere Personengesellschaften profitieren ebenfalls nicht von dem Teilabbau des Solidaritätszuschlags. Dies fügt sich in die steuerpolitische Ausrichtung der vergangenen zehn Jahre ein: Insgesamt kam es seit der Unternehmenssteuerreform des Jahres 2008 nur zu geringfügigen Anpassungen des Unternehmenssteuerrechts. Hier hat sich gerade vor dem Hintergrund des sich verändernden Wettbewerbsumfelds ein erheblicher Reformbedarf angestaut. Während die Vereinigten Staaten im vergangenen Jahr ihre Unternehmenssteuern drastisch gesenkt haben, zieht Frankreich im Prognosezeitraum nach und senkt seine Körperschaftsteuer bis 2022 schrittweise. In weiteren Ländern wie dem Vereinigten Königreich sind ebenfalls Senkungen der Unternehmenssteuern geplant. Hingegen sind in Deutschland die Steuern aufgrund kommunaler Gewerbesteuererhöhungen mancherorts sogar leicht gestiegen. Damit zählt Deutschland zur Spitze der Länder mit der höchsten Unternehmenssteuerlast und büßt vor dem Hintergrund der Steuerentlastungen in anderen G-7- und EU-Ländern zunehmend an Standortattraktivität ein. Gerade im Hinblick auf die derzeitige konjunkturelle Lage im Verarbeitenden Gewerbe sowie insbesondere auf den technologischen Wandel und die zunehmende Verlagerung der Automobilproduktion in andere EU-Länder könnten an dieser Stelle wichtige Impulse gesetzt werden. Die steuerliche Forschungsförderung, die Personalausgaben im Bereich der Forschung und Entwicklung steuerlich begünstigt, kann dabei zwar Anreize zur Forschungstätigkeit insbesondere von kleinen Unternehmen schaffen. Im Hinblick auf größere Kapitalgesellschaften, für die die maximale Fördersumme von einer halben Million Euro nur einem sehr kleinen Anteil der Forschungsausgaben entspricht, ist sie jedoch nicht mehr als ein Tropfen auf den heißen Stein. Zur Wahrung der deutschen Standortattraktivität sollte die Bundesregierung daher eine Senkung der Unternehmensbesteuerung anvisieren.

Die Auswirkungen einer Senkung der Unternehmenssteuern in Deutschland können mit Hilfe des ifo-DSGE-Modells analysiert werden. Dabei wurden identische Annahmen wie bei der Simulation der bereits beschlossenen fiskalischen Maßnahmen getroffen (vgl. Kasten: Zu den gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen der fiskalischen Maßnahmen). So kommt die Unternehmenssteuersenkung unerwartet und die Tragfähigkeit der Staatsschulden ist nicht gefährdet. Bei der Simulation wurde eine Senkung der jährlichen Unternehmenssteuerlast um 15 Mrd. Euro unterstellt. Dies entspricht dem Spielraum, den der Staat nach der vorliegenden Prognose im Jahr 2021 mindestens zur Verfügung hat, ohne die Schuldenregeln des Fiskalpakts zu verletzen. Die Reform wurde ins Modell als eine permanente Absenkung der Unternehmenssteuer, die proportional zum Umsatz steht, übersetzt. Im Jahr der Implementierung würde die Unternehmenssteuersenkung den Anstieg des realen Bruttoinlandsprodukts um 0,2 Prozentpunkte und den Anstieg der realen nichtstaatlichen Bruttoanlageinvestitionen um 0,6 Prozentpunkte erhöhen. Langfristig steigt das Niveau des realen Bruttoinlandsprodukts um knapp ¼% und das der realen nichtstaatlichen Bruttoanlageinvestitionen um knapp ¾%.

Abgeschlossen am Dienstag, 10. Dezember 2019.

6. Literatur

Abberger, K. und W. Nierhaus (2010), »Markov-Switching and the Ifo Business Climate: The Ifo Business Cycle Traffic Lights«, *Journal of Business Cycle Measurement and Analysis* 7(2), 1–13.

Altig, D., J. M. Barrero, N. Bloom, S. J. Davis, B. Meyer, E. Mihaylov und N. Parker (2019): »New Evidence Points to Mounting Trade Policy Effects on U.S. Business Activity«, *Macroblog,* 1. November, Federal Reserve Bank of Atlanta:.

Bachmann, R., S. Elstner und E. R. Sims (2013), »Uncertainty and economic activity: Evidence from business survey data«, *American Economic Journal: Macroeconomics* 5(2), 217–249.

Bloom, N. (2009), »The Impact of Uncertainty Shocks«, *Econometrica* 77(3), 623–685.

Bundesagentur für Arbeit (2019), »Blickpunkt Arbeitsmarkt-Monatsbericht zum Arbeits- und Ausbildungsmarkt«, November 2019, Nürnberg.

Bundesministerium für Arbeit und Soziales (2019), »Rentenversicherungsbericht 2019«, verfügbar unter: https://www.bmas.de/Shared-Docs/Downloads/DE/Thema-Rente/rentenversicherungsbericht-2019.pdf?__blob=publicationFile&v=4.

Bundesministerium für Gesundheit (2019), »Kabinett beschließt Entlastung von Betriebsrenten«, Pressemitteilung, 18. November, verfügbar unter: https://www.bundesgesundheitsministerium.de/presse/pressemitteilungen/2019/4-quartal/entlastung-von-betriebsrenten.html.

Carriero, A., T. E. Clark und M. Marcellino (2018), »Measuring Uncertainty and Its Impact on the Economy«, *The Review of Economics and Statistics* 100(5), 799–815.

Carstensen, K., St. Henzel, J. Mayr und K. Wohlrabe (2009), »IFOCAST: Methoden der ifo-Kurzfristprognose«, *ifo Schnelldienst* 62(23), 15–28.

Çelik, S. und M. Isaksson (2019), *Corporate Bond Markets in a Time of Unconventional Monetary Policy*, OECD Capital Market Series, OECD Publishing, Paris.

Clark, H.L. und B. Kelly (2019), »Are U.S. Tariffs Turning Vietnam into an Export Powerhouse?«, Blog, *Liberty Street Economics*, 14. August.

Deutsche Bundesbank (2019a), »Zur Schwäche des globalen Pkw-Marktes«, *Monatsbericht*, Mai, 13–14.

Deutsche Bundesbank (2019b), »Internationales und europäisches Umfeld«, *Monatsbericht*, November, 11–21.

Deutsche Bundesbank (2019c), »Konjunktur in Deutschland«, *Monatsbericht*, November, 47–57.

Deutsche Rentenversicherung (2019), »Koalitionsbeschluss zur Grundrente«, Pressemitteilung, 28. November, verfügbar unter: https://www.deutsche-rentenversicherung.de/DRV/DE/Ueber-uns-und-Presse/Presse/Meldungen/2019/191115_grundrente.html.

Fobbe, F. und R. Lehmann (2016), »Elektromotoren, Energieversorgung und Erziehung: Die Güte der entstehungsseitigen ifo-Kurzfristprognose«, *ifo Schnelldienst* 69(12), 58–63.

Göttert, M. (2019), »Italien gegen die EU: Die Schwächen der EU-Fiskalwerkzeuge«, Blogbeitrag, 12. November, verfügbar unter: https://www.derstandard.at/story/2000110915583/italien-gegen-die-eu-die-schwaechen-der-eu-fiskalwerkzeuge.

Heinisch, K. und K. Wohlrabe (2017), »The European refugee crisis and the natural rate of output«, *Applied Economics Letters* 24(6), 1138–1142.

Hristov, N. (2016), »The ifo DSGE Model for the German Economy«, ifo Working Paper Nr. 210.

International Monetary Fund (2019), *World Economic Outlook, October 2019: Global Manufacturing Downturn, Rising Trade Barriers,* Oktober, Washington.

Kraftfahrtbundesamt (2019), »Fahrzeugzulassungen (FZ) Bestand an Kraftfahrzeugen und Kraftfahrzeuganhängern nach Fahrzeugalter« 1. Januar.

Leal, J., R. Lehmann, B. Marc, T. Wollmershäuser und P. Wozniak (2019), »The Weakness of the German Car Industry and its Sectoral and Global Impacts«, *EconPol Policy Brief* 18, September, Brüssel.

Lee, Y.N. (2019), »These charts show Vietnam is far from matching China's manufacturing prowess«, *CNBC*, 28. Oktober.

Link, S. und T. Wollmershäuser (2019), »Zur Bedeutung der Kurzarbeit als wirtschaftspolitisches Instrument in Deutschland«, *ifo Schnelldienst* 72(18), 21–23.

Office for National Statistics (2019), »GDP first quarterly estimate, UK: July to September 2019«, *Statistical bulletin*, 11. November.

Organisation for Economic Co-operation and Development (2019a), *OECD Economic Outlook*, Nr. 105, Mai, Paris.

Organisation for Economic Co-operation and Development (2019b), *OECD Economic Outlook*, Nr. 106, November, Paris.

Pearson, J. und M. Nguyen (2019), »Vietnam to crack down on Chinese goods relabeled to beat U.S. tariffs«, *Reuters*, 10. Juni.

Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose (2016), *Aufschwung bleibt moderat – Wirtschaftspolitik wenig wachstumsorientiert, Frühjahr 2016*, München.

Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose (2019), *Industrie in der Rezession – Wachstumskräfte schwinden, Herbst 2019*, Berlin.

Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (2019), *Den Strukturwandel meistern – Jahresgutachten 2019/20,* Wiesbaden.

Shirouzu, N. und A. Jourdan (2017), »China sets 2019 deadline for automakers to meet green-car sales targets«, *Reuters*, 28. September.

Sun, Y. und B. Goh (2019), »China toughens subsidy program for new energy vehicle companies«, *Reuters*, 26. März.

Verband der Automobilindustrie (2019), »VDA-Konjunkturbarometer – Analysen und Prognosen zur aktuellen Konjunktursituation in der Automobilindustrie«, Oktober 2019.

Wollmershäuser, T. (2018), »Die ifo Investitionserwartungen – ein neuer Frühindikator für die Investitionstätigkeit deutscher Unternehmen«, *ifo Schnelldienst* 71(23), 32–35.

Wollmershäuser, T. (2019), »ifo Konjunkturprognose Herbst 2019: Deutscher Wirtschaft droht Rezession«, *ifo Schnelldienst* 72(17), 63–72.

7. Tabellenanhang

Hauptaggregate der Sektoren
Mrd. EUR

		Gegenstand der Nachweisung	2019				
			Gesamte Volks-wirtschaft	Nichtfinanzielle und finanzielle Kapital-gesellschaften	Staat	Private Haushalte und private Org. o.E.	Übrige Welt
			S 1	S 11/S12	S 13	S 14/S 15	S 2
1	=	Bruttowertschöpfung	3 088,8	2 083,0	344,2	661,6	–
2	–	Abschreibungen	634,3	365,6	78,5	190,2	–
3	=	Nettowertschöpfung 1)	2 454,5	1 717,4	265,7	471,4	– 206,1
4	–	Geleistete Arbeitnehmerentgelte	1 844,3	1 332,8	269,4	242,1	14,4
5	–	Geleistete sonstige Produktionsabgaben	24,0	14,2	0,3	9,5	–
6	+	Empfangene sonstige Subventionen	28,0	26,3	0,2	1,6	–
7	=	Betriebsüberschuss/Selbstständigeneinkommen	614,3	396,6	– 3,8	221,5	– 220,5
8	+	Empfangene Arbeitnehmerentgelte	1 845,3	–	–	1 845,3	13,4
9	–	Geleistete Subventionen	30,2	–	30,2	–	5,5
10	+	Empfangene Produktions- und Importabgaben	366,2	–	366,2	–	7,1
11	–	Geleistete Vermögenseinkommen	651,8	602,6	29,3	19,9	207,2
12	+	Empfangene Vermögenseinkommen	752,0	371,4	20,9	359,8	106,9
13	=	Primäreinkommen (Nettonationaleinkommen)	2 895,8	165,4	323,9	2 406,5	– 305,7
14	–	Geleistete Einkommen- und Vermögensteuern	448,9	96,2	–	352,8	11,4
15	+	Empfangene Einkommen- und Vermögensteuern	459,9	–	459,9	–	0,4
16	–	Geleistete Nettosozialbeiträge 2)	733,3	–	–	733,3	4,5
17	+	Empfangene Nettosozialbeiträge 2)	734,7	136,2	597,7	0,8	3,0
18	–	Geleistete monetäre Sozialleistungen	612,1	66,4	544,8	0,8	0,6
19	+	Empfangene monetäre Sozialleistungen	604,6	–	–	604,6	8,0
20	–	Geleistete sonstige laufende Transfers	357,5	189,5	79,4	88,5	54,7
21	+	Empfangene sonstige laufende Transfers	308,3	168,2	24,7	115,3	103,8
22	=	Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	2 851,7	117,7	782,0	1 952,0	– 261,6
23	–	Konsumausgaben	2 487,4	–	694,2	1 793,2	–
24	+	Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	– 60,5	–	60,5	–
25	=	Sparen	364,3	57,2	87,8	219,3	– 261,6
26	–	Geleistete Vermögenstransfers	66,6	18,2	37,8	10,6	4,1
27	+	Empfangene Vermögenstransfers	59,6	27,2	11,8	20,5	11,2
28	–	Bruttoinvestitionen	737,0	421,4	86,6	229,0	–
29	+	Abschreibungen	634,3	365,6	78,5	190,2	–
30	–	Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	– 2,5	– 2,0	– 1,3	0,8	2,5
31	=	Finanzierungssaldo	257,0	12,5	55,0	189,6	– 257,0
		Nachrichtlich:	–	–	–	–	–
34		Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	2 851,7	117,7	782,0	1 952,0	– 261,6
35	–	Geleistete soziale Sachtransfers	448,7	–	448,7	–	–
36	+	Empfangene soziale Sachtransfers	448,7	–	–	448,7	–
37	=	Verfügbares Einkommen (Verbrauchskonzept)	2 851,7	117,7	333,3	2 400,7	– 261,6
38	–	Konsum 3)	2 487,4	–	245,5	2 241,9	–
39	+	Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	– 60,5	–	60,5	–
40	=	Sparen	364,3	57,2	87,8	219,3	– 261,6

1) Für den Sektor übrige Welt Importe abzügl. Exporte aus der bzw. an die übrige Welt. – 2) Sozialbeiträge einschl. Sozialbeiträge aus Kapitalerträgen abzüglich Dienstleistungsentgelt privater Sozialschutzsysteme.- 3) Für den Sektor Staat Kollektivkonsum, für den Sektor private Haushalte und private Organisationen o. E. Individualkonsum (einschl. Konsumausgaben des Staates für den Individualverbrauch, d.h. einschl. sozialer Sachleistungen).

Quellen: Statistisches Bundesamt; 2019 bis 2021: Prognose des ifo Instituts.

Hauptaggregate der Sektoren

Mrd. EUR

	Gegenstand der Nachweisung	2020				
		Gesamte Volks-wirtschaft	Nichtfinanzielle und finanzielle Kapital-gesellschaften	Staat	Private Haushalte und private Org. o.E.	Übrige Welt
		S 1	S 11/S12	S 13	S 14/S 15	S 2
1 =	Bruttowertschöpfung	3 187,3	2 138,6	356,9	691,8	–
2 –	Abschreibungen	659,5	379,1	82,6	197,7	–
3 =	Nettowertschöpfung 1)	2 527,8	1 759,5	274,3	494,1	– 222,8
4 –	Geleistete Arbeitnehmerentgelte	1 899,1	1 364,9	279,0	255,2	14,8
5 –	Geleistete sonstige Produktionsabgaben	24,2	14,3	0,3	9,6	–
6 +	Empfangene sonstige Subventionen	28,9	27,1	0,2	1,7	–
7 =	Betriebsüberschuss/Selbstständigeneinkommen	633,5	407,4	– 4,9	231,0	– 237,6
8 +	Empfangene Arbeitnehmerentgelte	1 900,0	–	–	1 900,0	13,9
9 –	Geleistete Subventionen	31,3	–	31,3	–	5,5
10 +	Empfangene Produktions- und Importabgaben	376,3	–	376,3	–	7,1
11 –	Geleistete Vermögenseinkommen	655,6	610,1	27,6	17,9	205,2
12 +	Empfangene Vermögenseinkommen	759,1	378,8	20,2	360,1	101,6
13 =	Primäreinkommen (Nettonationaleinkommen)	2 982,1	176,1	332,8	2 473,2	– 325,7
14 –	Geleistete Einkommen- und Vermögensteuern	461,6	96,5	–	365,1	11,7
15 +	Empfangene Einkommen- und Vermögensteuern	472,9	–	472,9	–	0,4
16 –	Geleistete Nettosozialbeiträge 2)	753,2	–	–	753,2	4,6
17 +	Empfangene Nettosozialbeiträge 2)	754,7	139,2	614,7	0,8	3,1
18 –	Geleistete monetäre Sozialleistungen	636,5	67,3	568,3	0,8	0,6
19 +	Empfangene monetäre Sozialleistungen	628,8	–	–	628,8	8,3
20 –	Geleistete sonstige laufende Transfers	369,5	193,3	86,7	89,5	51,3
21 +	Empfangene sonstige laufende Transfers	319,4	177,7	24,2	117,6	101,4
22 =	Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	2 937,1	135,8	789,6	2 011,8	– 280,7
23 –	Konsumausgaben	2 564,9	–	722,9	1 842,1	–
24 +	Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	– 60,8	–	60,8	–
25 =	Sparen	372,2	75,0	66,7	230,5	– 280,7
26 –	Geleistete Vermögenstransfers	69,0	18,5	39,7	10,8	4,5
27 +	Empfangene Vermögenstransfers	61,4	27,7	12,0	21,7	12,1
28 –	Bruttoinvestitionen	751,0	413,4	92,4	245,2	–
29 +	Abschreibungen	659,5	379,1	82,6	197,7	–
30 –	Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	– 2,6	– 2,1	– 1,3	0,8	2,6
31 =	Finanzierungssaldo	275,7	52,0	30,5	193,1	– 275,7
	Nachrichtlich:	–	–	–	–	–
34	Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	2 937,1	135,8	789,6	2 011,8	– 280,7
35 –	Geleistete soziale Sachtransfers	466,4	–	466,4	–	–
36 +	Empfangene soziale Sachtransfers	466,4	–	–	466,4	–
37 =	Verfügbares Einkommen (Verbrauchskonzept)	2 937,1	135,8	323,2	2 478,2	– 280,7
38 –	Konsum 3)	2 564,9	–	256,5	2 308,5	–
39 +	Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	– 60,8	–	60,8	–
40 =	Sparen	372,2	75,0	66,7	230,5	– 280,7

1) Für den Sektor übrige Welt Importe abzügl. Exporte aus der bzw. an die übrige Welt. – 2) Sozialbeiträge einschl. Sozialbeiträge aus Kapitalerträgen abzüglich Dienstleistungsentgelt privater Sozialschutzsysteme.- 3) Für den Sektor Staat Kollektivkonsum, für den Sektor private Haushalte und private Organisationen o. E. Individualkonsum (einschl. Konsumausgaben des Staates für den Individualverbrauch, d.h. einschl. sozialer Sachleistungen).

Quellen: Statistisches Bundesamt; 2019 bis 2021: Prognose des ifo Instituts.

Hauptaggregate der Sektoren
Mrd. EUR

		Gegenstand der Nachweisung	2021				
			Gesamte Volks-wirtschaft	Nichtfinanzielle und finanzielle Kapital-gesellschaften	Staat	Private Haushalte und private Org. o.E.	Übrige Welt
			S 1	S 11/S12	S 13	S 14/S 15	S 2
1	=	Bruttowertschöpfung	3 296,3	2 206,1	369,6	720,6	–
2	–	Abschreibungen	685,9	394,1	86,2	205,6	–
3	=	Nettowertschöpfung 1)	2 610,4	1 812,0	283,4	515,0	– 225,1
4	–	Geleistete Arbeitnehmerentgelte	1 960,9	1 403,4	288,3	269,2	15,1
5	–	Geleistete sonstige Produktionsabgaben	24,3	14,4	0,3	9,7	–
6	+	Empfangene sonstige Subventionen	30,4	28,4	0,2	1,8	–
7	=	Betriebsüberschuss/Selbstständigeneinkommen	655,5	422,7	– 5,1	237,9	– 240,2
8	+	Empfangene Arbeitnehmerentgelte	1 961,9	–	–	1 961,9	14,1
9	–	Geleistete Subventionen	32,9	–	32,9	–	5,5
10	+	Empfangene Produktions- und Importabgaben	386,1	–	386,1	–	7,2
11	–	Geleistete Vermögenseinkommen	657,3	614,5	26,4	16,5	210,4
12	+	Empfangene Vermögenseinkommen	764,3	390,2	19,5	354,7	103,4
13	=	Primäreinkommen (Nettonationaleinkommen)	3 077,5	198,3	341,1	2 538,0	– 331,4
14	–	Geleistete Einkommen- und Vermögensteuern	471,1	99,1	–	372,1	12,1
15	+	Empfangene Einkommen- und Vermögensteuern	482,8	–	482,8	–	0,4
16	–	Geleistete Nettosozialbeiträge 2)	776,5	–	–	776,5	4,8
17	+	Empfangene Nettosozialbeiträge 2)	778,1	142,4	634,8	0,8	3,2
18	–	Geleistete monetäre Sozialleistungen	663,1	68,4	593,8	0,8	0,6
19	+	Empfangene monetäre Sozialleistungen	655,2	–	–	655,2	8,5
20	–	Geleistete sonstige laufende Transfers	376,8	197,2	91,0	88,6	53,2
21	+	Empfangene sonstige laufende Transfers	325,4	181,0	24,5	119,9	104,6
22	=	Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	3 031,5	157,1	798,5	2 075,9	– 285,4
23	–	Konsumausgaben	2 650,2	–	750,9	1 899,3	–
24	+	Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	– 61,7	–	61,7	–
25	=	Sparen	381,4	95,4	47,6	238,3	– 285,4
26	–	Geleistete Vermögenstransfers	70,9	19,0	41,0	10,9	4,9
27	+	Empfangene Vermögenstransfers	62,3	27,6	12,1	22,6	13,5
28	–	Bruttoinvestitionen	781,8	425,1	97,3	259,4	–
29	+	Abschreibungen	685,9	394,1	86,2	205,6	–
30	–	Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	– 2,6	– 2,1	– 1,3	0,9	2,6
31	=	Finanzierungssaldo	279,4	75,0	8,9	195,4	– 279,4
		Nachrichtlich:	–	–	–	–	–
34		Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	3 031,5	157,1	798,5	2 075,9	– 285,4
35	–	Geleistete soziale Sachtransfers	484,2	–	484,2	–	–
36	+	Empfangene soziale Sachtransfers	484,2	–	–	484,2	–
37	=	Verfügbares Einkommen (Verbrauchskonzept)	3 031,5	157,1	314,3	2 560,1	– 285,4
38	–	Konsum 3)	2 650,2	–	266,7	2 383,5	–
39	+	Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	– 61,7	–	61,7	–
40	=	Sparen	381,4	95,4	47,6	238,3	– 285,4

1) Für den Sektor übrige Welt Importe abzügl. Exporte aus der bzw. an die übrige Welt. – 2) Sozialbeiträge einschl. Sozialbeiträge aus Kapitalerträgen abzüglich Dienstleistungsentgelt privater Sozialschutzsysteme.- 3) Für den Sektor Staat Kollektivkonsum, für den Sektor private Haushalte und private Organisationen o. E. Individualkonsum (einschl. Konsumausgaben des Staates für den Individualverbrauch, d.h. einschl. sozialer Sachleistungen).

Quellen: Statistisches Bundesamt; 2019 bis 2021: Prognose des ifo Instituts.

BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND
Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung
Vorausschätzung für die Jahre 2019 bis 2021

	2019 (2)	2020 (2)	2021 (2)	2019		2020 (2)		2021 (2)	
				1.Hj (1)	2.Hj (2)	1.Hj	2.Hj	1.Hj	2.Hj
Entstehung des Inlandsprodukts									
Veränderung in % gegenüber Vorjahr									
Zahl der Erwerbstätigen	0,9	0,4	0,4	1,1	0,7	0,4	0,4	0,4	0,4
Arbeitsstunden je Erwerbstätigen 3)	-0,3	0,2	0,0	-0,4	-0,2	-0,2	0,5	-0,1	0,2
Arbeitsvolumen	0,6	0,5	0,4	0,7	0,5	0,2	0,9	0,3	0,6
Produktivität (4)	-0,1	0,6	1,1	-0,2	0,1	0,4	0,8	1,2	0,9
Bruttoinlandsprodukt, preisbereinigt	0,5	1,1	1,5	0,4	0,6	0,6	1,6	1,5	1,5
2. Verwendung des Inlandsprodukts in jeweiligen Preisen									
a) Mrd. EUR									
Konsumausgaben	2487,4	2564,9	2650,2	1213,4	1274,0	1252,4	1312,5	1291,6	1358,5
Private Konsumausgaben 5)	1793,2	1842,1	1899,3	876,3	916,9	901,0	941,1	926,4	972,9
Konsumausgaben des Staates	694,2	722,9	750,9	337,0	357,2	351,4	371,5	365,2	385,6
Bruttoanlageinvestitionen	747,6	783,6	819,1	359,1	388,5	373,0	410,6	390,5	428,6
Bauten	373,8	398,2	420,5	180,0	193,8	190,6	207,7	201,9	218,6
Ausrüstungen	240,3	245,7	253,0	115,7	124,5	116,1	129,6	119,4	133,6
Sonstige Anlagen	133,6	139,7	145,7	63,3	70,3	66,4	73,3	69,2	76,5
Vorratsveränderungen 6)	-10,6	-32,6	-37,2	7,6	-18,2	-10,5	-22,1	-12,1	-25,2
Inländische Verwendung	3224,4	3315,9	3432,0	1580,1	1644,4	1615,0	1701,0	1670,1	1761,9
Außenbeitrag	206,1	222,8	225,1	106,7	99,4	119,4	103,5	121,5	103,5
Nachrichtlich: in Relation zum BIP %	6,0	6,3	6,2	6,3	5,7	6,9	5,7	6,8	5,6
Exporte	1618,4	1691,0	1753,7	803,7	814,7	832,9	858,2	864,1	889,6
Importe	1412,3	1468,2	1528,6	697,0	715,3	713,5	754,7	742,6	786,1
Bruttoinlandsprodukt	3430,5	3538,8	3657,1	1686,8	1743,7	1734,3	1804,4	1791,6	1865,5
b) Veränderung in % gegenüber Vorjahr									
Konsumausgaben	3,2	3,1	3,3	3,1	3,4	3,2	3,0	3,1	3,5
Private Konsumausgaben 5)	2,8	2,7	3,1	2,6	3,0	2,8	2,6	2,8	3,4
Konsumausgaben des Staates	4,3	4,1	3,9	4,1	4,4	4,3	4,0	3,9	3,8
Bruttoanlageinvestitionen	5,6	4,8	4,5	6,4	5,0	3,9	5,7	4,7	4,4
Bauten	8,6	6,5	5,6	9,3	7,9	5,9	7,2	6,0	5,2
Ausrüstungen	2,1	2,3	3,0	3,1	1,3	0,3	4,1	2,9	3,1
Sonstige Anlagen	4,3	4,6	4,3	4,5	4,0	4,8	4,3	4,2	4,3
Inländische Verwendung	2,7	2,8	3,5	3,7	1,9	2,2	3,4	3,4	3,6
Exporte	2,1	4,5	3,7	1,4	2,7	3,6	5,3	3,8	3,7
Importe	2,4	4,0	4,1	4,0	0,8	2,4	5,5	4,1	4,2
Bruttoinlandsprodukt	2,6	3,2	3,3	2,4	2,7	2,8	3,5	3,3	3,4
3. Verwendung des Inlandsprodukts, verkettete Volumenangaben (Referenzjahr 2015)									
a) Mrd. EUR									
Konsumausgaben	2361,0	2397,0	2437,2	1162,2	1198,8	1180,8	1216,2	1198,7	1238,5
Private Konsumausgaben 5)	1706,9	1728,4	1755,2	838,4	868,5	849,3	879,1	860,4	894,8
Konsumausgaben des Staates	654,1	668,5	682,0	323,7	330,3	331,4	337,1	338,2	343,7
Bruttoanlageinvestitionen	684,9	700,5	715,8	330,4	354,4	335,1	365,4	342,7	373,1
Bauten	324,5	332,6	338,6	157,4	167,1	160,6	172,0	163,8	174,8
Ausrüstungen	233,8	237,7	243,7	112,6	121,2	112,1	125,5	114,9	128,9
Sonstige Anlagen	126,4	130,0	133,4	60,3	66,1	62,1	67,9	63,7	69,7
Inländische Verwendung	3046,6	3076,0	3126,9	1502,6	1544,0	1507,6	1568,4	1531,4	1595,5
Exporte	1578,2	1640,4	1693,2	785,3	792,9	809,7	830,8	836,0	857,2
Importe	1387,1	1442,4	1497,6	683,1	704,0	702,3	740,1	729,0	768,6
Bruttoinlandsprodukt	3239,1	3275,5	3324,6	1605,4	1633,7	1615,3	1660,3	1638,9	1685,7
b) Veränderung in % gegenüber Vorjahr									
Konsumausgaben	1,7	1,5	1,7	1,4	1,9	1,6	1,4	1,5	1,8
Private Konsumausgaben 5)	1,5	1,3	1,6	1,3	1,7	1,3	1,2	1,3	1,8
Konsumausgaben des Staates	2,1	2,2	2,0	1,8	2,4	2,4	2,0	2,0	2,0
Bruttoanlageinvestitionen	2,7	2,3	2,2	3,2	2,3	1,4	3,1	2,3	2,1
Bauten	3,9	2,5	1,8	4,2	3,7	2,0	3,0	2,0	1,6
Ausrüstungen	1,0	1,6	2,6	2,0	0,2	-0,5	3,6	2,5	2,6
Sonstige Anlagen	2,6	2,9	2,6	2,9	2,3	3,1	2,7	2,6	2,7
Inländische Verwendung	1,0	1,0	1,7	1,7	0,3	0,3	1,6	1,6	1,7
Exporte	1,3	3,9	3,2	0,2	2,5	3,1	4,8	3,3	3,2
Importe	2,5	4,0	3,8	3,1	1,9	2,8	5,1	3,8	3,9
Bruttoinlandsprodukt	0,5	1,1	1,5	0,4	0,6	0,6	1,6	1,5	1,5

noch Bundesrepublik Deutschland: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung

	2019 (2)	2020 (2)	2021 (2)	2019		2020 (2)		2021 (2)	
				1.Hj (1)	2.Hj (2)	1.Hj	2.Hj	1.Hj	2.Hj
4. Preisniveau der Verwendungsseite des Inlandsprodukts (2015=100)									
Veränderung in % gegenüber Vorjahr									
Konsumausgaben	1,6	1,6	1,6	1,6	1,5	1,6	1,5	1,6	1,6
Private Konsumausgaben 5)	1,3	1,4	1,5	1,4	1,3	1,5	1,4	1,5	1,6
Konsumausgaben des Staates	2,2	1,9	1,8	2,3	2,0	1,8	1,9	1,8	1,8
Bruttoanlageinvestitionen	2,8	2,5	2,3	3,0	2,6	2,4	2,5	2,4	2,2
Bauten	4,4	3,9	3,7	4,9	4,0	3,8	4,1	3,9	3,6
Ausrüstungen	1,1	0,6	0,4	1,0	1,1	0,8	0,4	0,4	0,4
Sonstige Anlagen	1,6	1,6	1,6	1,6	1,6	1,7	1,6	1,6	1,6
Inländische Verwendung	1,8	1,9	1,8	1,9	1,6	1,9	1,8	1,8	1,8
Exporte	0,7	0,5	0,5	1,1	0,3	0,5	0,5	0,5	0,5
Importe	-0,1	0,0	0,3	0,9	-1,1	-0,4	0,4	0,3	0,3
Bruttoinlandsprodukt	2,0	2,0	1,8	2,0	2,1	2,2	1,8	1,8	1,8
5. Einkommensentstehung und -verteilung									
a) Mrd. EUR									
Primäreinkommen der privaten Haushalte	2406,5	2473,2	2538,0	1188,3	1218,3	1224,5	1248,7	1254,3	1283,8
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	325,9	334,7	345,1	157,8	168,1	162,3	172,5	167,1	177,9
Bruttolöhne und -gehälter	1519,3	1565,2	1616,8	726,4	792,9	749,5	815,8	773,7	843,2
Übrige Primäreinkommen der privaten Haushalte	561,3	573,2	576,1	304,0	257,2	312,7	260,4	313,5	262,7
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	489,3	508,9	539,5	220,2	269,1	220,2	288,7	235,9	303,6
Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)	2895,8	2982,1	3077,5	1408,5	1487,4	1444,6	1537,5	1490,2	1587,3
Abschreibungen	634,3	659,5	685,9	315,9	318,4	328,3	331,2	341,4	344,5
Bruttonationaleinkommen	3530,1	3641,6	3763,4	1724,4	1805,8	1773,0	1868,7	1831,5	1931,9
nachrichtlich:									
Volkseinkommen	2559,8	2637,1	2724,4	1240,0	1319,8	1272,2	1364,8	1313,9	1410,5
Arbeitnehmerentgelte	1845,3	1900,0	1961,9	884,2	961,0	911,7	988,3	940,8	1021,1
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	714,5	737,1	762,5	355,8	358,7	360,5	376,6	373,1	389,4
b) Veränderung in % gegenüber Vorjahr									
Primäreinkommen der privaten Haushalte	2,9	2,8	2,6	2,8	3,0	3,0	2,5	2,4	2,8
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	5,0	2,7	3,1	5,3	4,8	2,8	2,6	3,0	3,1
Bruttolöhne und -gehälter	4,0	3,0	3,3	4,4	3,7	3,2	2,9	3,2	3,4
Bruttolöhne und -gehälter je Beschäftigten	2,9	2,5	2,7	3,0	2,7	2,6	2,3	2,7	2,8
Nettolöhne und -gehälter je Beschäftigten	3,2	2,2	3,2	3,5	3,0	2,2	2,1	3,1	3,2
Übrige Primäreinkommen der privaten Haushalte	-1,1	2,1	0,5	-2,0	0,0	2,9	1,2	0,2	0,9
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	-0,2	4,0	6,0	-1,0	0,4	0,0	7,3	7,1	5,1
Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)	2,4	3,0	3,2	2,2	2,5	2,6	3,4	3,2	3,2
Abschreibungen	4,2	4,0	4,0	4,4	4,0	3,9	4,0	4,0	4,0
Bruttonationaleinkommen	2,7	3,2	3,3	2,6	2,8	2,8	3,5	3,3	3,4
nachrichtlich:									
Volkseinkommen	2,3	3,0	3,3	2,0	2,5	2,6	3,4	3,3	3,3
Arbeitnehmerentgelte	4,2	3,0	3,3	4,5	3,9	3,1	2,8	3,2	3,3
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	-2,4	3,2	3,5	-3,7	-1,0	1,3	5,0	3,5	3,4
6. Einkommen und Einkommensverwendung der privaten Haushalte und priv. Org. o.E.									
a) Mrd. EUR									
Masseneinkommen	1488,5	1536,7	1598,3	716,1	772,5	740,0	796,6	770,0	828,3
Nettolöhne und -gehälter	1018,1	1045,8	1085,0	482,4	535,8	495,9	549,8	514,3	570,7
Monetäre Sozialleistungen	604,6	628,8	655,2	300,6	304,1	312,7	316,1	326,2	328,9
abz. Abgaben auf soziale Leistungen, verbrauchsnahe Steuern	134,3	137,9	141,8	66,9	67,4	68,6	69,3	70,5	71,3
Übrige Primäreinkommen der privaten Haushalte	561,3	573,2	576,1	304,0	257,2	312,7	260,4	313,5	262,7
Sonstige Transfers (Saldo)	-97,8	-98,1	-98,5	-49,1	-48,7	-49,5	-48,6	-49,5	-49,1
Verfügbares Einkommen	1952,0	2011,8	2075,9	971,0	981,0	1003,3	1008,5	1034,0	1041,9
Zunahme betriebl. Versorgungsansprüche	60,5	60,8	61,7	29,4	31,1	29,5	31,3	30,0	31,8
Private Konsumausgaben 5)	1793,2	1842,1	1899,3	876,3	916,9	901,0	941,1	926,4	972,9
Sparen	219,3	230,5	238,3	124,1	95,2	131,8	98,7	137,5	100,8
Sparquote 7)	10,9	11,1	11,1	12,4	9,4	12,8	9,5	12,9	9,4
b) Veränderung in % gegenüber Vorjahr									
Masseneinkommen	4,3	3,2	4,0	4,5	4,1	3,3	3,1	4,0	4,0
Nettolöhne und -gehälter	4,4	2,7	3,7	4,9	3,9	2,8	2,6	3,7	3,8
Monetäre Sozialleistungen	4,4	4,0	4,2	4,1	4,6	4,0	3,9	4,3	4,1
abz. Abgaben auf soziale Leistungen, verbrauchsnahe Steuern	5,3	2,7	2,9	5,8	4,8	2,6	2,8	2,8	2,9
Übrige Primäreinkommen der privaten Haushalte	-1,1	2,1	0,5	-2,0	0,0	2,9	1,2	0,2	0,9
Verfügbares Einkommen	2,8	3,1	3,2	2,7	3,0	3,3	2,8	3,1	3,3
Private Konsumausgaben 5)	2,8	2,7	3,1	2,6	3,0	2,8	2,6	2,8	3,4
Sparen	2,3	5,1	3,4	2,6	1,9	6,2	3,6	4,4	2,1

noch Bundesrepublik Deutschland: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung

	2019 (2)	2020 (2)	2021 (2)	2019		2020 (2)		2021 (2)	
				1.Hj (1)	2.Hj (2)	1.Hj	2.Hj	1.Hj	2.Hj
7. Einnahmen und Ausgaben des Staates									
a) Mrd. EUR									
Einnahmen									
Steuern	826,2	849,2	868,9	415,6	410,6	424,9	424,3	433,7	435,2
Nettosozialbeiträge	597,7	614,7	634,8	289,7	308,0	298,5	316,2	308,1	326,6
Vermögenseinkünfte	20,9	20,2	19,5	13,2	7,7	12,9	7,3	12,5	6,9
Sonstige Übertragungen	24,7	24,2	24,5	11,3	13,5	11,4	12,8	11,6	12,9
Vermögensübertragungen	11,8	12,0	12,1	5,3	6,5	5,8	6,1	5,9	6,2
Verkäufe	126,3	130,2	134,2	59,3	66,9	61,2	69,0	63,1	71,2
Sonstige Subventionen	0,2	0,2	0,2	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
Einnahmen insgesamt	1607,7	1650,6	1694,1	794,5	813,2	814,8	835,8	834,9	859,2
Ausgaben									
Vorleistungen	178,4	186,5	194,1	81,7	96,6	85,9	100,6	89,6	104,5
Arbeitnehmerentgelte	269,4	279,0	288,3	129,3	140,0	134,0	145,0	138,4	149,9
Sonstige Produktionsabgaben	0,3	0,3	0,3	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
Vermögenseinkünfte (Zinsen)	29,3	27,6	26,4	14,8	14,5	13,9	13,6	13,3	13,0
Subventionen	30,2	31,3	32,9	14,2	15,9	14,8	16,4	15,6	17,3
Monetäre Sozialleistungen	544,8	568,3	593,8	270,8	274,1	282,5	285,7	295,6	298,2
Soziale Sachleistungen	297,9	309,6	321,5	148,0	149,9	153,8	155,8	159,8	161,7
Sonstige Transfers	79,4	86,7	91,0	39,0	40,5	42,6	44,1	44,7	46,3
Vermögenstransfers	37,8	39,7	41,0	13,3	24,6	13,9	25,8	14,4	26,6
Bruttoinvestitionen	86,6	92,4	97,3	37,8	48,9	39,6	52,8	41,8	55,5
Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	-1,3	-1,3	-1,3	-0,5	-0,7	-0,6	-0,8	-0,6	-0,8
Ausgaben insgesamt	1552,7	1620,0	1685,2	748,4	804,3	780,7	839,3	812,8	872,4
Finanzierungssaldo	55,0	30,5	8,9	46,1	8,9	34,1	-3,5	22,1	-13,2
b) Veränderung in % gegenüber Vorjahr									
Einnahmen									
Steuern	3,2	2,8	2,3	2,8	3,5	2,3	3,3	2,1	2,6
Nettosozialbeiträge	4,4	2,8	3,3	4,6	4,2	3,0	2,7	3,2	3,3
Vermögenseinkünfte	-1,8	-3,2	-3,8	1,5	-7,0	-2,1	-5,0	-3,0	-5,2
Sonstige Übertragungen	-0,1	-2,2	1,4	-2,4	1,9	1,4	-5,3	1,5	1,3
Vermögensübertragungen	-9,7	1,1	1,1	-4,3	-13,8	9,0	-5,3	1,3	1,0
Verkäufe	5,1	3,1	3,1	6,8	3,6	3,1	3,1	3,1	3,1
Sonstige Subventionen	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Einnahmen insgesamt	3,5	2,7	2,6	3,6	3,5	2,6	2,8	2,5	2,8
Ausgaben									
Vorleistungen	5,3	4,6	4,1	5,6	5,0	5,1	4,1	4,2	3,9
Arbeitnehmerentgelt	3,9	3,6	3,3	4,0	3,8	3,6	3,5	3,3	3,3
Sonstige Produktionsabgaben	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Vermögenseinkünfte (Zinsen)	-7,7	-5,7	-4,4	-8,7	-6,7	-5,8	-5,6	-4,4	-4,4
Subventionen	2,0	3,6	5,4	2,4	1,7	4,0	3,2	5,5	5,3
Monetäre Sozialleistungen	4,7	4,3	4,5	4,4	5,0	4,4	4,3	4,6	4,4
Soziale Sachleistungen	4,2	4,0	3,8	4,2	4,2	4,0	3,9	3,9	3,8
Sonstige Transfers	6,0	9,2	4,9	6,6	5,5	9,3	9,0	5,0	4,9
Vermögenstransfers	-10,4	5,0	3,1	2,6	-16,2	4,8	5,0	3,1	3,2
Bruttoinvestitionen	10,6	6,6	5,4	13,4	8,5	4,8	8,0	5,5	5,3
Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Ausgaben insgesamt	4,2	4,3	4,0	4,6	3,8	4,3	4,3	4,1	3,9
nachrichtlich:									
Finanzierungssaldo in % des BIP	1,6	0,9	0,2	2,7	0,5	2,0	-0,2	1,2	-0,7

1) Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes; Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.
2) Vorausschätzung des ifo Instituts; Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.
3) Geleistete Arbeitsstunden.
4) Bruttoinlandsprodukt in Vorjahrespreisen je Erwerbstätigenstunde.
5) Konsumausgaben der privaten Haushalte und der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck.
6) Einschließlich Nettozugang an Wertsachen.
7) Ersparnis in % des verfügbaren Einkommens (einschließlich der Zunahme an betrieblichen Versorgungsansprüchen).

*Dorine Boumans und Friedrich Schneider**

Ausmaß und Auswirkungen der Schattenwirtschaft

Ergebnisse der Sonderfragen des ifo World Economic Survey

Die WES-Sonderfragen für das vierte Quartal 2019 befassen sich mit dem Ausmaß und den Wirkungen der Schattenwirtschaft. Die Teilnehmer wurden gebeten, Fragen zum Ausmaß der Schattenwirtschaft in den einzelnen Ländern, zu den Gründen für Schattenwirtschaft und zu den Sektoren, die hauptsächlich von Schattenwirtschaft betroffen sind, zu beantworten.

Die Schattenwirtschaft ist naturgemäß schwierig zu messen, da die Personen, die in der Schattenwirtschaft arbeiten, versuchen, unentdeckt zu bleiben. Aber das Bedürfnis nach mehr Informationen über den Umfang und die Entwicklung der Schattenwirtschaft besteht nicht zuletzt deshalb, weil die Schattenwirtschaft von politischer und wirtschaftlicher Relevanz ist. Zudem ist das Ausmaß der Schattenwirtschaft eine wichtige Größe zur Schätzung des Ausmaßes von Steuerhinterziehung und somit von wesentlicher Bedeutung für Entscheidungen über eine angemessene Kontrolle.

Die Schattenwirtschaft ist unter verschiedenen Namen bekannt, wie beispielsweise »graue Wirtschaft«, »Schwarzmarkt«, »Barwirtschaft« oder »informelle Wirtschaft«. All diese Synonyme beziehen sich auf die gleiche Art schattenwirtschaftlicher Aktivitäten. Wir benutzen die folgende Definition: Die Schattenwirtschaft beinhaltet alle wirtschaftlichen Aktivitäten, die vor amtlichen Behörden aus monetären, regulatorischen und institutionellen Gründen verborgen bleiben. Monetäre Ursachen beinhalten die Vermeidung von Steuerzahlungen und allen Sozialabgaben. Regulatorische Gründe beziehen sich auf die Umgehung von staatlicher Bürokratie oder die Belastung von regulatorischen Rahmenbedingungen, während institutionelle Gründe, Korruptionsgesetze, die Qualität von politischen Institutionen und mangelnde Rechtsstaatlichkeit sind.

Hier reflektiert die Schattenwirtschaft vor allem legale wirtschaftliche Tätigkeiten und Produktionstätigkeiten, die im Falle einer Erfassung zum nationalen Bruttoinlandsprodukt beitragen würden. Aus diesem Grund werden hier illegale oder kriminelle Aktivitäten, Heimwerken oder andere Haushaltsaktivitäten nicht einbezogen.[1]

Im vierten Quartal des ifo World Economic Survey wurden die Teilnehmer gebeten, eine kurze Umfrage zur Schattenwirtschaft zu beantworten. Die Fragen bezogen sich auf das Ausmaß der Schattenwirtschaft, verschiedene Gründe, weshalb Personen in der Schattenwirtschaft arbeiten, und in welchen Sektoren es wahrscheinlich ist, dass Personen in Schattenwirtschaften arbeiten. In diesem Beitrag werden die Ergebnisse aus der Umfrage vorgestellt, die sich auf folgende Punkte konzentrieren:

1. das Ausmaß der Schattenwirtschaft in 110 Ländern, berechnet nach den Umfrageergebnissen und der wahrgenommenen Entwicklung in den letzten zehn Jahren.
2. die Herausstellung der wichtigsten Hauptantriebskräfte für Schattenwirtschaft und Länderunterschiede,
3. ein Überblick über politische Maßnahmen, die von den Wirtschaftsexperten als erfolgsversprechend eingestuft werden, um die Schattenwirtschaft in ihrem Herkunftsland zu reduzieren.

Die empirische Forschung zu Ausmaß und Entwicklung der globalen Schattenwirtschaft ist stark angestiegen.[2] Sie liefert sowohl Erkenntnisse zur Größe der Schattenwirtschaft und ihrer Entwicklung über mehrere Jahre und basiert hauptsächlich auf Schätzungsmethoden wie der MIMIC-Methode, als auch Definitionen und Kategorisierungen der Schattenwirtschaft. Gegenwärtig existieren Schätzungen

* Prof. Dr. Friedrich Schneider ist Professor an der Johannes-Kepler-Universität Linz.

[1] Natürlich ist es uns bewusst, dass es mögliche überlappende Bereiche wie Prostitution, illegale Bauunternehmen gibt, vgl. beispielsweise Willams und Schneider (2016), Schneider (2017), Medina und Schneider (2017).

[2] Vgl. Feld und Schneider (2010); Slemrod und Weber (2012); Schneider (2011; 2015; 2017); Schneider und Williams (2013); Hasan und Schneider (2016); Williams und Schneider (2016); Medina und Schneider (2017).

Tab. 1
Vergleich des Ausmaßes der Schattenwirtschaft in Prozent des BIP unter Verwendung der MIMIC-Methode mit den Expertenerwartungen

Land	MIMIC	Experten-erwartungen
Belgien	15,1	12,8
Bulgarien	30,1	22,7
Dänemark	8,9	5,4
Deutschland	8,5	10,8
Estland	22,1	10,8
Finnland	10,6	5,7
Frankreich	12,4	8,8
Griechenland	19,2	24,6
Irland	8,9	6,8
Italien	18,7	19,4
Japan	8,2	11,1
Kanada	9,4	6,9
Kroatien	26,4	17,7
Lettland	19,8	22,0
Litauen	21,9	18,0
Luxemburg	7,4	3,9
Neuseeland	6,8	9,5
Niederlande	7,0	8,5
Norwegen	10,8	7,0
Österreich	6,1	13,9
Österreich	8,9	7,6
Polen	20,7	18,3
Portugal	15,4	16,8
Rumänien	26,9	28,4
Schweden	10,7	9,7
Schweiz	5,5	6,9
Slowakei	12,2	10,6
Slowenien	21,5	17,5
Spanien	15,4	16,5
Südzypern	22,1	12,7
Tschechien	13,1	12,5
Türkei	29,4	30,7
Ungarn	23,2	17,6
Vereinigte Staaten	4,8	9,1
Vereinigtes Königreich	9,6	11,4

Quelle: ifo World Economic Survey IV/2019; Schneider (2019).

zum Ausmaß der Schattenwirtschaft für 158 Länder und für 25 Jahre.

Wir verwenden hier eine andere Herangehensweise und befragten Ökonomen aus den verschiedenen Ländern nach ihrer Schätzung der Größe der Schattenwirtschaft in ihrem jeweiligen Land. Tabelle 1 bietet einen Überblick zur Größe der Schattenwirtschaft unter der Verwendung der MIMIC-Methode[3] sowie die Schätzungen der WES-Experten für ausgewählte Länder.[4] Nur bei sieben Ländern bestehen Unterschiede von mehr als 5 Prozentpunkten zwischen der geschätzten Größe der Schattenwirtschaft und der MIMIC-Methode. Das spricht für das Wissen der WES-Experten über die Schattenwirtschaft in ihrem jeweiligen Land.

DAS AUSMASS DER SCHATTENWIRTSCHAFT

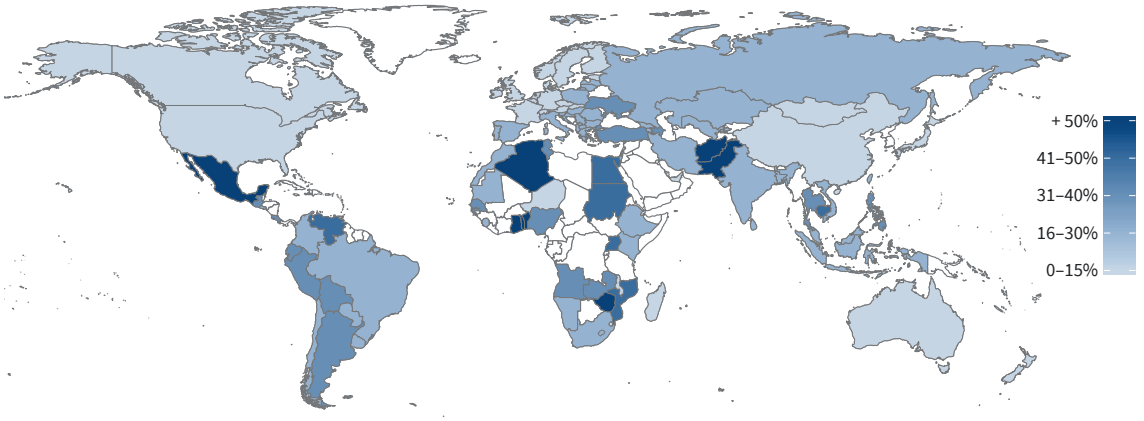
Die WES-Experten schätzten den Gesamtanteil der weltweiten Schattenwirtschaft auf durchschnittlich 18,32% des BIP (vgl. Abb. 1).

Die entwickelten Volkswirtschaften unterscheiden sich deutlich von den Schwellen- und Entwicklungsländern. Dieses Ergebnis ist nicht überraschend, wobei allerdings der Unterschied zwischen der Europäischen Union, den Vereinigten Staaten und den anderen entwickelten Volkswirtschaften etwas geringer als erwartet ist. Wie aus Abbildung 2 deutlich wird, beträgt der prognostizierte Wert der Schattenwirtschaft in den Vereinigten Staaten und den anderen entwickelten Ländern weniger als 10% des BIP und für die Europäische Union unter 15%. In der Europäischen Union sind Rumänien (mit 15%), Griechenland (24,6%), Bulgarien (22,7%), Lettland (22,0%) und Italien (19,4%) die Länder mit dem höchsten Anteil der Schattenwirtschaft. In den Ver-

[3] Die Berechnung der Größe und Entwicklung der Schattenwirtschaft wurde mit der MIMIC-Schätzverfahren (*Multiple Indicoators and Multiple Causes*) durchgeführt. Bei der Verwendung des MIMIC-Schätzverfahrens erhält man nur relative Werte, weshalb andere Methoden wie beispielsweise der Devisennachfragemethode oder die Einkommensdiskrepanzmethode benötigt werden, um die MIMIC-Werte in absolute Werte zu kalibrieren. Für eine detaillierte Erklärung dieser Berechnungsmethode vgl. Schneider (2011); Schneider und Williams (2013); Williams und Schneider (2016).

[4] Bei diesen Ländern waren die Daten über die Schattenwirtschaft, die unter Verwendung der MIMIC-Methode berechnet wurden, für 2019 verfügbar.

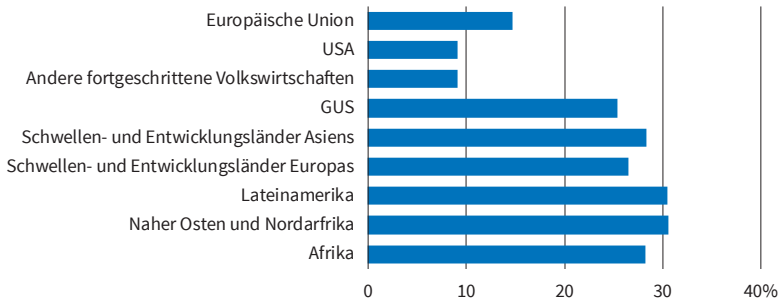
Abb. 1
Schätzung der Schattenwirtschaft im Verhältnis zum BIP



Quelle: ifo World Economic Survey IV/2019.

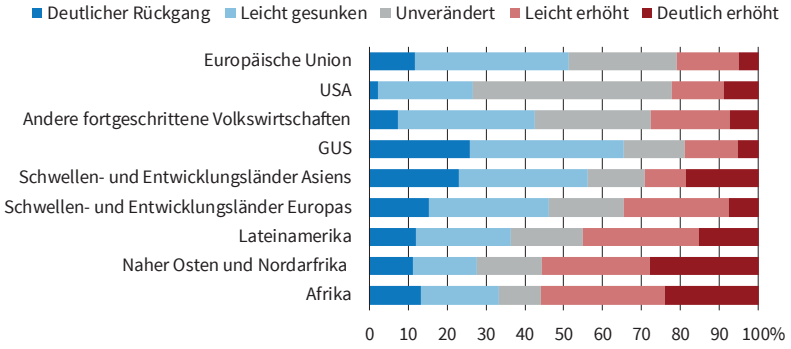
© ifo Institut

Abb. 2
Anteil der Schattenwirtschaft in verschiedenen Ländergruppen in % des BIP



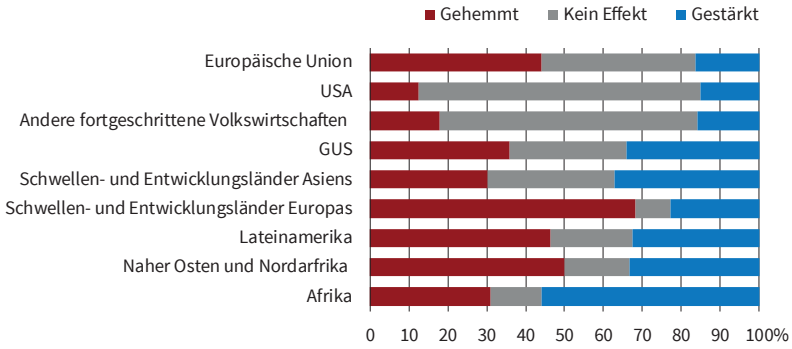
Quelle: ifo World Economic Survey IV/2019. © ifo Institut

Abb. 3
Entwicklung der Schattenwirtschaft im Verhältnis zum BIP der letzten zehn Jahre



Quelle: ifo World Economic Survey IV/2019. © ifo Institut

Abb. 4
Einfluss der Schattenwirtschaft auf das Wirtschaftswachstum



Quelle: ifo World Economic Survey IV/2019. © ifo Institut

einigten Staaten wird der Anteil der Schattenwirtschaft auf 9,1% geschätzt.

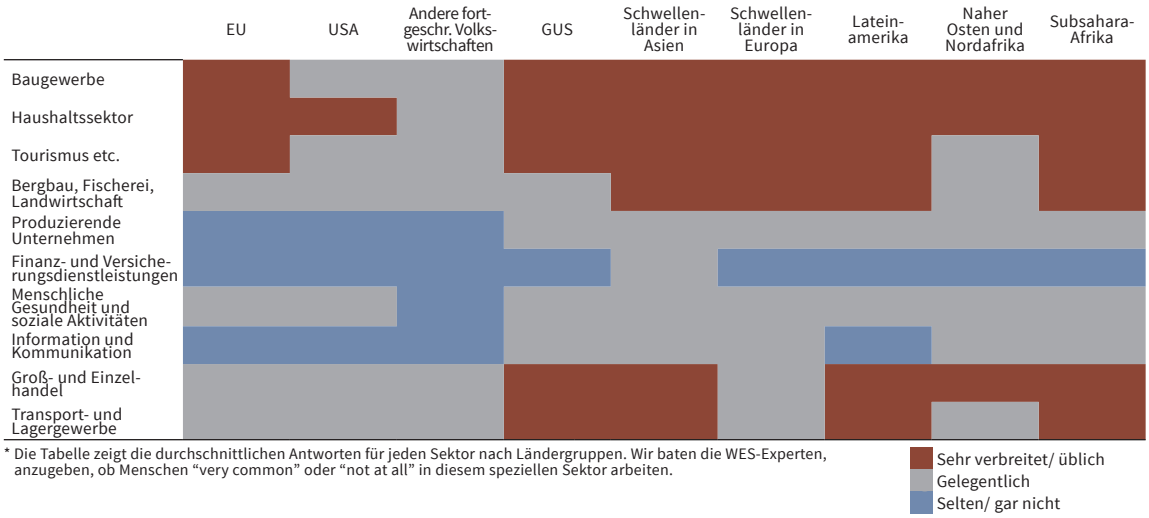
Um einen besseren Überblick über die Entwicklungen in einzelnen Ländern zu gewinnen, wurden die Experten zu ihrer Einschätzung gefragt, ob die Schattenwirtschaft in den letzten zehn Jahren gestiegen oder gesunken sei. Wie Abbildung 3 verdeutlicht, gaben die Befragten an, dass die Schattenwirtschaft vor allem in der Europäischen Union, in der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten und in den asiatischen Schwellen- und Entwicklungsländern in den letzten zehn Jahren zurückgegangen sei. Der größte Anstieg wurde in Subsahara-Afrika sowie im Mittleren Osten und Nordafrika gesehen. In Lateinamerika wurden ebenfalls mehr Anstiege als Rückgänge vermutet. Die meisten WES-Experten in den Vereinigten Staaten und anderen fortgeschrittenen Volkswirtschaften gaben an, dass sich die Größe der Schattenwirtschaft in den letzten zehn Jahren nicht verändert habe.

Als Antwort auf die Frage, ob die Schattenwirtschaft der Volkswirtschaft nutzt oder schadet, gaben die meisten Experten in den Vereinigten Staaten und anderen entwickelten Ländern an, dass diese keinen Einfluss auf das Wirtschaftswachstum in ihrem jeweiligen Land habe. In Europa dagegen wurde von einem beträchtlichen Anteil der WES-Experten der Einfluss der Schattenwirtschaft auf das Wirtschaftswachstum als negativ eingeschätzt.

Dieses Ergebnis ist vor allem auf die Antworten aus den süd- und osteuropäische Staaten zurückzuführen, und zwar aus Italien, Portugal, Spanien, Ungarn, Rumänien Lettland, Litauen und der Slowakei. Auch in den europäischen Schwellen- und Entwicklungsländern wird die Auswirkung der Schattenwirtschaft auf das Wirtschaftswachstum von den meisten Befragten als nachteilig in ihrem jeweiligen Land beurteilt. Die Experten aus Subsahara-Afrika hingegen gehen von einem positiven Einfluss der Schattenwirtschaft auf die Volkswirtschaft ihres jeweiligen Landes aus. In der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten, den asiatischen Schwellen- und Entwicklungsländern, Lateinamerika, dem Mittleren Osten und Nordafrika gibt es unter den Experten keine eindeutige Meinung über den Einfluss der Schattenwirtschaft auf das Wirtschaftswachstum in den jeweiligen Ländern.

Abb. 5

Umfang der in der Schattenwirtschaft Tätigen nach Sektoren und Ländergruppen*



* Die Tabelle zeigt die durchschnittlichen Antworten für jeden Sektor nach Ländergruppen. Wir baten die WES-Experten, anzugeben, ob Menschen "very common" oder "not at all" in diesem speziellen Sektor arbeiten.

Source: ifo World Economic Survey (WES) IV/2019

© ifo Institut

DIE HAUPTANTRIEBSKRÄFTE DER SCHATTEN-WIRTSCHAFT

Die Volkswirtschaften weltweit differieren sehr stark. Zudem beeinflusst die Schattenwirtschaft die verschiedenen Sektoren einer Volkswirtschaft auf unterschiedliche Weise. Deshalb wurden die Befragungsteilnehmer gebeten, die Sektoren ihrer Volkswirtschaft anzugeben, in denen Schwarzarbeit die größte Verbreitung hat. Nach Meinung der Experten sind der Finanz- und der Versicherungssektor weltweit die Sektoren, in denen Schwarzarbeit am seltensten vorkommt. In den entwickelten Volkswirtschaften, der EU, den USA und den anderen fortgeschrittenen Ländern sind die Fertigung sowie die Informations- und Kommunikationservices die Sektoren, in denen Schwarzarbeit ebenfalls wenig verbreitet ist. Dagegen wird übereinstimmend der Haushaltssektor als der Sektor beurteilt, in dem Schwarzarbeit am wahrscheinlichsten ist. In der Europäischen Union sind nach Meinung der WES-Experten das Baugewerbe, der Haushaltssektor und der Tourismus die wirtschaftlichen Sektoren, in denen Schwarzarbeit am verbreitesten ist. In den USA ist lediglich der Haushaltssektor ein Bereich, in dem Schwarzarbeit üblich ist. In allen anderen Sektoren wird Schwarzarbeit als gelegentlich vorkommend oder als unüblich bezeichnet. In den Schwellen- und Entwicklungsländern ist nach Meinung der WES-Experten Schwarzarbeit in folgenden Sektoren verbreitet: Baugewerbe, Haushaltssektor, Tourismus, Bergbau und Fischereisektor, Groß- und Einzelhandel sowie Transport- und Lagergewerbe.

Abb. 6

Gründe für das Arbeiten in der Schattenwirtschaft, geordnet nach Ländergruppen*

	EU	USA	Andere fort-geschr. Volks-wirtschaften	GUS	Schwellen-länder in Asien	Schwellen-länder in Europa	Latein-amerika	Naher Osten und Nordafrika	Subsahara-Afrika
Vermeidung der Zahlung von Steuern und Sozialabgaben	75,8	69,4	64,1	73,9	58,8	73,8	67,0	39,4	60,0
Die Befragten meinen, dass die Regierung das Geld der Steuer-zahlung verschwendet	10,4	5,8	7,2	14,9	16,5	18,5	7,3	20,0	20,7
Befriedigung der Nachfrage nach niedrigeren Preisen	15,5	7,3	19,0	14,9	12,3	19,2	15,8	32,2	9,5
Umgehung von arbeitsrechtlichen Vorschriften	24,5	34,4	27,5	10,7	24,4	17,3	35,6	25,0	21,7
Auf einfache Weise zusätzliches Geld verdienen	44,2	32,3	50,6	43,2	32,7	42,3	30,8	31,1	34,9
Geringes Vertrauen in Behörden und/oder Institutionen	6,8	4,6	3,4	22,4	20,0	10,4	12,4	30,6	21,8
Vermeidung von Verwaltungs-aufwand	9,8	22,5	13,4	6,8	19,0	4,6	9,8	10,0	15,1

* Die prozentuellen Anteile basieren auf dem Ranking der drei wichtigsten Gründe, warum Personen in der Schattenwirtschaft arbeiten. Das Ergebnis stellt die gewichtete Rangfolge dar. Der Grund, der an erster Stelle stand, wurde mit 1 gewichtet, der zweite mit 0,6 und der dritte mit 0,3.

Häufigster Grund
Zweithäufigster Grund
Dritthäufigster Grund

Quelle: ifo World Economic Survey (WES) IV/2019

© ifo Institut

Die Gründe für Schattenwirtschaft unterscheiden sich je Land. Bei der Betrachtung der regionalen Unterschiede wird deutlich, dass in jeder Ländergruppe die Vermeidung von Steuerzahlungen und Sozialabgaben der wichtigste Grund ist. Zudem werden die Möglichkeiten, einfach und schnell Geld zu verdienen und Arbeitsvorschriften zu umgehen, als zweiter und dritter Grund für Schwarzarbeit genannt. Allerdings unterscheiden sich die verschiedenen Regionen. Im Mittleren Osten und in Nordafrika, Lateinamerika, den europäischen Schwellen- und Entwicklungsländern sowie der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten ist »die Nachfrage nach günstigeren Preisen« ebenfalls unter den meist genannten Gründen. Insgesamt gesehen, wurde »geringes Vertrauen in öffentliche Behörden und Institutionen« am seltensten ausgewählt, nur in Subsahara-Afrika stand diese Antwort an dritter Stelle. In der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten und in den europäischen Entwicklungsländern wird die Verschwendung von Steuergeldern als einer der Hauptgründe genannt. Die Vermeidung von Formalitäten wird nur in den USA und in den asiatischen Schwellen- und Entwicklungsländern als wichtig angesehen.

EFFEKTIVE POLITISCHE MASSNAHMEN ZUR REDUZIERUNG DER SCHATTENWIRTSCHAFT

Nach Meinung der WES-Experten ist die Verbesserung der Rechtsstaatlichkeit die wirksamste Möglichkeit, die Schattenwirtschaft zu reduzieren. Mit wenig Abstand folgen »Erzwingung elektronischer Zahlungsverfahren« sowie »häufiger durchgeführte steuerliche Prüfungen und höhere Strafen bei Steuerhinterziehung«. Alle Antwortmöglichkeiten wurden von mindestens 20% der Befragten als möglich Option angesehen. Nur das »Setzen von Höchstgrenzen für Bargeldzahlung« (erwähnt von 9,8%) und »geringere Regulierung von Arbeitsvorschriften« (16,1%) werden nicht als effektive politische Optionen eingestuft. Bei der Betrachtung der verschiedenen Ländergruppen fällt auf, dass der Punkt »Verbesserung der Rechtsstaatlichkeit« vor allem von den Befragungsteilnehmern aus den Entwicklungs- und Schwellenländern als Möglichkeit genannt wurde. Im Gegensatz zu den fortgeschrittenen Volkswirtschaften, die die »Verpflichtung auf elektronische Zahlungsverfahren« sowie »häufiger durchgeführte Steuerprüfungen und höhere Strafen bei Steuerhinterziehung« als effektivste Optionen ansehen. In afrikanischen Ländern bevorzugten die Befragten »die Reduzierung von Bürokratie«, dies soll die Registrierung als selbständig und die Anmeldung eines Unternehmens vereinfachen. Diese Antwort war, mit Ausnahme der EU und den USA, auch in den anderen Ländergruppen sehr verbreitet. In der Europäischen Union ist »geringere Sozialversicherungskosten« und in den Vereinigten Staaten »höhere Nettolöhne« die zweithäufigste Antwort. Ein weiterer Unterschied zwischen diesen beiden Ländergruppen ist die Beurteilung von Steuersenkungen. In den USA wird diese Maßnahme nur von 8,7% der Befragten als effektiv angesehen, während es in der EU 24,1% waren. In den USA gab es in den letzten Jahren eine große Steuersenkung, was den Unterschied bei der Beurteilung dieser Option erklären könnte.

FAZIT

Der Anteil der Schattenwirtschaft unterscheidet sich weltweit zwischen den Ländern und den einzel-

Abb. 7

Empfohlene Politikmaßnahmen zur Reduzierung der Schattenwirtschaft, geordnet nach Ländergruppen*

	EU	USA	Andere fortgeschr. Volkswirtschaften	GUS	Schwellenländer in Asien	Schwellenländer in Europa	Lateinamerika	Naher Osten und Nordafrika	Subsahara-Afrika
Verbesserung der Rechtsstaatlichkeit	19,0	17,9	14,4	49,8	38,7	41,9	36,4	27,2	28,3
Häufigere Steuerprüfungen und strengere Strafen bei Steuerhinterziehung	25,7	33,0	34,1	7,3	16,4	30,0	11,6	27,2	16,8
Festlegung von Grenzen für Barzahlungen	10,4	5,7	18,9	10,8	8,7	8,8	2,9	3,3	6,3
Höhere Löhne nach Steuern	22,3	22,3	15,0	22,7	13,4	20,4	17,4	10,0	20,8
Weniger Bürokratie bei der Registrierung eines Unternehmens oder als Selbstständigerwerbender	16,1	20,9	21,6	26,5	36,0	10,8	30,8	41,1	38,1
Steuersenkungen	24,1	8,7	18,6	25,2	26,2	32,3	16,0	6,7	31,3
Erzwingung elektronischer Zahlungen	27,6	33,2	29,9	14,5	17,4	20,4	14,1	28,9	14,2
Weniger arbeitsrechtliche Vorschriften	13,1	21,3	18,6	12,0	14,9	7,7	27,5	19,4	20,3
Niedrigere Sozialversicherungskosten	26,6	7,9	10,9	16,3	10,8	15,4	21,3	21,1	5,9

* Die prozentuellen Anteile basieren auf dem Ranking der drei wichtigsten Gründe, warum Personen in der Schattenwirtschaft arbeiten. Das kombinierte Ergebnis stellt die gewichtete Rangfolge dar. Der Grund, der an erster Stelle stand, wurde mit 1 gewichtet, der zweite Grund mit 0,6 und der dritte Grund mit 0,3.

Wichtigste Maßnahme
Zweitwichtigste Maßnahme
Drittwichtigste Maßnahme

Quelle: ifo World Economic Survey (WES) IV/2019.

© ifo Institut

nen Wirtschaftssektoren. Entwickelte Länder weisen untereinander mehr Ähnlichkeiten au als im Vergleich zu den Schwellen- und Entwicklungsländern. Auffallend ist, dass die geschätzte Schattenwirtschaft in der Europäischen Union beträchtlich größer ist als die geschätzte Schattenwirtschaft in den Vereinigten Staaten und anderen fortgeschrittenen Ländern. Der Haushaltssektor wird sowohl von Befragungsteilnehmern aus den entwickelten Ländern als auch aus den Schwellenländern als derjenige Sektor angesehen, in dem der Anteil der Schattenwirtschaft am größten ist. Die Befragten aus der EU gaben auch das Baugewerbe und die Tourismusbranche an.

Aufgrund der Unterschiede in der institutionellen Entwicklung, der Rechtsstaatlichkeit und der Bedeutung elektronischer Zahlungen bei täglichen Geschäftsaktivitäten sollten unterschiedliche politische Maßnahmen in den jeweiligen Ländern ergriffen werden, um die Schattenwirtschaft einzudämmen.

LITERATUR

Feld, L. P. und F. Schneider (2010), »Survey on the Shadow Economy and Undeclared Earnings in OECD Countries«, *German Economic Review* 11(2), 109–149.

Hassan, M. und F. Schneider (2016), »Size and Development of the Shadow Economies of 157 Countries Worldwide: Updated and New Measures from 1999 to 2013«, IZA Discussion Paper No. 10281, verfügbar unter: https://ssrn.com/abstract=2861026.

Medina, L. und F. Schneider (2017), »Shadow Economies Around the World: What Did We Learn Over the Last 20 Years?«, IMF Working Paper No. 18/17, verfügbar unter: https://www.imf.org/en/Publications/WP/Issues/2018/01/25/Shadow-Economies-Around-the-World-What-Did-We-Learn-Over-the-Last-20-Years-45583.

Schneider, F. (Hrsg.) (2011), *Handbook on the Shadow Economy*, Edward Elgar, Cheltenham.

Schneider, F. (2015), »Schattenwirtschaft und Schattenarbeitsmarkt: Die Entwicklungen der vergangenen 20 Jahre«, *Perspektiven der Wirtschaftspolitik* 16(1), 3–25.

Schneider, F. (2017), »Estimating a Shadow Economy: Results, Methods, Problems, and Open Questions«, *De Gruyter Open, Open Economics* 1, 1–29.

Schneider, F. und C. C. Williams (2013), »The Shadow Economy«, Institute of Economic Affairs, SSRN, verfügbar unter: https://papers.ssrn.com/sol3/papers.cfm?abstract_id=2286334.

Schneider, F. und C. C. Williams (2013), *The Shadow Economy*, The Institute of Economic Affairs, IEA London.

Slemrod, J. und C. Weber (2012), »Evidence of the invisible: toward a credibility revolution in the empirical analysis of tax evasion and the informal economy«, *International Tax & Public Finance* 19(1), 25–53.

Willians, C. C. und F. Schneider (2016), *Measuring the Global Shadow Economy*, Edward Elga Publicity Company, Cheltenham.

Williams, C. C. und F. Schneider (2016), *Measuring the global shadow economy: the prevalence of informal work and labor*, Edward Elgar, Massachusetts.

ZULETZT ERSCHIENEN

THEMA IM NÄCHSTEN SCHNELLDIENST:

Schnelldienst 1/2020 erscheint am 22. Januar 2020

Die USA vor dem Wahlkampf: Die Spuren Donald Trumps in Wirtschaft und Politik